This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

WIDENER
HN Z7ET $
1695
7
HARVARD UNIVERSITY LIBRARY

Ger 1695.7

Harvard College Library

FROM THE FUND BEQUEATHED

BY

CHARLES SUMNER

(Class of 1830)

SENATOR FROM MASSACHUSETTS

"For books relating to Politics and Fine Arts."

Heidelberger Abhandlungen
zur mittleren und neueren Geschichte
Herausgegeben von Karl Hampe, Erich Marcks und Dietrich Schäfer
10. Heft

Die kurpfälzische Politik in den Zeiten des schmalkaldischen Krieges

(Januar 1546 bis Januar 1547)

von

Dr. Adolf Hasenclever

Heidelberg 1905
Carl Winter's Universitätsbuchhandlung

Verlags-Archiv Nr. 16.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Übersetzung in fremde Sprachen,
werden vorbehalten.

Vorwort.

Die vorliegende Arbeit beruht im wesentlichen auf ungedrucktem Material, und zwar auf mehr oder weniger umfangreichen Forschungen in den handschriftlichen Schätzen der Archive resp. Bibliotheken zu Brüssel, Frankfurt, Heidelberg, Karlsruhe, Marburg, München (Geheimes Staatsarchiv und Reichsarchiv), Weimar und Wien. Außerdem hatte Herr Dr. J. Bernays in Straßburg, der Herausgeber des demnächst erscheinenden 4. Bandes der Politischen Korrespondenz der Stadt Straßburg, die große Liebenswürdigkeit, mir seine sämtlichen für diese Publikation gesammelten auf die kurpfälzische Politik sich beziehenden handschriftlichen Auszüge zur beliebigen Benutzung nach Bonn auf längere Zeit zu übersenden. Ihm besonders, jedoch nicht minder allen Archivvorständen, die mich, wie stets früher, so auch dieses Mal wieder in so reichem Maße mit Rat und Tat unterstützt haben, bin ich zu lebhaftestem Danke verpflichtet. —

Meine Arbeit war nahezu abgeschlossen, als das Buch von Hans Rott: Friedrich II. von der Pfalz und die Reformation [Heidelberger Abhandlungen, Heft 4], erschien. Trotzdem der Verfasser für gewisse Partien seines Werkes das gleiche handschriftliche Material wie ich benutzt hat — ich denke hier vornehmlich an die Heidelberger Adelsversammlung vom 7. April 1546 —, so liegt der Schwerpunkt seiner Forschungen

doch weit mehr in den Zeiten nach dem schmalkaldischen Kriege. Die in meiner Abhandlung auf breitester archivalischer Grundlage dargestellten Ereignisse streift er meist nur ganz kurz. Nach reiflicher Prüfung glaubte ich deshalb auf eine Veröffentlichung meines Aufsatzes nicht verzichten zu sollen.

In einzelnen Punkten gegen Rott zu polemisieren, habe ich, abgesehen von einigen kleinen Berichtigungen, vermieden: wer unsere beiden Schriften kennt, wird selbst ermessen können, wo ich mit ihm übereinstimme, wo ich von den Ergebnissen seiner Forschung abweiche; er wird beurteilen, ob meine Arbeit neben der seinigen in derselben Serie Abhandlungen Daseinsberechtigung hat.

Bonn, im Februar 1905.

Adolf Hasenclever.

Inhaltsangabe.

Seite

Einleitung: Kurfürst Friedrichs II. Verhältnis zu Kaiser und Reich zum schmalkaldischen Bunde 1

Kapitel I: Des kaiserlichen Vizekanzlers Johann von Naves Werbung und in Heidelberg. (Mitte Februar 1546) 18

Kapitel II: Kurfürst Friedrichs Begegnung mit dem Kaiser in Speier. (Ende März 1546) 22

Kapitel III: Die Heidelberger Adelsversammlung vom 7. April 1546 29

Kapitel IV: Kurfürst Friedrichs antikaiserliche Politik 47

a. Die Reformationserlasse in der Rheinpfalz 48

b. Friedrichs Verhandlungen mit den Schmalkaldenern gelegentlich des Wormser Bundestages. (April 1546) . 56

c. Friedrichs Bündnisverhandlungen mit König Franz I. von Frankreich 61

Kapitel V: Kurfürst Friedrichs zeitweiliges Schwanken 71

Kapitel VI: Die Begegnung zu Maulbronn zwischen Kurfürst Friedrich und Herzog Ulrich von Württemberg und die Entsendung des kurpfälzischen Truppenkontingentes zum schmalkaldischen Bundesheere 80

Kapitel VII: Die Vermittlungstätigkeit Friedrichs beim Kaiser und beim schmalkaldischen Bunde 97

Kapitel VIII: Die Eroberung Neuburgs an der Donau durch den Kaiser 104

Seite

Kapitel IX: Friedrichs Versöhnung mit dem Kaiser 119

a. Friedrichs vergebliche Versuche, mit dem Kaiser wieder anzuknüpfen 120

b. Die politische Lage des Kaisers nach der Preisgabe Oberdeutschlands durch die Schmalkaldener 126

c. Friedrichs Reise zum Kaiser und die Begegnung in Schwäbisch-Hall 139

Schluß: Rückblick und Ausblick 154

Anhang: Beilagen 158

Verzeichnis

der häufiger angeführten Quellennachweise.

Avila y Zuniga: Commentariorum de bello Germanico, a Caroló V, Caesare Maximo gesto libri duo, a Guilelmo Malinaeo . . . latine redditi. Antwerpen 1550.

Bossert, Bd. XVII u. XVIII = Beiträge zur badisch-pfälzischen Reformationsgeschichte von G. Bossert in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins. N. F. Bd. XVII u. XVIII.

Br. A. = Brüsseler Archiv [Archives générales du royaume].

Druffel: Beiträge zur Reichsgeschichte 1546—1552. 3 Bde. [herausgeg. v. d. histor. Kommission bei der Kgl. bayr. Ak. der Wissenschaften. München 1873—1882].

Druffel: Beitrag zur militärischen Würdigung des schmalkaldischen Krieges. [Münchener Sitzungsberichte 1882. S. 342 ff.]

Faictz et guerre de l' Empereur Charles-Quint dans la guerre d'Allemagne (1546—1547). Manuscrit publié et annoté par François Mugnier. Paris 1902.

Frkftr. St.-A. = Archiv der Stadt Frankfurt.

Friedensburg: Nuntiaturberichte aus Deutschland 1533—1559. Nebst ergänzenden Aktenstücken. Bd. VIII: Nuntiatur des Verallo 1545 bis 1546. Gotha 1898. Bd. IX: Nuntiatur des Verallo 1546 bis 1547. Gotha 1899.

Gothein, E.: Landstände der Kurpfalz. In: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins. N. F. Bd. III (1888), S. 1 ff.

Heyd, L. F.: Ulrich, Herzog zu Württemberg. Bd. III (vollendet von K. Pfaff). Tübingen 1844.

Hortleder: Handlungen und Ausschreiben . . . . von den Ursachen des deutschen Krieges K. Karls V. wider die Schmalkaldischen Bundesobriste. 2 Bde. Gotha 1645.

K. A. = Generallandesarchiv zu Karlsruhe.

Kannengießer: Karl V. und Maximilian Egmont, Graf von Büren. Freiburg i. B. 1895.

Lanz: Korrespondenz des Kaisers Karl V. Leipzig 1845. Bd. II.

Lenz: Briefwechsel Landgraf Philipps des Großmütigen mit Bucer. 3 Bde. Leipzig 1880—1891. — [Zitiert: Lenz Bd. II u. III.] —

Lenz: Die Kriegführung der Schmalkaldener an der Donau gegen Karl V. [Histor. Zeitschrift, Bd. 49.]

Lenz: Der Rechenschaftsbericht Philipps des Großmütigen über den Donaufeldzug und seine Quellen.

Lettenhove: Commentaires de Charles-Quint. Bruxelles 1862.

Leodius: Hubertus Thomas: Annalium de vita et rebus gestis Friderici II. Electoris Palatini libri XIV. Frankfurt a. M. 1624.

M. A. = Staatsarchiv zu Marburg.

M. R.-A. = Münchener Reichsarchiv.

M. St.-Archiv = Geheimes Staatsarchiv zu München.

Mencken: Scriptores rerum Germaniearum. Bd. III.

M. St. A. = Geheimes Staatsarchiv zu München.

Ribier: Lettres et Memoires d'Estat des Rois, Princes, Ambassadeurs et autres ministres sous les règnes de François I., Henry II. et François II. Paris 1666.

Riezler: Die bayerische Politik im schmalkaldischen Kriege. [Abhandlungen der Kgl. bayr. Ak. d. W. III. Klasse. Bd. XXI, Abt. 1 (München 1895), S. 135—244.]

Rommel: Geschichte Philipps des Großmütigen. Bd. III (Gießen 1830). Urkundenband.

Rott: Friedrich II. von der Pfalz und die Reformation. Heidelberg 1904. In: Heidelberger Abhandlungen zur mittleren u. neueren Geschichte.

Schäfer: Geschichte Dänemarks. Bd. IV. Gotha 1893.

Seckendorf: Commentarius historicus et apologeticus de Lutheranismo sive de reformatione religionis ductu D. Martini Lutheri. Francofort. 1688.

State papers: published under the authority of her majesty's commission. King Henry the eight. London 1852. Bd. XI.

Vierordt: Geschichte der evangelischen Kirche in Baden. 2 Bde. Karlsruhe 1847—1856.

Viglius: Des Viglius' van Zwichem Tagebuch des Schmalkaldischen Krieges. Herausgegeben von A. v. Druffel. München 1874.

Venet. Dep. = Venetianische Depeschen vom Kaiserhofe. Herausgegeben von der historischen Kommission der Kaiserl. Akademie d. W. zu Wien. Bd. I: 1889. Bd. II: 1892.

W. A. = Sachsen-Ernestinisches Gesamtarchiv zu Weimar.

Widder: Geographisch-historisch-statistische Beschreibung der Kurpfalz. 4 Bde. Frankfurt a. M. 1786.

W. St.-A. = Geheimes Haus-, Hof- u. Staatsarchiv zu Wien.

Register.

Kurfürst Friedrich II. Kurpfalz, Pfalz, Kaiser Karl V., Landgraf Philipp von Hessen, Schmalkaldener (Schmalkaldischer Bund), sowie Heidelberg sind in das Register nicht mit aufgenommen worden, da ihr Name fast auf jeder Seite vorkommt.

A.

Affenstein, Wolfgang von [kurpfälz. Rat], S. 1, 20, 23, 45, 74, 86, 93, 97, 100, 116, 121, 122, 140, 158, 167 ff.
Aitinger, Sebastian [hessischer Sekretär], S. 12, 57, 66.
Alba, Herzog von, S. 106, 111.
Alber, Mathias, S. 4.
Albrecht, Erzbischof von Mainz, S. 63.
Aleander [Nuntius], S. 4.
Allersberg [Markt], S. 33.
Altensteig, Lorenz von [kaiserlicher Agent], S. 76.
Alzei, S. 31, 74, 94, 122, 123, 157, 159.
Amberg, S. 33, 116, 119, 121.
Antwerpen, S. 136, 138.
Arnold, Christoph, S. 107.
Arnold, Gabriel, Rentmeister in Neuburg, S. 15, 34, 36, 88, 113, 114.
Aschan, Roger, S. 85.
Augsburg [Kardinal von]; s. Otto.
Augsburg [Reichsabschied von 1530], S. 4.
Augsburg [Reichstag von 1547/48], S. 156.
Augsburg [Stadt], S. 82, 84, 98, 107, 109, 121.
Avila, Louis de, S. 85.

B.

Bacharach, S. 31, 159.
Baden, S. 77.
Bartholomä, Adam, S. 51, 52.
Bassefontaine, Sebastian, Abt von, S. 62, 64 f.
Baumann, Felix, S. 175.
Bave [Sekretär Karls V.], S. 85.
Bayern, Herzoge von, S. 6.
Bayern (s. auch Wilhelm), S. 17, 34, 111, 116.
Bergzabern, S. 55.
Berlichingen, Götz von, S. 174.
Besserer, Sebastian, S. 30, 45, 82, 175.
Bettendorf [kurpfälzischer Haushofmeister], S. 158.
Binder, Alexander, S. 27, 55.
Böcklin, N., S. 174.
Böhmen, S. 9.
Bonn, S. 94.
Boxberg, S. 144 f.
Brendel, Philipp, S. 174.
Brück [kursächsischer Kanzler], S. 13, 59.

Bucer, Martin, S. 4, 6, 50, 51, 52, 55, 123.
Buches, Christoph von, S. 150, 175.
Büren, Maximilian, Graf von, S. 78, 83, 90, 93, 94, 95, 96, 103, 104, 105, 106, 108, 125, 144 f., 149.
Burglengenfeld [Landtag v. Januar 1546], S. 35, 47.
Burglengenfeld [Stadt], S. 33, 114, 116, 118.
Burkhardt, Franz [kursächsischer Vizekanzler], S. 13.
Busch [Drucker (?) in Neuburg], S. 52.

C.

Capilupo, Camillo [Gesandter v. Mantua], S. 19.
Capito, S. 31.
Castell, Friedrich, Graf von, S. 173.
Christian III., König von Dänemark, S. 5, 11, 13, 17, 28, 58, 60, 61, 131 ff., 142.
Christiern II., König von Dänemark, S. 5, 28, 58, 60, 61 f., 70, 130, 131 ff., 146.
Christine, Herzogin von Lothringen, S. 27, 132, 133.
Christoph, Herzog von Oldenburg, S. 144.
Cleve, Herzog von; s. Wilhelm.
Contarini, Lorenzo, S. 153.

D.

Dalburg, Friedrich von, S. 158.
Dänemark (s. auch Christian III), S. 58, 60, 130, 131, 134.
Darmstadt, S. 146.
Deidesheim, S. 159.
Deutschland, S. 8, 21, 41, 43, 46, 93, 136, 139, 140, 151.
Deventer, S. 28.
Diaz, Alphonso, S. 51.
Diaz, Johann, S. 51, 107.
Dienheim, Weigand von, S. 150, 174.
Dienheim, Amtmann in Kreuznach, S. 158.
Dieppurg, S. 159.
Dillingen, S. 55, 90, 120.
Donauwörth, S. 33, 104, 105, 108, 120.
Dorothea, Gemahlin Friedrichs II. v. d. Pfalz, S. 5, 23, 26 f., 28, 55, 69, 77, 122, 129 f., 132, 145, 150, 158, 176.
Drach, Hans, S. 90.
Drontheim, S. 28.
du Fresse [französischer Gesandter], S. 134, 135, 151.

E.

Eck, Leonhardt, Dr. [bayerischer Rat], S. 6, 59, 73.
Eichtelsheim, Fritz von, S. 174.
Eisenberg, Anton, Graf von, S. 173.
Ellwangen, S. 122, 125, 138, 142, 143, 146, 147, 152.
Elsaß, S. 9, 82.
Elsingen, Johann von, S. 174.
Engelbrechtson, Olaf [Erzbischof v. Drontheim], S. 28.
England (s. auch Heinrich VIII.), S. 66, 68, 70, 135, 138.
Erbach, Eberhard, Graf von, S. 88, 91, 92, 158.
Erbach, Georg, Graf von, S. 92, 158, 173.
Erbach, Veltin, Graf von, S. 173.
Erbach, Gräfin von, S. 150.
Ernsthofen, S. 159.
Eßlingen, S. 76.

F.

Fagius, Paul [Straßburger Prediger], S. 27, 55 f., 123, 124, 130.
Farnese, S. 127.
Ferdinand [römischer König], S. 64, 99, 101, 137, 153.

Festenberg, Hans Kraft von [Statthalter in Neuburg], S. 34, 35, 79, 88, 89, 114, 115, 117, 122.
Fleckenstein, Friedrich von, S. 39, 40, 140, 158.
Fleckenstein, Philipp von, S. 173.
Flehinger [Hofmeister der Kurfürstin], S. 158.
Flersheim, Friedrich von [der Ältere], S. 122.
Flersheim, Friedrich von [der Jüngere], S. 122, 125 f., 133.
Flersheim, Bechtold von, S. 158.
Forst, S. 174.
Frankfurt [Bundestag von Januar 1546], S. 1, 6, 11, 12, 18, 19, 29, 32, 37, 39, 43, 49, 50, 57, 58, 154, 164, 169.
Frankfurt [Stadt], S. 12, 13, 14, 30, 36, 98, 109, 125, 146.
Frankreich (s. auch Franz I.), S. 6, 28, 41, 42, 48, 62, 64, 65, 67 f., 70, 138.
Franz I. (s. auch Frankreich), S. 48, 61, 63, 67, 68, 70, 128 f, 133, 135, 139.
Frecht, Martin, S. 53, 55.
Freidenberg, Christoph von, S. 118.
Friedrich III., Kurfürst von der Pfalz, S. 145.
Fuchs, Hans, S. 121.
Fugger, S. 134.

G.

Gelnhausen, S. 15.
Gemmingen, Philipp von, S. 74, 97, 173.
Gemmingen, Pleikard von, S. 173.
Gemmingen, Wolf von, S. 158.
Georg, Bischof von Regensburg, S. 113.
Georg, Bischof von Speier, S. 4.
Germersheim, S. 39, 40.
Giengen, S. 120, 127.
Gleichen, Karl, Graf von, S. 173.
Göler, Bernhard [der Jüngere], 159, 173.
Granvella, Nikolaus von [der Ältere], S. 25, 26, 27, 28, 29, 42, 43, 63, 64, 76, 85, 121, 126, 127, 140 ff, 152, 153.
Grignan [französischer Diplomat], S. 65.
Gryn, Bonaccorso [bayerischer Rat], S. 6.
Guise, S. 69.
Gültingen, Balthasar, S. 82, 175.
Gundelfingen, S. 120.
Günterrode, Tileman von, Dr. [hessischer Kanzler], S. 57, 66.

H.

Haberkorn, Philipp, S. 173.
Habern, Hans von, S. 159, 174.
Habsburg, S. 5, 16, 68.
Hackenheim, S. 53.
Hagenau, S. 76, 158.
Halle, S. 153.
Hamburg, S. 138.
Hanau, Philipp, Graf von, S. 158.
Hans, Prinz von Dänemark [Sohn König Christierns II.], S. 131 f.
Hartmann v. Eppingen [kurpfälzischer Kanzler], S. 6, 19, 34, 39, 40, 49, 56, 61, 67, 140, 142 f.
Has, Heinrich, von Laufen, S. 6.
Hedio, Kaspar, S. 7.
Heideck [Stadt], S. 33.
Heideck, Hans von, S. 79.
Heidenreich, Hans, S. 90.
Heilbronn, S. 140.
Heinrich, Herzog von Braunschweig, S. 12, 38.
Heinrich VIII. König v. England (s. auch England), S. 66 ff., 69, 87, 125, 135.
Heinrich, Herzog von Mecklenburg, S. 131.
Heinrich, Pfalzgraf [Bischof von Worms], S. 122, 125.

Helmstadt, Adam von, S. 31, 159.
Helmstadt, Alexander von, S. 174.
Helmstadt, Hans von, S. 174.
Helmstadt, Philipp von, S. 31, 39, 40, 56, 82, 84, 87, 140, 159.
Hembau, S. 116.
Hendschusheim, S. 159.
Hermann von Wied [Erzbischof v. Köln], S. 15, 18, 19, 21, 22, 40, 164.
Hessen, S. 141.
Heuring, Sebastian [kurpfälzischer Protonotar], S. 13, 19, 21, 124.
Heusenstamm; s. Sebastian.
Hilchen, Johann, S. 159.
Hilpoltstein, S. 33.
Hirnheim, Walter [kaiserl. Agent], S. 77.
Hirschhorn, Hans von, S. 159, 173.
Höchstädt, S. 120.
Hubertus, Thomas; s. Leodius.
Hugenotten, S. 2.

I.

Jerusalem, S. 107.
Immenhausen, S. 97.
Ingolstadt, S. 90, 91, 104, 105, 106, 109, 121.
Innsbruck, S. 51.
Joachim II., Kurfürst von Brandenburg, S. 152, 156.
Johann Friedrich, Kurfürst v. Sachsen, S. 1, 13, 27, 37, 38, 55, 59, 60, 72, 74, 79, 83, 90, 93, 98, 99, 102, 108, 121, 123, 128, 130, 135, 140, 141, 153.
Isabella, Schwester Karls V., S. 27.
Italien, S. 43, 127.

K.

Karl, Herzog von Bourbon, S. 6.
Karl VIII., König von Frankreich, S. 62.
Kartii, Eitel von, S. 174.
Kassel, S. 16.
Kistner, Philipp, S. 159.
Knebel, Amtmann zu Oppenheim, S. 159.
Köln, Erzbischof; s. Hermann.
Köln, Erzstift, S. 43.
Kraichgau, S. 9.
Kreuznach, S. 158.
Kronberg, Hartmann von, S. 158.
Kudigheim, Marx von, S. 175.
Kurz [Agent Fuggers], S. 85, 147.
Kuttenau, Albrecht von, S. 116.

L.

Landeck, Hans von, S. 150, 175.
Landschad, Friedrich von, S. 150, 174.
Landschad, Hans Pleikard [kurpfälzischer Marschall], S. 19, 20, 24, 39, 40, 69.
Landschad, Hans, Vogt zu Mosbach, S. 102, 159.
Lauingen, S. 33, 89, 115, 120, 125. 141.
Lech, S. 109.
Lengfeld; s. Burglengenfeld.
Leyen, Endres von der, S. 150,
Leyen, Melchior von der, S. 150, 173.
Leodius, Hubertus Thomas, S. 7, 19, 21, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 40, 42, 48, 62, 63, 64, 65, 68, 69, 80, 81, 85, 92, 126, 140, 147, 153.
Lier [Stadt in den Niederlanden], S. 28.
Lire, Johann von, S. 149.
London, S. 129.
Loney, Endres von, S. 175.
Lothringen, S. 69, 77.
Löwenstein, Friedrich von, S. 159.
Ludwig V., Kurfürst v. d. Pfalz, S. 4, 5, 7, 8, 31, 42, 63, 144, 161.
Luther, Martin, S. 8, 41, 91.
Luzern, S. 93.

Lydenfels, Hans Reinhard Mosbach von, S. 150.

M.

Madruzzo, Aliprando [kaiserlicher Oberst], S. 110.
Maier, Johann, S. 74.
Mailand, S. 68, 128.
Mainz, Erzbischof; s. Sebastian.
Mannheim, S. 145.
Maria, Königin v. Ungarn, Statthalterin der Niederlande, S. 25, 28, 42, 85, 91, 126, 130, 132, 134, 137 ff., 140, 146, 148, 149.
Maria, Tochter Heinrichs VIII., S. 67.
Marxheim, S. 104, 108.
Masone [englischer Gesandter], S. 24, 66, 68, 70, 72, 77.
Maulbronn, Begegnung von [1. Juli 1546], S. 80 ff., 86, 97, 120.
Maximilian I., deutscher Kaiser, S. 81.
Mentzingen, Peter von, S. 159.
Mesnage [französischer Botschafter], S. 135.
Minkwitz, Erasmus von, S. 79, 99.
Mocenigo [venetianischer Botschafter], S. 77, 85, 106, 121, 141.
Monheim, S. 108, 115.
Moritz, Herzog von Sachsen, S. 13, 37 f., 123, 151.
Mosbach, S. 102, 159.
Mühlberg, S. 153.
München, S. 11.
Mundt, Christoph [Agent Heinrichs VIII.], S. 26, 66, 87, 125.
Murr, Georg, S. 175.

N.

Nanzig, S. 69, 70, 77.
Nassau, Philipp, Graf von, S. 158.
Nassau, Grafen von, S. 58.
Nassenfels, S. 91.
Naves, Johann von [Reichsvizekanzler], S. 15, 18 ff., 22, 25, 28, 43, 63, 71, 74, 75 ff., 85, 86, 97, 98, 112, 117, 126 f., 140 ff., 163, 176 ff.
Neipoltskirchen, S. 174.
Neipperg, Hartmann von, S. 159.
Neuburg [Pfalz], Landschaft, S. 29, 33 ff., 36, 47, 52, 53, 83, 87 f., 104 ff., 151, 166.
Neuburg [Stadt], S. 33, 34, 51, 52, 79, 83, 89, 90, 91, 92, 104 ff., 119, 121, 155.
Neuenahr, Graf von, S. 5.
Neustadt, S. 31, 159.
Niederlande, S. 2, 6, 20, 28, 78, 84, 87, 133, 134, 136 ff., 145, 149.
Noe, Philipp von, S. 174.
Nordgau, S. 33, 89, 115 ff., 121, 151, 155, 166.
Norwegen, S. 28, 130, 131.
Nothaft, Niklaus, S. 175.
Nürnberg, S. 114.

O.

Obentraut, Gothard von, S. 174.
Oberpfalz, S. 6, 8, 30, 32 f., 35, 44, 54, 76, 82, 83, 86, 118.
Oppenheim, S. 159.
Osberg, S. 174.
Österreich, S. 157.
Ottheinrich, Pfalzgraf, S. 4, 14, 30, 33 f., 51, 52, 56, 67, 68, 69, 76, 77, 79, 83, 86, 87 ff., 91, 92, 93, 94, 107, 110 ff., 141, 142, 145 f., 151, 157, 166.
Otto, v. Truchseß-Waldburg [Kardinal v. Augsburg], S. 55, 111.

P.

Paget, William, S. 129.
Parkstein, S. 33.
Parsberg, Haug von, S. 35, 115, 116 f.

Passau, Vertrag von, S. 119, 151.
Paul III. [Papst], S. 93, 127, 156, 165.
Philipp v. Flersheim [Bischof von Speier], S. 22, 53, 122.
Philipp, Kurfürst v. d. Pfalz, S. 62, 68.
Philipp, Pfalzgraf, Bruder Ottheinrichs, S. 67, 69, 77.
Philipp, Prinz v. Spanien, S. 67.
Probus, Christoph, Dr. [kurpfälzischer Rat], S. 74, 97.

Q.

Quodt, N., S. 174.

R.

Rain, S. 109.
Rau, Jost [hessischer Agent], S. 81.
Rechberg, Konrad von [kurpfälzischer Hofmeister], S. 6.
Reckerode, Oberst, S. 65.
Regensburg [Kolloquium von 1541], S. 20.
Regensburg [Reichsabschied v. 1541], S. 8.
Regensburg [Kolloquium von 1546], S. 50, 163.
Regensburg [Bundestag von 1546], S. 73, 74.
Regensburg [Reichstag von 1546], S. 19, 21, 26, 43, 57, 60, 71, 73, 74, 79, 86, 93, 97, 106, 143, 163, 164.
Regensburg [Stadt], S. 17, 27, 33, 51, 74, 76, 84, 86, 96, 97, 98, 125, 134.
Reifenberg, S. 108.
Reuß, Wolf [kurpfälzischer Rat], S. 40.
Richwin, Johann, S. 15.
Riedesel, Heinrich, S. 39, 40, 71, 73, 76, 78, 82, 90, 97, 99, 130, 140, 150, 173, 175 f.
Riedesel, Volpart, S. 93.
Rheineck, Philipp, Graf von, S. 158, 173.
Rheingraf, Philipp Franz, S. 158.
Rodenstein, Engelhard von, S. 159.
Rom, S. 2, 7, 51, 164.
Rosenberg, Albrecht von, S. 144 f.
Rosenberg, Johann Melchior von, S. 144 f.
Rudigheim, Bernhard von, S. 150, 175.

S.

Sailer, Gereon, S. 16, 17, 59, 73.
Scepper, Cornelius Duplicius, S. 85, 130, 137 ff., 140, 146, 148, 149.
Schärtlin von Burtenbach, S. 10, 105, 109.
Schenk, Rudolf, S. 66.
Scher, Peter [der Ältere], S. 76, 77.
Schleinitz, Dietrich von, S. 174.
Schmalkalden, S. 83.
Schönberg, Fritz von, S. 174.
Schönberg, Georg von, S. 174.
Schönfels, Joachim von, S. 175.
Schottland, S. 135.
Schwäbisch-Hall, S. 2, 56, 85, 147 ff.
Schwandorf, S. 116.
Schweden, S. 130.
Schweiz, S. 93.
Schwendi, Lazarus von, S. 65.
Score [Präsident des niederländischen Staatsrates], S. 7, 28, 142.
Sebastian v. Heusenstamm [Erzbischof v. Mainz], S. 14, 22, 72, 98.
Serristori [Gesandter v. Florenz], S. 81, 85, 107, 109, 140, 150.
Sickingen, Franz Konrad von, S. 6, 102, 116, 121.
Sickingen, Franz von, S. 6.
Sickingen, Hans von, S. 159.
Sigel, Martin, S. 80.
Sleidan, Johann, S. 1, 64, 65, 85 f.
Solms, Philipp von, S. 159.
Sontheim, S. 120.
Spanien, S. 63.

Speier [Reichstag von 1542], S. 63.
Speier [Reichstag von 1544], S. 62.
Speier [Vertrag v. 23. Mai 1544], S. 5, 11, 28, 61, 73, 132, 134, 136, 142.
Speier [Gespräch v. März 1546], S. 21 ff., 36, 48, 177.
Speier [Bischof von]; s. Philipp.
Speier [Stadt], S. 23, 24, 25, 27, 29, 90.
Stein, Anton von, S. 175.
Stein, Hans von, S. 45, 159.
Stein, Publius von, S. 174.
Stein, Wirt von, S. 45.
Stockheim, Wilhelm von, S. 175.
Straßburg, S. 4, 51, 55, 109, 123, 124.
Stuart, Maria, S. 135.
Sturm, Jakob, S. 11, 12, 30, 62, 64.
Sturmfeder, Friedrich, S. 159.
Stuttgart, S. 90.
Sulmona, Fürst von, S. 106.
Sulzbach [Herzogtum], S. 33.
Sulzbach [Stadt], S. 33.

T.

Tamdorf, Jost von, S. 116.
Tann, Eberhard von der [kursächsischer Rat], S. 6, 13.
Thomas, Hubertus; s. Leodius.
Thurn, Wolf von, S. 145, 159.
Tournon [Kardinal], S. 65.
Trient [Bischof von], S. 110.
Trient [Konzil zu], S. 25, 26, 43, 152, 163, 164.
Türkheim, Khun Eckbrecht von, S. 158.

U.

Uißl [Schwager Gabriel Arnolds], S. 115.
Ulm, S. 30, 45, 53, 84, 109, 113, 124, 141.
Ulmer, Philipp, S. 159.
Ulrich, Herzog von Württemberg, S. 1, 6, 36, 38, 77, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 87, 90 f., 92, 93, 95, 102, 103, 108, 121, 141, 150 f.

V.

Veltwyck, Gerhard, S. 85.
Venningen, Asmus von, S. 159.
Venningen, Eberhard von, S. 150, 174.
Verallo [päpstlicher Nuntius], S. 7, 19, 23, 77, 105, 121, 142, 143.
Viglius van Zwichem, S. 7, 28, 142.
Vogelsberger, Sebastian, S. 65, 69.

W.

Waltzheim, S. 175.
Wamolt, Wolf, S. 159.
Weichering, S. 109.
Weiden, S. 33.
Weikmann, Martin, S. 30, 45.
Weiß, Adam, S. 159, 174.
Weißbrod, Georg [Kammersekretär], S. 102, 122.
Welborn, Hans von, S. 159.
Wemding, S. 104, 108.
Westerberg, Philipp, Graf von, S. 173.
Wildenstein, Jörg Thomian von, S. 150, 174.
Wilhelm, Herzog von Bayern, S. 6, 11, 15, 16, 17, 34, 60, 72 f., 88, 112, 151, 152.
Wilhelm, Herzog von Cleve, S. 101, 153.
Wolfslager [Kammermeister]. S. 159.
Wolfgang der Ältere, Pfalzgraf, S. 14, 32, 65, 69, 70, 77, 94, 140, 147, 149.
Wolfgang, Herzog von Pfalz-Zweibrücken, S. 14, 32, 34, 73.

Worms [Bischof von], S. 72.
Worms [Reichstag von 1545], S. 5, 6, 12, 29, 36.
Worms [Bundestag von April 1546], S. 39, 47, 56 ff., 71.
Worms [Stadt], S. 76.
Württemberg (s. auch Ulrich), S. 82, 90, 113, 125, 151.
Würzburg [Bischof von], S. 72.

Y.

Ysenburg, Graf von, S. 158.

Z.

Zorn von Bulach, Georg, S. 112, 113, 117.
Zürich, S. 93.
Zwingli, Ulrich, S. 31.

Einleitung.

Kurfürst Friedrichs II. von der Pfalz Verhältnis zu Kaiser und Reich und zum schmalkaldischen Bunde.

Wie über die bayrische Politik während des schmalkaldischen Krieges Unklarheit herrschte, bis Riezler durch seinen auf umfassenden Quellenstudien beruhenden Aufsatz[1] in diese bisher ganz unaufgehellten Verhältnisse Licht brachte, so kann man bei fast sämtlichen Historikern — zeitgenössischen wie späteren — keine präzise Angabe darüber finden, in welchem Sinne die kurpfälzische Politik in diesen schicksalsschweren Zeiten geleitet worden ist. Die meisten Geschichtschreiber begnügen sich damit, zwei Ereignisse besonders hervorzuheben: die Austeilung des heiligen Abendmahles unter beiderlei Gestalt an jedermann in der Heiliggeistkirche zu Heidelberg am 3. Januar 1546[2], sowie die Unterwerfungsszene vor dem Kaiser in Schwäbisch-Hall am 18. Dezember 1546.[3]

---

[1] „Die bayrische Politik im schmalkaldischen Kriege", von Siegmund Riezler. [Abhandlungen der k. bayr. Akademie der Wissenschaften. III. Klasse; Bd. XXI, Abt. 1 (München, 1895), S. 135—244.]

[2] Rott, S. 50, Anm. 109.

[3] Sleidan berichtet noch über Friedrichs Beteiligung an den Verhandlungen des Frankfurter Bundestages (Januar 1546), sowie über seine Anfrage beim Kaiser durch Affenstein über den Grund des Krieges (Juli 1546), auch teilt er Karls ausführliche Antwort mit, sowie des Pfalzgrafen Ver-

Und doch hat eine genaue Kenntnis der Vorgänge am Heidelberger Hofe sowie der in diesem für die Geschichte des deutschen Protestantismus so bedeutungsvollen Jahre dort herrschenden politischen Anschauungen und Strömungen nicht nur ein spezielles Interesse für die Erforschung des schmalkaldischen Krieges oder gar nur territorialhistorische Bedeutung; auch von einem höheren Gesichtspunkte aus wird man die Haltung der kurpfälzischen Regierung in der ersten großen Krisis, welche der Protestantismus zu bestehen hatte, nicht ohne eine gewisse persönliche Anteilnahme verfolgen. Die Kurpfalz, in den letzten Jahrzehnten des sechzehnten Jahrhunderts das Bollwerk des Protestantismus in Deutschland „gegenüber einer gewaltsamen von Rom aus geleiteten katholischen Reaktion“[4], die offene und geheime Beschützerin und Helferin der französischen Hugenotten wie der Glaubenskämpfer in den Niederlanden, hat während des schmalkaldischen Krieges eine durchaus unentschiedene, unschlüssige Haltung beobachtet. Von dem Bewußtsein, daß hier höhere Ziele zu verteidigen seien, war die Regierung Friedrichs II. und besonders der Kurfürst selbst, noch nicht durchdrungen; höchstens erfüllte ihn die Idee, die kurfürstliche Würde seiner engeren Familie gegenüber den Ansprüchen der jüngeren Linie des wittelsbachischen Hauses zu bewahren. Wohl konnte man das kurpfälzische Land zum überwiegenden Teil als protestantisch bezeichnen; aber die offizielle Anerkennung dieses Zustandes war noch zu jungen Datums, die Beweggründe, welche zu dieser Maßregel geführt hatten, waren zu sehr rein politischer Natur gewesen, als daß weder im Volke und noch bei den

handlungen daraufhin mit Johann Friedrich, Philipp von Hessen und Herzog Ulrich von Württemberg. [Commentarii de statu religionis etc. (ed. am Ende), Bd. II, S. 483 ff.]

[4] Kluckhohn: Friedrich der Fromme, Kurfürst von der Pfalz, der Schützer der reformierten Kirche (Nördlingen, 1879), S. 304.

Regierenden das Gefühl, die eben eingeführte neue Lehre um jeden Preis verteidigen zu müssen, sei es auch unter Aufopferung der kostbarsten Güter, irgendwie tiefere Wurzeln hätte schlagen können.

Und doch, wenn auch Friedrich II. vor dem Ausbruch der Feindseligkeiten nicht die Gelegenheit gefunden hatte, in den schmalkaldischen Bund einzutreten und somit keine offizielle Verpflichtung zur Unterstützung seiner neuen Glaubensgenossen übernommen hatte, so stand er mit seinen Sympathien gleichwohl auf der Seite der Protestanten, und er hat diese seine wohlwollende Gesinnung für die Anhänger der neuen Lehre durch eine nicht mißzuverstehende Kundgebung zu betätigen gewußt, indem er zum schmalkaldischen Heere eine kleine Hülfsschar von Fußsoldaten und Reitern entsandte. —

Wie war es gekommen, daß Kurfürst Friedrich, der alte Parteigänger des habsburgischen Hauses[5], den dazu noch nahe verwandtschaftliche Bande an Karl V. fesselten, gerade in diesem kritischen Augenblick sich so schroff zu seinen Gegnern gesellte? Es waren Erwägungen mannigfachster Art, welche den Pfalzgrafen seit seinem Regierungsantritt (März 1544) dazu drängten, immer mehr Anlehnung an den nach außen hin so mächtigen schmalkaldischen Bund zu suchen; vorbereitet war diese Schwenkung Friedrichs bereits früher, dafür hatte die rücksichtslose habsburgische Staatskunst gesorgt.

Unmittelbar wenig ausschlaggebend wird für den Kurfürsten das rein religiöse Moment gewesen sein. Zwar versicherte er einmal einer protestantischen Gesandtschaft (Juni

[5] Über Friedrichs Beziehungen zur habsburgischen Familie während der Jugendzeit Kaiser Karls V. findet man recht interessante Aufschlüsse in dem meines Wissens in Deutschland bisher wenig beachteten Werk von E. Moeller: Éléonore d'Autriche. 1895.

1545), daß seine Beteiligung an den großen Religionsgesprächen im Auftrage des Kaisers in ihm die Hinneigung zur neuen Lehre hervorgerufen habe[6], wie er denn von jeher eine gewisse Sympathie für den neuen Glauben nicht zu verleugnen vermochte. Mannigfache kleine Züge[7] aus seinem früheren Leben sprechen dafür, u. a. besonders auch, daß der aus dem Dominikanerorden entlassene spätere Reformator Straßburgs, Martin Bucer, eine Zeitlang zum Entsetzen des päpstlichen Nuntius Aleander sein Hofkaplan war, freilich ohne daß er irgendwelchen bleibenden tieferen Einfluß auf den leichtlebigen, infolge seiner finanziellen Bedrängnisse auf die kaiserliche Kasse immer wieder angewiesenen Fürsten gewonnen hätte.[8] Auch einem gewaltsamen Vorgehen gegen Andersgläubige war der vielgereiste, welterfahrene Mann ebenso wie seine Brüder, der regierende Kurfürst Ludwig V.[9] von der Pfalz und Bischof Georg von Speier[10], abgeneigt; unumwunden mißbilligte er den geharnischten Augsburger Reichstagsabschied vom Jahre 1530.[11]

Aus Friedrichs späteren Verhandlungen mit den Protestanten irgendwelche Schlüsse auf seine religiösen Anschauungen zu ziehen, verbietet sich von selbst, denn seinen reformfreundlichen Äußerungen stehen ebenso viele andere gegen-

[6] Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, N. F., Bd. 18, S. 60, Anm. 2.

[7] Vergl. u. a. die Art der Freisprechung des Reutlinger Reformators Matthias Alber, Dezember 1524 (Bossert, Bd. XVII, S. 58).

[8] Bossert, Bd. XVII, S. 57. — Über Bucers spätere Auffassung seines Verhältnisses zur Kurpfalz vergl. seinen Brief vom 6. August 1544 an Ottheinrich bei Rott, S. 57, Anm. 122.

[9] Vierordt: Geschichte der evangelischen Kirche in Baden, Bd. I, S. 337. — Rott, S. 41 f.

[10] Bossert, Bd. XVII, S. 59.

[11] Winckelmann: Politische Korrespondenz der Stadt Straßburg [fernerhin Straßburg zitiert], Bd. II, S. 520. Ähnlich dachte Kurfürst Ludwig [Vierordt, Bd. I, S. 337].

über, die von seiner unentwegten Anhänglichkeit an den alten Glauben zeugen. Wenn er sich über seine angeblich der protestantischen Lehre wohlwollende Gesinnung ausließ, so tat er das lediglich zur Erreichung eines bestimmten politischen Zieles, besonders um des schmalkaldischen Bundes Unterstützung zur Verwirklichung seiner Absichten auf den dänischen Königsthron zu erlangen.

Der große Umschwung in Friedrichs Leben trat ein, als er am 16. März 1544 durch den Tod seines Bruders Ludwig in den Besitz der pfälzischen Kurwürde gelangte: mit einem Schlage wurde er, der bisher in den dürftigsten Verhältnissen, oft in fast unwürdiger Weise von der Gnade und den Almosen anderer gelebt hatte, der mächtigste Herr in Oberdeutschland, der vornehmste an Rang unter den weltlichen Kurfürsten des Reiches. Es konnte nicht ausbleiben, daß die bösen Erfahrungen, welche er während all der Jahre im Dienste Habsburgs gesammelt hatte, seine Haltung gegenüber dem kaiserlichen Kabinett bis zu einem gewissen Grade beeinflußten. Schon lange hatte er erkannt[12], daß seine Verheiratung mit der Tochter des vertriebenen Dänenkönigs nur dem einen Zweck hatte dienen sollen, seine Person noch enger an das spezifisch habsburgische Familieninteresse zu fesseln, ohne daß man Neigung zeigte, seine politischen Ziele trotz mannigfacher Versprechungen irgendwie zu unterstützen. Bestärkt wurde Friedrich in dieser Auffassung bald nach seinem Regierungsantritt, als Karl in Speier (Mai 1544) sich mit König Christian III. von Dänemark verständigte, wodurch des Pfalz-

[12] Straßburg, Bd. II, S. 520; man vergleiche Friedrichs Äußerung zu dem Grafen von Neuenahr gelegentlich des Wormser Reichstages 1545, „er (Fr.) konte im vortrauen nicht vornainen, das man in vilfeltiglichen betrogen; darumb het er auch abgelassen". [A. Bezzenberger: Berichte und Briefe des . . . Asverus von Brandt, 1. Heft (1538—1545), Königsberg i. Pr. 1904, S. 124.]

grafen letzte Aussichten auf jenen nordischen Thron endgültig vernichtet wurden. Näher trat Friedrich den Protestanten gelegentlich des Wormser Reichstages[13] vom Jahre 1545 durch seine Vermittlungstätigkeit in der religiösen Frage[14], damals

[13] In Worms schon bereitete Friedrich seinen Eintritt in den schmalkaldischen Bund vor, freilich lediglich aus politischen Gründen, um gegenüber den Bestrebungen der Münchener Wittelsbacher Linie im dauernden Besitz der Kur gesichert zu werden; als Bedingung für seinen Eintritt verlangte er unmittelbaren Abbruch aller Beziehungen zu Herzog Wilhelm von Bayern. „Do sagt sein churf. gnaden wider mich [den kursächsischen Vertreter Eberhard von der Tann], wo es die wege mit ime solt haben, so musten diese Stende Hertzog Wilhelms mussig stehen." Aus demselben Grunde hätte Friedrich sich auch mit Herzog Ulrich von Württemberg vertragen, „und hette sich derwegen mit dem hertzogen zu Wirtemberg aller Irrungen vertragen, daruber zwuschen iren chur und f. g. ein erbaynung ufgericht wer worden". [Die kursächsischen Räte in Frankfurt an Johann Friedrich, 2. I. 1546. W. A. Reg. H, Nr. 196, Vol. 1]; vergl. dazu Gryns Bericht an Leonhard Eck, Worms, 5. Juli 1545 bei Druffel: Karl V. und die römische Kurie, II, S. 65 f.

[14] Bucer zählt in einem Brief an den Landgrafen [Lenz, Bd. II, S. 348] vom 10. Mai 1545 Friedrich noch nicht zu den Freunden des Evangeliums, wohl aber seine vornehmsten Ratgeber, den Kanzler Hartmann von Eppingen [nicht Heinrich Has von Laufen, der von 1541—1544 als Vorgänger Hartmanns Kanzler war, vergl. Widder, Bd. I, S. 62], den Hofmeister Konrad von Rechberg [nach Widder, Bd. I, S. 44, von 1541 bis 1551 in diesem Amt; vergl. über ihn meine Angaben in: Archiv für Reformationsgeschichte, Bd. I (1903/04), S. 398, Anm. 2] und den Marschall Franz Konrad von Sickingen, einen Sohn des berühmten Franz, nach Widder, Bd. I, S. 49, seit 1543 in diesem Amt. Vorher schon, 1540, war er Vitztum in der Oberpfalz gewesen, ein Amt, das er 1546 wieder übernahm [vergl. Joh. Bapt. Schenkl (dessen Angaben jedoch nicht stets ganz zuverlässig sind): Neue Chronik von Amberg (Amberg 1817), S. 40]. — Über die äußeren Lebensschicksale Franz Konrads von Sickingen, der ursprünglich in des Kaisers Dienst, dann in demjenigen der Herzoge von Bayern gestanden hatte, und erst später kurpfälzischer Beamter wurde, vergl. O. Waltz: Die Flersheimer Chronik (Leipzig 1874), S. 102 f. Einen großen Teil seiner Jugend hatte er in den Niederlanden und in Frankreich zugebracht, wo er zeitweise Page des Herzogs Karl von Bourbon gewesen war [vergl. Zimmerische Chronik, Bd. III² (herausgeg. v. Barack), S. 402], dort die französische Sprache erlernt, wodurch er für die späteren Verhandlungen mit dem Kaiserhof eine geeignete Persönlichkeit wurde, ganz abgesehen von seinen früheren unmittelbaren Beziehungen zu Karl V.

schon war er dem ständigen Vertreter der Kurie am Kaiserhofe, dem Nuntius Verallo, äußerst verdächtig[15], und auch politisch nahm er dem Reichsoberhaupt gegenüber bereits eine selbständigere Haltung ein.[16]

Die Verordnungen, welche Friedrich bald darauf, gegen Ende des Jahres 1545[17], ausgehen ließ, und welche in ihren späteren Folgen die Einführung der Reformation in der rheinischen Pfalz beschleunigt haben, nahmen, oberflächlich betrachtet, lediglich die Politik wieder auf, welche des Kurfürsten Vorgänger in der Kur eine kurze Zeit lang in den zwanziger Jahren unmittelbar vor Ausbruch des Bauernkrieges verfolgt hatte: eine Proteststellung gegen Rom und gegen die in Deutschland in der katholischen Kirche eingerissenen Mißbräuche.[18] Denn nur darauf liefen vorläufig die Erlasse der Heidelberger Regierung hinaus. Jedoch bald sollte Friedrich erfahren, daß die Verhältnisse sich von Grund aus geändert hatten; der entscheidende Rückschlag auf seine politische Stellung konnte jetzt nicht mehr ausbleiben. Die Lage des Kaisers gegenüber den Anhängern der neuen Lehre war eine ganz

[15] Friedensburg, Bd. VIII, S. 138, Anm. 3. — Nach Vierordt, Bd. I, S. 340, hielt sich der Straßburger Prediger Hedio im August 1545 einige Zeit in Heidelberg auf; vergl. Hoynck van Papendrecht: Analecta Belgica, Bd. II, p. 1, S. 330.

[16] Friedensburg, Bd. III, S. 664; vergl. Gachard: trois années de la politique de Charles-Quint (Brüssel 1865), S. 89, Anm. 5. — Leodius [S. 263] berichtet ebenfalls über die Trübung des Verhältnisses zwischen Kaiser und Pfalzgraf aus politischen Gründen; vergl. auch Viglius van Zwichem an Präsident Score, Worms, 3. Mai 1545, in: Hoynck van Papendrecht, Analecta Belgica, Bd. II, p. 1, S. 329 ff.

[17] Nicht Ende 1544, wie Lippert: Die Reformation ꝛc. in der Oberpfalz (Rothenburg o. T. 1897), S. 39, berichtet. L. ist überhaupt in seinen chronologischen Angaben ungenau.

[18] Bossert, Bd. XVII, S. 56; vergl. auch Zeitschr. für Gesch. des Oberrheins, N. F., Bd. XVIII, S. 67. Über Kurfürst Ludwigs Stellung zur katholischen Geistlichkeit vergl. Gothein: Landstände der Kurpfalz, S. 13 f.

andere geworden, seitdem der schmalkaldische Bund in so bedrohlicher Weise die Vertretung der protestantischen Interessen in seine Hand genommen hatte. Karl konnte nicht mehr ruhig zusehen, wie ein Reichsstand nach dem andern, selbst mächtige geistliche Würdenträger nicht ausgeschlossen, sich vom alten Glauben abwandten und, wenn nicht unmittelbar die Reihen seiner verhaßten Gegner verstärkten, so doch sicherlich nur laue Verbündete in dem bevorstehenden großen Protestantenkriege wurden. Andererseits hatte in den letzten zwanzig Jahren trotz der offiziell katholischen Haltung der Heidelberger Regierung[19] die Verbreitung der neuen Lehre in den Gebieten der Kurpfalz durch öffentliche Predigt des Evangeliums[20], durch volkstümliche Flugschriften und wohl auch durch die Schule derartige Fortschritte gemacht, daß Friedrich mit seiner offiziellen Genehmigung wohl noch einige Zeit zögern konnte, daß aber die allgemeine Volksstimmung nicht nur in seinen rheinischen Gebieten, sondern mindestens ebenso stark in der Oberpfalz ihn mit sich fortreißen mußte, sobald er seine Hinneigung zum neuen Glauben nach außen hin irgendwie betätigte. Für den Kurfürsten ergab es sich mithin von selbst, daß er zur Deckung gegen den unausbleiblichen Zorn des Kaisers beim schmalkaldischen Bunde, als der einzigen Macht in Deutschland, welche ihm unter den augenblicklichen Verhältnissen Schutz und Schirm gewähren konnte, Anlehnung suchte, um so mehr, als er sich bei seinen Reformationserlassen nicht durch den Regensburger Reichstagsabschied vom Jahre 1541 und die vom Kaiser damals erteilte Deklaration gedeckt fühlen konnte.

[19] Lippert: Die Reformation in der Oberpfalz, S. 38.

[20] Sogar Kurfürst Ludwig V. hatte protestantisch gesinnte Prediger gehabt, einmal sogar einen unmittelbaren Schüler Luthers. [Bossert, Bd. XVII, S. 52 ff.]

[21] Lippert: a. a. O., S. 1 f.

Hinzu kam, daß innerhalb seines Landes sich Kurfürst Friedrich von allen Mitteln entblößt sah, eine aktive antiprotestantische Politik zu treiben, ganz abgesehen schon von der geographischen Lage seiner Gebiete, die sich durch ganz Oberdeutschland von Böhmen bis ins Elsaß hinein erstreckten, und deren ansehnlichster Komplex, die Rheinpfalz, „in ihren Grenzen aufs willkürlichste gezackt und durchbrochen war".[22] Wir erwähnten bereits, wie sehr die große Masse der Bevölkerung sich der neuen Lehre zugewandt hatte. Aber auch auf den Adel seiner Lande, besonders auf die mächtige und überzeugungstreue Ritterschaft im Kraichgau, war für Friedrich kein fester Verlaß mehr bei Schritten wider die neue Lehre. Jetzt rächte es sich, daß die Pfalzgrafen am Rhein bisher verschmäht hatten, ihrem Gebiete eine landständische Verfassung zu geben. Sie hatten es für ihre große Politik viel vorteilhafter gefunden, „als die Oberhäupter des freien Adels zu gelten".[23] Doch diese Waffe versagte in diesen Zeiten vollständig, da gerade der Adel in seinen meisten Vertretern bereits seit langer Zeit[24] der neuen Lehre anhing, mithin für eine aktive antiprotestantische Politik nicht zu haben war[25], zumal in diesen staatlich so zersplitterten Gebieten, wo sich die Verwandtschaft jeder einzelnen Familie über die ver-

[22] M. Ritter: Deutsche Geschichte im Zeitalter der Gegenreformation (Stuttgart 1889), Bd. I, S. 126.

[23] Gothein: Landstände der Kurpfalz, S. 13.

[24] Bossert, Bd. XVII, S. 63 f.

[25] Daß Friedrich seine Politik im strikten Gegensatz zum Adel hätte führen sollen, dazu fehlten in der Pfalz alle Vorbedingungen, hauptsächlich natürlich wegen des Mangels einer landständischen Verfassung; ganz abgesehen davon, daß eine solche Politik bei den dort herrschenden patriarchalischen Zuständen der ganzen Denkungsart des Kurfürsten widersprochen hätte; vergl. Friedrichs Brief an Landgraf Philipp von Hessen, Heidelberg, 27. Mai 1546: er befürchtete, daß die Umtriebe der Gegner beim Adel darauf hinzielen, Fürsten und Adel zu trennen. [M. A., Kurpfalz, Nr. 29.]

schiedensten Territorien erstreckte. Bezeichnend für die Stimmung der kurpfälzischen Ritterschaft ist eine vertrauliche Mitteilung, welche ihre Vertreter im Sommer 1546 an einen in ihren Kreisen so verhaßten Fürsten, wie Landgraf Philipp von Hessen, gelangen ließen, sie würden gegebenenfalls gegen den Willen Friedrichs das schmalkaldische Bundesheer mit einem Kontingent an Reitern und Fußsoldaten unterstützen.[26]

War für den Kurfürsten durch seine Stellung innerhalb seines Gebietes die Parteinahme in dem bevorstehenden Kriege nahezu gegeben, wenigstens ein enges Hand in Handgehen mit den Verfolgern des Evangeliums ausgeschlossen, so wiesen, wie bereits erwähnt, seine persönlichen Erfahrungen im Dienste der Habsburger ihn in dieselbe Richtung: seine Beziehungen zur kaiserlichen Familie bildeten für ihn eine ununterbrochene Kette von Enttäuschungen und diplomatischen Niederlagen.[27] Doch gutmütig, wie Friedrich war, hätte er sich dadurch wohl nicht zu entschiedener Gegnerschaft bewegen lassen, wenn nicht durch die imperialistische Politik des Kaisers sein fürstliches Standesbewußtsein verletzt worden wäre. Er hatte ein reges Empfinden für seine Pflichten als Kurfürst und war fest entschlossen, die Konsequenzen aus dieser seiner wohlmeinenden Gesinnung fürs Reich zu ziehen, selbst wenn er dadurch des Kaisers Pläne durchkreuzen sollte.[28] Darin begegnete er sich

---

[26] Hasenclever: Die Politik Kaiser Karls V. und Landgraf Philipps von Hessen vor Ausbruch des schmalkaldischen Krieges (Marburg 1903), S. 69, Anm. 2.

[27] Über die damalige (Dezember 1545) persönliche Stimmung des Kurfürsten dem Kaiser gegenüber vergl. seine von Schärtlin berichtete Äußerung: „Churf. sagt, er hab vil sachen ir Mst. wichtiglich helffen aussfieren; find kain danck noch erkantnus; er gelt gegen dem Kaiser nit so vil als sein schuchster daniden gegen ime" [Herberger: Schärtlins Briefe, S. 34].

[28] Interessant ist folgende eigenhändige Bemerkung Friedrichs zu der Aufzeichnung über die dem Landgrafen und den kursächsischen Räten am 2. Februar 1546 gegebene kurpfälzische Antwort (vergl. Hasenclever: Die

mit den meisten deutschen Fürsten, Protestanten wie Katholiken. Und noch ein ganz persönliches Interesse verband er damit: gerade in diesem Punkt, in der Wahrung seiner kurfürstlichen Würde suchte er gegenüber den bekannten ehrgeizigen Bestrebungen der in München residierenden jüngeren Wittelsbacher Linie Anschluß beim schmalkaldischen Bunde. Denn bei einem Siege des Kaisers schien Friedrich und seinem Hause, wie nun einmal die religiösen Verhältnisse innerhalb seiner Gebiete lagen, die größte Gefahr zu drohen. Für den Pfalzgrafen war conditio sine qua non für sein Zusammengehen mit dem schmalkaldischen Bund, daß ihm die tatkräftigste Unterstützung der Einungsmitglieder fest zugesichert werde, falls Herzog Wilhelm von Bayern ihn unter dem Schein der Religion wegen seiner Hinneigung zur neuen Lehre in seiner kurfürstlichen Würde angreife.

Daß durch den oben erwähnten Vertrag von Speier zwischen Karl und König Christian III. von Dänemark Friedrichs Hoffnungen auf kaiserlichen Beistand zur Erlangung jenes nordischen Thrones vernichtet wurden, wird ihm den politischen Frontwechsel auch nicht gerade erschwert haben.

Alle diese Erwägungen waren geeignet, den Kurfürsten ins protestantische Lager zu treiben, und doch war es nicht in erster Linie sein Verdienst, wenn er gelegentlich des Frankfurter Bundestages, Ende Januar 1546, den ersten nach außen hin entscheidenden Schritt tat, seinen politischen Anschluß an den schmalkaldischen Bund zu bewerkstelligen. Hätten nicht seine vornehmsten Räte ohne sein Vorwissen durch die Vermittlung Jakob Sturms aus Straßburg die einleitenden

---

Politik der Schmalkaldener, S. 206, Anm. 52): „Item etlich stendd im rych werden von den burgundischen und haus osterych gedrengt, sich zu Inen zu ergeben, welche hiher zu ziehen von notten". [M. St.-A. K. blau, 105/5.]

Schritte getan[29], um ihm den Entschluß zur Reise nach Frankfurt zu erleichtern, er hätte wohl nicht die Initiative besessen, allein aus eigner Kraft sich von seiner ganzen Vergangenheit loszureißen.

Ein festes Programm für die Verhandlungen in Frankfurt war weder auf pfälzischer, noch auf schmalkaldischer[30] Seite vorhanden; so viel steht aber wenigstens fest, daß Kurfürst Friedrich durch seine Reise zum Bundestag seinen Eintritt in den schmalkaldischen Bund herbeizuführen hoffte, sonst hätte er sich wohl kaum so weit aus seiner bisher beobachteten Reserve herauslocken lassen. Jedoch gerade innerhalb der Einung gingen die Ansichten über die Aufnahme des Pfälzers weit auseinander. Am entschiedensten tätig für seinen Eintritt waren die oberländischen Städte, an ihrer Spitze Jakob Sturm; schon während des Wormser Reichstags (1545) hatte er in Unterredungen mit den protestantisch gesinnten Räten des Pfälzers eine Verwirklichung dieser Idee in Erwägung gezogen; es ist bekannt, wie zähe er auch fernerhin an diesem Gedanken festgehalten hat.[31] Doch was vermochte der Städte

---

[29] Über diese Verhandlungen vergl. meinen Aufsatz: „Kurfürst Friedrich II. von der Pfalz und der schmalkaldische Bundestag zu Frankfurt vom Dezember 1545". [Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, N. F., Bd. XVIII, S. 58—86.]

[30] Die von dem hessischen Sekretär Aitinger redigierten Weisungen an Landgraf Philipp für seine Besprechungen mit Kurfürst Friedrich [vergl. Hasenclever: Die Politik der Schmalkaldener, S. 200 f.] kann man nicht als Programm bezeichnen; sie bezweckten lediglich, des Landgrafen Aktionslust einzuschränken.

[31] Lenz, Bd. III, S. 356 f. — Neudecker: Urkunden, S. 748; Straßburg, Bd. III, S. 692 ff.

[32] Noch kurz zuvor hatte Philipp den Pfalzgrafen wegen seiner Verbindungen mit Herzog Heinrich von Braunschweig beim Kaiser direkt denunziert, auf Grund von Briefen Friedrichs aus dem erbeuteten Archiv des Herzogs. [Vergl. Philipp an Kaiser Karl. Feldlager zu Großen-Bakel, 31. Oktober 1545. Orig. W. St.-A., Reichssachen in genere fasc. 13.] Der Brief an Karl ist nach dem Konzept des M. A. erwähnt bei Issleib:

Politik gegen die politischen Ziele des Landgrafen! Ihm kam es vornehmlich darauf an, den Eintritt des neuen Glaubensgenossen zu hintertreiben, höchstens ihn in eine ganz lockere, vom verfassungsrechtlichen Standpunkte aus ganz unbestimmte Verbindung mit einigen protestantisch gesinnten Fürsten, unter ihnen auch Herzog Moritz von Sachsen, zu bringen. Eine Mittelstellung nahm Johann Friedrich ein. Während seine nach Frankfurt entsandten Räte, Franz Burkhardt und Eberhard von der Tann, die Aufnahme Friedrichs warm befürworteten, wollte er aus Rücksicht auf König Christian III. von Dänemark, wie es scheint auf den Rat seines Kanzlers Dr. Brück, sich damit begnügen, dem Pfälzer einigen Einblick in die inneren Verhältnisse des Bundes, insbesondere in das Verfassungsinstrument, zu gewähren, sich im übrigen aber mit der prinzipiellen Erklärung Friedrichs zufriedengeben, im Falle eines Religionskrieges seine neuen Glaubensgenossen nicht im Stiche zu lassen. Sache späterer Tagsatzungen müsse es sein, das Verhältnis des Kurfürsten von der Pfalz zur Einung, die Bedingungen seines Eintrittes sowie die ihm aufzuerlegenden Bundespflichten festzusetzen.

Man begreift, daß bei so weit auseinandergehenden Anschauungen eine einheitliche Verhandlung höchst erschwert war, daß diese politische Situation für Friedrich wenig Ermutigen-

---

Philipp von Hessen, Heinrich von Braunschweig und Moritz von Sachsen in den Jahren 1541—1547 (Wolfenbüttel 1904), S. 45, Anm. 3. Es handelte sich um die bei Hasenclever: Die Politik der Schmalkaldener, S. 183 f., erwähnte Korrespondenz; sie war jedoch nicht von Friedrich eigenhändig geführt [vergl. ebenda Anm. 5], sondern durch den Protonotar Sebastian Heuring.

[33] Johann Friedrich an Philipp, Torgau, 19. Januar 1546. [W. A. Reg. H., Nr. 196, Vol. 1.] Einen Monat früher, am 21. Dezember 1545, meinte Johann Friedrich, man könne mit dem Pfalzgrafen lediglich wegen einer Geldunterstützung unterhandeln. [Herberger: Schärtlins Briefe, S. 56, Anm.]

des bot. Und da man protestantischerseits seinen speziellen dynastischen Wünschen nur in geringem Maße entgegenzukommen geneigt war, da zudem die Zukunft des gesamten Bundes noch in Frage stand, war auf den sofortigen Beitritt des ewig schwankenden, unschlüssigen Pfalzgrafen von Anfang an kaum zu rechnen.

In Frankfurt weilte Friedrich vom 28. Januar bis zum 3. Februar in Begleitung der Pfalzgrafen Wolfgang d. Ä.[34] und Ottheinrichs sowie seiner vornehmsten Räte zusammen mit Philipp von Hessen. Doch wurde ein Abschluß nicht erzielt, da die protestantischen Stände, hauptsächlich der Landgraf, sich nicht dazu verstehen mochten, ihm eine endgültige, unverklausulierte[35] Versicherung wegen der pfälzischen Kur zu geben. —

Die Erfahrungen der nächsten Wochen nach dem Bundestag waren wenig geeignet, den Kurfürsten in der einmal eingeschlagenen Richtung seiner Politik festzuhalten. Die Hoffnungen, welche er wie der Landgraf auf die reformfreundliche Gesinnung des nur durch ihre tatkräftige Unterstützung jüngst gewählten Erzbischofs von Mainz, Sebastian von Heusenstamm, gesetzt hatten, scheiterten völlig. In persönlicher Verhandlung mit dem Landgrafen, der sich von Frankfurt aus zu ihm begeben hatte, erkannte Sebastian allerdings einige Mängel in dem bestehenden Kirchenwesen an und sagte ihre

[34] Nicht Wolfgang von Pfalz-Zweibrücken; vergl. Hasenclever: Die Politik der Schmalkaldener, S. 199, Anm. 40. — Meine dortige Polemik gegen Menzel fällt mithin fort.

[35] Am 31. Januar beschloß man: „Wenn Pfalz wegen der Kur «angefochten» wird, und man erkennt, daß es im Grunde der Religion wegen geschieht, so wird ihm Bundeshülfe in Aussicht gestellt [Straßburg, Bd. III, S. 710]. Nach der offiziellen Aufzeichnung vom 31. Januar — den genauen Titel siehe bei Hasenclever: Die Politik der Schmalkaldener, S. 203, Anm. 48 — machte man die Unterstützung noch von dem vorherigen Eintritt des Kurfürsten in den schmalkaldischen Bund abhängig.

Abstellung zu, er versprach auch ein energisches Auftreten gegenüber dem Kaiser. Doch sobald Philipp fort war, machte sich der Einfluß seiner Ratgeber und die Furcht vor Karl wieder geltend.[36] Wie er durch eine Fürsprache für Hermann von Wied sein Verhältnis zum Reichsoberhaupt nicht hatte trüben wollen, so vermochten auch jetzt die Mahnungen Kurfürst Friedrichs ihn nicht zu bewegen, seinem Versprechen gemäß noch vor der Eröffnung des Reichstags eine Kurfürstenversammlung nach Gelnhausen zu berufen.[37]

Ebensowenig Erfolg hatte Philipp mit seiner Vermittlungstätigkeit in dem bayrisch-pfälzischen Kurstreit.[38] Da keine der beiden Parteien auf die Forderungen der anderen

---

[36] Philipps Urteil über Sebastian: „der man ist noch blode und sieht sich weit umb, ich hab vielerlei mit ime geredt, ich hoff, so er aigner person zu e. l. keme, es werde besser werden. Ich halt inen vor dapffer und hoff, er sol wahrhafftig sein, doch wirdt das werck den meister loben. Es sind wol leute, die inen in irer zucht behalten wolten; e. l. verstehen mich!" [Philipp an Friedrich, Roßbach, 6. Februar 1546. Orig., ganz eigenhändig M. St.-A. K. blau 105/5; Konzept: M. A., Kurpfalz, Nr. 28]; vergl. zu dem Brief Philipps Bericht an seine Räte bei Neudecker: Akten, S. 675 ff. Bald darauf urteilte der Landgraf weniger optimistisch [vergl. Lenz, Bd. II, S. 404 u. S. 438]. Johann Friedrichs Urteil über Sebastian bei Hasenclever: Die Politik Kaiser Karls V., S. 34, Anm. 3. Zu des Landgrafen oben erwähntem Schreiben vergl. Heusenstamms Bericht vom 7. Februar 1546 über die Begegnung bei Lämmer: Monumenta vaticana, S. 429 f.: die Besprechung sei erfolgt mit Vorwissen des Domkapitels nach langem Zögern, lediglich zur Verhandlung über nachbarliche Irrungen.

[37] Friedrich nahm wohl nicht mit Unrecht an, daß dieser Gesinnungswechsel des Mainzers durch Naves' Erscheinen hervorgerufen worden sei, „und achten p(falz) fur gewiß, das mentzs mit Navis abgeredt hab, den churfurstentag nit furgeen zu lassen". [Antwort des kurfürstlichen Rates auf des Kölner Lizentiaten Johann Richwin Werbung. 26. Februar 1546. M. St.-A. K. blau 105/5.]

[38] Friedrichs Taktik bestand darin, jegliche Verhandlung rundweg abzulehnen, solange ihm nicht von Herzog Wilhelm von Bayern sein gebührender Titel gegeben werde. [Friedrich an Gabriel Arnold. 10. Februar 1546. M. St.-A. K. schw. 301/1, Fol. 75 f.]

einzugehen Neigung zeigte, bestand die Gefahr, daß Karl gelegentlich des Reichstages die Regelung dieser Frage seinerseits in die Hand nehmen werde. Wie leicht war alsdann eine Einschüchterung Friedrichs möglich! Denn solange er nicht in den schmalkaldischen Bund eingetreten war, konnte man auf seine Unterstützung im bevorstehenden Kriege nicht sicher zählen, solange blieb die Gefahr bestehen, daß er trotz seiner Hinneigung zur neuen Lehre aus dynastischen Gründen ein Parteigänger des Hauses Habsburg bleiben werde. Andererseits mochte Philipp glauben, den Münchener Wittelsbachern gegenüber vorsichtig operieren zu müssen. Denn die Berichte, welche sein allerdings allzu optimistisch gesinnter Agent am dortigen Hof, der Augsburger Arzt Dr. Gereon Sailer[39], nach Kassel sandte, lauteten gar nicht ungünstig. Die Aussicht, daß Herzog Wilhelm sich einem Bündnis mit dem Kaiser versagen werde, durfte durch zu scharfe Parteinahme für den Rivalen in der Kur nicht vor der Zeit verscherzt werden, besonders nicht, solange Friedrich seinen endgültigen Eintritt in den schmalkaldischen Bund noch nicht vollzogen hatte.

Gerade dies war die Klippe, an welcher die ganzen Verhandlungen der Einung mit der Pfalz von Anfang an zu scheitern drohten: das bei beiden Kontrahenten immer wieder zu Tage tretende mangelnde Vertrauen in die Aufrichtigkeit des andern. Dieser nach Lage der Dinge unvermeidliche Zwiespalt entsprang aus der Verquickung der politischen und religiösen Motive. Man gab vor, lediglich die wiedergewonnene reine Lehre gegen ihre Verfolger verteidigen zu wollen, aber

[39] Über Sailer vergl. außer Lenz: Bucerbriefw. (s. Register), den Artikel von Vogt in der Allg. d. Biogr., Bd. XXX, S. 462. Roth: Augsburgs Reformationsgeschichte, Bd. II (1904), S. 9, S. 334 f., sowie derselbe in: Archiv für Reformationsgeschichte (herausgeg. v. W. Friedensburg), Bd. I (1903/04), S. 101 ff.

in Wahrheit verband jeder Teil damit recht persönliche, egoistische Absichten: Friedrich die Wahrung seiner Kurwürde und, wenn auch noch weniger deutlich hervortretend, so doch recht zielbewußt, die Erlangung der dänischen Königskrone, zum mindesten eines vom finanziellen Standpunkt aus recht vorteilhaften Vergleiches mit König Christian III.; der Landgraf das Bündnis mit Bayern, in Wahrheit die Stärkung seiner Stellung als Landesfürst gegenüber den gefährlichen Tendenzen der kaiserlichen Machtpolitik.

Philipp von Hessen hat sich durch die hoffnungsvollen Berichte seines Augsburger Vertrauten gar zu lange täuschen lassen. Als der Kaiser bereits in Regensburg mit den Ratgebern Herzog Wilhelms in eifrigster Unterhandlung über das bayerische Bündnis im bevorstehenden Kriege begriffen war, glaubte Sailer in seiner törichten Vertrauensseligkeit noch immer an die hülfsbereite Geneigtheit des Münchener Hofes Philipp gegenüber. Es scheint mir nicht ausgeschlossen, daß die Berichte Dr. Gereons mit ihren haltlosen Verdächtigungen gegen Friedrich und die Neuburger Regierung die hinhaltende Politik des Landgrafen gegen die Aufnahme des pfälzischen Kurfürsten in den schmalkaldischen Bund in bedeutendem Maße beeinflußt haben.

Kapitel 1.

Des kaiserlichen Vizekanzlers Johann von Naves' Werbung in Heidelberg (Mitte Februar 1546).

Bald nach der Rückkehr vom Frankfurter Bundestag wurde Friedrichs Charakterfestigkeit gegenüber den Lockungen und wohl ebenso sehr den Drohungen seines mächtigen kaiserlichen Verwandten zum erstenmal auf die Probe gestellt. Am 15. Februar, „gantz spaten abents", langte in Karls Auftrag der Vizekanzler Johann von Naves in Heidelberg an. Des Pfälzers neuerdings offenkundig hervorgekehrte Beziehungen zum schmalkaldischen Bund, seine Reformationserlasse, seine Teilnahme an den Frankfurter Verhandlungen und, eine Folge davon, seine Beteiligung an der Gesandtschaft zugunsten Hermanns von Wied hatte das bereits vorhandene Mißtrauen am kaiserlichen Hoflager nur noch verstärkt. Naves' Auftrag[40] ging dahin, den Kurfürsten an seine Pflichten Karl und seinem Hause gegenüber zu mahnen, unter Beteurung der friedlichen Absichten des Kaisers. Nach außen hin wurde nur bekannt gegeben, der Vizekanzler solle den Pfalzgrafen wie auch die übrigen Kurfürsten am Rhein zum persönlichen Besuche des Reichstages auffordern.

---

[40] Druffel: Beiträge zur Reichsgeschichte, Bd. I, S. 1.

Naves' spezielle Instruktion ist leider nicht bekannt, doch läßt sich dieselbe in ihren wesentlichen Teilen aus dem Protokoll[41] des kurfürstlichen Rates[42] über die ihm zu erteilende Antwort sowie aus einem Bericht Friedrichs an Landgraf Philipp[43] über die Werbung rekonstruieren.

Des Kaisers Bitte um abermalige Vermittlung in der Religionsfrage lehnte der Pfalzgraf ab, unter Bezugnahme auf seine widrigen Gesundheitsverhältnisse sowie auf seine früheren Mißerfolge in der Richtung. Sei sie doch ohnehin unnütz, da, solange solch scharfe Mandate wider den Kölner Erzbischof erlassen würden, der Krieg doch unvermeidlich sei. Sein wie der Protestanten Erscheinen auf dem Reichstag machte er von der Behandlung Hermanns von Wied abhängig[44], da sonst keine Ruhe im Reich werde hergestellt werden können. Keinen Zweifel ließ Friedrich allerdings darüber bestehen, daß im Falle eines kaiserlichen Angriffes auf den Kölner Erzbischof die Schmalkaldener die Sache des bedrohten Glaubensgenossen zu der ihren machen würden, und daß auch er seinen Mitkurfürsten nicht im Stiche lassen werde. Als etwas ganz Harmloses stellte Friedrich seine Teilnahme an den von Naves übrigens gar nicht erwähnten[45] Frankfurter Verhandlungen

[41] über dieses, von dem Protonotar Sebastian Heuring nachgeschriebene Protokoll in M. St.-A., K. blau 105/5, vergl. Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, N. F., Bd. XVIII, S. 58 f., auch Anm. 1. — Wenn ich fernerhin das Protokoll erwähne, ist stets dieses unpaginierte Aktenfaszikel gemeint.

[42] 16. Februar 1546. „Praesentibus mein gster her, marschalck [Hans Pleikard, Landschad von Steinach], Cantzler [Hartmann von Eppingen]."

[43] Friedrich an Philipp. Heidelberg, 17. Februar 1546. [Konz. M. St.-A., K. blau 105/5; Orig. M. A. Kurpfalz Nr. 28; eine Kopie W. A. Reg. H, Nr. 209, Vol. 3].

[44] Friedensburg, Bd. VIII, S. 562, Anm. 2 [Capilupos Bericht vom 27. Februar 1546 auf Mitteilungen Verallos hin], und Zeitschrift für Geschichte des Oberrheins, Bd. XVIII, S. 72, Anm. 1.

[45] Protokoll. 26. Februar 1546, „aber vom tag zu Fr(ankfurt) hab

hin; seine Reformationserlasse[46] suchte er mit der Not der Zeiten zu erklären, lediglich um schlimmen Mißständen vorzubeugen, fast wörtlich übereinstimmend mit den beschwichtigenden Erklärungen[47], welche sein Abgesandter Wolfgang von Affenstein am Kaiserhofe abzugeben hatte.

Gleich bei dieser ersten Probe traten die Gegensätze im kurfürstlichen Rat[48] scharf zutage. Es ist kein Zweifel, daß Friedrich am entschiedensten gegen die kaiserliche Politik Stellung nahm, daß jedoch damals noch die bedächtigeren Elemente, besonders der Marschall Hans Pleikard Landschad von Steinach, über des Kurfürsten Stimmung den Sieg davon getragen haben. Dieses Überwiegen der Friedenspartei — wenn wir diese Richtung so nennen dürfen — geht nicht nur aus dem Bescheid, den Naves erhielt, hervor, sondern mehr noch aus dem ganzen vermittelnden Ton, welchen die politische Korrespondenz der Heidelberger Regierung in den nächsten Wochen anschlug.

Navis nichts gemelt"; vergl. auch Friedrich an Philipp. 26. Februar, pr. Kassel, 3. März 1546. [M. A., Kurpfalz, Nr. 28.]

[46] Man gab Naves auf seine Bitte ein vorsichtigerweise ganz harmlos abgefaßtes Verzeichnis der Erlasse mit; vergl. Protokoll des Kurfürstl. Rates 3. März 1546. Friedrich sagt: „dieselben artikl sein Navis angezeigt [eine Kopie dieses Verzeichnisses in: M. St.-A., K. blau 105/5], der sie fur billich geacht und hob dofur, sie solten dem colloquio [von Regensburg 1541] nit ungemes sein". [Karlsruhe, Generallandesarchiv, Nr. 381, fol. 62 f.] Diese Anschauung des Vizekanzlers war lediglich seine persönliche, sie entsprach seiner liberaleren Auffassung in religiösen Dingen; den Standpunkt der kaiserlichen Regierung, wie Rott S. 36 meint, gab sie keineswegs wieder. Auch Rotts Behauptung (ebenda), daß die Mitteilung der Erlasse auf Affensteins Drängen erfolgt sei, vermag ich nicht zu belegen; sie dürfte unrichtig sein, da Affenstein damals überhaupt nicht in Heidelberg, sondern in den Niederlanden weilte. Vergl. folg. Anm.

[47] Friedensburg, Bd. VIII, S. 562, Anm. 2. — Schon Leodius, S. 264, hat eine kurze Notiz über den Auftrag.

[48] Protokoll 16. Februar 1546; vergl. Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, Bd. XVIII, S. 72, Anm. 1, auch S. 63, Anm. 1.

Der wirklichen Gefahr war man sich am kurpfälzischen Hofe noch immer nicht bewußt, oder man wollte sie in den politischen Maßnahmen nicht anerkennen. Man glaubte in der Tat noch, durch die Fürsprache der Protestanten für den Erzbischof von Köln eine günstige Behandlung desselben von seiten des Kaisers herbeiführen zu können, obgleich Naves ausdrücklich von dem scharfen Mandat Karls gegen Hermann Mitteilung gemacht hatte.[49] Den Landgrafen nannte Friedrich den geeignetsten Staatsmann, um die Kölner Sache bei Karl in die richtigen Wege zu leiten[50]; seine größte Hoffnung setzte er auf den kommenden Reichstag: wenn bis zu dessen Eröffnung die Ruhe in Deutschland erhalten bleibe, trug er „alles weßens besserer entschaft eine gutte hoffnung".[51]

Ein Mann der entschlossenen Tat war Friedrich niemals gewesen, anderer Einfluß hatte recht oft viel bei ihm gegolten. Jedoch diese abwartende Haltung legt, zumal bei seiner entschiedenen Begabung in politischen Dingen, die Vermutung nahe, daß man in Heidelberg noch immer zwischen den beiden Parteien hin und her schwankte, sonst hätte die kurpfälzische Regierung nicht mit solch schillernden Phrasen der Kernfrage

[49] Einliegender Zettel zu Friedrich an Philipp 17. Februar 1546 [vergl. oben, S. 19, Anm. 43.] Diese Mitteilung wurde auf den speziellen Wunsch Friedrichs beigefügt, wie aus folgendem Brief von dessen Sekretär Leodius an den Protonotar Sebastian Heuring hervorgeht: „Lieber her prothonotari. Jr sollen auch dem lantgrave schreiben, wie Naves auch angezeigt, das die key. mt. ein mandat solle gegen Coln han ußgen und exequiren lassen, nemlich gegen den Bischoff bey verlierung aller seiner regalien und gegen den urthanen (sic!) bey peen der acht late sententie, das sie alle ding wider schaffen wellen, wie sie geweßen, do die Jnhibition inen verkundt worden. Hubrecht." [M. St.-A., K. blau 105/5.] Auch für die Geschäftsführung in der Kanzlei ist dieser Brief nicht uninteressant.

[50] Friedrich an Philipp. 26. Februar 1546. Orig. [M. A., Kurpfalz, Nr. 28].

[51] Friedrich an Philipp. 21. Februar 1546. Orig. [M. A., Kurpfalz, Nr. 28].

der damaligen Zeit so vorsichtig aus dem Wege gehen können. Man wollte sich noch nicht endgültig entscheiden, zumal Naves die demnächst bevorstehende persönliche Ankunft des Kaisers verkündigte. Deshalb drang der Vizekanzler auch nicht auf eine bestimmte Antwort, er beteuerte nur abermals die Friedensliebe seines Herrn, ohne freilich mit dieser gegenüber den wirklichen Tatsachen wenig begründeten Versicherung viel Glauben zu finden[52], und betonte, daß Karl in seiner Stellung als Katholik ungern in der Kölner Frage einen endgültigen Bescheid gebe.[53] Im übrigen beschränkte sich Naves darauf, Material zur genauen Berichterstattung zu sammeln.

Kapitel 2.

Kurfürst Friedrichs Begegnung mit dem Kaiser in Speier (Ende März 1546).

Obwohl Naves dem Kurfürsten eine persönliche Begegnung mit dem Kaiser in Aussicht gestellt hatte, blieb Friedrich bis zum letzten Augenblick im ungewissen darüber, ob Karl dieses Zusammentreffen herbeiführen werde oder nicht. Als das Reichsoberhaupt bereits in Speier mit Sebastian von Heusenstamm und Philipp von Flersheim, dem Bischof von Speier[54], verhandelte, war der Pfalzgraf noch ohne endgültigen Bescheid.[55] Und doch war dieses Hinhalten nur eins

[52] Friedrich an Philipp. 21. Februar 1546. Orig. [M. A., Kurpfalz, Nr. 28].

[53] Naves erklärt: „Colns wegen sei dem keisser nit lieb, das sie gedrungen werden, bescheidt zu geben, domit nit könte gesagt werden, ir mt. lies die religion under die fuß drucken." Protokoll 16. Februar 1546.

[54] Über die Verhandlungen des Bischofs von Speier vergl. Fr. X. Remling: Geschichte der Bischöfe von Speier, Bd. II, S. 314 f.

[55] Friedrich an Hermann von Wied. Heidelberg, 25. März 1546. Konz.

der vielen Mittel, welches dem ehemaligen vertrauten Freunde der kaiserlichen Familie zeigen sollte, daß die kaiserliche Gnadensonne sich für ihn verdunkelt habe. Beschlossen war eine persönliche Einwirkung von seiten Karls auf Friedrich gelegentlich dieser Reise bereits im Januar während des letzten Kapitels des Ordens vom Goldenen Vließ[56]: in seiner Eigenschaft als Großmeister dieser Genossenschaft war Karl beauftragt worden, diesem abtrünnigen Mitgliede wegen seiner protestantenfreundlichen Haltung im geheimen mündliche Vorhaltungen zu machen.

Als dann Friedrich seine Ankunft in Speier gemeldet hatte, wie es scheint, ohne vom Kaiser direkt aufgefordert worden zu sein[57], da mochten Fernerstehende annehmen, die feindselige Stimmung sei plötzlich ins Gegenteil umgeschlagen: ihm wie seiner Gemahlin Dorothea, einer Nichte des Kaisers, wurde ein besonders nach außen hin recht freundschaftlich aussehender Empfang zugedacht, dem sich jedoch der Kurfürst in geschickter Weise zu entziehen wußte. Alle diejenigen Elemente im Gefolge des Kaisers, welchen der baldige Ausbruch des Protestantenkrieges am Herzen lag, besonders der päpstliche Nuntius Verallo[58], gerieten bei der Ankunft dieses seit langen Jahren professionellen Vermittlers in Unruhe. Allgemein glaubte man, Friedrich sei nur in der Absicht gekommen, abermals die Gegensätze innerhalb des Reiches ausgleichen zu helfen.

[M. St.-A., K. blau 105/5]. — Friedrich hatte den Kaiser aufgefordert, nach Heidelberg zu kommen. Naves hatte durch Affenstein diese Einladung anregen lassen. Affenstein an Friedrich. 14. März 1546 (ebenda). — Nach Widmans Chronik [Württemberger Geschichtsquellen, Bd. VI], S. 300, lud Friedrich den Kaiser in Speier nochmals ein, nach Heidelberg zu kommen. „Das schlug er ab."

[56] de Reiffenberg: Histoire de l'ordre de la toison d'or, S. 414.

[57] Friedensburg, Bd. VIII, S. 635.

[58] Friedensburg, Bd. VIII, S. 589.

Leider besitzen wir über des Pfalzgrafen Verhandlungen mit dem Kaiser und seinen Ministern kein solch ausführliches Protokoll, wie über die parallel gehenden und oft mit denselben sich verflechtenden Besprechungen Landgraf Philipps[59] mit den Ratgebern Karls. Nur aus einigen verstreuten Notizen können wir auf den Inhalt der kurpfälzischen Beratungen schließen.

Daß Friedrich nicht, wie er vorgab, privatim, lediglich als Verwandter des Kaisers nach Speier gekommen war, daß er vielmehr von Anfang an an wichtige politische Verhandlungen gedacht hat, beweist schon die Zusammensetzung seines Gefolges: von seinen vornehmsten Räten, dem Kanzler Hartmann von Eppingen und dem Marschall Landschad von Steinach, ward er begleitet; auch des Pfalzgrafen Privatsekretär, Hubertus Thomas Leodius, war nicht zurückgeblieben, durch langjährigen Verkehr ein genauer Kenner der leitenden Persönlichkeiten am kaiserlichen Hofe und ein eifriger Verfechter der Rechte seines Herrn. Ob er noch direkten Einfluß auf Friedrich hatte — Leodius beklagt sich bekanntlich darüber, daß er seit dem Regierungsantritt des Kurfürsten immer mehr von den verantwortlichen Ratgebern seines Herrn zurückgedrängt worden sei[60] —, vermag ich nicht mit Bestimmtheit zu entscheiden. Zu den Verhandlungen des kurfürstlichen Rates zog man ihn noch recht oft hinzu, auch erhielt er als Vermittler des amtlichen Verkehrs zwischen Friedrich und seinen obersten Räten Einblick in alle wichtigen Aktenstücke, welche die kurfürstliche Kanzlei verließen.[61]

---

[59] Druffel: Beiträge zur Reichsgeschichte, Bd. III, S. 1—17.

[60] Leodius, S. 258. — Vergl. zur Frage der Berechtigung dieser Klage: Hasenclever: Die Politik der Schmalkaldener; Anhang Nr. III: Zur Kritik des Hubertus Thomas Leodius, S. 242 ff.

[61] Mit dieser Vertrauensstellung stimmt des englischen Gesandten Masone Urteil überein, «whose (Leodius) cownsell and advise the sayde Electour useth in all thinges». [State papers, Bd. XI, S. 109.]

An den langwierigen Beratungen Landgraf Philipps mit Karl und seinen Ministern nahm Friedrich nur in bescheidenem Maße teil, und zwar lediglich auf den speziellen Wunsch des Kaisers[62]; gar nicht trat er während derselben irgendwie bestimmend hervor. Wenn er unter Mißbilligung des Vorgehens der Kolloquenten riet[63], nach Berufung eines neuen Kolloquiums sollten beide Parteien in denjenigen Punkten, in welchen eine Einigung nicht zu erzielen sei, gegenseitige Duldung gewähren, so ist ein solcher Vorschlag ein charakteristisches Zeichen für die Oberflächlichkeit seiner Denkungsweise in religiösen Dingen, er zeigt, wie wenig innere Fühlung Friedrich bisher mit der neuen Lehre und ihren überzeugungstreuen Vertretern gewonnen hatte; ganz abgesehen davon, daß auch katholischerseits, zumal während der Tagung des Konzils zu Trient, für eine solch laue Handhabung der religiösen Frage gar keine Neigung vorhanden war.

Es sollte sich sogleich bitter rächen, daß die kurpfälzische Regierung über die in der allernächsten Zukunft einzuschlagende Richtung in ihrer auswärtigen Politik noch zu keinem festen Entschluß hatte gelangen können, daß sie noch immer zwischen den beiden unversöhnlichen Parteien hin und her schwankte. In allen Punkten, in denen Friedrich gehofft hatte, eine bestimmte Antwort umgehen zu können, wußten ihn die gewandten kaiserlichen Diplomaten zur Anerkennung ihrer Ziele zu bewegen: in der Vermittlungsfrage kam er den Wünschen des Kaisers im Gegensatz zu seiner ursprünglichen Naves gegenüber geäußerten Absicht entgegen, indem er freiwillig seine Dienste zur Herbeiführung eines Vergleiches anbot.[64] Fest

[62] Druffel: Beiträge zur Reichsgeschichte, Bd. III, S. 9.
[63] Druffel: Beiträge zur Reichsgeschichte, Bd. III, S. 14.
[64] Friedensburg, Bd. VIII, S. 597 und S. 694. [Maurenbrecher:

versprach er, an den Regensburger Reichstagsverhandlungen teilzunehmen.[65] Von Karls Besprechungen mit Friedrich über die religiöse Frage erfahren wir nur so viel, daß der Kurfürst seine Reformationserlasse unumwunden zugab, sie nur, wie bereits dem kaiserlichen Vizekanzler gegenüber, mit der Not der Zeiten und den inneren Verhältnissen seiner Lande zu rechtfertigen versuchte. Für seine Person[66] beteuerte er unentwegte Anhänglichkeit an die alte Lehre, fand aber damit nach den vorausgegangenen Ereignissen wenig Glauben[67], zumal er sich, wie es scheint, in höchst respektloser Weise über das in Trient tagende Konzil aussprach.[68] Gar keinen Erfolg werden Karls väterliche Ermahnungen bei seiner Nichte, der Kurfürstin Dorothea, gehabt haben.[69] Soweit wir bei der Dürftigkeit der Quellen erkennen können, war sie es, welche in hervorragendem Maße die Sinnesänderung ihres Gemahls

---

Karl V. und die deutschen Protestanten (Anhang), S. 45.] Granvella an Königin Maria. 31. März 1546: «toutefois il [Friedrich] se offre fort a moyanner la difficulte et accorda de venir à Ratisbone». [W. St.-A., Belgica, 56. Decifrat.] Leodius, S. 265, ist auch an diesem Punkte über die Pläne seines Herrn nicht genau unterrichtet oder er meldet absichtlich Falsches.

[65] Lanz: Korrespondenz Karls V., Bd. II, S. 486; vergl. auch vorige Anm.

[66] Vergl. Hasenclever: Die Politik Karls V., S. 74, Anm. 1.

[67] Wie es scheint, hat Karl seinem Neffen Vorwürfe gemacht wegen seiner Reformationserlasse; ich schließe das aus einer Äußerung Friedrichs im Kurfürstlichen Rat unmittelbar nach der Heimkehr von Speier (3. April): „dweil dan von wegen der religion nur ungnade zu besorgen, so konne sich p. allein nit hanthaben". [Karlsruhe: Generallandesarchiv Nr. 381, fol. 80.]

[68] Die etwas dunkle Äußerung Friedrichs über das Konzil, von der der Kaiser in seinen Commentaires, S. 116, berichtet [vergl. Druffel: Beiträge zur Reichsgeschichte, Bd. III, S. 22], wird erst verständlich durch Landgraf Philipps mündlichen Bericht an den englischen Agenten Christoph Mundt über seine Verhandlung mit Karl. [State papers, Bd. XI, S. 87.]

[69] Nach Widmans Chronik [Württemberger Geschichtsquellen, Bd. VI], S. 300, schob Friedrich alle Schuld seiner Gemahlin zu, ohne freilich viel Glauben damit zu finden.

beeinflußt hatte.[70] Die Hoffnung Granvellas, sie werde dem Beispiel ihrer ältesten Schwester, der Herzogin-Witwe Christine von Lothringen, folgen, war durchaus nichtig.

Im ganzen verliefen die Speirer Besprechungen, abgesehen von einem Zusammenstoß zwischen Landgraf Philipp und Granvella[71], in äußerlich freundschaftlichen Formen. Zu direkten Drohungen wird sich der Kaiser damals, als er noch eine Gefährdung seiner Reise nach Regensburg befürchtete, kaum verstiegen haben, besonders nicht, da er den Pfalzgrafen ebenso wie Philipp von Hessen von seiner Friedensliebe zu überzeugen strebte. Und doch muß man die Speirer Tage als einen Wendepunkt in der kurpfälzischen Politik jener Zeit bezeichnen. Es ist unverkennbar, daß von jetzt ab sich Friedrich viel mehr als bisher dem schmalkaldischen Bunde zuneigt, daß seine Politik, wie wir sehen werden, besonders

---

[70] Fagius berichtet zwar im August 1546: „und hat die Konigin, die Churfurstin, die zuvor gottes worts klainen verstand gehapt, ein solchen lust und willen zu dem wort gottes und dem h. Evangelio gewunnen, das sie selber mehr dan ainmal den Churfursten flehenlich gebetten, mich zu behalten und nit hinweg zulassen, damit sie das wort gottes hören möge, und gebetten, das ich wölle teglich im Schloß predigen, wie ich dann thue" [Fagius an Alexander Binder: „ietzt zu Speyer". Heidelberg, 26. August, pr. 1. September 1546. Straßburg. Thomasarchiv 22, 2], doch die meisten sonstigen Zeugnisse heben besonders von Anfang an den Eifer der Kurfürstin für die neue Lehre hervor. Möglich, daß Erinnerungen aus der Jugendzeit Dorotheas an ihre protestantisch gesinnte Mutter Isabella trotz der späteren Erziehung am Kaiserhof niemals gänzlich erstickt worden sind.

[71] Leodius, S. 265. — Interessant ist ein Urteil Granvellas über Philipp aus diesen Tagen: „hat uns heutet in beisein eines grossen fursten [Kurfürst Friedrich] desselben vertrauter diener [Leodius] gesagt, das sich der Granvel solt zu Speier haben lassen vernemen dieser wortt: Es ist war, sie die protestirenden begern nichts dann friden und der, der itzo hie ist (darfur mans achtet uns meinende), ist wol gros von gemut, saget viel, bocht sehr, hat aber nit ein pfennig" [Philipp an Johann Friedrich. Heidelberg, 31. März 1546. Orig. W. A., Reg. II, Nr. 210, Bol. 3]. Vergl. E. Brandenburg: Politische Korrespondenz von Moritz von Sachsen, Bd. II, S. 558 f.

seine Haltung zu Frankreich, eine viel energischere Frontstellung gegen das kaiserliche Kabinett annimmt. Was war der Grund dazu? Verletzt haben wird den Kurfürsten das geringe Entgegenkommen, welches Karl und seine Ratgeber seinen persönlichen Angelegenheiten, besonders der Regelung einer Schuldforderung an Kirchengüter in Deventer[72], ent-

[72] Worum es sich in dieser Angelegenheit handelte, läßt sich nicht ganz klar erkennen. Es scheint ein Rechtsstreit gewesen zu sein über einige der Kirche gehörige Güter [«delaissez par l'archievesque de Drontheim ... qui est mort au service pour la querelle du Roy Christiern et meritoit plus de faveur que occuper ses biens»], der infolge der Hartnäckigkeit der Bürger von Deventer trotz der Bemühungen der niederländischen Regierung nicht zum Ausgleich kam. [Vergl. Königin Maria an Granvella. Herzogenbusch, 19. April 1546. W. St.-A., Belgica 56.] Naves hatte Mitte Februar in Heidelberg darüber verhandelt [Granvella an Königin Maria 31. März 1546, ebenda], Leodius [«que Je tiens la seul cause de ce different», Königin Maria an Granvella 17. April 1546] befürwortete kurz darauf, 23. Februar 1546, in einem Schreiben an den Vizekanzler die Berücksichtigung der Ansprüche seines Herrn [Br. A. Papiers d'état et de l'audience, liasse nr. 29]. In Speier gewann Granvella die Überzeugung, daß Friedrich an der Regelung der Angelegenheit viel liege [«il (Friedrich) est toujours mirablement picque de son affaire de Deventer, comme ma dit son sécretaire», an Königin Maria 31. März], wenigstens riet er mehrere Wochen später der Statthalterin der Niederlande, nach Möglichkeit eine Verständigung herbeizuführen, um den Kurfürsten bei guter Laune zu erhalten. [1. Mai 1546. W. St.-A., Belgica 56.] — Jener obenerwähnte Erzbischof von Drontheim ist Olaf Engelbrechtson, der als Bundesgenosse Friedrichs im Kampf gegen Christian III. im Jahre 1537 aus Norwegen hatte fliehen müssen, „mit seiner eigenen fahrenden Habe, mit den Wertsachen der Kirchen und dem, was er vom Volke noch hatte erpressen und auf der Flucht an der Küste seinen Gegnern hatte rauben können". [Dietr. Schäfer: Geschichte Dänemarks, Bd. IV, S. 351, sowie Lacomblet: Archiv für Geschichte des Niederrheins, Bd. V (Düsseldorf 1865), S. 128.] Ein Jahr später starb er in Lier in den Niederlanden. Diese „Kirchengüter" werden hier wohl gemeint sein. Möglich ist, daß Friedrich Anspruch darauf erhob im Namen seiner Gemahlin Dorothea, welcher sie als dänischer Prinzessin erblich zuständen [vergl. Heidelberger Universitätsbibliothek Ms. Pal. Germ. VIII, fol. 231 f.]. Worauf die Ansprüche der Bürger von Deventer sich stützen, vermag ich nicht anzugeben. Schon im Speirer Vertrag vom Mai 1544 hatte sich der Kaiser die freie Verfügung über diese Güter gesichert, ein Band mehr, wodurch er Friedrich an seine Politik fesselte [Du-

gegenbrachten. Doch das war nicht ausschlaggebend, so sehr sich auch sein Privatsekretär Hubertus Thomas Leodius dafür ereifern mochte. In Speier[73] wird Friedrich die Überzeugung gewonnen haben, daß ein friedlicher Ausgleich nicht mehr möglich, daß der Krieg unvermeidlich sei. Die Erkenntnis, daß nach Ausbruch desselben er als Bundesgenosse des Kaisers, gegen dessen imperialistische Tendenzen er das stärkste Mißtrauen hegte, nicht nur in einen unüberbrückbaren Gegensatz zu seinen Untertanen, sondern ebenso sehr zum gesamten Adel seines Gebietes kommen würde, wird am meisten seine politischen Maßnahmen bestimmt haben, zumal gleich nach der Heimkehr des Kurfürsten von Speier eine in Heidelberg tagende Adelsversammlung seine Schritte in der Reformationsfrage und seinen Anschluß an den schmalkaldischen Bund nahezu einstimmig guthieß.

Kapitel 3.

Die Heidelberger Adelsversammlung vom 7. April 1546.

Gelegentlich des Bundestages zu Frankfurt hatte Friedrich bekanntlich, um dem Drängen der Schmalkaldener auf eine bestimmte Antwort auszuweichen, seine Landschaft[74] vor-

mont: Corps universel etc., Bd. IV, p. 2, S. 275]. Ein Jahr später verhandelte man in Worms über diese Frage, ohne zu einer Einigung zu gelangen [Hoynck van Papendrecht: Analecta Belgica, Bd. II, p. 1, S. 329 ff.: Viglius an Score, Worms, 3. Mai 1545].

[73] Wenigstens die Vermutung möchte ich hier aussprechen, ob nicht die Vorwürfe Granvellas, von denen Leodius (S. 263) gelegentlich des Wormser Reichstages erzählt, Friedrich in Speier gemacht worden sind. In Worms lag dazu noch kein Grund vor.

[74] Hasenclever: Die Politik der Schmalkaldener, S. 205, Anm. 50, sowie Seckendorf: Commentarius de lutheranismo, lib. III, S. 617. Ihm

geschützt, da ohne deren Zustimmung das Versprechen einer Hülfsleistung doch wenig praktischen Wert habe. Nun bestand aber in der sogenannten Rheinpfalz gar keine landständische Verfassung, während eine solche in der Oberpfalz sowie auch in Ottheinrichs Gebiet, in Pfalz-Neuburg, vorhanden war.

Nahezu einen Monat ließ Friedrich nach seiner Rückkehr von Frankfurt verstreichen, bis er die Einladungsschreiben ergehen ließ; am 4. März[75] fand die Berufung statt, und zwar erfolgte sie nur an die Grafen und Ritter, nicht an die Städte, sowie unter den augenblicklichen Verhältnissen auch nicht an die Prälaten. Eine Ständeversammlung, wie allenfalls die ähnlichen früheren Beratungen in Heidelberg vom Februar 1505[76] und vom März 1517, darf man diese Tagung daher unter keinen Umständen nennen. Kurfürst Friedrich mochte für den geplanten folgenschweren Schritt nicht allein die Verantwortung tragen, und da er in dem bevorstehenden Kriege in erster Linie auf die Unterstützung seiner Ritterschaft angewiesen war, war es natürlich, daß er ihren Rat einholte. Ob Friedrich auch mit den Städten[77] seines Gebietes ver-

hat augenscheinlich die Kopie aus W. A., Reg. H., Nr. 196, Vol. 7, vorgelegen. Die Korrekturen Landgraf Philipps [vergl. Hasenclever: Die Politik der Schmalkaldener, S. 205, Anm. 50 und 52] hält er für Äußerungen Friedrichs.

[75] Karlsruhe, Generallandesarchiv, Nr. 381, fol. 78.

[76] Das Einladungsschreiben zu dieser Versammlung (23. Februar 1505) teilt Fr. Glasschröder: Zum kurpfälzischen Ständewesen [Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, N. F., Bd. X, S. 470] mit. Aufgefordert werden „die Grafen, Herren, Prälaten, Ritterschaft und Landschaft [d. h. die Städte], so zum Fürstentum der Pfalz gehören".

[77] Bastian Besserer und Martin Weikmann an den Rat von Ulm [Worms, 19. April 1546. Ulmer Reformationsakten XXXI, Nr. 390] melden allerdings, Jakob Sturm habe ihnen mitgeteilt, auch die Städte seien nach Heidelberg beschrieben worden, doch finden sich sonst gar keine Notizen darüber, trotzdem wir über diese ganzen Verhandlungen ziemlich genau unterrichtet sind; angeregt worden war der Gedanke gelegentlich der vorbereitenden Besprechungen im kurfürstlichen Rat am 3. März, einige

handelt hat, steht nicht fest. Möglich ist es ja allerdings, aber diese Beratung wird weder in Heidelberg noch auch gleichzeitig mit der Adelsversammlung stattgefunden haben, da es bis 1603 die Gewohnheit des Kleinbürgertums in der Kurpfalz geblieben ist, jede Schatzung — um eine solche handelte [illegible] im Grunde genommen in erster Linie, besonders Rechtfertigung wegen der Reformationserlasse bei der [illegible] testantischen Gesinnung der Bevölkerung überflüssig war — bei sich daheim zu verhandeln.[78]

Wie schon Kurfürst Ludwig V. bei jener Besprechung[79] nach dem Bauernkriege (September 1527) die Prälaten seiner Lande ausgeschlossen hatte, so tat dies Friedrich jetzt mit noch größerer Berechtigung und triftigeren Gründen: wollte er doch die Einführung der Reformation sowie seinen politischen Anschluß an die Anhänger der Augsburgischen Konfession von dieser Versammlung gebilligt sehen.

Geht schon aus der äußeren Zusammensetzung hervor, daß wir es hier mit keinem Landtage zu tun haben, so zeigt sich das noch mehr aus der Art der Berufung: Friedrich zieht aus jedem Geschlecht[80] je einen Vertreter hinzu[81], erklärt damit

Städte zu beschreiben. Nicht ganz ausgeschlossen ist, daß man später mit Vertretern der Kommunen verhandelt hat, unter der Liste der einzuladenden Grafen und Ritter (vergl. Beilagen: Anhang Nr. I) findet sich nämlich folgende Eintragung: „Ob man etlich us den stedten insonderheit hernach erfordern wolt, so weren zu nemen die zur Chur gehörig, Heidlberg, Alzei, Bachrach, Neustadt." [K. A., Nr. 381, fol. 97 f.]

[78] Gothein: Landstände der Kurpfalz, S. 14.

[79] Häusser: Geschichte der rheinischen Pfalz, Bd. I, S. 537 f., sowie Capito an Zwingli. 28. Oktober 1525 [Zwinglii opera, Bd. VII (Zürich 1830), 427: «cum tota ditionis suae nobilitate»].

[80] Nur das Geschlecht der Helmstadt war durch zwei Mitglieder vertreten, Adam und Philipp, wahrscheinlich weil der letztere lediglich in seiner Eigenschaft als kurpfälzischer Rat [vergl. Rott, S. 68, Anm. 153, gegen Hasenclever in: Zeitschrift für Geschichte des Oberrheins, Bd. XVIII, S. 59, Anm. 1] zu den Beratungen hinzugezogen wurde.

[81] In den sonstigen Territorien, wo es eine landständische Verfassung

also, daß er annahm, durch die Zustimmung eines Mitgliedes einer Familie seiner übrigen Verwandtschaft sicher zu sein.

Soweit wir erkennen können, waren zu dieser Versammlung auch Vertreter aus den übrigen pfälzischen Gebieten aufgefordert worden. Sicher bezeugt ist es nicht, ob Abgesandte aus der Oberpfalz, wo es bekanntlich eine ganz geregelte landständische Vertretung durch Prälaten, Adlige und Städte gab[82], an den Heidelberger Beratungen teilgenommen haben. Doch, da einmal Friedrich in Frankfurt auf die Zustimmung gerade dieses seines Gebietes besonders hingewiesen hatte[83], und da außerdem bei der dort herrschenden reformatorischen Gesinnung und dem bereits kundgegebenen Bestreben, Anschluß an den schmalkaldischen Bund zur politischen Rückendeckung zu suchen, eine abschlägige Antwort kaum zu erwarten war, so ist kein Grund vorhanden zu der Annahme, daß Friedrich die ihm durch seine frühere dortige Statthalterschaft[84] seit langen Jahren vertraute Oberpfalz bei diesem wichtigsten Schritte seines Lebens übergangen haben sollte. Freilich viel praktischen Wert hat eine eventuelle günstige Antwort der

---

gab, waren seit dem 16. Jahrhundert die Mandate zum Landtag nicht an eine Familie, sondern stets an einzelne Rittersitze geknüpft, mit denen sie vererbt wurden. [Below: Territorium und Stadt (München 1900), S. 200.]

[82] Über die ständischen Verhältnisse der Oberpfalz vergl. Häusser: Geschichte der rheinischen Pfalz, Bd. II, S. 39.

[83] Seckendorf: Commentarius . . . de lutheranismo, lib. III. S. 617.

[84] Friedrich war in der Oberpfalz von 1499—1544 Statthalter; freilich hatte er seine dortige Tätigkeit oft durch Reisen im Dienst des Reiches, der Habsburger und nicht zum wenigsten im eigenen Interesse unterbrechen müssen. Sein Nachfolger war sein Bruder Wolfgang [nicht der jugendliche Pfalzgraf von Zweibrücken gleichen Namens, wie Medicus: Geschichte der evangelischen Kirche in Bayern (Erlangen 1863), S. 419, sowie Remling: Das Reformationswerk in der Pfalz (Mannheim 1846), S. 99, behaupten], ein Anhänger der lutherischen Richtung [vergl. über ihn Bossert, Bd. XVII, S. 58]. In den Zeiten des schmalkaldischen Krieges scheint sich Wolfgang in Heidelberg aufgehalten zu haben, wie aus verschiedenen Notizen in Druffels Viglius (siehe das Register Pfalzgraf Wolfgang) hervorgeht.

Landschaft in der Oberpfalz für die politischen Entschließungen der Heidelberger Regierung nicht gehabt; hören wir doch während des ganzen Verlaufes des schmalkaldischen Krieges fast nichts von einer aktiven Beteiligung dieses Teiles der kurpfälzischen Lande an den Kriegsereignissen.

Sehr genau unterrichtet sind wir über die Haltung der pfalz-neuburgischen Landschaft.[85] Bekanntlich hatte im August 1544 Pfalzgraf Ottheinrich, der Neffe des regierenden Kurfürsten Friedrich, wegen seiner großen Schuldenlast sein dortiges Gebiet an die Stände verpfändet und sich bald darauf mit einem von diesen bewilligten Jahresgehalt nach Heidelberg zurückziehen müssen. Ausdrücklich hatte er jedoch den protestantischen Charakter der Regierung in rechtsverbindlicher Form zu wahren gewußt. Kurze Zeit später, Ende Januar 1545, war Kurfürst Friedrich zum Erbschutzherrn von Pfalz-Neuburg erwählt worden[86], wodurch naturgemäß der Ein-

[85] Über die recht verwickelten Territorialverhältnisse der Neuburger Landschaft vergl. Neuburger Kollektaneenblatt, Jahrgang 64 (Neuburg 1900), S. 35 ff. Das Gebiet Ottheinrichs war „kein zusammenhängender Landkomplex, vielmehr in nicht weniger denn sieben Stücke getrennt".

I u. II: Das Oberland, an der Donau gelegen, durch die Reichsstadt Donauwörth in zwei Teile getrennt. In dem einen Teil war Neuburg die Hauptstadt, in dem andern Lauingen.

III: Gerade nördlich von Neuburg die Parzelle Hilpoltstein, „die kleinste mit dem gleichbenannten Hauptort, der Stadt Heidek und dem Markt Allersberg".

IV: Zwischen Amberg und Regensburg die sog. Landschaft auf dem Nordgau mit der Hauptstadt Burglengenfeld, der bedeutendste zusammenhängende Landkomplex.

V, VI, VII: Nördlich von Amberg drei voneinander getrennte Parzellen, das spätere Herzogtum Sulzbach. [Nach Salzer: Ottheinrich, S. 79, wurden Sulzbach, Parkstein und Weiden vom 1. Mai 1546 ab durch Kurfürst Friedrich gegen eine Zahlung von 100 000 Gulden übernommen; am 4. Juni 1546 wird Friedrichs Kommissarien Huldigung geleistet.] Das ganze pfalz-neuburgische Gebiet hatte einen Umfang von 71 Quadratmeilen.

[86] Salzer: Ottheinrich, S. 79.

fluß Ottheinrichs mehr zurückgedrängt wurde. Überhaupt können wir beobachten, wie das Bestreben der Regierung dahin geht, jegliche persönliche Beteiligung ihres früheren Herrn an der Verwaltung des Landes nach Möglichkeit zurückzudrängen.[87]

Anfangs (August 1544) hatten sich die Stände geweigert, die bisherigen Verhandlungen Ottheinrichs über seinen Eintritt in den schmalkaldischen Bund ihrerseits fortzuführen, da die drohende Nachbarschaft des streng katholischen Bayern in Verbindung mit der drückenden, für das kleine Gebiet unverhältnismäßig großen Schuldenlast jeglichen nach außen hin irgendwie provozierenden Schritt von selbst verbot. Jedoch die sichere Anbahnung einer Regelung der finanziellen Frage[88] sowie besonders die feste Überzeugung, daß Herzog Wilhelms auf den Erwerb von Neuburg hinzielende Politik nach wie vor feindselig bleiben werde, machten den Ständen klar, daß nur der Anschluß an den mächtigen schmalkaldischen Bund ihnen Sicherheit für die Zukunft geben könne, besonders, da die Hinneigung eines großen Teiles der pfalz-neuburgischen

[87] Vergl. Ottheinrichs Antwort, Juli 1546, auf die Bitte nach Neuburg zu kommen: „Sein f. g. hetten aber wol zugedenken, dieweil sy [Statthalter und Regenten] sein f. g. bisher in allen Religionshendeln, sovil muglich gewesen, ausgeslossen, das sy sein f. g. nur zur not und fur ain schein haben." [M. St.-A., K. schw. 543/3, fol. 231 f.] Ottheinrich blieb in Heidelberg, da er sich mit dem Abgesandten Festenberg nicht über die Grenzen seiner Machtbefugnisse gelegentlich seines Neuburger Aufenthaltes zu einigen vermochte.

[88] In der Staatsbibliothek zu München (Cod. bav. Germ., Nr. 4927, fol. 132 f.) befindet sich ein „verzeichnus der gutter, so die Cammer-Räthe alhie zu Neuburg verkauft von Anno 1544 bis 45". Der Erlös betrug in runder Summe nahezu 150 000 Gulden. Im Frühjahr 1546 betonten der kurpfälzische Marschall und der Neuburger Rentmeister Gabriel Arnold gelegentlich einer Werbung bei Herzog Wolfgang von Zweibrücken, daß die Landschaft bereits „biß in die dreymal hundert thausent und etlich thausent gulden schon bezald" hätte. [Münchener Reichsarchiv, Pfalz-Neuburg, A. I, Nr. 14, fol. 3.]

Bevölkerung zur neuen Lehre seit Einführung der Reformation im Jahre 1542 eine solche Entscheidung nahelegte. Der endgültige Beschluß dazu wurde auf einem Landtage in Burglengenfeld im Januar 1546[89] gefaßt: trotz der Versuche der bayerischen Politik durch Wühlereien auf dem platten Lande und durch Bestechung einflußreicher Landsassen eine furchtsame Entscheidung herbeizuführen, beschlossen die Stände, in Heidelberg für den politischen Anschluß an den schmalkaldischen Bund vorstellig zu werden. Die Anwesenheit kurpfälzischer Räte bei den Verhandlungen, sowohl aus der Rheinpfalz wie aus der Oberpfalz, wird nicht zum wenigsten diese energische Haltung hervorgerufen haben. Mit unumschränkter Vollmacht ordnete der Landtag drei Vertreter aus seiner Mitte ab, den Statthalter Hans Kraft von Festenberg[90], einen jungen Landsassen, die Seele der Neuburger Regierung, Haug von Parsberg[91] aus der Landschaft auf dem Nordgau, sowie den

[89] Die Verhandlungen dauerten vom 6. bis 13. Januar; Hauptberatungsgegenstand waren wieder wie stets Maßnahmen zur Tilgung der Schuldenlast. [Akten darüber M. R.-A., Pfalz-Neuburg, Landschaft 19/6, fol. 223 ff.: „Verzaichnus des Burcklengfeldischen Landtags Anno 46 gehalden"]. Vergl. auch Lenz, Bd. II, S. 395 f. Zu dem Beschluß über den Anschluß an den schmalkaldischen Bund und die Sendung nach Heidelberg vergl. „Statthalter und Regenten gewalt der schmalkaldischen puntnus halb A° 46" [M. St.-A., K. blau 106/2 I, fol. 1], sowie die Antwort der pfalz-neuburgischen Gesandten in Heidelberg am 7. April 1546 [M. St.-A., K. schw. 543/3, fol. 132 ff., sowie K. A., Nr. 381, fol. 144 ff]. F. J. Lipowsky: Geschichte der Landstände in Pfalz-Neuburg (München 1828), bringt über die Verhandlungen dieses Tages nichts. Über die Zusammensetzung des Neuburger Landtages, zu dessen Besuch Edelleute, Prälaten und Städte verpflichtet waren, vergl. Salzer: Ottheinrich, S. 85, Nr. 7.

[90] Über ihn wie über seine Stellung zur Regierung vergl. seinen interessanten Brief an Kaiser Karl V. aus dem Jahre 1549 bei Lanz: Korrespondenz Karls V., Bd. II, S. 628 ff.

[91] Über das Geschlecht der Parsberg vergl. Neuburger Kollektaneenblatt, Jahrgang 64 (1900), S. 56 f. — Sie durften auf ihrem Grund und Boden Stock und Galgen errichten und (seit 1528) nach Reichsrecht- und -Herkommen richten; gleichwohl blieben sie den Neuburger Herzogen untergeben und mußten ihnen als Landsassen Huldigung leisten.

Rentmeister Gabriel Arnold[92], wie es scheint, der Hauptbefürworter eines engen Zusammengehens mit dem schmalkaldischen Bunde.[93] —

Nach der Begegnung mit dem Kaiser hatte sich Kurfürst Friedrich in Begleitung des Landgrafen nach Heidelberg begeben. Während Philipp nach kurzem Aufenthalt zu Herzog Ulrich von Würtemberg weiterreiste, traten wenige Tage später, am 7. April, auf des Pfalzgrafen Ruf die Abgeordneten seiner Gebiete zur Beratung über die schwebenden Fragen des Augenblicks zusammen. Es handelte sich vornehmlich um zwei Punkte: um die Rechtfertigung der kurfürstlichen Reformationserlasse und, enge damit zusammenhängend, um den politischen Anschluß der Kurpfalz an den die protestantischen Interessen vertretenden, neu zu gründenden schmalkaldischen Bund. Schon längere Zeit vor der Begegnung in Speier, in den ersten Tagen des März, hatten im kurfürstlichen Rat Verhandlungen über das Programm für diese Adelsversammlung stattgefunden, gleichzeitig kam es naturgemäß bei dieser Gelegenheit zu einer ausführlichen prinzipiellen Aussprache über die gesamte Religionspolitik sowie besonders über die zukünftige Haltung den neuen Glaubensgenossen gegenüber.

Gerade das Verhältnis zum schmalkaldischen Bunde in die richtigen, für die Pfalz am wenigsten schädlichen Bahnen zu lenken, war die wichtigste Aufgabe, welche der pfälzischen Diplomatie damals gestellt war. Eine sehr wesentliche und bedeutungsvolle Wandlung hatten Friedrichs Anschauungen in diesem Punkte bereits erfahren. Nach Frankfurt war er,

---

[92] Über ihn vergl. Viglius (Einleitung, S. 45). — Im Verlauf dieser Reise besuchte Arnold auch den Landgrafen [Lenz: III, S. 368, Anm. 4].

[93] Schon gelegentlich des Wormser Reichstages (1545) hatte ein Ausschuß des schmalkaldischen Bundes die Hinzuziehung der Neuburger Landschaft ungeachtet der großen Schuldenlast angeregt. Philipp von Hessen wurde mit den Verhandlungen betraut. [W. A., Reg. II., Nr. 201, Vol. 4.]

wie wir gesehen haben, mit der Absicht gegangen, in den schmalkaldischen Bund einzutreten, in der sicheren Erwartung, von seinen neuen Glaubensgenossen mit offenen Armen aufgenommen zu werden, sowie in der festen Hoffnung, bei ihnen zuverlässigen Schutz gegen den unausbleiblichen Zorn seines kaiserlichen Verwandten zu finden.

In beidem sah er sich getäuscht: erst in Frankfurt erhielt er genaueren Einblick in die inneren Verhältnisse des schmalkaldischen Bundes. Er erkannte, wie auch hier durch die ganz egoistische Interessenpolitik einzelner Stände, durch das allenthalben hervortretende Bestreben, gegen möglichst geringe finanzielle Leistungen größtmöglichen Nutzen aus der Einung zu ziehen, der Sache des Evangeliums der schwerste Schaden zugefügt wurde; er sah, wie dieser nach außen hin so mächtig dastehende Bund in kürzester Frist ganz auseinander zu fallen drohte. Und auch Friedrichs Aufnahme in die Einung traten mannigfache Hindernisse in den Weg, besonders infolge des Widerstandes des einflußreichen Landgrafen.

Wir sind über Philipps Ziele zu wenig unterrichtet, um ein sicheres Urteil über seine politische Taktik abgeben zu können. Zweifellos wird viel zu seiner abweisenden Haltung sein Mißtrauen beigetragen haben, des Pfalzgrafen ganze Vergangenheit im Dienste der Habsburger; aber das war es nicht allein. Gerade damals trug er sich lebhaft mit dem Gedanken, neben dem schmalkaldischen Bund eine neue Vereinigung zu gründen. Schon lange stand er deswegen mit Johann Friedrich und seinem Schwiegersohn Herzog Moritz von Sachsen in Korrespondenz. Ursprünglich sollten demselben in erster Linie nur diese drei Fürsten angehören, wie Moritz einmal die Tendenz dieser Einung charakterisierte[94], sollte sie ledig-

[94] Brandenburg: Politische Korrespondenz von Moritz von Sachsen, Bd. II, S. 168: „da auch unser vetter, der kurfurst, E. L. (Philipp)

lich als Warnung für die Verfolger des Wortes Gottes aufgefaßt werden, ohne unmittelbare aggressive Absichten. Philipps nächstes Ziel dabei war, seinen Schwiegersohn und den Kurfürsten von Sachsen politisch und persönlich einander näher zu bringen, zugleich Moritz den gefährlichen Einflüsterungen und Verlockungen der Feinde des Evangeliums, insbesondere der habsburgischen Partei zu entziehen.

Gelegentlich der bevorstehenden Zusammenkunft mit Friedrich erweiterte sich für Philipp die Basis dieser Vereinigung. Um die Aufnahme des Pfalzgrafen in den schmalkaldischen Bund zu hintertreiben, suchte er ihn in einen gewissen Konnex lediglich mit einigen protestantischen Fürsten zu bringen. Jenen ursprünglichen Dreibund dehnte er noch aus auf Friedrich sowie auf Herzog Ulrich von Württemberg, der während der letzten Jahre wegen der Entwicklung der Braunschweiger Angelegenheit — Herzog Heinrich war bekanntlich sein Schwager — den beiden Bundeshauptleuten gegenüber eine äußerst feindliche Stellung eingenommen hatte. Jeder der fünf Fürsten, meinte der Landgraf, solle tausend Pferde aufbringen, die Hülfe der Städte, doch wohl nur ihre Geldmittel zur Anwerbung von Fußsoldaten, könne man hinzuziehen, dann hoffte Philipp, selbst dem Kaiser gegenüber eine entschiedenere Sprache führen zu können.[95] Der Plan scheiterte, nicht nur, weil Johann Friedrich ein Zusammengehen mit seinem benachbarten Vetter rundweg ablehnte[96], sondern vor allem, weil der Bund in dieser ganz unbestimmten Um-

---

und wir, und wenen wir sonst dazu rechtschaffen geneigt vermerken, gegen einander erkleren und gewisse folge thun, so mussen viel leute derhalben bedenken haben" (10. März 1545).

[95] Philipp an Johann Friedrich 23. Januar 1546. Brandenburg: Moritz von Sachsen, Bd. I, S. 422, sowie Hasenclever: Die Politik der Schmalkaldener, S. 198, Anm. 36.

[96] Hasenclever: Die Politik der Schmalkaldener, S. 199, auch Anm. 37.

grenzung, ohne jegliche staatsrechtliche Grundlage, keine lebensfähigen Keime in sich trug. Notgedrungen mußte nunmehr bei den Verhandlungen mit Friedrich wieder auf den schmalkaldischen Bund[97] zurückgegriffen werden. Doch der Pfalzgraf war vorsichtig geworden, er stellte eine unerläßliche Bedingung für seinen Eintritt, die Garantierung seiner Kurwürde gegen die bayerischen Ansprüche, und als man hiermit zauderte, brach er die Verhandlungen kurzweg ab, indem er — für die Rheinpfalz, auf die es in erster Linie ankam, ohne rechtliche Unterlage — die Notwendigkeit einer vorherigen Beratung mit seinen Ständen vorschützte. Man wird nicht zweifeln können, daß die Heidelberger Regierung die in Frankfurt gewonnenen Eindrücke über die inneren Verhältnisse des schmalkaldischen Bundes an der Hand der ihr vertraulich überreichten offiziellen Aktenstücke in eingehender Weise ruhig prüfen und dann erst gelegentlich des nächsten Bundestages ihre endgültige Entscheidung treffen wollte.

In dieses Stadium waren Friedrichs Beziehungen zur protestantischen Einung getreten, als er Anfang März zugleich mit dem Reformationsprogramm seinen Räten die Frage vorlegte, welche Stellung die Kurpfalz künftighin den neuen Glaubensgenossen gegenüber einnehmen solle. Die Beantwortung mußte entscheidend werden für die Richtung der kurpfälzischen Politik während der nächsten Monate.

Nahezu einstimmig wurde die Anschauung vertreten[98], daß

[97] Wenn ich hier und auch später noch, streng genommen allerdings etwas inkorrekt, schlechtweg vom schmalkaldischen Bund spreche, so ist selbstverständlich stets die Vereinigung gemeint, welche auf Grund der jüngst zu Frankfurt geplanten Verfassungsänderungen auf dem bevorstehenden Bundestage zu Worms erst noch zustande kommen sollte. Vergl. Hasenclever: Die Politik der Schmalkaldener, S. 115—151.

[98] Vergl. zum folgenden Ratsprotokoll: „Dinstags nach mathie (= 2. März), A°. 46." „Praesentibus marschall, Cantzler, Ph. von Helmstat, Friedrich von Fleckenstein der elter und fauth zu Germersheim" (Hein-

es für die pfälzische Regierung eine Ehrenpflicht sei, in der Reformationsfrage keinen Schritt mehr rückwärts zu tun; einige untergeordnete Elemente des kurfürstlichen Rates, wie Wolf Reuß[99] und Leodius, rieten allerdings zur größtmöglichen Rücksichtnahme auf den Kaiser, aber diese bedenkliche und zaghafte Stimmung fand bei den vornehmsten Ratgebern des Kurfürsten, welche die Politik ihres Herrn nach außen hin zu vertreten hatten, keinen Widerhall.

Weniger bestimmt war der Bescheid in der anderen Frage, bezüglich des politischen Anschlusses an die neuen Glaubensgenossen: man erkannte an, daß eine Konsequenz aus den Reformationserlassen der Beitritt zu der neu zu gründenden Vereinigung sei, da die Rache der Altgläubigen, zumal des Kaisers, nicht ausbleiben werde, und die Pfalz allein außer stande sei, sich selbst zu verteidigen; als drohendes Schreckgespenst stand jedermann das Schicksal des Kölner Erzbischofs vor Augen. Doch man fürchtete bei der Bekundung zu großen Verlangens nach Beitritt zum Bunde zu ungünstige Aufnahmebedingungen: der theoretische Standpunkt, daß der Kurfürst von der Pfalz der erste unter den weltlichen Kurfürsten sei, durfte keinesfalls preisgegeben werden. Das Entscheidende aber, weshalb man sich noch nicht schlüssig wurde, wird der finanzielle Punkt gewesen sein: da die Pfalz zu den Ausgaben der neuen Vereinigung einen bestimmten Beitrag zu zahlen

---

rich Riedesel) [K. A., Nr. 381, fol. 61], sowie Ratsprotokoll „mitwochs nach mathie" (= 3. März), 1546. „Praesentibus mein gster her, marschall, Cantzler, Ph. von Helmstat, Frid. von Fleckenstein der elter, Heinrich Ridesel, fauth zu Germersheim, W. Ruß, Hupert." [K. A., Nr. 381, fol. 62 f.] — Vergl. Rott: S. 35 f.

[99] Vergl. Protokoll 3. März: „der puntnus wegen, doruf stehe ein wagnus, und es werdt den keiser verdrießen." Rotts Wiedergabe dieser Stelle (S. 35, Anm. 74: „und es werde der keiser widiesch") ist ganz unverständlich.

sich verpflichten mußte, und da die Kassen leer waren — hatte doch Friedrich sich schon genötigt gesehen, zu dem letzten Reichsfeldzug gegen Frankreich (1544) den Anteil seiner Lande aus seinem Kammergut zu bestreiten —, so konnte die Heidelberger Regierung auch keine feste Zusage machen, bevor sie sich mit den Untertanen ins Einvernehmen gesetzt hatte. Deshalb hielt man dafür, eine endgültige Beschlußfassung bis nach der Beratung mit den Grafen und der Ritterschaft zu verschieben.

Wir wissen nicht, ob die sämtlichen Vertreter der pfälzischen Lande zusammen getagt haben oder, was bei den verschiedenartigen Interessen näher liegt, ob sich die Heidelberger Regierung an die Abgesandten einer jeden Landschaft gesondert gewendet hat. Bekannt sind uns nur die Mitteilungen, welche Kurfürst Friedrich den „Graven Herrn und vom Adl" aus der rheinischen Pfalz in längerem Vortrag machen ließ.

Die Denkschrift[100] berührt zunächst ganz kurz die Wiederentdeckung des heiligen Evangeliums „in Teutscher Nation von got gelerten mennern und predicanten" — Luthers Name wird, wohl nicht ohne Absicht, unerwähnt gelassen —, betont den Zwiespalt innerhalb Deutschlands, welcher nunmehr seit länger denn zwanzig Jahren bestehe. Die bisherigen Bemühungen, durch Reichsversammlungen die neue Lehre zu unterdrücken, hätten gerade das Gegenteil von dem bewirkt,

---

[100] Vergl. Anhang (Beilagen), Nr. II. Die Denkschrift wurde den Grafen und Rittern erst in Heidelberg nach ihrem Erscheinen verlesen, nicht, wie Rott S. 37 angibt, bereits zugleich mit dem Einladungsschreiben zur Versammlung zugesandt; vergl. das Einladungsschreiben vom 4. März 1546, Konzept: Friedrich begert: „du wolleſt auf schiristen dinstag nach letare den 6 aprilis gegen abents persönlich (doch ungeruft) [und mit ringer anzal pferden] [a] gewislich bei uns hie zu Heidlberg einkomen, gstalt als der zu uns und unsern churfurstenthumb der pfalntzgrafschaft sonderlich gewandt ist, neben und mit andern etliche sachen zu beratslagen und zu bedencken helfen, als du vernemen wurdeſt" [a im Konzept durchstrichen]. K. A., Nr. 381, fol. 78.

was sie bewirken sollten. Nur durch ein freies, gemeines, unparteiisches, christliches Konzil oder eine Nationalversammlung könne die Spaltung beseitigt werden. Alsdann geht die Denkschrift zu einem scharfen Angriff gegen die herrschsüchtige katholische Geistlichkeit über, die unter dem Vorgeben, die wahre Religion auszuüben, die weltlichen Stände immerfort bedrängt und beleidigt habe. Infolge des Scheiterns des Konzilsgedankens wären einige Stände durch Einführung der Reformation nach dem Worte Gottes zur Selbsthülfe geschritten. Anfangs hätten Kurfürst Ludwig V. und sein Bruder Friedrich eine unparteiische, mehr vermittelnde Haltung angenommen. Doch die Erkenntnis, daß, nachdem sich die Gegensätze im Reich derartig zugespitzt haben, Neutralität unmöglich ist; die Überzeugung, daß der Kurfürst wider sein Gewissen handele, falls er nicht Gottes heiliges Wort zur alleinigen Richtschnur seines Vorgehens mache, ohne irgendwelche Rücksichtnahme auf äußere Gründe; besonders aber seine Pflichten als Kurfürst dem Reiche, als Landesherr seinen Untertanen gegenüber, das alles habe ihn veranlaßt, seinen Landen die Segnungen der Reformation zu teil werden zu lassen. Wenn Friedrich erklären ließ, irgend ein feindseliger Schritt gegen die kaiserliche Regierung dürfe darin nicht erblickt werden[101], so wird er als gewiegter Politiker um so weniger an

[101] Über die Auffassung der kaiserlichen Regierung vergl. Granvella an Königin Maria. Regensburg, 1. Mai 1546: «Et quant au conte palatin electeur lon a entendu quil est entre en la lighe des protestants . . . . et quil a tenu ses estatz et a lassemblee leur a fait porter propoz directement contre notre sainctieme Religion et couvertement contre sa ma^te^, en parlant de la liberte de la germanie, et quil fust apparent, que aucuns estrangers la voulsissent oppresser; quest ung bien grand inconveniant, auquel lon tient tout pour certain, que ce secretere Hubert l'a mis, lequel, comme aussi lon advise, est de rechief alle en France; et certes je me suis du long temps doubte, que led. conte palatin nestoit guerres de bonne voulonte devers sa ma^te^ et encores moings ferme en la religion.» [W. St.-A.,

diese Versicherung geglaubt haben, als er gleich darauf als eine unmittelbare Folge seiner Reformationserlasse die Bitte der zu Frankfurt versammelten Schmalkaldener, um Eintritt in ihren Bund hinstellte. Ohne alsdann auf die Frankfurter Verhandlungen vom vergangenen Januar sowie auf die späteren Besprechungen mit dem Vizekanzler Johann von Naves näher einzugehen, betont die Denkschrift die mannigfachen Gerüchte, welche dem Kurfürsten über die feindselige Stimmung seiner Gegner zu Ohren gekommen sind, mit gleichzeitiger Erwähnung von Nachrichten aus Italien, wonach durch auswärtige Einmischung in die Sachen des Reiches die deutsche „Libertet" in Gefahr sei, unterdrückt zu werden.[102] Ein warnendes Beispiel für die Zukunft seien die Ereignisse im Kölner Erzstift, die Rechtlosigkeit im Reich, für deren Beseitigung gelegentlich des kommenden Reichstages mit einzuschreiten ihn die protestantischen Stände gebeten hätten[103], und besonders der mit den Reichsabschieden gar nicht zu vereinbarende Beginn des Trienter Konzils, woher eine Wiedereinführung der päpstlichen Herrschaft in Deutschland zu befürchten sei. Zur Wahrung der christlichen Religion und zur Aufrechterhaltung der Ruhe im Reich einerseits, andererseits zur Erlangung der Möglichkeit, seine und seiner Familie durch die unberech-

Belgica 56. Decifrat.] — über des Kaisers Auffassung vergl. Druffel: Beitrag zur militärischen Würdigung des Schmalkaldener Krieges (Münchener Sitzungsberichte 1882), S. 352, Anm. 2; vergl. auch Friedensburg, Bd. IX, S. 32 f.

[102] Diese Anspielung auf die Bedrohung der deutschen «Libertet» nahm man dem Kurfürsten am Kaiserhof besonders übel. Vergl. Granvellas Brief vom 1. Mai in voriger Anm., sowie auch Naves' Instruktion zu seiner Werbung beim Pfalzgrafen, d. d. Regensburg, 15. Juni 1546. [Br. A., Papiers d'état et de l'audience No. 70, fol. 115 ff.]

[103] In Frankfurt hatten Friedrich, Philipp, sowie die Vertreter von Kurköln und Kursachsen eine Instruktion aufgesetzt, nach der sie auf dem Regensburger Reichstage „in puncten der religion, auch fridens und rechtens handeln" wollten. (Undatiert.) K. A., Nr. 381, fol. 160 ff.

tigten Ansprüche der Wittelsbacher bedrohten Rechte auf die pfälzische Kurwürde besser verteidigen zu können, habe Friedrich beschlossen, „auf beschehen ansuchen ain verainigungen und verstandt mit andern der rechten religion verwandten zemachen, uns und die unsern so vil mer wider die verfolger des wort gottes zu beschutzen".

Da der Kurfürst nun gehört habe, so fährt die Denkschrift fort, daß eine neue erweiterte christliche, dem gemeinen Landfrieden nicht widersprechende Religionsvereinigung begründet werden solle, habe er in Erwägung der feindseligen Gesinnung der Andersgläubigen gegen ihn, sowie aus Rücksicht auf das geringe Ansehen, dessen sich die Neutralen im Reich erfreuten, beschlossen, dieser neu zu begründenden Vereinigung beizutreten, besonders auch, da durch den Anschluß an eine solch mächtige Einung seine Lande eher von den unvermeidlichen Unbilden des Krieges, wie sie Durchzüge und Plünderungen mit sich brächten, verschont blieben. Bestärkt worden sei er in dieser seiner Absicht durch die schon seit längerer Zeit laut gewordenen diesbezüglichen Bitten der pfalzneuburgischen Lande, wie seiner Untertanen in der Oberpfalz, die ja die neue Lehre bereits angenommen hätten. Deshalb bitte er die erschienenen „Graven, Herrn und vom Adl, als die sonder zweifl numehr diser christlichen Religion geneigt und angenommen haben, und noch annemen mochten", diese Sachen getreulich zu bedenken und ihm mitzuteilen, welche finanzielle Unterstützung er von ihnen zu erwarten habe, da sein Beitritt zum Bunde von seiner Hülfsleistung abhängig sei, und er sich außer stande fühle, aus eigenen Mitteln augenblicklich einen solchen Beitrag zu erlegen. Mit einem Appell an den guten Willen der Versammelten, die einmal angenommene Religion, sowie die Sicherheit von Weib und Kind, Hab und Gut infolge ungenügender Vorkehrungen nicht zu gefährden, sondern

dem Kurfürsten mit Rat und Tat beizustehen, „wie Ire voreltern aus unverbuntlichem gutem willen alweg loblich gethan", schließt die umfangreiche Denkschrift.

Aus Berichten vom kaiserlichen Hoflager[104], wo man über die Vorgänge am pfälzischen Hofe naturgemäß sehr genau unterrichtet war, hören wir noch, daß Friedrich den Versammelten seine Absicht dahin kund gegeben habe, eine genaue Aufstellung über die Verteidigungsmittel seiner Gebiete anfertigen zu lassen, um dem Eindringen von fremdem Kriegsvolk ins deutsche Reich besser entgegentreten zu können; auch habe er um eine genaue Festsetzung der finanziellen Abgabe gebeten.

Die durch Wolfgang von Affenstein an demselben Tage vorgetragene Antwort[105] der Grafen und Ritter bestand im wesentlichen in einer Paraphrase der kurfürstlichen Denkschrift. Voll warmer Begeisterung stimmten sie Friedrichs Absicht zu, den kurpfälzischen Landen die Segnungen der Reformation zu teil werden zu lassen, ja sie forderten Abschaffung der alten Zeremonien, Einführung einer neuen Kirchenordnung, die durch den Druck verbreitet werden müsse, sowie Überwachung des gesamten Reformationswerkes durch geeignete, gelehrte Männer: der Gedanke einer Visitation, der unentbehrlichen

---

[104] Friedensburg, Bd. IX, S. 21.

[105] Vergl. Anhang (Beilagen), Nr. III. — Rott, S. 37 f., auch Anmerkungen. — „Der Pfaltzischen Ritterschaft mundtliche Antwort auf deß Churf. beschehenen ersten furtrag". [M. St.-A., K. schw. 543/3, fol. 130.] Friedensburg, Bd. IX, S. 21, Anm. 2. — Bastian Besserer und Martin Weikmann an den Rat von Ulm. Worms, 19. April 1546. Als Besonderes wissen sie zu melden: „Allain einer under allen edelleuten, Wirt vom Stain genannt, aber nit deren, so daoben sitzen, soll darzu geredt haben, man soll im allain bei seinem glauben lassen, so wöll er auch leib und gut zusetzen". [Ulmer Reformationsakten XXXI, Nr. 390.] — Nach der Liste der einzuladenden Ritter war überhaupt kein Wirt vom Stain aufgefordert worden, sondern nur „Hans vom Stain, Muntheim". Vergl. Anhang (Beilagen) Nr. I.

Grundlage für eine geregelte Entwicklung des neuen Kirchenwesens, war damit ausgesprochen.

Nicht ganz so freudig und zustimmend lautete der Bescheid der Versammlung in der Bündnisfrage. Allerdings zeigten sich die Grafen und Ritter bereit, ihren Herrn zu verteidigen, falls man ihn wegen seiner Reformationserlasse unter dem Scheine der Religion in seiner Kurwürde angreife. Aber damit hatten sie auch die Linie bezeichnet, bis zu welcher zu gehen sie entschlossen waren. Friedrich mochte in den neu zu gründenden Bund eintreten, aber dieser Bund durfte nur defensive Ziele haben, sein vornehmster Zweck durfte nur sein, den Ausbruch eines Krieges nach Möglichkeit zu verhüten, die Friedensbürgschaften innerhalb Deutschlands zu vermehren[106]; er sollte keine aktive Religionspolitik zur weiteren Verbreitung des Evangeliums treiben. Und noch eins bedangen sie sich aus, was allerdings logischerweise sich aus ihren Forderungen von selbst ergab: den dynastischen Zielen der pfälzischen Hauspolitik, den Absichten Friedrichs auf den dänischen Thron, sollten die Mittel dieser Vereinigung unter keiner Bedingung dienstbar gemacht werden.[107]

Trotz dieser Einschränkungen, durch welche einer etwaigen ausgreifenden Politik der Heidelberger Regierung ziemlich enge

---

[106] Der Begriff des „Präventivkrieges", „des bewaffneten Friedens" [vergl. Bezold: Das Bündnisrecht der deutschen Reichsfürsten bis zum westfälischen Frieden. (Bonner Rektoratsrede 1903, S. 22, Anm. 3], wird damit von ihnen ausgesprochen. Vergl. Rott, S. 38, Anm. 82: „Vielleicht ein schwerdt das ander in der schaiden beholten moege".

[107] Rott, S. 38, Anm. 82: „daß solichs allein ein puntnus der religion, und nit des gemuets, daraus reich zu werden." So fasse ich den Sinn dieser wohl mit Absicht etwas dunkel gehaltenen Mahnung auf. Man könnte auch an eine Verhinderung der Säkularisationen denken, worauf Friedrichs Antwort (siehe folg. Anm.) hinleitet: . . . „hoffen sein churf. g., sie (die Grafen und Ritter) haben bisher nit anders gespurt, dan das sein churf. g. eim jeden das sein gelassen, das Im zustedt; wolten nit gern ainem das sein nemen."

Grenzen gezogen wurden, wird man die Antwort der Grafen und Ritter als nicht ungünstig bezeichnen können. Die Hauptsache, worauf es für den Augenblick vor allem ankam, hatte Friedrich erreicht: die Einführung der Reformation war gebilligt worden. Die Zustimmung zur Fortführung der Verhandlungen mit den Protestanten hatte der Kurfürst erlangt; es war ihm die Möglichkeit gegeben, mit den in Worms versammelten Ständen des schmalkaldischen Bundes als gleichberechtigter, seine Bedingungen stellender Kontrahent in Verbindung treten zu können.[108]

Weit entschiedener und aufmunternder lautete der Bescheid der pfalz-neuburgischen Gesandtschaft[109]: sie berichteten über die energischen Beschlüsse der jüngsten Landtagsverhandlungen zu Burglengenfeld und rieten dem Kurfürsten dringend, seine Aufnahme in den ihm angebotenen Bund zu betreiben, besonders auch, da alsdann beim Kriegsausbruch die Hoffnung auf Rettung größer werde. Für den Fall der Not stellten sie ausreichende Unterstützung trotz ihrer noch immer verwickelten finanziellen Lage in Aussicht.

Kapitel 4.

Kurfürst Friedrichs antikaiserliche Politik.

Erst die Zustimmung und Hülfsbereitschaft seiner Untertanen hat Friedrich dazu vermocht, von jetzt ab energisch die Einführung der Reformation und seinen Anschluß an den schmalkaldischen Bund zu betreiben. Die Erkenntnis allein,

[108] Friedrichs Antwort, in der er einige Punkte seiner Denkschrift näher erläuterte, siehe Anhang (Beilagen) Nr. IV.

[109] „Stathalters und Rentmaisters, als gemainer Neuburgscher Landtschafft gesandten antwort darauff 7 Aprilis Anno ꝛc. 46". [K. A., Nr. 381, fol. 144 ff., sowie M. St.-A., K. schw. 543/3, fol. 132 ff.]

welche er in Speier über das innerste Wesen der kaiserlichen Politik erlangt hatte, hätte das nicht zustande gebracht. Wie wenig der Kurfürst an einen friedlichen Vergleich mit dem Kaiser dachte, zeigen seine damaligen durch Leodius in Frankreich geführten tief geheimen, aber Karl nicht verborgen gebliebenen Unterhandlungen mit dem schärfsten Rivalen des habsburgischen Hauses, mit König Franz I. von Frankreich. So wenig wir auch über ihren speziellen Inhalt wissen — wir werden noch darauf zurückkommen —, allein die Tatsache, daß Friedrich sie angeknüpft hat, zeigt, wie scharf antikaiserlich er damals gesinnt war. Tiefer konnte der Pfalzgraf zumal in diesem Augenblick Karl nicht verletzen, als durch ein Einverständnis mit seinen gefährlichsten Gegnern. Doch am unzweideutigsten zeigte sich die große Schwenkung, welche die kurpfälzische Regierung während der letzten Monate vollzogen hatte, in der Religionspolitik des Heidelberger Hofes.

a. Die Reformationserlasse in der Rheinpfalz.

Wir erwähnten bereits, daß für Kurfürst Friedrich bei der Zulassung der Reformation in seinen Landen zunächst im wesentlichen politische Beweggründe maßgebend gewesen sind; wohl kaum hatte er angenommen, daß der Verlauf ein so ganz anderer werden würde, als er sich gedacht hatte.

Friedrich hatte gemeint, die reformfreundliche Gesinnung seiner Untertanen benutzen zu können, um durch ihre Förderung sich die Gunst des schmalkaldischen Bundes zu sichern, durch dessen Unterstützung er alsdann die Erlangung seiner rein persönlichen dynastischen Ziele erhoffte. Jedoch die innere Wucht der reformatorischen Bewegung riß ihn gewaltsam wider seinen Willen mit sich fort: das Reformationswerk wurde bald die treibende Kraft in der kurpfälzischen Politik, die Verwirklichung der rein politischen Ziele vermochte dem-

gegenüber nur sekundäre Bedeutung zu erlangen. Im einzelnen hier die Entstehung und den Fortgang dieser Vorreformation in der Kurpfalz darzustellen, ist nach der jüngst erschienenen Arbeit von Rott nicht mehr nötig; nur einzelne Punkte, die zur Klarstellung der Gesamtpolitik der Heidelberger Regierung dienen können, möchte ich hervorheben. Mir scheint, man kann zwei Phasen deutlich unterscheiden: die Zeit vor und nach des Kurfürsten Aufenthalt in Frankfurt gelegentlich des Bundestages.

Die Reformationserlasse, welche Friedrich um die Jahreswende hatte ausgehen lassen, darf man keineswegs als eine entschiedene Tat[110] bezeichnen: alle einzuführenden Neuerungen[111] werden ins Belieben der einzelnen Pfarrer gestellt; es ergeht kein direkter Befehl, die alten Zeremonien abzuschaffen. Bemerkenswert an den Erlassen ist, daß Friedrich sich das Recht nimmt, in seiner Stellung als Landesherr in das religiöse Leben seiner Untertanen durch landesherrliche Erlasse einzugreifen, mehr aber noch, daß der Inhalt dieser Verordnungen jedermann bekannt wurde. Unter Berufung auf die Verfügung ihrer weltlichen Obrigkeit konnte die Bevölkerung nunmehr auf deren strikte Durchführung durch die Geistlichkeit dringen; andererseits konnten die Pfarrer die entgegengesetzten Befehle ihrer Oberen vorschützen, um die Wirkung der reformfreundlichen Verordnungen dadurch zu nichte zu machen. Man wird nicht zweifeln dürfen, daß Friedrich ein derartiges Resultat erhofft hat, die Doppelstellung

[110] Vergl. Zeitschrift für Geschichte des Oberrheins, Bd. XVIII, S. 61 f. Der Kanzler Hartmann charakterisierte die Erlasse in der Sitzung des kurfürstlichen Rates vom 3. März 1546 folgendermaßen: „Nun sei die verzeichnus gantz leis gestelt, nit das man altar, heiligen aber anders abthun sol, sonder wie man ordnung mocht halten." [K. A., Nr. 381, fol. 62 f.]

[111] State papers, Bd. XI, S. 25, Anm. 2.

seiner Politik während der nächsten Wochen macht das sehr wahrscheinlich. Mit dem Kaiser mochte er nicht völlig brechen, da er dessen unausbleiblichen Zorn fürchtete; die Aufmerksamkeit der Protestanten hoffte er durch die Zulassung der neuen Lehre in seinen Gebieten auf sich zu ziehen. Schließlich hat er es keiner von beiden Parteien recht gemacht: Karl V. zürnte dem früheren Freunde, der in diesem Augenblicke Miene machte, vom alten Glauben abzufallen; die Schmalkaldener waren durch den bloßen Erlaß dieser ganz unbestimmten Verordnungen nicht befriedigt, sie wollten wirkliche Taten sehen.

Entscheidend für diese Verhältnisse wurde Friedrichs Aufenthalt in Frankfurt, sein Zusammentreffen mit Landgraf Philipp und den schmalkaldischen Ständen gelegentlich des Bundestages.

Trotzdem, wie wir gesehen haben, die Heidelberger Regierung nach der Rückkehr des Kurfürsten in ihrer politischen Haltung noch hin und her schwankte, können wir beobachten, wie bei Friedrich selbst und besonders bei seinen vornehmsten Ratgebern bezüglich der Aufrechterhaltung und Durchführung der Reformationserlasse kein Zweifel mehr obwaltet. Als das Wesentliche betrachtete man nunmehr geeignete Prediger und schriftgelehrte Männer in die Pfalz zu berufen, damit die Einführung der neuen Lehre in richtiger, ordnungsmäßiger Weise vor sich gehe. Schon im März erging deshalb eine Aufforderung an Martin Bucer[112], der damals an dem Kolloquium in Regensburg teilnahm; es scheint nicht, daß er dem Rufe Folge leistete, wenigstens hat er sich damals nur ganz vorübergehend in der Pfalz aufgehalten, schon vom

[112] Rott, S. 57, Anm. 122.

5. April haben wir einen Brief[113] von ihm aus Straßburg. Erst gelegentlich der Adelsversammlung vom 7. April wurde von den Grafen und Rittern, wie erwähnt, ein kurzes Programm für die zukünftige Gestaltung der Dinge vorgelegt: sie drangen auf Abschaffung der alten Zeremonien, sie verlangten nach einer Kirchenordnung, welche durch den Druck verbreitet werden müsse, und regten die Abhaltung von Kirchenvisitationen an.

---

[113] Lenz, Bd. II, Nr. 231. — Aus einem Brief Bucers an Ottheinrich, d. d. Straßburg, 11. April 1546 (Orig. ganz eigenhändig), den ich hier ganz mitteile, scheint mir hervorzugehen, daß B. auf der Rückreise von Regensburg die Neckarstadt überhaupt nicht berührt hat. „Die gnad unsers Herren Jesu mehre sich E. F. G. Durchleuchtiger, hochgeborner Fürst, gnediger Herre. mein büchlein zu Newburg gedruckt [vergl. Boehmer: Bibliotheca Wiffeniana (Straßburg-London 1874), Bd. I, S. 192, Anmerkung 19], hoffe ich, solle disе tag E. F. G. durch den hochgelerten meinen lieben herrn und bruder Licentiaten M. Adam Bartholomeum sein zukomen, wa das nit der mord unsers lieben Diazii verhinderet. Dann also bin ich von Newburg gescheiden, das, so bald das buch im druck volendet, m. h. Licentiat dasselbige wolte mit gon Heidelberg füren. Ich zwar hab weder buch noch abschrifften bei mir, sunst wolte E. F. G. ich das gern zusenden. Ich sage auch dem herren danck, der durch den so trewen fleiß des Camermeisters die zwen mörder in hafft bracht hat. Ich sorg aber doch, weil der Alphonsos ein Curial zu Rom, es werde zu Insbruck mühe haben, das Inen Ir gepürend recht gehe. Gehet das aber nit, so sihet man desto bas, was man sich zu disen leuthen habe zu versehen und würt seinen nutz zum preis Gottes auch bringen. So hat der fromme Diazius seine kron und freude in ewigkeit bey unserem Herren Christo und seinen lieben Patriarchen, Propheten, Aposteln, Marthyrern und anderen seinen lieben glidern, und ist erröttet von filem ongemach. Wiewol als gelert, from und eiferig zum reich Gottes er gewesen, so ist es filer lieben leut halben, die durch In hetten zu Christo mögen bracht und in Christo gebessert werden, hoch zu trawren, das er uns ist so bald entzogen. Der herre wölle seinen dienst durch andere erstatten, und E. F. G. gnediglich bewaren und segnen, und sein werck durch sie Imer mehr und mehr befurdern, deren ich mich underthaniglich befelhen thue. Datum Strasburg, den 11. Aprilis, Anno domini 1546. [M. R.-A., Pfalz-Neuburg, Kriegssachen Nr. $1^1/_2$, 19/2.] Bucers Brief war die Antwort auf zwei Briefe Ottheinrichs aus Heidelberg vom 3. und 6. April [ebenda Konzept mit Korrekturen].

Ihre Bitten fanden bei Friedrich und seinen Ratgebern unmittelbar Gehör: nachdem am 13. April die neue Ordnung Friedrichs bekannt gegeben worden war, wonach „alle Stiftskirchen der Pfalz und die unter ihnen stehenden Pfarreien reformiert werden sollten“[114], wurde wenige Tage später, am Palmsonntag, den 18. April, die katholische Messe „und andere Papisterei zu Heidelberg, zum Heiligen Geist und allenthalben“[115] abgeschafft, das heilige Abendmahl unter beiderlei Gestalt „durch die offizielle Kirche unter Beteiligung von etwa 200 Menschen“ gefeiert.[116]

Da Bucers Aufenthalt, wenn der vielbeschäftigte Straßburger Reformator überhaupt kam, voraussichtlich nur von kurzer Dauer sein konnte, sah man sich schon im März nach anderen Prädikanten um. Als Hofprediger wurde Adam Bartholomä, Ottheinrichs Gehülfe bei Einführung der Reformation in seinem Herzogtum Neuburg, berufen. Dadurch erhielt die neue Kirchenordnung[117] ihr besonderes Gepräge:

[114] Rott, S. 57.

[115] Lenz, Bd. II, S. 433. — Baumgarten: Sleidans Briefwechsel, S. 127 u. S. 129.

[116] Rott, S. 59.

[117] Die Ende April erschienene Kirchenordnung — abgedruckt bei Rott, S. 132—142 — hatte nur einen provisorischen Charakter, wie aus ihrem Titel (ebenda, S. 60) hervorgeht. — Die Vermutung Rotts (ebenda, Anm. 138), die Kirchenordnung sei in Neuburg durch Ottheinrichs Vermittlung gedruckt worden, erweist sich als richtig. Vergl. Ottheinrich an Statthalter und Regenten. Germersheim, 22. September 1546 (Kopie): „und letzlich die Trugkerey belangend habt Jr wol zuerachten, dweil wir die kirchenordnung herab in die Pfaltz gehorig zu Neuburg drugken zelassen verwendt, und demnach die anrichtung Christlicher Religion etwas langsam von statt geet, (hätten wir) one das gern gesehen, Sy von furdernus wegen gottes worts in zeitlichern brauch zebringen, das wir nit unbillich darnach fragen und anhalten.“ [M. St.-A., K. blau 105/1], sowie Statthalter und Regenten an Ottheinrich, Lauingen, 3. Oktober 1546 (Konzept): „die druckerey ist unsers besorgens verderbt, dann dem Pusch hat man die Stat verboten; wie es aber umb die gedruckten kirchenordnung stee, wissen wir noch nit.“ [M. St.-A., K. blau 102/4, fol. 47.]

seinem wie Ottheinrichs Einfluß wird man es zuschreiben dürfen, daß bei Einführung der neuen Lehre in der rheinischen Pfalz die Nürnberger Kirchenordnung[118], wie ebenfalls in Neuburg 1542, zu Grunde gelegt wurde.

Wir hören ferner von der Schließung der Klöster, von einer in Heidelberg abgehaltenen Synode, zu welcher Martin Frecht[119] aus Ulm, ein früherer Schüler und Dozent an der Universität, berufen wurde, zur Einleitung von Kirchenvisitationen, einer bei dem sittlich verderbten Zustand der pfälzischen Geistlichkeit überaus notwendigen Maßregel. Wohl ein Ergebnis der Beratungen dieser Versammlung ist ein höchst interessantes Aktenstück, die allein für die Rheinpfalz bestimmte von Friedrich unter dem 17. Juni erlassene Polizeiverordnung über das innere kirchliche und private Leben in diesen Gebieten.

Der Ermahnung zu eifrigem Kirchenbesuch und dem Verbot andere durch Verspotten an der Erfüllung dieser Christenpflicht zu hindern, folgt ein eindringlicher Erlaß gegen das Gotteslästern, Fluchen und Schwören. Die Aufforderung an Weltliche und Geistliche, einen sittlicheren Lebenswandel zu führen, Verfügungen gegen das unmäßige Trinken, gegen die Üppigkeit bei Festlichkeiten und zu kostbare Geschenke bei Hochzeiten gehören zu den in der damaligen Zeit immer wiederkehrenden Klagen. Ein schüchterner Versuch wird gemacht, eine gewisse Sonntagsruhe an Sonn- und Feiertagen

---

[118] Über die von Friedrich erlassene vorläufige Kirchenordnung vergl. Vierordt, Bd. I, S. 341 f., sowie Friedrichs Brief an Philipp von Flersheim, Bischof von Speier [Remling: Geschichte der Bischofe von Speier, Bd. II, S. 292], worin er fordert, in Hakenheim einen Pfarrer einzusetzen, der sein Amt nach der neuen Kirchenordnung versehe. Nach Venet. Dep., Bd. I, S. 477, wurden die Kultusänderungen am 2. April verfügt; vergl. auch Friedensburg, Bd. IX, S. 32, Anm. 3.

[119] Lenz, Bd. II, S. 456.

zumal während des Gottesdienstes einzuführen. Auf die Übertretung all dieser Bestimmungen setzte man Geldstrafen, welche für wohltätige Zwecke, für Krankenhäuser, zur Aussteuer ehrlicher Jungfrauen, „oder sunst dergleich Gott angeneme werck" verwendet werden sollen.[120]

Einschneidend konnten die Bestimmungen dieser Polizeiverordnung, in denen wir einen Niederschlag der am Heidelberger Hofe herrschenden reformfreundlichen Stimmung erblicken dürfen, wohl kaum wirken, besonders nicht in den weitverzweigten pfälzischen Landen, wo eine strikte Durchführung derselben ohnehin erschwert war. Man kann die Verfügung als den ersten schüchternen Versuch bezeichnen, den ärgsten Mißbräuchen zu steuern. Bemerkenswert ist daran nur, daß ein solcher Versuch überhaupt gemacht und die Verordnung durch den Druck allenthalben verbreitet wurde.

Friedrich hätte seine ganze Vergangenheit in der Oberpfalz verleugnen müssen, wenn er seinem ursprünglichen Plane, das Kirchengut unangetastet zu lassen[121], treu geblieben wäre. Genaueres wissen wir nicht über seine Schritte nach der Richtung[122], doch wie es von jeher das Ziel der pfälzischen Politik gewesen war, die Geistlichkeit, hauptsächlich die begüterten kirchlichen Würdenträger, wie z. B. die Bischöfe von Speier, ungeachtet aller nach außen hin bekundeten Anhänglichkeit an den katholischen Glauben, zu allgemeinen Lasten möglichst

[120] Frankfurter Stadt-Archiv. Reichssachen, Nachträge 1546. Gleichzeitiger Druck. Vergl. Rott, S. 61 f.

[121] Zeitschrift für Geschichte des Oberrheins, Bd. XVIII, S. 62. — Ratsprotokoll 16. Februar 1546 [M. St.-A., K. blau 105/5]. — Wenige Wochen später nahm Friedrich in dieser Frage bereits einen merklich anderen Standpunkt ein: „wie mans in klöstern halten sol, das wisse s. g. nit; wol aber gern davon hörn reden. es sitzen die bischof herumb, die schweigen jetzt, wurden villeicht mit der zeit davon reden; wer gut, die ding vorzubedencken" [Ratsprotokoll 3. März 1546. K. A., Nr. 381, fol. 62 f.].

[122] Venet. Dep., Bd. I, S. 477 f.

stark heranzuziehen, so wird die Heidelberger Regierung dieses Mal sicher nicht von diesem Grundsatz abgewichen sein.

Da Frecht nach kurzem Aufenthalt in Heidelberg wieder in einen anderen Wirkungskreis abberufen wurde[123], wandte sich Friedrich an den Rat von Straßburg, um den dortigen Prediger Paul Fagius[124] aus Bergzabern, mithin ein Pfälzer Kind, zum Reformationswerk in seiner alten Heimat zu gewinnen. Am 4. August langte derselbe in Heidelberg an und begann sofort in der Heiliggeistkirche und auch vor dem kurfürstlichen Hofe auf dem Schloß zu predigen. Trotzdem sich Fagius, dessen Urlaub von seiner vorgesetzten Behörde in Straßburg mehrfach verlängert wurde, der besonderen Gunst des Kurfürsten, der Kurfürstin Dorothea sowie Ottheinrichs zu erfreuen hatte, scheint er der Widerstände, die sich von seiten des Adels und kaiserlich gesinnter Räte gegen sein Reformationswerk erhoben, nicht Herr geworden zu sein, be-

[123] Frechts Aufenthalt in Heidelberg kann nur von kurzer Dauer gewesen sein. Schon im Sommer verwandten ihn die Schmalkaldener nach der Eroberung Dillingens, am 23. Juli, zur Reformierung des Gebietes des Bischofs von Augsburg. [Haucks Realenzyklopädie für protestantische Theologie, Bd. VI³, S. 243. Artikel Frecht von Bossert.] — Im Dezember 1546 — wahrscheinlich nach Fagius' Weggang — suchte Ottheinrich Frecht für das Reformationswerk in der Pfalz zu gewinnen [Rott, S. 82], doch ohne Erfolg.

[124] Vergl. zum folgenden Friedrich an Meister und Rat von Straßburg. Heidelberg, 12. August, pr. „montag", 16. August 1546. [Straßburg, Thomasarchiv 22, 41.] — Fagius an Straßburg. Heidelberg, 13. August, pr. 16. August 1546. — Fagius an Alex. Binder „iezt zu Speyer". Heidelberg, 26. August, pr. 1. September 1546. — Fagius an Straßburg. 6. Oktober, pr. 11. Oktober 1546. — Fagius an Martin Bucer. [Heidelberg] 9. Oktober 1546. [Thomasarchiv 22, 2.] Der Brief an Bucer wurde seinem wesentlichen Inhalt nach durch die Dreizehn in Straßburg an Johann Friedrich und Philipp am 12. Oktober 1546 mitgeteilt. [W. A., Reg. J., p. 214—216, K. Nr. 3.] — Die Verwaltung des Thomasarchives zu Straßburg, welche mir in liebenswürdigster Weise die Benutzung dieser Akten auf der hiesigen Universitätsbibliothek ermöglichte, sei auch an dieser Stelle meines lebhaftesten Dankes versichert.

sonders auch da infolge einer heftigen Erkrankung Friedrichs dessen persönlicher Einfluß für längere Zeit nahezu ausgeschaltet wurde. Erschwerend wirkte für die Durchführung von Fagius' Absichten, daß er sich auch die an dem alten Ritus noch streng haftende Universität durch eine auf des Kurfürsten Geheiß unternommene Reorganisation[125] ihrer verknöcherten Einrichtungen zur Feindin machte. Wenige Wochen, bevor Friedrich seine Fahrt nach Schwäbisch-Hall antrat, verließ er die Neckarstadt[126], denn nachdem bald darauf die Heidelberger Regierung mit Kaiser Karl Frieden geschlossen hatte, war für einen protestantischen Reformator kein Platz mehr in der Kurpfalz.[127]

b. Friedrichs Verhandlungen mit den Schmalkaldenern gelegentlich des Wormser Bundestags (April 1546).

Wir erwähnten oben, daß sich die Grafen und Ritter nicht ablehnend gegen ein ferneres Hand in Handgehen mit dem neu zu gründenden schmalkaldischen Bunde geäußert hatten. Da durch die nunmehr offen eingeführte Reformation der Bruch mit der kaiserlichen Partei unvermeidlich war, trat die Heidelberger Regierung unmittelbar nach jener Adelsversammlung in Verbindung mit den zu Worms bereits tagenden protestantischen Ständen; am 20. April langten die Pfälzer am Sitz des Bundestages an.

Wenn Friedrichs Abgesandte, der Kanzler Hartmann und Philipp von Helmstadt, im kurfürstlichen Rat die entschiedensten Befürworter eines Zusammengehens mit den Schmalkaldenern,

[125] Rott, S. 82, Anm. 202.

[126] Vergl. Winkelmann: Urkundenbuch der Universität Heidelberg, Bd. I (Heidelberg 1886), S. 234—240.

[127] Über die damaligen religiösen Verhältnisse in der Rheinpfalz vergl. Ottheinrichs interessanten Brief bei Rott, S. 63, Anm. 135.

dort nicht mehr erreicht haben, wenn der endgültige Anschluß der Kurpfalz an die protestantische Einung wieder hinausgeschoben werden mußte, so trifft die Schuld dafür mehr die Schmalkaldener als Friedrich. Man kann es der kurpfälzischen Diplomatie nicht verargen, wenn sie vor einer definitiven Erklärung bündige Auskunft über die zukünftige Gestaltung des Bundes in militärischer, finanzieller und administrativer Hinsicht verlangte. Denn die Unlust, welche in Frankfurt über zu hohe Anlagen[128] und zu eigenmächtiges Vorgehen einzelner Einungsmitglieder zutage getreten war, gab der begründeten Befürchtung Raum, daß in Zeiten der Gefahr dieses scheinbar so mächtige politische Gefüge sich nicht allzu widerstandsfähig erweisen werde. Da jedoch in Worms eine Regelung der inneren Verhältnisse des Bundes wegen zu geringer Beteiligung der Stände nicht erzielt wurde, hütete Friedrich sich wohl, sein und seiner Untertanen Schicksal voreilig mit demjenigen dieser Einung unlösbar zu verknüpfen.[129]

---

[128] Es mag sein, daß auch Friedrich sich in Worms über zu hohe Anlagen beschwert hat. Ein Grund, ihn deshalb zurückzuweisen, lag darum aber doch kaum vor. Denn da der Krieg bevorstand, und Friedrich in erster Linie als Bundesgenosse für diesen gewonnen werden sollte, konnte er sich vorläufig doch nicht im Rahmen des ihm zugemessenen Bundesbeitrages halten, mochte man denselben auch noch so hoch ansetzen. Friedrichs monatlicher Beitrag wurde auf 8000 Gulden berechnet. [M. A.] Vergl. Hasenclever: Die Politik Karls V., S. 52, Anm. 2.

[129] Vergl. Günterrode und Aitinger an Philipp. Worms, 11. April 1546. „So hatt auch der Pfaltzgraff Churfurst mit den Stenden seiner Landtschafft (wie dann uns E. F. G. verordneten sonderlich angelangt) entlich geschlossen und bringen die gutthertzigen s. churf. g. rethe dahin, wie es dann s. churf. g. selbst auch gern sehen, das man alhie zu Wormbs sonderlich in puncten der Aynung entlich schlusse, besorgende da ietzo alhie uff diesem gegenwurtigen tag zu Wormbs nicht geschlossen, das man sich gegen dem Pfaltzgraven Churf. under ietzigem Reichstage allerley pratticken understehn möchte, denselben von diser verstentnus und aynung zufuhrn, derwegen dann abermalen sovil dester nötter zu dem schluß zutrachten." [M. A.]

Und doch würde sich, wie mir scheint, die Aufnahme Friedrichs haben ermöglichen lassen, wenn nur die Schmalkaldener, oder richtiger der Landgraf, etwas mehr Entgegenkommen gezeigt hätten. Der Pfalzgraf ließ den in Worms versammelten Ständen durch seine Abgesandten zwei Punkte[130] bezeichnen, nach deren Gewährung er bereit sei, der protestantischen Einung sich anzuschließen: er verlangte, wie bereits in Frankfurt, die Garantierung seiner Kurwürde für den Fall eines bayrischen Angriffes unter dem Vorwand der Religion, sowie — ein nicht unwesentliches Zugeständnis im Vergleich zu seiner früheren Haltung — die Genehmigung seiner neuen Glaubensgenossen mit seinem gefangenen Schwiegervater, König Christiern II., in diplomatischen Verkehr zur Anbahnung einer Verständigung über seine Befreiung aus der Haft treten zu dürfen.

Wenn Philipp unter Billigung der zweiten Forderung[131] gegen die Zulassung der ersten den Einwand erhob, die Gewährung widerspreche der lediglich religiösen Grundidee des schmalkaldischen Bundes, und wenn er zur Stützung seiner Behauptung weiter anführte, sein — doch so durchaus weltlicher — Streit mit den (protestantischen) Grafen von Nassau wegen der Katzenellenbogenschen Erbschaft sei bisher auch nicht

[130] „Summarie verzeichnus zweyer Artickel, so die Pfaltzgrävischen gesandten Räth uff heut angezeigt haben", 21. April 1546. — Vergl. das hessische Protokoll vom gleichen Tage. [M. A.] — Vergl. Lenz, Bd. III, S. 368, Anm. 4.

[131] Schon vor seiner Reise nach Frankfurt hatte Philipp König Christian III. über sein bevorstehendes Zusammentreffen mit dem Pfalzgrafen benachrichtigt; vergl. Philipp an Christian III., 19. Januar 1546: „Kurfürst Friedrich von der Pfalz lasse das Evangelium in seinen Landen predigen; es sei ihm ernst damit; er werde wohl in den Bund eintreten, verlange nichts mehr, was Dänemark beschwerlich sei; komme jetzt auf den Frankfurter Tag." [Dietrich Schäfer: Zur Geschichte Christians III. in: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinsche Geschichte, Bd. XXII (Kiel 1892), S. 504.]

als Einungsangelegenheit behandelt worden, so wird er selbst nicht an die Stichhaltigkeit dieser Beweisführung geglaubt haben; wie er denn mit dieser seiner Politik ganz vereinsamt dastand unter seinen Glaubensgenossen. Noch immer nicht mochte er, angestachelt gegen die Heidelberger Regierung durch die von dem bayerischen Rat Dr. Leonhard Eck beeinflußten optimistischen Berichte seines leichtgläubigen Agenten Gereon Sailer, die Hoffnung fallen lassen, daß der Münchener Hof eine dem Kaiser feindliche Politik treiben werde. Deshalb suchte er den offenen Anschluß Kurfürst Friedrichs zu vereiteln und ihn durch eine private Verschreibung[132] für den Fall eines Krieges an das Interesse des schmalkaldischen Bundes zu fesseln. Scharfe Opposition wurde dieser Politik von den übrigen Mitgliedern der Einung gemacht: die fast vollzählig erschienenen oberdeutschen Bundesstände traten warm für des Pfalzgrafen Aufnahme ein, und auch Johann Friedrich stellte sich in dem bayerisch-pfälzischen Kurstaat im Einverständnis mit seinem Kanzler Dr. Brück[133] mit der größten Entschiedenheit auf die Seite seines Mitkurfürsten, wie denn auch bald darauf in Regensburg auf Affensteins Einladung unmittel-

[132] „Und so derhalben von Pfaltz alle dinge wolten irrig gemacht und zerruttet werden, so were besser . . . ., das mit ime gehandelt und geschlossen wurde, das er im fal der noth ein antzal zu roß und fuß schickte, und das ime dergleichen hielf auch geleistet wurde." [Philipp an seine Räte in Worms. Kassel, 29. April 1546. W. A., Reg. H., Nr. 210, Vol. 2.]

[133] Brück an Johann Friedrich. Wittenberg, 6. Mai 1546 [W. A., Reg. H., Nr. 194, Blatt 222 f.]. Über Johann Friedrichs Auffassung vergl. seinen Brief an Philipp vom 10. Mai 1546 bei Neudecker: Aktenstücke, S. 755 ff. — In seiner Antwort, d. d. Kassel, 15. Mai 1546, Orig. [W. A., Reg. H., Nr. 210, Vol. 2], gab der Landgraf in der von Friedrich gestellten Bedingung bezüglich der Kur nach, nur müßten nunmehr Johann Friedrich und er „in dem was das zeitlich betrifft" ihre Erbeinungsverwandten ausnehmen. Wenige Wochen später, als der politische Horizont sich sehr verdüstert hatte, verstand sich Philipp sogar dazu, auf des Pfalzgrafen Beitritt zu drängen [Philipp an Friedrich. Ronshausen, 8. Juni, pr. 15. Juni 1546. Orig. M. St.-A., K. blau 105/5].

bar vor Eröffnung des Reichstages sich die Vertreter sämtlicher übrigen Kurfürsten — abgesehen von dem noch nicht anwesenden Brandenburger — vorbehaltlich der Zustimmung ihrer Herren einmütig dahin verbanden, gegen jegliche Anmaßung der Kurwürde durch Herzog Wilhelm von Bayern beim Kaiser Protest einzulegen, und falls Karl ihre Kundgebung nicht berücksichtigen sollte, fernerhin sich an den Verhandlungen der Reichsversammlung nicht zu beteiligen.[134]

Wenn Johann Friedrich wegen der Hineinbeziehung der dänischen Frage Bedenken äußerte und eine Vermittlung nur auf der Basis einer Geldabfindung für Friedrich, nicht aber einer Landabtretung von seiten Christians III. übernehmen wollte, so hatten diese Besorgnisse in jenen Monaten wenig praktischen Wert, da der Pfalzgraf gerade damals durch die Tat zeigte, daß er vorläufig seinen Hoffnungen auf jenen nordischen Thron entsage[135], mehr aber noch, weil sein Schwiegervater König Christiern II. der langen Gefangenschaft überdrüssig eben im Begriffe stand, sich mit seinem Gegner, dem Beherrscher Dänemarks, zu vertragen.[136]

Man begreift, mit welchen Gefühlen am kaiserlichen Hoflager Friedrichs Verhandlungen mit den Protestanten verfolgt wurden. Jetzt schien es sicher zu sein, daß der Kurfürst

[134] Die kursächsischen Räte an Johann Friedrich. Regensburg, 4. Juni 1546 [W. A., Reg. J., Feldkanzlei Johann Friedrichs]. — Johann Friedrich billigte das Vorgehen seiner Räte durchaus. [Torgau, 13. Juni 1546, ebenda.]

[135] Lenz: Kriegführung, S. 421; vergl. auch State papers, Bd. XI, S. 157. — Am 8. Juni forderte der Landgraf Friedrich auf, unter den augenblicklichen Verhältnissen auf seine dänischen Pläne vorläufig zu verzichten, da es „den gemeinen sachen gantz nit nutzlich sey." „So lehret der weise mann, wann ainer zwen widerwertigen hab, so solt er sie nicht zugleich uff sich laden" [Ronshausen. Zettel II. M. St.-A., K. blau 105/5].

[136] Dietrich Schäfer: Geschichte Dänemarks, Bd. IV, S. 470 f., sowie König Christian II. an Friedrich. Sunderberg, 15. August 1546 (Kopie). [M. A., Kurpfalz, Nr. 30.]

dem schmalkaldischen Bunde beigetreten war, nachdem seine vertrautesten Räte zum zweitenmal an den Beratungen desselben teilgenommen hatten. Bestärkt wurde man in dieser Überzeugung noch durch die katholikenfeindliche Haltung, welche die Heidelberger Regierung seit Anfang April einzunehmen begann. Kurze Zeit, so wird uns von glaubwürdiger Seite versichert[137], sei Karl entschlossen gewesen aus Zorn über den Abfall des alten Freundes des habsburgischen Hauses, sofort gegen die verhaßten Ketzer loszuschlagen, ungeachtet seiner noch mangelhaften Kriegsvorbereitungen.

c. Friedrichs Bündnisverhandlungen mit König Franz I. von Frankreich.

Wir erwähnten oben bereits ganz kurz die Verhandlungen Friedrichs mit König Franz I. von Frankreich. Wo hinaus diese Beziehungen zielten, wie weit die gegenseitigen Eröffnungen aufrichtig gemeint waren, entzieht sich unserer genaueren Kenntnis. Wie einmal der kurpfälzische Kanzler Hartmann einem englischen Abgesandten versicherte[138], handelte es sich lediglich um die Befreiung von Friedrichs Schwiegervater, König Christiern II. von Dänemark, und zwar ohne irgendwelche demütigenden Bedingungen für König Christian III., sowie ohne materiellen Gewinn für den Kurfürsten. Da König Franz ebenfalls der Schwager des Gefangenen war, war es für ihn der gewiesene Weg, auf diese Weise Verbindung mit dem Pfalzgrafen zu suchen, besonders nachdem Kaiser Karl im Speierer Frieden[139] vom 23. Mai 1544 König Christiern, wenn auch nicht formell, so doch de facto

[137] Druffel: Zur militärischen Würdigung des schmalkaldischen Krieges (Münchener Sitzungsberichte 1882), S. 352, Anm. 2.

[138] State papers, Bd. XI, S. 157.

[139] Schäfer: Geschichte Dänemarks, Bd. IV, S. 462 f.

preisgegeben hatte. Wenn es auch wohl zu keinen definitiven Abmachungen[140] gekommen ist, so ist diese franzosenfreundliche Politik Friedrichs doch nicht ohne Einfluß auf seine Haltung dem kaiserlichen Kabinett gegenüber gewesen. Die Instruktion[141], mit welcher er seinen Geheimsekretär Hubertus Thomas Leodius im April 1546 nach Frankreich sandte, lautete dahin, ihn wegen seiner Haltung auf dem Speirer Reichstage (1544) zu entschuldigen; man sieht, der Kurfürst suchte eine unmittelbare politische Rückendeckung gegen eventuelle feindselige Maßregeln seines mächtigen kaiserlichen Verwandten.[142]

Diese Hinneigung zum französischen Hofe bestand schon seit längerer Zeit, wie denn die Beziehungen der Pfalzgrafen zu Frankreich seit dem Pensionsvertrage Kurfürst Philipps mit König Karl VIII. vom 14. Juni 1492 niemals ganz abgebrochen worden waren; während der Verhandlungen, welche der Kaiserwahl Karls V. zuvorgingen, hatten sie anfangs nicht gerade fördernd die habsburgischen Interessen beeinflußt. Mit Recht ist die französische Freundschaft als ein Erbstück der kurpfälzischen Politik bezeichnet worden.[143] Wenn während der beiden ersten Jahrzehnte von Karls Regierung diese Beziehungen weniger hervortreten, so liegt das daran,

[140] Am 27. Mai meldete zwar Jakob Sturm dem Landgrafen, daß Friedrich mit König Franz in geheimen Verhandlungen durch Bassefontaine ein Bündnis aufrichte [M. A., Straßburg 1546], doch halte ich diese Mitteilung aus inneren Gründen für unrichtig.

[141] Friedensburg, Bd. IX, S. 32, Anm. 3. — Vergl. auch oben S. 42, Anm. 101. [Granvella an Königin Maria 1. Mai 1546], sowie Venetian. Dep., Bd. I, S. 478.

[142] Bereits im Januar 1546 beschwerte sich Friedrich gegenüber einem französischen Abgesandten über die ihm vom Kaiser widerfahrene Untreue. [Neudecker: Urkunden, S. 769; vergl. zu dieser Sendung Druffel: Beiträge zur Reichsgeschichte, Bd. III, S. 20 f.]

[143] Allgemeine deutsche Biographie, Bd. XXVI, S. 17. Artikel Kurfürst Philipp von der Pfalz von Bezold.

daß damals sich der Heidelberger Hof nicht in Opposition gegen die Habsburger befand; gerade die guten Beziehungen von Kurfürst Ludwigs Bruder Friedrich zum Kaiserhaus machten sich auch in der Haltung und Richtung in der kurpfälzischen Politik geltend. Doch je mehr der Pfalzgraf einsehen lernte, daß er von den Habsburgern nur mißbraucht werde zur Erreichung ihrer ganz persönlichen dynastischen Ziele, um so mehr suchte er naturgemäß Fühlung mit den Gegnern seines alten Gönners, mit den Protestanten und mit König Franz I. von Frankreich. Bereits während des Speierer Reichstages vom Jahre 1542 sah sich der kaiserliche Vizekanzler Johann von Naves veranlaßt[144], seinen in Spanien weilenden Herrn auf die geheimen Verbindungen der pfälzischen Brüder mit der in Speier weilenden offiziellen französischen Gesandtschaft warnend hinzuweisen, wie es scheint, ohne Gehör zu finden. Wenigstens wurde Friedrich auch bei den späteren Reichsversammlungen nach wie vor als kaiserlicher Kommissar verwendet.

Jedoch kaum war der von Karls V. Gunst und mehr noch von seinen Geldzuwendungen abhängige Pfalzgraf zur Kurwürde gelangt, als er es wagte, noch während des französischen Feldzuges vom Jahre 1544 einen Schritt zu Gunsten des hart bedrängten Königs zu tun: zusammen mit Kardinal Albrecht von Mainz bot er seine Vermittlung zur Herbeiführung des Friedens an[145]; natürlich ohne Gehör beim Kaiser

---

[144] Lanz: Korrespondenz des Kaisers Karls V., Bd. II, S. 339 f.

[145] Weiß: Papiers d'état du cardinal de Granvelle, Bd. III, S. 93. — Nach Leodius, S. 261, unternahmen die beiden Kurfürsten ihren Vermittlungsversuch auf briefliches Ersuchen des französischen Königs hin; doch wurde ihr Schreiben an den Kaiser von Granvella unterschlagen. — Wie Häusser: Geschichte der rheinischen Pfalz, Bd. I, S. 599, angibt, leistete Friedrich in diesem Kriege der französischen Sache geheimen Vorschub.

zu finden, der eine derartige Durchkreuzung seiner fein gesponnenen Pläne mehr wie alles andere verabscheute. Der Geist, dem dieser Vermittlungsversuch entsprungen war, blieb jedoch am pfälzischen Hofe lebendig: wenige Monate später, im März 1545, konnte König Ferdinand einem Sohn Granvellas, den dieser dem römischen König zur Berichterstattung vor seiner Ankunft auf dem Reichstag entgegengesandt hatte, die vertrauliche Mitteilung machen, daß am Hofe zu Heidelberg die vornehmsten Beamten, der Kanzler, der Hofmeister sowie Friedrichs Sekretär Leodius, gute Franzosen seien.[146]

Für die pfälzische Politik war es der gewiesene Weg, in den nunmehr heraufziehenden schweren Zeiten auf den früheren Verbündeten, den unerbittlichen und unversöhnlichen Gegner des Kaisers, zurückzugreifen. So sehr hatte man dabei das alte Verhältnis im Auge, daß man, wie wir noch sehen werden, bei der Redaktion eines neuen Vertrages den alten Bundesplan vom Juni 1492 mit zugrunde legte.

Nicht nur aus den mannigfachen Besuchen französischer Agenten am Heidelberger Hofe während jener Monate, sondern mehr noch aus der geradezu unliebenswürdigen Haltung der pfälzischen Diplomatie englischen Bündnisanträgen gegenüber kann man auf die Intimität des gegenseitigen Verhältnisses zwischen Frankreich und der Kurpfalz schließen. Von wem speziell zu diesen Bündnisverhandlungen der diplomatische Verkehr ausgegangen ist, wissen wir nicht. Im Januar hören wir von der Anwesenheit eines französischen Gesandten bei Friedrich; später führte die Geschäfte in Heidelberg der Abt Bassefontaine[147], zum größten Verdruß des Straßburger

[146] Weiß: Papiers d'état du cardinal de Granvelle, Bd. III, S. 96

[147] Vergl. Jakob Sturm an Philipp von Hessen. Straßburg, 27. Mai 1546. [M. A., Straßburg 1546.] Sleidan nennt Bassefontaine: «homo totus conflatus ex mendaciis». «Impudens et flagitiosum os». [Baumgarten: Sleidans Briefwechsel, S. 128.] Vielleicht würde die vollständige

Kreises von Politikern und Publizisten, sowie der Oberst Reckerode; in Frankreich, wie erwähnt, Leodius und der Landsknechtsführer Sebastian Vogelsberger.[148] Gerade die Hin-

Veröffentlichung von Bassefontaines Journal über den schmalkaldischen Krieg, das F. W. Barthold: Deutschland und die Hugenotten (Bremen 1848), Bd. I, S. 38, Anm. 1, erwähnt, auch über die Beziehungen Frankreichs zur Kurpfalz mehr Licht verbreiten. — Nach state papers, Bd. XI, S. 157, rührten B.'s Bekanntschaften in Heidelberg von seiner dortigen Studienzeit her. Bei Toepke: Die Matrikel der Universität Heidelberg finde ich in den Jahren 1532—1546 — B., Sebastian, baron de Chateauneuf, war 1518 geboren — nur einen Franciscus de Novo Castro unter dem 20. Mai 1542 inskribiert. [Bd. I, S. 582.] — Über Bassefontaines Leben vergl. L. Paris: Négociations etc. relatives au Règne de François II. in: Collection de documents inédits sur l'histoire de France (Paris 1841), Notice, S. 1 ff. Über sein Tagebuch vergl. p. 14: «Le récit qu'il nous a laissé des guerres des princes coalisés contre l'empereur Charles-Quint est un morceau digne de la plume de Sleidan, et qui jette un grand jour sur quelques parties obscures de l'oüvrage de ce celèbre historien. La publication de ce document serait, selon nous, d'une grande utilité.» p. 16: «Chiffre de M. de Bassefontaine en ses négociations avec le Lantgrave et autres.» Von protestantischen Fürsten haben nur Philipp von Hessen und Pfalzgraf Friedrich ein eigenes Chiffrezeichen. Sleidans Feindschaft gegen Bassefontaine datiert schon vom Jahre 1545 her; vergl. s. Briefw., S. 67, auch Anm. 2. Wahrscheinlich würde die Veröffentlichung dieses Tagebuches, zumal nach der Art seiner Anlage, auch über Sleidans Beziehungen zu Frankreich, besonders zum damaligen Reichstagsgesandten Grignan, dem Neffen des einflußreichen Kardinals Tournon, manche neuen Aufschlüsse bringen.

[148] Vergl. über ihn Allgemeine deutsche Biographie, Bd. 40 (1895), S. 158 (Artikel Vogelsberger v. Brandi), sowie Bartholomei Sastrowen Herkommen, Geburt ꝛc. (ed. Mohnike), Bd. II, S. 166 ff. — Seit 1544 war er zum lebenslänglichen pfälzischen Kriegsrat und Diener ernannt (Rott, S. 85). Über seine Beziehungen zur französischen Krone vergl. außer den oben genannten Quellen Druffel: Beiträge zur Reichsgeschichte, Bd. I, Nr. 148. — Noch vom Schafott herunter suchte Vogelsberger Kurfürst Friedrich gegen den durch Lazarus von Schwendi ausgestreuten Verdacht, er habe mit Frankreich in Bündnis gestanden, zu verteidigen. Vergl. Mohnike a. a. O., S. 172 f., sowie Schirrmacher: Johann Albrecht I., Herzog von Mecklenburg, Bd. II, S. 388, sowie bes. Venet. Dep., Bd. II, S. 389 f. — Der Kaiser nahm Friedrich gegen die Anschuldigungen in Schutz [Rott, S. 85], doch scheint Schwendi gleichwohl auf einer richtigen Spur gewesen zu sein, wie besonders die Erwähnung Pfalzgraf Wolfgang d. A. beweist. Vergl. unten S. 70, auch Anm. 165.

zuziehung dieser beiden Kriegsmänner zeigt uns, nach welcher Richtung König Franz' Interesse an diesem Bunde lag; er wollte für seinen Kampf gegen England ungestört Truppenwerbungen veranstalten können. Daß ihm diese seine Absichten völlig gelungen sind, daß in den ersten Monaten des Jahres 1546 der französische Einfluß am Heidelberger Hofe durchaus vorherrschend war, lehrt uns das völlige Scheitern der Gesandtschaft des englischen Bevollmächtigten John Masone[149], Anfang Mai 1546. Wenn sich auch Heinrichs VIII. Bündnisartikel[150], welche er Friedrich vorschlagen ließ, ihrem Wortlaute nach gegen jedermann richteten, welcher ein dem noch abzuschließenden Bunde angehöriges Mitglied angreifen sollte — hauptsächlich betont wurde die Konzilsgefahr —, so waren sie in Wahrheit doch nur dazu bestimmt, den von England mit so großem Mißtrauen beobachteten Truppenwerbungen in den pfälzischen Landen einen wirksamen Damm entgegenzusetzen.[151]

Die unter ganz nichtigen Gründen ablehnende Antwort der Heidelberger Regierung auf diesen formellen Bündnisantrag, sowie die offenkundige Geringschätzung, mit welcher sich Masone behandelt sah, zeigte ihm klarer als alles andere, wie tief das Einverständnis zwischen Friedrich und König

---

[149] Vergl. Masones höchst interessanten Bericht aus Heidelberg vom 11. Mai 1546. [State papers, Bd. XI, S. 147—160.] Über Masone vergl. A. O. Meyer: Die englische Diplomatie in Deutschland zur Zeit Eduards VI. und Mariens (Bresl. Diss. 1900), S. 81 ff.

[150] State papers, Bd. XI, S. 97, Anm. 1.

[151] Die gleichen Vorschläge hatte Heinrich durch seinen Agenten Christoph Mundt dem Landgrafen machen lassen. Vergl. das Gutachten der hessischen Gesandten in Worms: „so man die werbung im grund besehe, so wer es vil mehr Frankreichs dann des Concilii halber gemaint" [Schenk, Günterrode und Aitinger an Philipp. Worms, 23. April, pr. Kassel, 26. April 1546. M. A.].

Franz bereits sein müsse, ja des Kurfürsten Kanzler Hartmann ließ in seiner Erwiderung die versteckte Andeutung einfließen, daß ein Bündnis mit England die Beziehungen zu Frankreich stören könne.[152] Friedrichs Haltung ist um so merkwürdiger, als Heinrichs Bevollmächtigter für den Abschluß der Übereinkunft wertvollste Gegenleistungen anzubieten hatte, zumal wenn man bedenkt, welchen Ansehens sich in den damaligen politischen Beziehungen der Mächte untereinander Familienverbindungen zu erfreuen hatten.

Pfalzgraf Philipp, der Neffe des Kurfürsten, der Bruder Ottheinrichs, hatte sich nämlich gelegentlich seines letzten Aufenthaltes in England, wohin er sich auf eine Einladung Heinrichs VIII.[153] Anfang März 1546 begeben hatte, mit der seit dem Jahre 1544 für erbberechtigt erklärten[154] Tochter des Königs, der Prinzessin Maria, der späteren Gemahlin Philipps II. von Spanien, verlobt. Den Preis dieser Familienverbindung[155] sollte das Bündnis Heinrichs VIII. mit Friedrich und durch dessen Vermittlung mit den übrigen deutschen protestantischen Fürsten bilden, in Wahrheit also eine, wenn auch vielleicht nur indirekte Bundesgenossenschaft in Englands noch andauerndem Krieg gegen Frankreich. Trotzdem der englische König in allen formellen Fragen größtes Entgegenkommen zeigte, besonders bezüglich der finanziellen Sicherstellung seiner Tochter, gelangte man zu keinem end-

---

[152] «For as all confederations bring somme burden with them, so must they be well wayed to gither, that the one be not repugnant to thoter.» [State papers, Bd. XI, S. 156.]

[153] State papers, Bd. XI, S. 64. — Heinrichs Einladungsschreiben an Pfalzgraf Philipp, d. d. Westminster, 30. Januar 1546 bei Rymer: foedera tom. VI, pars III, p. 133.

[154] Über die Gründe zu dieser Maßregel vergl. Ranke: Deutsche Geschichte, Bd. IV^6, S. 214.

[155] State papers, Bd. XI, S. 97, Anm. 1.

gültigen Abschluß, da Friedrich seine Beziehungen zu Frankreich nicht gefährden wollte.[156]

Gleichwohl ist kein definitiver Abschluß zwischen Franz I. und der Kurpfalz erfolgt; am nächsten kamen sich scheinbar die beiden Kontrahenten[157] Ende Mai 1546, als Leodius von jener nach der Heidelberger Tagung erfolgten oben erwähnten Gesandtschaftsreise zum französischen Hofe mit fest formulierten Bündnisanträgen zurückgekehrt war.[158] Wie bereits betont, lehnten sich dieselben enge an den Pensionsvertrag von Friedrichs Vater, Kurfürst Philipp, vom Juni 1492 an, nur waren sie, den geänderten Zeitverhältnissen entsprechend, um einige Artikel erweitert. Jedoch am Heidelberger Hofe besaß man nicht die Kühnheit, so radikal, wie es der französische Herrscher wollte, mit dem Hause Habsburg zu brechen[159]; auch die Verschiedenheit der Religion, die in

---

[156] Ottheinrichs gegen Kurfürst Friedrich tendenziös abgefaßte Biographie seines unglücklichen Bruders Philipp [„Herzog Philippsen . . . . Leben und Sterben, kurtz verzaichnet durch Sr. Fstl. Gnaden Bruder Pfalz Grafen Ott Heinrichen", mitgeteilt durch Freyberg in: Sammlung historischer Schriften und Urkunden, Bd. IV (Stuttgart und Tübingen 1834), S. 242 bis 276] stimmt bei der Darstellung dieser Ereignisse mit den Akten nicht überein. Friedrichs Weigerung wird nur auf das Übelwollen gegen seinen Neffen zurückgeführt, obwohl Ottheinrich von dem entscheidenden Einfluß wissen mußte, welchen die Beziehungen zu Frankreich auf des Kurfürsten Politik gegenüber England ausübte. Im Sommer 1546 kehrte Pfalzgraf Philipp zu kurzem Aufenthalt nach Heidelberg zurück; im September ist er bereits wieder in England. — Salzer, der in seinem Artikel über Philipp in der Allgemeinen deutschen Biographie, Bd. XXVI, S. 25 f., in erster Linie Ottheinrichs Angaben folgt, ist nach den Depeschen Masones zu berichtigen.

[157] Vergl. zum folgenden: Protokoll des kurfürstlichen Rates 24. u. 25. Mai 1546. [K. A., Nr. 381, fol. 89 f.]

[158] In seinem Werk über Friedrich (S. 264) drückt sich Leodius ganz unbestimmt und wohl absichtlich so unklar über diese Beziehungen aus.

[159] Der Name Karls V. in seiner Eigenschaft als Kaiser scheint nicht direkt genannt worden zu sein. „der konig in Hispanien, Hertzog in Burgundi und Meilandt stecken ins keisers busen; die haben auch beisal im

dem Entwurf nicht berücksichtigt worden war, gab zu berechtigten Bedenken Anlaß.[160] Schon leise machte sich im kurfürstlichen Rat ein Umschwung der Stimmung zu Gunsten Englands bemerkbar: wohl hätte man gerne die von Franz I. angebotenen Pensionen[161] nicht allein für Friedrich, sondern auch für die Pfalzgrafen Wolfgang d. Ä., Ottheinrich und Philipp eingesteckt, aber man verhehlte sich doch nicht, daß der Schaden, den die offene Feindschaft Heinrichs VIII. mit sich bringen müsse, den Nutzen dieser finanziellen Unterstützung bei weitem überwiege. Ganz abbrechen mochte man die Beziehungen gleichwohl nicht, solange man noch völlig im unklaren über die nächste Zukunft war. Man suchte die Verhandlung hinauszuzögern, indem man Gegenvorschläge machte; zugleich bat man König Franz, seine Abgesandten mit vollkommener Gewalt nach Nanzig zu schicken; ein gleiches werde Friedrich auch tun.[162] Ob es alsdann in der Hauptstadt Lothringens zu einer ferneren Beratung[163] gekommen ist, vielleicht gelegentlich der bald darauf erfolgenden Reise der Kurfürstin Dorothea und Pfalzgraf Wolfgangs d. Ä.

---

rich; solt man dahien verbunden sein, must man vil leute zu freunden haben."

[160] „dan solt frankrich dem pabst aber anderen hilf thun wider die religion und [p.] fur sein confederaten dargeben woln, da seß man ubel."

[161] Leodius: „acht, man werdt p. jars in x oder 12 000 Cronen geben; h. wolfgang und den andern jedem in 2000 werden lassen." Marschall: „h. otth(einrich) und ph(ilipp) pension zu erlangen, was man haben könt, in fugliche weg; were wol gut, und das man es in geheim behalt."

[162] Protokoll 25. Mai 1546: „Ist ferrer von der sachen geredt und beschlossen, man sol dem Vogelsperger zuschicken etlich notwendig artickl, das er mit dem konig und dem von guß [Guise] handelt; dweil p. an der sachen gelegen, das der konig herus gein Nansei oder sunst an ein gelegen malstadt orden. wolt p. die Iren auch orden, weiter von den sachen zu reden, und das der konig den von Guß gar wolt herus schicken."

[163] Weiß: Papiers d'état du cardinal de Granvelle, Bd. III, S. 232.

dorthin, wissen wir nicht[164]; ein Bündnis ist bestimmt nicht abgeschlossen worden[165]: weder auf kurpfälzischer noch auf französischer Seite scheint fortan viel Neigung dafür vorhanden gewesen zu sein, ja wir können schon bald darauf in der Richtung der kurpfälzischen Politik eine deutliche Hinneigung zu England beobachten.

Als einige Wochen später, Ende Juni, nach Abschluß des Friedens zwischen England und Frankreich und unmittelbar vor Ausbruch des Krieges in Deutschland Masone wieder nach Heidelberg kam, da war der Umschwung bereits erfolgt.[166] Die Erkenntnis, daß König Franz des Pfalzgrafen jetzt nicht

---

[164] Der diplomatische Verkehr wurde während des ganzen Jahres nicht abgebrochen; vergl. für eine Gesandtschaft Franzs I. im Juli, Lenz, Bd. II, S. 467. Später ergaben die Verhandlungen über König Christierns II. Befreiung schon von selbst rege Beziehungen.

[165] In der Heidelberger Universitätsbibliothek [Cod. Pal. Germ. VIII, fol. 2] befindet sich ein Schreiben Friedrichs an König Franz I., d. d. Heidelberg, 14. Juni 1546 [mit eigenhändiger Unterschrift; wie es scheint, ursprünglich Reinschrift, dann aber doch noch durchkorrigiert]. Der Kurfürst verspricht dem König, «de procurer son bien honneur et prouffict par tous moyens a nous possibles comme ung bon ami est tenu de faire pour son ami[a], dempecher les choses qui lui pourroient porter dommaige.» Er werde nicht zugeben, «que aucune entreprinse prejudiciable aud. seigneur et son Royaulme soit faicte ou attemptee par noz subgetz et ceulx sur les quelz nous avons commandement», in Sachen «qui pourroient apporter ayde secours et faveur au Roy d'anglettere tant que la guerre dentre led. seigneur Roy de france et led. Roy d'angletterre durera». Friedrich nimmt bei dem Bündnis aus seine Verpflichtungen gegen das Reich und den Kaiser. Gleichfalls hat König Franz sich dem Kurfürsten gegenüber verpflichtet «par ses lettres patentes», ihn in allem zu schützen als guter Freund und allen Schaden von ihm abzuwenden; natürlich sind des Königs Verbündete auch ausgenommen. Diese Abmachungen sollen nur Geltung haben, solange die beiden Kontrahenten leben. — Ob ein Schreiben mit derartigen Vorschlägen überreicht worden ist, vielleicht durch Pfalzgraf Wolfgang d. Ä. in Nanzig, vermag ich nicht anzugeben.

[a] Am Rande eingeschaltet.

[166] Vergl. Masones Bericht, Speier, 25. Juni 1546. [State papers, Bd. XI, S. 223—227.]

mehr bedürfe, mithin zu Gegenleistungen wenig Neigung zeigen werde, mehr aber noch die Furcht vor dem Kaiser werden dazu beigetragen haben, die antikaiserliche Tendenz in der kurpfälzischen Politik nicht mehr allzu stark zu betonen. Die bevorstehende Ankunft des Vizekanzlers Johann von Naves in Karls Auftrag bot die geeignetste Handhabe zu dieser politischen Schwenkung.

Kapitel 5.

Kurfürst Friedrichs zeitweiliges Schwanken.

Schon bald nach dem ergebnislosen Verlauf des Wormser Bundestages vermögen wir eine gewisse Abwandlung in der politischen Stellungnahme der Heidelberger Regierung zu beobachten. Nicht als ob Friedrich sich irgendwie wieder ostentativ von den Schmalkaldenern abgewendet hätte; jedoch sein Bestreben ist unverkennbar, die Möglichkeit einer Einlenkung zum Kaiser sich offen zu halten.

Noch Anfang Mai hatte er einem Abgesandten Karls, der ihn zum persönlichen Besuch des Reichstages mahnen sollte, eine überaus scharfe Antwort erteilt[167]: wegen seiner widrigen Gesundheitsverhältnisse[168] könne er nicht erscheinen; zudem sei seine Teilnahme bei den Beratungen ohnehin un-

[167] Vergl. zu dieser Sendung Friedensburg: Bd. IX, S. 43, auch Anm. 1. — Venet. Dep., Bd. I, S. 490. — Lanz: Korrespondenz Karls V, Bd. II, S. 486 f. — Protokoll des kurfürstlichen Rates. 24. Mai 1546: „sei dannacht zu erinnerung gefurt, das keiss. mt. jungst ein botsch.(aft) hie gehabt und werben lassen, wie p. wol wisse." [K. A., Nr. 381, fol. 89.] — Nach Riedesels Instruktion, Ende Mai 1546 [M. A., Kurpfalz, Nr. 29; vergl. Lenz, Bd. III, S. 369, Anm. 3], wäre Naves der Überbringer auch dieser Botschaft gewesen.

[168] Über Friedrichs damalige Krankheit vergl. State papers, Bd. XI, S. 147 ff.

nütz, da bei denselben doch nichts Ersprießliches herauskomme. Ausdrücklich setzte er den Kaiser von seinem Religionswechsel in Kenntnis.[169]

Bald darauf sehen wir, wie Friedrich sichtlich bestrebt ist, das spezifisch religiöse Moment bei seinem Widerstande gegen das Reichsoberhaupt mehr und mehr in den Hintergrund treten zu lassen, und [illegible] wegen der angeblich bedrohten deutschen „Libertet" frondierenden [illegible]ichsfürsten stärker hervorzukehren. Man ermißt, um wieviel leichter [illegible] einer solchen Auffassung der Gegensätze ein späteres Einlenken anzubahnen war.

Diesem Gedankengange entsprang Friedrichs Anfang Juni dem Landgrafen gemachter Vorschlag[170], mit den Bischöfen von Mainz und Würzburg über einen neuen schwäbischen Bund in Verhandlung zu treten, und wenn er bald darauf riet[171], bei dem Kaiser um Schonung der deutschen Nation vorstellig zu werden, so zeigt uns dieser vorsichtige Rat, daß der Pfalzgraf noch immer nicht gesonnen war, für seine neuen Glaubensgenossen entschieden Partei zu ergreifen. Freilich die Politik des Landgrafen war nicht danach angetan, des Kurfürsten Begeisterung für die Sache der Schmalkaldener allzu sehr anzufachen. Trotzdem Philipp Johann Friedrich gegenüber[172] ungeachtet einiger Bedenken seine Zustimmung ausgesprochen hatte, Friedrich die Hülfe des Bundes zu teil werden zu lassen, falls Herzog Wilhelm

[169] Dieselbe Versicherung gab er damals dem englischen Botschafter Masone. State papers, Bd. XI, S. 225.

[170] Wir kennen den Vorschlag nur aus Philipps ausweichender Antwort, d. d. Ronshausen, 8. Juni, pr. 15. Juni 1546. Orig. [M. St.-A., K. blau 105/5.]

[171] Friedrich an Philipp. Heidelberg, 14. Juni, pr. 18. Juni 1546. Orig. [M. A., Kurpfalz, Nr. 29.]

[172] Philipp an Johann Friedrich. Kassel, 15. Mai 1546. Orig. [W. A., Reg. H., Nr. 210, Vol. 3.]

von Bayern ihn wegen seiner Reformationserlasse in der Kurwürde angreife, suchte er in direkter Verhandlung den Pfalzgrafen noch immer zu einem Vergleich unter im Grunde genommenen unwürdigen Bedingungen zu bestimmen. Denn, wie mir scheint, war Heinrich Riedesels Werbung, der sich gegen Ende Mai von Heidelberg ans hessische Hoflager begab, vornehmlich dahin gerichtet, zu verhindern, daß Philipp sich den von Leonhard Eck eingegebenen, durch Gereon Sailer wieder übermittelten trügerischen[173] Vorschlag zu eigen mache, die Kur zwischen der münchener und heidelberger Linie wechseln zu lassen.[174]

Gleichwohl zeigte sich Friedrich immer noch gewillt, als Parteigänger der Protestanten zu erscheinen, am unzweideutigsten trat dies aus der Instruktion seiner Gesandten zum Regensburger Reichstage hervor: sie wurden angewiesen, zusammen mit den Anhängern der neuen Lehre vorzugehen, wie sie denn auch an den Beratungen des mit der Reichsversammlung gleichzeitig abgehaltenen schmalkaldischen Bundestages teilnahmen. Die Basis von Friedrichs Forderungen gegenüber der kaiserlichen Regierung war die Erfüllung des Speierer Reichstagsabschiedes vom Jahre 1544.[175] Allerdings

[173] Lenz, Bd. III, S. 369 u. 401 f. — Der ganze Plan war hauptsächlich auf Philipps dynastischen Ehrgeiz berechnet, da sein Schwiegersohn, Herzog Wolfgang von Pfalz-Zweibrücken, nicht unbegründete Aussicht auf die Kur hatte in Anbetracht der Gesundheitsverhältnisse Kurfürst Friedrichs und der nächstberechtigten pfälzischen Agnaten.

[174] Philipps Antwort: „und konne nit raten, das p. sich zu eim umbwechsel der Chur einlassen solte; hab sich auch empoten, derwegen zu p. zusetzen und als der frunde zu erzaigen . . . . und sei nit on, h. wolfgang [von Zweibrücken] gehe in dem handl zu waich." Friedrich möge ihn mehr an sich heranziehen. [Riedesels Bericht in der Sitzung des kurfürstlichen Rates vom 7. Juni 1546. M. St.-A., K. schw. 301/1, fol. 64 f.]

[175] M. A., Protokoll des Regensburger Bundestages. 10. Juni 1546.

die Auswahl der kurpfälzischen Vertreter[176] spiegelt auch hier das Schwanken der Parteien am Heidelberger Hofe wieder: neben den protestantisch gesinnten Dr. Christoph Probus von Alzei, dem künftigen Nachfolger Hartmanns von Eppingen im Kanzleramt[177], und Philipp von Gemmingen, einem Mitglieder der Kraichgauer Ritterschaft[178], treffen wir den Ritter Wolfgang von Affenstein[179], den Schwager des Vizekanzlers Johann von Naves, seit Jahren der Anwalt einer kaiserfreundlichen Politik am kurpfälzischen Hof.[180] Und auch in ihren Ratschlägen vor der Bundesversammlung beobachten wir die gleiche Politik: Rüstungen zur Gegenwehr müssen getroffen werden, aber gleichwohl sollen die Protestanten sich die Möglichkeit zur Unterhandlung mit dem Kaiser stets offen halten.[181] Es ist das politische Programm, welches die Heidelberger Regierung fortan während des Krieges befolgt hat, sogar in den Zeiten, als das pfälzische Kontingent an der Seite der Schmalkaldener gegen Karl wacker mitkämpfte, be-

[176] Die Namen ergeben sich aus der Instruktion Friedrichs an seine Gesandten zur ersten Werbung beim Kaiser. Heidelberg, 25. Juni 1546. [W. A., Reg. J., p. 27—34, B. Nr. 3.]

[177] Widder, Bd. I, S. 62. — Er war von 1548—1557, und von 1559—1567 Kanzler.

[178] Vierordt, Bd. I. 149; seit 1541 war er Hofrichter in der Kurpfalz. Widder, Bd. I, S. 67.

[179] Vergl. über ihn Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, N. F., Bd. XVIII, S. 65 f.

[180] Wie es scheint, hatte Affenstein hauptsächlich die Reichsangelegenheiten und die Verhandlungen mit dem Kaiser zu führen, während die beiden anderen Gesandten die Geschäfte mit den Protestanten zu erledigen hatten. Gemmingen befand sich bereits am 21. Juli, also noch vor Schluß des Reichstages, wieder in Heidelberg, während sich Affenstein noch in Regensburg aufhielt, am 24. Juli auch als kurpfälzischer Vertreter der Verlesung des Reichstagsabschiedes beiwohnte. Wie ich einem Briefe des Johann Maier an Johann Friedrich [Nürnberg, 29. Juli 1546, Kopie, M. A.] entnehme, war Probus bis zu diesem Termine in Regensburg geblieben, dann aber abgereist.

[181] M. A., Protokoll des Regensburger Bundestages, 17. Juni 1546.

fanden sich Vertreter Kurfürst Friedrichs unangefochten im kaiserlichen Lager.

Nur die vollkommene Planlosigkeit der kurpfälzischen Diplomatie sowie der mangelnde Mut feste Entschlüsse zu fassen einerseits, andererseits die kluge Berechnung des Kaisers, sich den alten Freund seines Hauses nicht unwiderruflich zum Feinde zu machen, solange das Kriegsglück noch allzu sehr seinen verhaßten Gegnern sich zuneigte, vermögen eine Deutung dieses Rätsels zu geben. Denn als später im November — wie wir sehen werden — Friedrich wieder einmal seine Vermittlerdienste anbieten wollte, als bereits die unmittelbarste Gefahr für Karl beseitigt war, da sah er sich zunächst schroff abgewiesen und mußte, bevor er anderen helfen durfte, erst selbst in langwierigen Verhandlungen seinen Frieden mit dem siegreichen Herrscher machen. Gerade dieses ewige Schwanken in der kurpfälzischen Politik macht eine Darstellung dieser Ereignisse so überaus schwierig, um so mehr, als man bei dem gänzlichen Fehlen der Protokolle des kurfürstlichen Rates nur in den seltensten Fällen die Beweggründe zu den getroffenen Entscheidungen zu erkennen und aufzudecken vermag. Leitende Gesichtspunkte außer dem einen, sich nach beiden Seiten hin möglichst wenig bloßzustellen, vermißt man durchaus. Von Woche zu Woche, oft von Tag zu Tag wechseln die Entscheidungen, je nachdem die Wirkung der Ereignisse auf dem Kriegsschauplatz den einen oder den anderen Teil in dem Ringen der Parteien am Hofe um den Einfluß auf den meist kranken Kurfürsten die Oberhand gewinnen läßt. —

Trotz jener schroff abweisenden Antwort von Anfang Mai ließ sich der Kaiser nicht abschrecken, nochmals in direkte Verbindung mit Friedrich zu treten. Daß er seinen Vizekanzler Johann von Naves mit dieser Sendung betraute,

und daß Granvella noch in einem besonderen Schreiben die Bedeutsamkeit der kaiserlichen Mahnung betonte[182], läßt erkennen, welche Wichtigkeit man diesem Versuche beimaß. Naves' Abreise — am 17. Juni[183] verließ er Regensburg — erfolgte in denselben Tagen, in welchen Karl seine Agenten an die meisten oberländischen Stände absandte[184], um die beiden Häupter des schmalkaldischen Bundes in letzter Stunde zu isolieren. Der Augenblick, in dem des Vizekanzlers Sendung erfolgte, war, wenn auch wohl unbeabsichtigt, günstig gewählt: Friedrich war wieder einmal von Zweifeln geplagt, ob die von ihm befolgte Politik die richtige sei. Wichtige Briefe des Landgrafen ließ er ohne Grund unbeantwortet, am Heidelberger Hofe kursierte das, wie es scheint, nicht ganz unbegründete Gerücht, der Kurfürst wolle zum Kaiser eilen.[185] Die Aussicht, daß nunmehr der Krieg unvermeidlich sei, die Sorge, besonders um die Oberpfalz, welche nicht nur den Truppendurchzügen wehrlos preisgegeben war, sondern deren

[182] „darneben hab Granvella an Pfaltzgr. geschrieben, es sei itzo zeit, das er, der pfaltzgrave, sein hochst vernunfft prauche". [Nebenbericht Riedesels über Naves' Werbung. Ende Juni 1546. M. A., Kurpfalz, Nr. 28.]

[183] Viglius, S. 3. Am 22. Juni kam Naves in Heidelberg an und reiste tags darauf wieder ab [Riedesels mündliche Werbung bei Hessen, 28. Juni 1546, Kredenz vom 25. Juni, M. A., Kurpfalz, Nr. 29], wonach Viglius, S. 13, Anm. 15, zu berichtigen ist. — Bereits am 29. kehrte der Vizekanzler nach Regensburg zurück. (Viglius, S. 5.)

[184] Vergl. Lanz: Korrespondenz Karls V., Bd. II, Nr. 552, 554 und Viglius, S. 20, Anm. 30. — Den bei Viglius erwähnten nach Eßlingen gesandten Lorenz von Altensteig finden wir am 30. Juni mit einer kaiserlichen Werbung in Worms. [Frankfurter Stadtarchiv. Reichssachen, Nachträge, 1546.] Über den Zweck seiner Sendung vergl. E. Brandenburg: Politische Korrespondenz von Moritz von Sachsen, Bd. II, S. 682.

[185] Viglius, S. 31, Anm. 5, und Peter Scher d. A. an Ottheinrich, Straßburg, 27. Juni 1546: „dieweil aber der herr landvogt zu Hagenau mir negstvergangen Sambstag [12. Juni] anzaigt, wie im von Haidlberg durch der Rat ainen geschriben, das mein gnedigister herr der Churfurst eilends auf der post zu kay. mt. reitten wurden . . ." [M. St.-A., K. schw. 543/3, fol. 155 f.]

völliger Verlust bei der Intimität der münchener Wittelsbacher mit dem kaiserlichen Hause zu drohen schien, die Abwesenheit der am meisten protestantisch gesinnten nächsten Verwandten Friedrichs in diesem entscheidungsvollen Moment, der Kurfürstin Dorothea, des Pfalzgrafen Wolfgang d. Ä.[186] und Ottheinrichs[187]: alles das wirkte zusammen, um den Mahnungen von Karls Bevollmächtigtem eine geneigte Aufnahme zu verschaffen. Hinzu kam allerdings, daß Naves' Sprache an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ.

Vergleicht man die Instruktion Hirnheims[188], der in denselben Tagen zu Herzog Ulrich von Württemberg geschickt wurde, mit des Vizekanzlers Auftrag, so springt in die Augen, daß Karl wohl wußte, daß er auf Friedrich am besten durch unmittelbare Drohungen zu wirken vermochte, während er den Württemberger noch äußerst vorsichtig behandelte.

Gleichsam wie ein roter Faden zieht sich durch Naves' ganze Instruktion[189] die fortwährende bald versteckte, bald

[186] Die Kurfürstin und ihr Schwager Wolfgang d. Ä. befanden sich in Lothringen [vergl. oben, S. 69 f.] zur feierlichen Beisetzung des vor Jahresfrist verstorbenen Herzogs. Am 17. Juni kamen sie in Nanzig an. [Weiß: Papiers d'état du cardinal de Granvelle, Bd. III, S. 232.]

[187] Ottheinrich war zur Kur in Baden, wie aus dem Brief Peter Schers vom 27. Juni (siehe oben, Anm. 185), sowie indirekt aus Masones Bericht vom 25. Juni (State papers, Bd. XI, S. 226) hervorgeht. — Nur der in englischem Sold stehende Bruder Ottheinrichs, Pfalzgraf Philipp, war damals in Heidelberg.

[188] Lanz: Korrespondenz Karls V., Bd. II, Nr. 552.

[189] d. d. Regensburg, 15. Juni 1546. Kopie [vergl. Anhang (Beilagen), Nr. 7]. Beigefügt sind die Kredenzbriefe an Friedrich und an die Kurfürstin Dorothea. [Br. A., Papiers d'état et de l'audience No. 70.] Der Inhalt von Naves' Instruktion läßt sich auch erkennen aus dem Gegenbericht Philipps auf die Beschuldigungen des Kaisers [M. A., Kurpfalz, Nr. 28]. Vergl. auch E. Brandenburg: Politische Korrespondenz von Moritz, Bd. II, S. 693, Anm. 4. Ganz belanglos sind demgegenüber die Nachrichten Verallos bei Friedensburg, Bd. IX, S. 79 u. 82, und Mocenigos in Venet. Dep., Bd. I, S. 542. — Daß beide die Instruktionen an Herzog Ulrich und an Friedrich als gleichlautend hinstellen, zeigt, wie wenig Tatsächliches sie davon in Erfahrung gebracht haben.

offene Erörterung der Kurangelegenheit, für Friedrich ein besonders peinliches Thema. In dürren Worten wird von dem Pfalzgrafen Unterstützung verlangt, sogar Neutralität wird rundweg abgelehnt. Bittere Vorwürfe bekommt der Kurfürst zu hören wegen seiner Reformationserlasse und wegen seiner Beziehungen zu den schmalkaldischen Bundesfürsten, welche das ganze Reich durch ihre egoistischen, lediglich auf Territorialerwerb auf Kosten des Adels und der Geistlichkeit hinzielende Politik verwirrten. Als ein Wortbrüchiger und wie ein Undankbarer dem kaiserlichen Hause gegenüber wird Friedrich behandelt. Es war die Sprache, welche auf den unentschlossenen Pfalzgrafen am meisten wirkte; der Erfolg hat es gezeigt.

Genau unterrichtet sind wir nicht über die Naves erteilte Antwort: die Bitte des Kaisers um direkte Unterstützung schlug der Kurfürst allerdings ab, doch machte er zugleich das Zugeständnis, dem anderen Teile auch keine Hülfe senden zu wollen.[190] Seinem Ersuchen, die pfälzischen Untertanen nach Möglichkeit zu verschonen, wurde gerne willfahrt. Die Bereitwilligkeit, mit welcher der Kaiser diesem Versprechen nachkam, indem er dem aus den Niederlanden heranrückenden Grafen Büren die entsprechenden Befehle zugehen ließ[191], zeigt, daß

---

[190] „Stuende also itzt dahin, das pfaltz mit volck keinem anderen hilff thun konte, dan wiewol der keyser begern lassen, das pfaltz hilff, het doch pfaltz die abgeschlagen, aber sonst, was Jr als eim Churfursten des reichs geburte, erbotten neben suchung des fridens." [M. A., Kurpfalz, Nr. 29. Riedesels mündliche Werbung bei Hessen. 28. Juni 1546.]

[191] Karl an Büren. Regensburg, 31. Juli 1546. Ausf. «Je vous escriptz une lettre a la requisition de mon cousin lelecteur palatin, pour soulager son pays, si passez par icelluy, et non feis doubte que avez regard, de non luy bailler occasion reisonnable de mal contentement, en tenant toutefois tousjours regard a la surte de vre passaige et que ce soit au surplus avec le moings de mal contentement dud. electeur que faire si pourra.» [W. St.-A. Belgica 60.] — Der Brief kam rechtzeitig in Bärens Hände. Vgl. Kannengießer, S. 165, Anm. 228, ebenda vermißt. Schon vorher, am 14. oder am 22. Juli, hatte Karl Büren ähnliche Befehle erteilt.

man am kaiserlichen Hofe im ganzen mit des Pfälzers Antwort zufrieden war.[192] Die Anregung des Vizekanzlers[193], bei Karl nochmals um Erhaltung des Friedens vorstellig zu werden, fiel auf den günstigsten Boden: unmittelbar darauf begann Friedrich seine in ihren Resultaten so ergebnislose Vermittlungstätigkeit nach beiden Seiten hin, die nunmehr bis zum Schluß des Krieges dauernd nicht mehr ruhen sollte.

Nur ganz kurze Zeit hielt Friedrich, getreu dem dem Kaiser gegebenen Versprechen, an der strikten Neutralität fest. Aus Furcht vor einer Besetzung des Neuburger Landes durch Karl befahl er unmittelbar nach Naves' Abreise dem nach Heidelberg geeilten Statthalter Festenberg, der seiner und einiger seiner Mitregenten große Neigung für ein Zusammengehen mit den Schmalkaldenern schwer zu verbergen vermochte, sich jeglicher Parteinahme zu enthalten.[194] Gleichwohl begann man zur selben Zeit in der Kurpfalz zu rüsten, wenn auch vorläufig nur unter dem Vorgeben, die eigenen Gebiete sichern zu wollen: um jeden argen Schein zu vermeiden, versagte man auch den Glaubensgenossen die Genehmigung zu Truppenwerbungen.[195]

[192] Vergl. Viglius, S. 5 [Juni 29]: «Navius nunciavit, Palatinum velle quiescere.»

[193] Die hessischen Gesandten in Regensburg an Philipp, 29. Juni 1546: Friedrich hat den kurpfälzischen Vertretern am Reichstage „credentz und instruction mitgeschickt, was sie bei der key. Mat. mit rath des hern von Naves anpringen solten." [M. A.]

[194] M. St.-A., K. schw. 543/3, fol. 165 ff.; vergl. Viglius, S. 31, Anm. 5. — Festenberg muß unmittelbar nach diesem ungünstigen Bescheide abgereist sein; im Laufe des 2. Juli kam er bereits wieder in Neuburg an.

[195] Erasmus v. Minkwitz an Johann Friedrich. Regensburg, 1. Juli 1546 [W. A., Reg. J., Feldkanzlei Johann Friedrichs], und Ottheinrich an Hans von Heideck. Heidelberg, 30. Juni 1546 [M. St.-A., K. schw. 543/3, fol. 175]. — Vergl. auch Hessisches Protokoll des Regensburger Bundestages. 26. Juni 1546. Der pfälzische Vertreter erklärt auf Württembergische Meldungen über Rüstungen hin: „Sein Chfg. sey in einer rustung und uffmanung und werd zu erhaltung der religion an der gepur kein vleiß sparen." [M. A.]

Kapitel 6.

Die Begegnung zu Maulbronn zwischen Kurfürst Friedrich und Herzog Ulrich von Württemberg und die Entsendung des kurpfälzischen Truppenkontingentes zum schmalkaldischen Bundesheere.

Lange sollte diese saft- und kraftlose Politik der Verbeugungen nach beiden Seiten hin nicht dauern. Bereits am 1. Juli erfolgte wieder ein Umschwung durch die Begegnung Friedrichs mit Herzog Ulrich von Württemberg im Kloster Maulbronn. Die Anwesenheit eines offiziellen hessischen Vertreters, den der Landgraf in letzter Stunde gesandt hatte, in der richtigen Erkenntnis von der nachhaltigen Wichtigkeit einer zuverlässigen Bundesgenossenschaft des Kurfürsten mußte jeden Zweifel zerstreuen, als ob es sich hier um eine mehr einseitige Verabredung zwischen den beiden benachbarten Herrschern handelte.[196]

Nur ganz wenige Nachrichten haben wir über diese wichtigen Besprechungen, wir wissen nicht einmal, welche Räte sich in Friedrichs Gefolge befunden haben. Der Kurfürst ging nach Maulbronn mit ganz friedlichen Absichten: er hoffte Ulrich zur Unterstützung seiner Vermittlungstätigkeit gewinnen zu können.[197] Statt dessen ließ er sich in den wenigen Stunden ihres Zusammenseins in eine dem kaiserlichen Kabinett so durchaus feindselige Richtung hineintreiben. Durch nichts wird die Planlosigkeit seiner Politik greller beleuchtet. Allerdings war für die Schmalkaldener diese plötzliche Wendung

[196] In Venetian. Depeschen, Bd. I, S. 474, Anm. 1, ist von dem Herausgeber der Sachverhalt ganz unrichtig dargestellt, trotz der Berufung auf Leodius.

[197] Vergl. Friedrichs Antwort auf eine Werbung des Frankfurter Stadtschreibers Martin Sigel. Heidelberg, 28. Juni 1546. [Frankfurter Stadtarchiv. Reichssachen, Nachträge 1546.]

zu ihren Gunsten eine ernste Mahnung, auf den Pfalzgrafen für die Dauer keine allzu großen Hoffnungen zu setzen.

Schriftliche Verpflichtungen zu übernehmen lehnte der Kurfürst in Maulbronn ab, doch gelobte er durch Handschlag[198], dem Herzog von Württemberg ein Hülfskontingent zuzusenden, und zwar ein Fähnlein Reiter und zwei Fähnlein Fußsoldaten.[199] Mit seinem Adel versprach er gleich nach seiner Heimkehr über die Aufbringung der Mannschaften sich ins Einvernehmen setzen zu wollen.

Wenn der Pfalzgraf später dem Kaiser versicherte, die Sendung sei nur erfolgt auf Grund eines alten Vertrages[200] mit Herzog Ulrich zur Beschützung des Württemberger Landes gegen die Invasion der fremdländischen Truppen und habe mit dem Kriege der Schmalkaldener gegen das Reichsoberhaupt gar nichts zu schaffen, so mag er das später als ein

[198] Relation des hessischen Abgesandten Jost Rau über seine Mission nach Maulbronn. pr. Kassel, 6. Juli 1546. „f. c. f. g. haben die sachen auß ursachen, wie m. g. h. bewust, in bedencken gezogen; wollen aber mitlerweil sich auch zum sterckſten gefast machen, und dem herzogen in die handt zugesaget, sich bey f. f. g. und dissen stenden wol zu halten. Es haben auch Jr c. f. g. rethe wol getrost und sich in allem diesen stenden zu guttem erbotten." [M. A., Württemberg 1546 (Juli bis August), Nr. 33.]

[199] Nach Leodius' Bericht (a. a. O., S. 265) hätte Ulrich nur die Stellung von einigen Reitern erbeten, «quia audiret Italos [so natürlich zu lesen statt «Halos»] et Hispanos in itinere iam praemissos, qui suas terras invaderent.»

[200] Der Anonymus bei Mencken, welcher öfter die pfälzischen Interessen zu vertreten sucht, fügt noch hinzu, daß dieser Vertrag auf den Wunsch Kaiser Maximilians abgeschlossen worden sei [Mencken 1417 f.]. Er denkt an das Abkommen vom 13. November 1512; vergl. Heyd: Ulrich von Württemberg, Bd. I, S. 182. Auch der Florentiner Serristori spricht in seinem Bericht vom 18. August 1546 bei Friedensburg, Bd. IX, S. 197, Anm. 3, von einem alten Abkommen. — In Wahrheit handelte Friedrich, wie schon Häusser: Geschichte der rheinischen Pfalz, Bd. I, S. 602, richtig mitgeteilt hat, auf Grund eines Vertrages vom 31. März 1545. Über das Zustandekommen dieses Vertrages vergl. Sattler: Geschichte Württembergs unter den Herzogen (Ulm 1771), Teil III, S. 221 f.

für seine Verteidigung günstiges Argument angesehen haben, damals hat weder er noch Karl die Sache so harmlos aufgefaßt.[201] Auch wenn sich die pfälzischen Truppen innerhalb der Grenzen des Württemberger Landes gehalten hätten, war die Gegnerschaft die gleiche, da durch diese Hülfssendung Mannschaften Ulrichs gegen Karl frei wurden. Schon daß des Kurfürsten Kontingent aus der schmalkaldischen Kriegskasse bezahlt wurde[202], spricht gegen die Darlegung Friedrichs, denn über diesen wichtigen Punkt werden doch wahrscheinlich schon in Maulbronn, sicher aber doch vor dem Ausmarsch der Truppen bündige Abmachungen getroffen worden sein. Mehr noch sprechen gegen Friedrichs spätere Darlegungen seine und der Schmalkaldener eigene Zeugnisse aus dem Monat Juli selbst: nirgends ist damals die Rede davon, daß das kurpfälzische Kontingent nur im Lande Württemberg verwendet werden solle, ja vielmehr der Kurfürst befürchtet von diesem Schritt eine Gefährdung seiner gesamten Gebiete von der Oberpfalz bis ins Elsaß hinein.[203] Um dieser Gefahr

---

[201] Daß Friedrich damals noch — Mitte Juli — kaiserlichen Truppenzügen freien Durchzug durch sein Gebiet gestattete (vergl. Viglius, S. 36, Anm. 34 u. S. 47, Anm. 39), ist kein strikter Beweis für seine wirkliche Gesinnung; handelte doch Augsburg, ein Mitglied des schmalkaldischen Bundes, als es bereits in Kriegsrüstungen begriffen war, in ähnlicher Weise. [Druffel: Zur militärischen Würdigung, S. 366.]

[202] Lenz: Bucerbriefwechsel, Bd. III, S. 468. Eine Kopie der Quittung Heinrich Riedesels, des Befehlshabers der kurpfälzischen Reiter, für empfangene Zahlung vom 9.—23. September ausgestellt, „den Edln und Ernvesten Balthasar Gultingen und Sebastian Bessern, der christlichen verain pfennigmaister", befindet sich im M. St.-A., K. schw. 543/3, fol. 575. — Nach dem Vertrag vom 31. März 1545 sollte jeder Feldzug außerhalb der Pfalz oder Württembergs „uff unser jedes selbs costen und schaden beschehen". — In seinen Verhandlungen mit Granvella und Naves in Ellwangen am 10. Dezember suchte Friedrich den Umstand, daß er keinen Pfennig für seine Truppen ausgegeben habe, als Zeichen seiner Unschuld zu deuten. [Br. A., Diètes et dictines, Januar—Mai 1546.]

[203] Instruktion Friedrichs für Philipp von Helmstadt für eine Werbung

vorzubeugen, befiehlt er wenige Tage nach seiner Heimkehr aus Maulbronn sowohl der Neuburger Regierung, entgegen dem kurz zuvor erteilten Bescheide, als auch den Befehlshabern in der Oberpfalz, sich gegen eine etwaige Bedrohung des Landes in Verteidigungszustand zu setzen [204]; sandte um die Mitte des Monats Juli sogar eine kleine Hülfstruppe von 50 Reitern nach Neuburg, und stellte es dem freien Ermessen von Statthalter und Regenten anheim, den nach Schmalkalden berufenen Bundestag zu beschicken[205], dessen Besuch er allerdings am gleichen Tage ohne Angabe von Gründen ablehnte.[206]

Aber auch die Oberhauptleute des Bundes hielten das kurpfälzische Kontingent so sehr für einen Bestandteil des schmalkaldischen Heeres, daß z. B. Landgraf Philipp über dasselbe einfach zur Verteidigung des Rheinufers gegen Bürens Anmarsch verfügte.[207] Auch aus sonstigen Äußerungen und Handlungen der damaligen Zeit unmittelbar vor und nach Ausbruch des Krieges erfahren wir, daß man sich auf

---

bei Herzog Ulrich. Heidelberg, 27. Juli 1546. Kopie [M. A., Württemberg 1546, Nr. 33].

[204] Friedrich an Statthalter und Regenten. Heidelberg, 7. Juli 1546. Auch jetzt noch mahnte er zur Vorsicht; sie sollten sich trotz der Verteidigungsmaßregeln „befleissigen, sovil muglich, kein ursach in sonderheit gegen euch zetrachten geben." [M. St.-A., K. schw. 543/3, fol. 185 ff.]

[205] Heidelberg, 15. Juli 1546. [M. St.-A., K. schw. 543/3, fol. 216.] Ottheinrich befahl an demselben Tage Statthalter und Regenten direkt die Beschickung der Schmalkaldener Versammlung [Viglius, S. 32].

[206] Friedrich an Philipp. Heidelberg, 15. Juli 1546. Ausf. pr. Rotenburg, 17. Juli. [M. A., Kurpfalz, Nr. 29.]

[207] Johann Friedrich und Philipp an Ulrich. Feldlager vor Harburg, 4. August 1546. Konz. [M. A., Württemberg, Nr. 33]; vergl. dieselben an denselben. Feldlager vor Donauwörth, 8. August 1546. Konz.: Bitten das Kontingent Friedrichs ihnen eilends zuzusenden, „dieselben neben andern zugepauchen". (Ebenda): Später bereute Philipp diesen Befehl; vergl. Lenz: Rechenschaftsbericht, S. 34 f. — Nach Hortleder, Bd. II (1645), S. 324, rechnen die Schmalkaldener fest auf Friedrichs Mitwirkung gegen Bürens Rheinübergang.

beiden Seiten keinem Zweifel über die wirkliche Parteinahme des Pfalzgrafen hingegeben hat: des Landgrafen Feldzugsplan, wie er ihn Ende Juni in allgemeinen Umrissen entwarf, war auf die Mitwirkung Friedrichs berechnet.[208] So groß war sein Vertrauen in den neuen Glaubensgenossen, daß er Herzog Ulrich vorschlug, die Postverbindung zwischen Hessen und dem Oberland durch die Pfalz mit Hinzuziehung Friedrichs zu organisieren.[209] Demgegenüber suchte man kaiserlicherseits bei der Briefbeförderung aus und nach den Niederlanden unter allen Umständen das pfälzische Gebiet zu umgehen[210]: nichts spricht deutlicher für die wahren Empfindungen beider Parteien für Friedrich.

Das Entscheidendste aber ist, daß der Kurfürst selbst davon überzeugt war, durch diese Hülfssendung den endgültigen Bruch mit dem Kaiser herbeizuführen: durch Philipp von Helmstadt ließ er Ende Juli Herzog Ulrich bitten, unter abermaliger Beteuerung seiner Bereitwilligkeit den übernommenen Verpflichtungen nachzukommen, noch etwas Geduld zu haben, da er vor dem Ausmarsch seiner Truppen seine in Regensburg am kaiserlichen Hoflager noch befindlichen Gesandten abberufen müsse.

---

[208] Rommel, Bd. III, S. 133.

[209] Rommel, Bd. III, S. 135.

[210] Vergl. eine undatierte [Zeit: Aufenthalt des Kaisers in Regensburg] Aufzeichnung aus dem Br. A.: «Sensuivent aulcuns moins pour envoier lettres et nouvelles a lempereur, et en recevoir de sa ma^te» [Papiers d'état et de l'audience, liasse No. 31]. Zur damaligen Postverbindung mit den Niederlanden vergl. Kannengießer a. a. O., S. 49 f., sowie bes. Anm. 231 u. 233. — Über das Postwesen der Schmalkaldener ebenda, Anm. 229. Auch hier ist stets von der eifrigen Mitwirkung Friedrichs die Rede. — Die kaiserlich gesinnten Augsburger Kaufleute unterstützten Karl in seiner Verbindung mit den Niederlanden, indem sie ihrer geschäftlichen Korrespondenz Briefe des Kaisers einlegten. Vergl. die Kriegsräte in Ulm an die Dreizehn in Augsburg, 19. Juli 1546. Konz. [Ulmer Reformationsakten XXXII, Nr. 904.]

Bald darauf, Mitte August, hatte der Pfalzgraf bereits sich seine bekannte, spitzfindige Auffassung über die Hülfsleistung ausgesonnen, der sich dann später die offizielle[211] und offiziöse[212] kurpfälzische Geschichtsschreibung angeeignet hat. Beim Kaiser selber fand dieselbe im Drange der Kriegsereignisse wenig Anklang: unter den heftigsten Drohungen forderte er den abtrünnigen Vasallen auf, seine Truppen unverzüglich zurückzurufen.[213] Wenn Karl später — wie wir sehen werden —, im Dezember 1546, gleichwohl sich Friedrichs Auffassung scheinbar[214] angeeignet und dieselbe somit

[211] Vergl. Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, Bd. XXXXII, S. 73. Im Jahre 1549 wollte Friedrich die Beteiligung der Kurpfalz an den Kriegsoperationen der Schmalkaldener offiziell nicht anerkennen. Vergl. auch Druffel: Beiträge zur Reichsgeschichte, Bd. I, S. 674: Friedrich sagt zu Gerhard Veltwyck, Juli 1551: «. . . . don Louis Avila a très bien menti en son livre de moi disant, que j'étais Luthérien et en la ligue avec eux; ors je suis toujours été serviteur de l'empereur et ne pense montrer autre volunté tonte ma vie»; vgl. auch Roger Aschams «Report of Germany» bei Giles: the whole works of Roger Ascham, Bd. III, S. 29.

[212] Zu den offiziösen Darstellern dieser Ereignisse zähle ich in erster Linie Leodius, vielleicht auch den Anonymus bei Mencken.

[213] Friedensburg, Bd. IX, S. 197, Anm. 3, und Karl an Friedrich, Feldlager bei Regensburg, 18. August 1546. Konz. [W. St.-A., Kriegsakten 1546. Faszikel I.]

[214] Nach Berichten von Augenzeugen über die Unterwerfungsszene in Schwäbisch-Hall — von Serristori (Friedensburg, Bd. IX, S. 637), von Mocenigo (Venet. Dep., Bd. II, S. 125 f.), von Fuggers Agent Kurz (Biglius, S. 237, Anmerk. 66), von Karls Sekretär Bave (sein Schreiben an Königin Maria, Heilbronn, 24. Dezember 1546. W. St.-A., Belgica 56), von Korn. Scepper (an Königin Maria, Schwäbisch-Hall, 21. Dezember 1546), von Avila, S. 84 f., von dem Anonymus in Faictz et guerre, S. 69 — hat Friedrich den Württemberger Vertrag gar nicht erwähnt. In seinen Vorverhandlungen mit Granvella und Naves hat er ihn jedoch ohne Erfolg zu seiner Entschuldigung heranzuziehen gesucht; vielleicht hat er die spätere Erwähnung auf deren Rat unterlassen. Sleidan führt dagegen diese Abmachung mit Herzog Ulrich in seinen Kommentarien (ed. am Ende), Bd. II, S. 562, in Friedrichs angeblicher Entschuldigungsrede an. — Zu den offiziösen pfälzischen Geschichtsschreibern (vergl. oben, Anm. 212) möchte ich ihn gleichwohl nicht rechnen trotz seines Dienstverhältnisses zu

nach außen hin anerkannt hat, so sprachen dafür gewichtige Gründe, die in seiner damaligen militärischen und mehr noch schwierigen politischen und finanziellen Lage zu suchen sind. In den entscheidungsvollen Sommermonaten Juli und August haben sowohl der Kurfürst wie der Kaiser die Entsendung des kurpfälzischen Kontingents nicht anders als offene Feindschaft aufgefaßt. —

Vor allem kam es jetzt darauf an, Friedrich bei dieser kaiserfeindlichen Stimmung festzuhalten. Der Einflüsse, welche ihn davon abzubringen strebten, waren viele vorhanden, und sie haben bald die Oberhand über den ewig schwankenden Kurfürsten erhalten. Allein schon die nach Naves' Abreise begonnene Vermittlertätigkeit wies zum mindesten auf strikte Neutralität hin. Der Hauptvertreter dieser Politik war Wolfgang von Affenstein[215], der kurpfälzische Gesandte am kaiserlichen Hofe.

Zunächst begann Friedrich unmittelbar nach seiner Heimkehr aus Maulbronn mit seinen Kriegsvorbereitungen, um so eifriger, als von der gegnerischen Seite die Zeiten zarter Rücksichtnahme vorbei zu sein schienen. In drohendem Tone verständigte man den kurpfälzischen Gesandten in Regensburg, falls die Heidelberger Regierung den freien Durchzug durch die Oberpfalz für Proviantzufuhr nicht bewillige, werde man ihn durch bewaffnete Begleitung zu erzwingen wissen.

Die Antwort der auf den 13. Juli nach Heidelberg einberufenen Ritterschaft auf Friedrichs Aufforderung zur Unter-

Ottheinrich und trotz der Unterstützung mit Akten aus des Pfalzgrafen Kanzlei zur Ausarbeitung seiner Kommentare. Vergl. Baumgarten: Sleidans Briefwechsel, S. 150, Anm. 2, sowie Rott, S. 99, auch Anm. 250 u. 251.

[215] Wohl um Affensteins gefährliche Machenschaften in Regensburg zu hintertreiben, sowie um den Riß zwischen Karl und Friedrich nach Möglichkeit zu erweitern, regte die Neuburger Regierung in Heidelberg seine Abberufung vom Reichstag an. [3. Juli. M. St.-A., K. schw. 543/3.]

stützung im Kriege lautete bei weitem nicht mehr so enthusiastisch wie vor wenigen Monaten im April: ein Teil derselben schützte die Lehenspflichten dem Reichsoberhaupt gegenüber vor, indem sie sich zugleich des Kaisers Darstellung aneigneten, der Krieg gelte nur der Bestrafung einiger ungehorsamer Fürsten.[216] Der größere Teil der Ritterschaft scheint jedoch dem Rufe des Kurfürsten gefolgt zu sein[217], wenigstens hatte Friedrich gar keine Schwierigkeiten, sein Kontingent in der versprochenen Stärke aufzubringen.

Für die Sache des Protestantismus zeigte sich in diesen Wochen entschieden am rührigsten Ottheinrich, und mit ihm vereint mehrere Mitglieder der Neuburger Regierung. Auf alle Weise suchte der Neffe des Kurfürsten der gegnerischen Seite Abbruch zu tun. Sein hauptsächlichstes Bestreben war die Vereitelung einer Vereinigung des Kaisers mit dem aus den Niederlanden heranrückenden Bürenschen Korps durch Sperrung des pfälzischen Gebietes und durch Beteiligung an den Operationen der hessischen Obersten am Rheinufer. Richtig sah er voraus, daß eine solche Verstärkung der kaiserlichen Macht erst eine militärische Entscheidung zugunsten Karls möglich mache. Wie wenig Ottheinrich die laue und ängstliche Politik seines Oheims billigte, zeigt sein damals ausgehender Erlaß, im Neuburger Lande unverzüglich durch die Tat mit

[216] M. St.-A., K. schw. 543/3, fol. 130.

[217] „Und hetten seidher mit unsers Churfurstenthumbs zugewandten Graven, hern und ritterschaft, sovill der bey uns alhie erschinen wern (doch in disen allenthalb emperigen leuffen auch vill ussen pleiben), von disen kriegssachen mit vleis gehandelt, von denen wir zimlich erbietliche antwurt empfangen, deren uns unser selbs Landtschaften halb und sonst meresteils zu disem mal benigt." [Instruktion für Philipp von Helmstadt zu Herzog Ulrich. 27. Juli 1546. M. A., Württemberg 1546, Nr. 33.] — Vergl. auch Christoph Mundt an König Heinrich VIII. Frankfurt, 15. Juli 1546: «Palatinus elector modo cum Nobilibus suis deliberat, quod sibi faciundum sit, et plerique suspicantur, neutri partem eum opem laturum» [State papers, Bd. XI, S. 236]. –

der Einführung der Reformation durch Einziehung von Kirchengütern zu beginnen.[218] Für seine Stellungnahme war ebenso wie bei Statthalter und Regenten in erster Linie maßgebend ein territoriales Interesse, die Furcht, daß im Falle eines kaiserlichen Sieges Herzog Wilhelm von Bayern sein Land in Besitz nehmen werde. Deshalb suchte die Neuburger Regierung immer wieder Kurfürst Friedrich direkt oder durch die Vermittlung ihres früheren Herren zu entschlossener Parteinahme für die Sache der Protestanten anzuspornen. Voll Ingrimm und zugleich voll Verzweiflung über den drohenden Zusammenbruch der Pfalz wandte sich der getreue Rentmeister Gabriel Arnold mit beweglichen Worten an Ottheinrich und stellte ihm vor, daß Neutralität in jedem Falle die größten Gefahren mit sich bringe, daß ganz abgesehen von der Verteidigung des Glaubens allein schon die Notwendigkeit einer gesicherten Regelung der finanziellen Frage, besonders auch im speziellen Interesse Ottheinrichs, den Anschluß des Neuburger Landes an den schmalkaldischen Bund erheische. „Es ist in Summa aus", so schloß er sein Schreiben in fast prophetischem Tone, „und sonderlich, so man in gesuchter underhandlung Teutsch und frembds kriegsvolck zesamen bringt, werden wir, wie die alten Badhuren, unmanlicher ding entweichen müssen. Ich sehe, das die Pfaltz zergeen will, das muß ich got clagen, und den umb sein gnad bitten."[219]

Wenn trotz dieser Erkenntnis von der drohenden Gefahr die Neuburger Regierung ihren Anschluß an den schmalkal-

[218] M. St.-A., K. schw. 543/3, fol. 252 f. [9. August 1546]. — Instruktion der Grafen von Erbach an Festenberg im Auftrag Ottheinrichs. — Auch hieraus darf man wohl schließen, daß das kurpfälzische Kontingent von Anfang an die Bestimmung hatte, über das württembergische Gebiet hinaus mindestens bis ins Neuburger Land vorzustoßen.

[219] 10. Juli 1546. M. St.-A., K. schw. 543/3, fol. 215. — Ein Teil dieses Briefes mitgeteilt bei Viglius, S. 32, Anm. 5.

dischen Bund nicht vollzogen, überhaupt jetzt und auch später so wenig tatkräftig gehandelt hat, so lag das neben der alles lähmenden Unschlüssigkeit des Kurfürsten in erster Linie an dem passiven Widerstande, welchen Festenberg und die beiden Brüder Arnold wegen ihrer protestantenfreundlichen Politik jetzt schon und mehr noch während des Krieges bei der Mehrzahl ihrer Mitregenten fanden.[220] Besonders die Landsassen auf dem Nordgau, sowie auch die trotzige Bürgerschaft der Stadt Lauingen, wo noch katholische Neigungen vorgewaltet zu haben scheinen, waren die entschiedensten Gegner der Neuburger Regierung, wie sie denn auch, wie wir sehen werden, unmittelbar nach dem Falle der Hauptstadt nicht ohne Mitwirkung von kaiserlich gesinnten kurpfälzischen Räten in höchst verdächtige Verhandlungen mit Karl getreten sind.

Durch jene energischen Worte des Rentmeisters wurde die Heidelberger Regierung für kurze Zeit aus ihrer Zaghaftigkeit aufgerüttelt; freilich zu entschiedenen Taten kam es nicht. Man beschloß, Ottheinrich selbst mit dem kurpfälzischen Kontingent nach Neuburg zu schicken. Doch das geringe Entgegenkommen von Statthalter und Regenten über die ihrem früheren Herrn einzuräumenden Machtbefugnisse während seines dortigen Aufenthaltes, sowie die Bedenken Friedrichs, durch die aktive Beteiligung eines pfälzischen Prinzen an den Kriegsoperationen seine Parteinahme für die Schmalkaldener nach außen hin zu stark zu betonen, hinderten die Ausführung

[220] Festenbergs Werbung in Heidelberg, 21. Juli 1546. Instruktion d. d. Neuburg, 18. Juli 1546. [M. St.-A., K. schw. 543/3, fol. 231 f.] — Vergl. auch Statthalter und Regenten an Ottheinrich. s. d. [nach der Eroberung Neuburgs] 1546. Haben, als die ersten Gerüchte vom Krieg auftauchten, „gemeiner Landschaft Ausschus zeitlich zu uns beschriben und erfordert" . . . . „das aber in sonderhait die von der Ritterschaft nit erschinen seyen, sonder vermainte außreden gesucht und uns in der eusseristen not verlassen haben, das ist uns nit minder beschwerlich weder nachtailig und zuwider". [M. R.-A., Pfalz-Neuburg: Kriegssachen Nr. $1^1/_2$, 19/2.]

dieſes Planes.[221] Da Ottheinrich ablehnte, ſtatt deſſen Polizeidienſte zu tun zum Schutze der Untertanen ſeines Oheims gegen etwaige Vergewaltigungen von ſeiten der vorausſichtlich durch pfälziſches Gebiet ziehenden Bürenſchen Truppen, verblieb er nach wie vor zur Untätigkeit verurteilt in Heidelberg.

Am 11. Auguſt rückte das kurpfälziſche Kontingent in der Stärke[222] von einem Fähnlein Reitern und zwei Fähnlein Fußknechten aus, zunächſt nach Württemberg, wo Herzog Ulrich die Fußſoldaten zurückbehalten zu haben ſcheint[223] zur Verteidigung ſeines Landes gegen Büren, während er die Reiſigen unter Heinrich von Riedeſels Befehl in Befolgung eines kürzlich in Dillingen mit Johann Friedrich und Landgraf Philipp getroffenen Abkommens[224] dem Bundesheere über Neuburg zuſandte, wie er vorgab, auf deren ausdrückliche Bitten hin, ihnen die aktive Teilnahme am Kriege nicht zu verwehren.[225] Am 25. Auguſt ſtießen die kurpfälziſchen Reiter

---

[221] Vergl. vorige Anm., ſowie Viglius, S. 45, Anm. 34.

[222] Über die genaue Stärke und Zuſammenſetzung des Reiterfähnleins vergl. das im Anhang Nr. V mitgeteilte Aktenſtück.

[223] Ulrich an Landgraf Philipp. Göppingen, 19. Auguſt 1546. Ausf. Zettel. [M. A., Württemberg Nr. 33.] Nach Leodius, S. 265, wurden auch die Fußknechte nach Ingolſtadt weiter geſchickt; vergl. Lenz: Rechenſchaftsbericht, S. 34, Nr. 1. Nach L. v. Stadlinger: Geſchichte des württembergiſchen Kriegsweſens (Stuttgart 1856), S. 232, wurden die Reiter (378) und die beiden Fähnlein, Fußtruppen zu je 400 Mann unter Hans Drach und Hans Heidenreich, am 14. Auguſt in Stuttgart gemuſtert. Die Fußtruppen wurden ſpäter — Ende Auguſt — von Ulrich zuſammen mit drei Fähnlein württembergiſchen Landvolkes an den Rhein geſandt, um in der Gegend von Speier einem ev. Rheinübergang Bürens entgegenzutreten. [Sattler: Geſchichte Württembergs, Bd. III, S. 239, ſowie Heyd: Bd. III, S. 404 f.]

[224] In Dillingen weilte Ulrich vom 5.—12. Auguſt. Heyd: Bd. III, S. 383.

[225] Leodius, S. 265. Ulrich an Philipp (vergl. oben, Anm. 223), die Reiſigen hätten gebeten, „wir wolten ſie der ort nit zu fergen machen und dergleichen verwenten worten, ſonder ſie befurdern helffen, uff das ſie uff

in Nassenfels zum schmalkaldischen Heere[226], und wurden von den Bundesfürsten sogleich in Sold genommen, noch eben früh genug, um an den unmittelbar darauf beginnenden denkwürdigen Kämpfen vor Ingolstadt mitwirken zu können.

Nur wenig Spezielles wissen wir über die Beteiligung des kurpfälzischen Kontingents an den Kriegsoperationen des schmalkaldischen Heeres. Bei seiner geringen Stärke konnte es selbstverständlich nur in Verbindung mit anderen Reitergeschwadern zur Aktion gelangen. Gleich am Tage nach ihrer Ankunft nahmen die kurpfälzischen Truppen an einem im übrigen ziemlich belanglosen Scharmützel teil[227], und auch zu den Kämpfen vor Ingolstadt wurden sie hinzugezogen, soweit bei denselben Kavallerie überhaupt Verwendung fand.[228] Von

---

das beldest zu dem leger kommen möchten". Es ist nicht anzunehmen, daß Ulrich die Reiter ohne Vorwissen und gegen den Willen Friedrichs zum schmalkaldischen Heere geschickt hat. Sicher hätte der Kurfürst alsdann sein Kontingent nicht bis in den November bei des Kaisers Gegnern gelassen. Vergl. auch Karl an Königin Maria bei Druffel: Beiträge zur Reichsgeschichte, Bd. I, S. 28: Gefangene pfälzische Edelleute hätten ausgesagt, «qu'ilz estoient là [ins protestantische Lager] envoyéz expressément par ledit conte».

[226] Graf Eberhards von Erbach neue Zeitung aus dem protestantischen Lager. 25. August 1546: „sein wir von Neuburg uß gein Nassenfels ins veldlager kommen". [M. St.-A., K. schw. 543/3, fol. 284.]

[227] Graf Erbachs Zeitung (siehe vorige Anm.). 26. August 1546. Vergl. Viglius, S. 81, Anm. 55, wo der Herausgeber nicht eine spezielle Beteiligung der kurpfälzischen Truppen anzunehmen scheint. Am 27. August nahmen Friedrichs Truppen an der großen Aufstellung zur Schlachtordnung teil: 50 000 zu Fuß, 7000 Reiter, „wolgeruſt willig volck". Graf Erbach schreibt darüber an Ottheinrich: „Mein gnedigsten herrn und e. f. g. hab ich die zeit zu mir gewunscht; dann es seer lustig zu sehen gewesen". Das klingt nicht so, als ob die Kurpfälzer gegen den Willen Friedrichs und ohne sein Wissen an den Kämpfen teilgenommen hätten. Gräf Eberhard von Erbach war seit 1543 bei den Pfalzgrafen „diener von haus". Vergl. über ihn: Simon: Geschichte der Grafen und Dynasten von Erbach, S. 391, sowie Barack: Zimmerische Chronik, Bd. III², S. 233, sowie Bd. IV², S. 285: Graf Eberhard (XIV) v. Erbach sei „luterischer, dann der Luther selbs".

[228] Mencken, 1425; vergl. Viglius, S. 277, Anm. 1, u. S. 281.

zwei voneinander unabhängigen Seiten wird uns versichert, von Leodius[229] und von Kaiser Karl[230], wie eifrig das kurpfälzische Kontingent unter dem roten Banner Kurfürst Friedrichs während der nächsten Monate bis zu seiner Abberufung zu Beginn des November gegen das Reichsoberhaupt mitgefochten hat. Irgendwelche entscheidenden Taten ihm zuzuschreiben, ist uns bei dem Stande der Quellen nicht möglich: genug, es focht auf protestantischer Seite und war ein mitwirkender Bestandteil des schmalkaldischen Heeres.

Und doch, als Friedrich seine Truppen entsandte, hatte er bereits seinen endgültigen Entschluß über seine politische Haltung den kriegführenden Mächten gegenüber gefaßt. An demselben Tage, an welchem das kurpfälzische Kontingent ausrückte, ließ der Pfalzgraf beiden Parteien offiziell ankündigen, er beabsichtige in dem eben ausgebrochenen Kriege fernerhin Neutralität zu beobachten. Öffentlich wurde bekannt gegeben, die Hülfssendung sei nur zur Verteidigung des Württemberger Landes bestimmt.[231]

Was hat diese plötzliche Sinnesänderung in Friedrich hervorgerufen? Wir müssen bekennen, daß wir ganz Bestimm-

---

[229] Leodius, S. 266.

[230] Druffel: Beiträge zur Reichsgeschichte, Bd. I, S. 27 f. S. 27: «avec les bannyères dudit électeur». Nach Sattler: Geschichte Württembergs unter den Herzogen, Teil III, S. 245, führten die Fahnen das pfälzische Wappen mit der Aufschrift: De coelo Victoria.

[231] «Princeps ad trecentes equites collectos et circiter sexcentos pedites à Heydelberga eductos, non procul ab oppido collaudatos et ad Ducis Wirtimbergensis terras ab incursione hostili viriliter defendendas cohortatus dimisit.» Leodius, S. 265. Vergl. demgegenüber Ottheinrich an Statthalter und Regenten. Neuenschloß, 12. August 1546: Gestern sind „300 pferd und zway fendlin knecht" von Friedrich „dem von Wirtemberg zuegeschickt hie ausgeritten, deß versehens, sy sollen bald daoben sein und villeicht gein Neuburg kommen, Alda mocht Jr von Graf Georgen und Graf Eberhardten von Erbach allerseits handlung und gelegenhait erfaren und vernemen". [M. St.-A., K. schw. 543/3, fol. 255 f.]

tes darüber nicht wissen. Über den religiösen Charakter des Krieges konnte er sich keiner Täuschung mehr hingeben, nachdem er bereits seit Anfang August[232] den Inhalt der zwischen Kaiser und Papst abgeschlossenen Kapitulation kannte. Schon am 8. August hatte er eine Werbung des Landgrafen durch Volpart Riedesel, sein Kontingent gegen Büren zu verwenden, abgelehnt, unter Berufung auf sein Abkommen mit Herzog Ulrich, trotzdem ihn dieser früher schon aufgefordert hatte, seine Truppen zur Verteidigung des Rheinufers zu entsenden. Auch von Ottheinrich hören wir in denselben Tagen versteckte Klagen über den lauen Gang der Geschäfte, wenngleich er bei seinem Oheim noch eine günstige Gesinnung annehmen zu sollen glaubte. Daß die kaiserlich gesinnten Räte damals an der Arbeit waren, ihren verlorenen Einfluß wiederzugewinnen, wird uns auch sonst noch bestätigt, möglich, daß Affenstein doch bald nach Schluß des Reichstages heimberufen

[232] Friedrich an Johann Friedrich und Philipp. Heidelberg, 12. August 1546, Antw. auf Schreiben vom 7. August, „sampt zugeschickten zeittungen, was vom Bapst und seinem Nuncio, den er zu der Aidgenossschaft abgefertigt, an die dreyzehn ort derselben geschrieben worden . . . . und ist uns von solchen zeittungen zuvor auch etliche antzaig einkomen" [M. A., Kurpfalz, Nr. 30]. Wahrscheinlich durch Statthalter und Regenten; vergl. deren Brief an Friedrich, d. d. Neuburg, 6. August 1546. Konzept: „der Bapst hat in Schweiz geschriben und gebeten dem keiser beystand zethun, dann dise Sect werde sich anderst nit dann mit langen Spiessen und dem Schwert niderdrucken lassen. Darab die Protestirenden nit erschreckt, sonder deß zum hochsten erfreut seyen, nachdem man hiervor all hendl auf leugnen gestellt hat." [M. St.-A., K. blau 105/1.] — Am 25. Juli stellte von Luzern aus der päpstliche Nuntius den eidgenössischen Orten seine Werbung zu [Geiser: Die Schweiz während des schmalkaldischen Krieges (Jahrbuch für Schweizer Geschichte, Bd. XXII, Zürich 1897), S. 174], wonach Druffel: Zur militärischen Würdigung des schmalkaldischen Krieges (Münchener Sitzungsberichte 1882), S. 362, Anm. 1, zu berichtigen ist. Durch die obige frühere Datierung bleibt Druffels These unberührt. — Auf dem vorbereitenden Tag der evangelischen Städte zu Zürich am 2. August lag bereits die päpstliche Kapitulation vor. [Eidgen. Abschiede IV, Abt. 1 d. S. 650.] Eine Mitteilung nach Deutschland wird ohne Zweifel sogleich erfolgt sein.

worden ist.[233] Die Zeitumstände kamen ihnen zustatten: durch den Zuzug seiner ausländischen und auch deutscher Truppen verbesserte sich die anfangs fast verzweifelte Lage des Kaisers von Tag zu Tag. Wie am Heidelberger Hofe nicht verborgen war[234], machte sich in den Reihen der Schmalkaldener der Geldmangel und die Unlust, mehr zu zahlen, jetzt schon geltend. Den entscheidendsten Einfluß wird aber die immer näher rückende drohende Gefahr von seiten des Bürenschen Heeres ausgeübt haben[235]: ungeschützt, aller festen Plätze bar, lag das pfälzische Gebiet diesem gewaltigen Heerhaufen gegenüber offen da; an Gegenwehr war bei den unzulänglichen Verteidigungsmitteln überhaupt nicht zu denken. Trotz der mannigfachen Aufforderungen, an der Besetzung des Rheinufers sich zu beteiligen, hielt sich Friedrich völlig passiv; nur eine kleine Abteilung von 100 Reitern entsandte er unter dem Befehl seines Bruders Wolfgang Anfang August in die Gegend von Alzei, um die Untertanen gegen Bedrückungen zu beschützen, jedoch mit dem Verbot, irgendwie aktiv vorzugehen.[236] Daß des Kurfürsten Verhalten irgendwie die Katastrophe unmittelbar herbeigeführt hätte, wird man nicht behaupten dürfen. Abgesehen davon, daß er bisher stets ein unzuverlässiger Bundesgenosse gewesen war, hatte er rechtzeitig, am 8. August, mehrere Tage bevor Büren die Gegend von Bonn er-

---

[233] Zu der pfälzischen Gesandtschaft im August wurde er nicht hinzugezogen; am 12. September langte er jedoch mit einer neuen Werbung wieder bei Karl an. [Viglius, S. 93.] In der Zwischenzeit mag er sich in Heidelberg aufgehalten haben.

[234] Friedensburg, Bd. IX, S. 220, Anm. 1 [S. 221].

[235] Über Friedrichs Haltung vergl. Kannengießer: a. a. O., S. 64 f., S. 68, besonders Anm. 301, sowie Bürens Briefe vom 16. und 31. August. [Ebenda, S. 216 f. u. S. 218 f.]

[236] Viglius, S. 45, Anm. 34. — Ottheinrich lehnte ab, mitzugehen, „dieweil nichs thätliches geschehen soll".

reichte[237], die hessischen Obersten von seiner Neutralität verständigen lassen. Andererseits muß man zugestehen, daß durch eine energische Beteiligung der kurpfälzischen Regierung an der Verteidigung des Rheinufers sich allerdings eine andere Entscheidung hätte herbeiführen lassen, vorausgesetzt freilich, daß dadurch nicht noch größere Uneinigkeit unter den protestantischen Oberbefehlshabern an dieser so sehr gefährdeten Stelle entstanden wäre.

Gerade an dem Doppelspiel, welches Friedrich in diesem Augenblick trieb, vermögen wir die ganze Zaghaftigkeit und Unentschlossenheit seiner Politik zu erkennen. Helfen will er seinen Glaubensgenossen, aber gleichwohl sich vor dem Kaiser nicht bloßstellen. Trotzdem bei dem Bündnis mit Herzog Ulrich sowohl Religionsangelegenheiten als auch der Kampf wider das Reichsoberhaupt ausdrücklich ausgenommen worden waren[238], schützt Friedrich doch jenen Vertrag vor, lediglich um unter seiner Deckung die offene Gegnerschaft wider Kaiser Karl zu verschleiern, und zwar in dem Augenblick, als es sich darum handelte, Bürens Vormarsch kraftvoll entgegenzutreten. Als die Pfalz durch die Invasion der niederländischen Truppen aufs höchste bedroht ist, entblößt der Kurfürst seine Lande und sendet sein kleines Kontingent, das hier im Bunde mit den anderen protestantischen Truppen vielleicht ausschlaggebend hätte eingreifen können, zu dem großen schmalkaldischen Bundesheere, wo es an der schließlichen Entscheidung niemals etwas zu ändern vermochte.

Für Friedrich war die Unterstützung dieses Unternehmens während des ganzen Krieges die einzige Gelegenheit, seinen neuen Glaubensgenossen wirkliche Dienste zu leisten; sie hat er aus Zaghaftigkeit unbenützt vorübergehen lassen. An Er-

[237] Kannengießer, S. 41.

[238] Rott, S. 77 f., auch Anm. 183.

mahnungen und Bitten, zu helfen, solange es noch Zeit sei, haben es die Schmalkaldener bei ihm wahrlich nicht fehlen lassen.

So fand denn Büren, als er das pfälzische Gebiet auf seinem eiligen Marsche nach Regensburg streifte, dort wohl bei der Bevölkerung eine wenig freundliche Gesinnung, aber er sah sich doch nicht genötigt, zu den energischen Mitteln zu greifen, welche ihm der Kaiser bei etwaigem Widerstande des Pfalzgrafen anbefohlen hatte[239], ja die Heidelberger Regierung ließ auf Grund eines in Regensburg mit dem kaiserlichen Kabinett getroffenen Abkommens die durchziehenden Truppen sogar mit Lebensmitteln versehen.

---

[239] Karl V. an Büren „Camp de Regenspurch". 20. August 1546. «Le conte palatin lelecteur a envoye devers moy deulx de ses conseillers avec lettres dont je vous envoie coppie et semblabement de la responce que je leur ay faict, par que vous porrez entendre les termes quil tient et ce que lon peult comprendre de son intention; mais davantaige jay entendu quil se travailloit de volloir empescher vre passaige et avoyent luy et son frere quelques gens de guerre assemblez, une pas grant nombre, et quilz faisoient rompre les pontz et passaiges, tant du coustel du rhin que sur les aultre cavez. Surquoy jay faict dire a ses dictz conseillers ledit advertissement, lequel je ne volloye croire; mais sil se travailloit de vous faire directement ny indirectement destourbier, que je seroye le plus grant ennemy quil eust et men revengeroye sur son pais, tant du coustel ou il est, que pardecha, et que vous conduiriez en son endroict selon quil seroit et sesdictz conseillers ont prins charge de l'en advertir incontinent, et aussy entens je que syl a faict ou faira chose pair vous empescher vre dit passaige, que vous conduisiez en son endroict selon ce comme aussy porte la conclusion de la lettre que luy ay escript; bien entendu toutefois, que sy avant que porrez ne detardez vre venue ny vous empeschez a le grever ne ses subjectz, sinon pour le besoing de vre passaige, reservant de apres user envers luy, comme ses œuvres le meritent» [Br.-A. Papiers d'état et de l'audience No. 58]. Vergl. Viglius, S. 70, Anm. 35. — Über Bürens persönliches Verhältnis zu Friedrich vergl. Friedensburg, Bd. IX, S. 256, Anm. 1, sowie seinen Brief an Friedrich vom 26. Oktober 1546 [Heidelberg: Universitätsbibliothek. Ms. Pal. Germ. Cod. VIII, fol. 13 f.].

Noch eins kommt hinzu, was die Haltung Kurfürst Friedrichs wesentlich beeinflußt haben wird: seine seit Ende Juni begonnene Vermittlungstätigkeit bei Karl und zugleich bei den schmalkaldischen Bundesfürsten im Dienste eines friedlichen Ausgleichs.

Kapitel 7.

Die Vermittlungstätigkeit Friedrichs beim Kaiser und beim schmalkaldischen Bunde.

Gleich nach Naves' Abreise hatte Friedrich, unter dem 25. Juni, wie bereits erwähnt, durch seine ständigen Gesandten am Reichstag auf des Vizekanzlers Anregung hin beim Kaiser sondieren lassen, ob seine Dienste zur Herbeiführung eines friedlichen Ausgleiches genehm seien, trotzdem Karl bereits mit Kriegsrüstungen an mehreren Orten begonnen habe. Im Zustimmungsfalle erbot er sich zu persönlichem Erscheinen in Regensburg. Irgendwelche bestimmte Vergleichsartikel schlug er noch nicht vor.[240]

In ähnlicher Weise wandte sich der Pfalzgraf durch Heinrich Riedesel an Philipp von Hessen: hier ließ er bereits die leise Mahnung einfließen, eine kleine Nachgiebigkeit von seiten der Protestanten gegenüber dem Reichsoberhaupt nicht unbedingt von der Hand zu weisen. Des Landgrafen Antwort bestand nur in der Entsendung seines Vertreters zur Maulbronner Begegnung, um Friedrichs kleinmütige Stimmung nach Möglichkeit zu bannen.[241]

[240] Die Instruktion für die Gesandten Affenstein, Philipp von Gemmingen und Dr. Probus „uf freitag nach Johannis baptiste" (= 25. Juni) 1546 befindet sich in Kopie im W. A., Reg. J., p. 27—34, B. Nr. 3.

[241] Heinrich Riedesels mündliche Werbung bei Philipp in Immenhausen 28. Juni 1546; Kredenz vom 25. Juni. [M. A., Kurpfalz, Nr. 29.]

Wenn der Kurfürst damals noch seinem kaiserlichen Verwandten mit solchem Ansinnen nahte, so stand er damit nicht vereinzelt da: hatte doch noch wenige Tage zuvor sogar der Landgraf daran gedacht, durch Separatverhandlungen seinen Frieden mit Karl zu machen.[242] Vertreter von Augsburg standen in höchst bedenklichen Beratungen mit den kaiserlichen Ministern[243], und auch Frankfurt[244] wandte sich damals an Friedrich und an Erzbischof Sebastian von Mainz[245], der im Begriffe stand, nach Regensburg zu reisen, um ihre Unterstützung zur Vermittlung des Friedens in Anspruch zu nehmen. Der Ausbruch des lange gefürchteten Unwetters war mit solch überraschender Schnelligkeit über den schmalkaldischen Bund hereingebrochen, daß man an dem entschlossenen Willen des Kaisers, dieses Mal Ernst zu machen, anfangs nicht zu glauben vermochte. Jetzt sollte sich die einheitliche Staatskunst dieses großen Habsburgers in ihrem glänzendsten Lichte zeigen, als er alle Versuche, ihn von dem einmal ins Auge gefaßten Ziele abzubringen, trotz seiner in den ersten Wochen oft recht schwierigen Lage mit entschlossener Hand beiseiteschob.

Wie schon vorher Naves inoffiziell den pfälzischen Räten auf ihre Bitte um Bescheid auf ihres Herrn Werbung vom 25. Juni mitgeteilt hatte, so wies die Anfang Juli erfolgte kaiserliche Antwort jegliche Vermittlung unumwunden von der Hand. Im übrigen bewegte sie sich in kluger Berechnung ganz in dem drohenden und zugleich

— Philipp an Johann Friedrich, Kassel, 28. Juni 1546. Konz.-Zettel. [M. A., Sachsen-Ernest. Linie 1546. Juni.]

[242] Lenz: Kriegführung, S. 414 f.

[243] Lenz: Kriegführung, S. 410 ff.

[244] Collischonn: Frankfurt a. M. im schmalkaldischen Kriege, S. 34 f.

[245] Frankfurter Stadtarchiv. Ratsprotokoll und Bürgermeisterbuch, 26. Juni 1546.

verlockenden Tone jener bekannten Auskunft[246], welche Karl den protestantischen Ständen am 16. Juni auf ihre Anfrage nach dem Zweck seiner Rüstungen hatte erteilen lassen. Friedrich konnte noch immer wählen: „den Frieden und die kaiserliche Gnade, oder den Krieg und die Acht". Bestimmte Namen zu nennen, vermied Karl auch jetzt noch, trotzdem die ablehnenden Antworten der meisten oberländischen Stände auf des Kaisers Absonderungsversuche mittlerweile eingetroffen waren. Nur einmal deutete er direkt auf den Landgrafen hin bei Erwähnung der Doppelehe[247], derentwegen Philipp bestraft werden müsse. Aber wie in eben jenen Tagen König Ferdinand Friedrichs Gesandten gegenüber durch Hervorhebung einiger in den Augen seines kaiserlichen Bruders rechtswidriger Handlungen nur zu deutlich Johann Friedrich und Philipp als „die ungehorsamen Fürsten" bezeichnete[248], so mußte der Pfalzgraf auch jetzt durch die ganze Beantwortung seines Vermittlungsvorschlages unzweifelhaft erkennen, daß nur die beiden Häupter des schmalkaldischen Bundes gemeint sein konnten.[249] Wenn Friedrich trotzdem Anfang Juli unternahm, den Landgrafen durch Riedesel in vertraulicher Werbung, natürlich zur weiteren Mitteilung an den sächsischen Kurfürsten, einige ganz allgemein gehaltene Ver-

[246] Vergl. Lenz: Kriegführung, S. 404.

[247] Über die Erwähnung von Philipps Doppelehe im Zusammenhang mit dem Ausbruch des Krieges vergl. Ißleib: Philipp von Hessen, Heinrich von Braunschweig und Moritz von Sachsen in den Jahren 1541—1547 [Wolfenbüttel 1904], S. 68: „er [Karl V.] gedächte die zu bestrafen, die zwei Weiber hätten und Fürsten verjagten".

[248] Minkwitz an Johann Friedrich. Regensburg, 5. Juli 1546. Br. A.

[249] Über die kaiserliche Antwort haben wir Friedrichs ausführliche Mitteilung an Philipp in Riedesels Instruktion für seine Werbung beim Landgrafen. Kredenz: Heidelberg, „Sampstag nach kiliani" (= 10. Juli) 1546. pr. Kassel, 14. Juli. [M. A., Kurpfalz, Nr. 29.] Vergl. Sleidans Kommentare (ed. am Ende), Bd. II, S. 483 ff.

gleichsvorschläge[250] einzureichen, so wird er wohl selbst von der Nutzlosigkeit dieses Beginnens überzeugt gewesen sein. Philipp vermied denn auch jegliche Diskussion dieser Artikel, ließ vielmehr den Pfalzgrafen energisch an seine Pflicht mahnen, seinen wegen ihrer religiösen Überzeugung bedrohten Glaubensgenossen als Einungsverwandter tatkräftig beizustehen.

Noch konnte Friedrich nicht im Besitz dieser Antwort sein, als er sich unter dem 15. Juli mit einer neuen Werbung an den Kaiser wandte[251] trotz des jüngst erhaltenen abschlägigen Bescheides. Positive Vorschläge zu machen sollten seine Gesandten nach Möglichkeit vermeiden, nur wenn solche direkt von ihnen verlangt würden, hatten sie zunächst auf allgemeine Abrüstung von beiden Seiten zu einem noch näher festzusetzendem Termine zu dringen oder, falls dieses Radikalmittel nicht verfangen sollte, den Abschluß eines Waffenstillstandes zur friedlichen Beilegung der strittigen Punkte anzuregen. Selbstverständlich wies Karl diese törichten Vorschläge schroff zurück; höhnisch fügte er hinzu, die gleiche Antwort werde sich Friedrich bei den Schmalkaldenern holen können.

Des Pfalzgrafen sonstige Ausführungen ergingen sich lediglich in nutzlosen Klagen: auf den Vorwurf Friedrichs

[250] 1. „das man gnade begert". 2. „wo jemant bisher etwas unpillichs (das uns noch nit bewust) vorgenomen hette, davon abzuston". 3. „was diese Stende zu sich bracht und eingenomen hetten, das inen nit zustendig, solichs zu handen des Kaisers oder wie es gemittelt werden mocht, zustellen". 4. „und in andern mehr puncten, so von Keyer. Mt. mochten furbracht werden, die geburlich etc. gehorsam zu leisten". [M. A., s. vorige Anm.]

[251] Die Namen der Gesandten bei Viglius, S. 27: Juli 22. Affenstein war nicht eigens gesandt; die anderen dagegen doch. Die Instruktion, M. A., Kurpfalz, Nr. 29 und Ulmer Reformationsakten XXXII, Nr. 872. Die Mittel zur Vergleichung in einer Nebeninstruktion. [M. A., a. a. O. und Ulmer Reformationsakten XXXII, Nr. 873.]

wegen Bruchs seiner Wahlkapitulation[252] verwies ihn der Kaiser mit Recht auf das Stillschweigen der deutschen Stände bei der Unterwerfung des Herzogs von Cleve im Jahre 1543 ebenfalls durch fremde Truppen. Des Kurfürsten Vorhaltungen wegen des Bündnisses mit dem Papst suchte er, freilich ohne Erwähnung des religiösen Moments, mit den Beziehungen der Schmalkaldener zu fremden Staatsoberhäuptern zu entkräften. Ihm, „einem wahrhaftigen Kaiser", müsse „als einem gebornen Teutschen und eins solchen stands und herkumens mehr glaubens zugestelt werden, dan dem ungegründten einbilden der Jhenigen, die sich in allem thun und wesen so ungeschickt, ungeburlich und strefflich erzeigen, halten und beweisen". Die ganz schüchtern vorgebrachte Drohung Friedrichs, falls der Kaiser nicht einlenke, werde er sich als Kurfürst seiner Pflichten gegen das Reich zu erinnern wissen, ignorierte Karl völlig. Mit der ernsten Mahnung, sich nach Gebühr zu verhalten, schloß die kaiserliche Antwort.[253]

Und doch trotz all dieser schlimmen Erfahrungen suchte die Heidelberger Regierung noch einmal, die beiden Gegner, die sich mittlerweile zum Kampfe gerüstet gegenüberstanden, zum Frieden zu mahnen. An demselben Tage, an

---

[252] Vergl. zur Auffassung über den Bruch der Wahlkapitulation beim Kaiser und bei den Protestanten, O. Waltz: Die Denkwürdigkeiten Kaiser Karls V. (Bonn 1901), S. 6, Anm. 1.

[253] Frankfurter Stadtarchiv. Reichssachen. Nachträge, 1546. [Zur Datierung vergl. Viglius, S. 28: Juli 27.] Undatierte Kopie, mit der Überschrift: „der Keyserlichen Maiestat Antwurt den pfaltzgräfischen gegeben". Das vom Stadtschreiber herrührende Datum: „23. Augusti 1546" bezeichnet offenbar den Tag, an dem das Aktenstück zur Kenntnis des Frankfurter Rates gelangte. Auch der in jenen Tagen gelegentlich seiner Vermählung mit einer Tochter König Ferdinands in Regensburg weilende Herzog Wilhelm von Cleve war beim Kaiser und seinem Schwiegervater im Sinne eines friedlichen Ausgleichs tätig. [Beiträge zur Geschichte des Niederrheins, Bd. XVII, S. 114.]

welchem Friedrich, wie bereits erwähnt, Herzog Ulrich von Württemberg sein Hülfskontingent zusandte, verließen seine Vertreter Heidelberg, um sowohl den schmalkaldischen Bundesfürsten als auch dem Kaiser zugleich mit seiner Neutralitätserklärung abermals ganz allgemein gehaltene Friedensvorschläge zu unterbreiten, ein um so törichteres Beginnen, als hinter dem Vermittler keine Macht stand, welche im Ablehnungsfalle die Durchführung seiner Absichten hätte erzwingen können.

Aus den umfangreichen Darlegungen des Pfalzgrafen[254] über die Segnungen des Friedens und die Verheerungen des Krieges griffen die Bundesfürsten nur einen Punkt heraus, Friedrichs Anerbieten, persönlich mit ihnen zusammenzutreffen, und auch den prägten sie nach ihren Wünschen um: sie hofften durch direkte Besprechungen den neuen Glaubensgenossen doch noch fest an ihre Sache ketten zu können. Im übrigen verwiesen sie ihm mit schärfsten Worten seine Neutralität, augenblicklich mit um so größerem Recht als durch die mittlerweile erfolgte Veröffentlichung der päpstlichen Kapitulation der rein religiöse Charakter des eben begonnenen Krieges sich mit dem besten Willen nicht mehr verschleiern ließ.[255]

Ein ebensowenig entgegenkommender Empfang wurde den pfälzischen Abgeordneten[256] am kaiserlichen Hoflager zuteil:

---

[254] Friedrichs Instruktion an Johann Friedrich und Philipp. «Neutralitatis causa», Heidelberg, 11. August 1546. [M. A., Kurpfalz, Nr. 30.] — Gesandte sind „unsere Räthe und Faut zu Moßbach, Hans Landschade von Steinach, neben unserm Chamer Secretarien Jorgen Weißbrodt". Aus dem schmalkaldischen Lager begaben sie sich zum Kaiser; vergl. Viglius, S. 54: Juli 18.

[255] Die Antworten der Bundesfürsten vom 16. und 17. August, M. A., Kurpfalz, Nr. 30.

[256] Die Namen derselben bei Viglius, S. 54: August 16. — Statt «frater Conrad» wird wohl «Franz Conrad» zu lesen sein.

Karl faßte das dem Herzog von Württemberg zugesandte Hülfskontingent als das auf, was es in Wirklichkeit war, als eine unmittelbare Unterstützung seiner Gegner. Besonders aber hatte sich in den letzten Wochen seine militärische Lage durch die Ankunft der spanischen und italienischen, wie auch von deutschen Truppen derartig gebessert, daß er nunmehr eher wagen durfte, mit dem abtrünnigen Vasallen ein ernstes Wort zu reden.

All die Punkte, welche in der letzten Antwort des Kaisers vorsichtig umgangen worden waren, werden jetzt besonders kraß in den Vordergrund geschoben: aus einer Verteidigungsschrift ist ein Anklageakt geworden.

Die Bitte Friedrichs, neutral bleiben zu dürfen, sowie die pfälzischen Lande mit Durchzügen jeglicher Art zu verschonen, wird glatt abgewiesen. Des Kurfürsten Bundesgenossenschaft mit den vom Reich geächteten beiden Fürsten, sowie seine Unterstützung des Herzogs von Württemberg wird aufs schärfste getadelt, zumal dem Pfalzgrafen rechtzeitig bekannt gegeben worden sei, um was es sich von Anbeginn an gehandelt habe. Der Kaiser befiehlt die sofortige Abberufung der pfälzischen Truppen aus dem schmalkaldischen Lager. Mit den schärfsten Strafen werde er jegliche Hinderung des Bürenschen Durchzuges ahnden. Im hochmütigsten Tone werden Friedrichs Vermittlungsvorschläge schroff abgewiesen.[257]

Vorläufig ruhte nunmehr des Kurfürsten friedestiftende Tätigkeit. Erst im Spätherbst nahm er, wie wir sehen werden, dieselbe ernstlich wieder auf; damals freilich unter vollständig

---

[257] Zu Karls Antwort vergl. Karl an Kurfürst Friedrich. Feldlager bei Regensburg, 18. August 1546. [W. St.-A., Kriegsakten 1546.] — Karl V. an Büren, 20. August 1546. Vergl. oben, S. 96, Anm. 239. — Friedensburg, Bd. IX, S. 197, Anm. 3. — Venetian. Dep., Bd. I, S. 637 f.

geänderten politischen Verhältnissen, insofern er zunächst für sich die kaiserliche Gnade in langwierigen Verhandlungen erflehen mußte, er mithin später in seiner von Karl abhängigen Stellung fast nur die Vorschläge des kaiserlichen Kabinetts weiter mitzuteilen hatte, ohne selbst seine feste Position über den Parteien nehmen zu können.

Kapitel 8.

Die Eroberung Neuburgs durch den Kaiser.

Am 4. September verließen die schmalkaldischen Bundesfürsten mit ihrem Heere das Lager vor Ingolstadt, nachdem sie mehrfach vergeblich versucht hatten, den Kaiser zu einer Feldschlacht aus seinen immer fester werdenden Verschanzungen herauszulocken. Am 6. September langten sie in Neuburg an, regelten dort die Besatzungsfrage und marschierten tags darauf über Marxheim nach Donauwörth, wo sie, abgesehen von einer kleinen Diversion nach Wemding, angeblich um Bürens Vereinigung mit dem Kaiser zu vereiteln, bis Anfang Oktober blieben.

Jener Rückzug der Verbündeten von Ingolstadt ist auch für die Kurpfalz von Bedeutung gewesen, insofern bald darauf der Krieg von bayrischem Gebiet auf pfälzisches hinübergespielt wurde, Kurfürst Friedrich mithin zunächst noch als Erbschirmherr der Neuburger Landschaft mittelbar in die Kriegsereignisse hineingezogen wurde.

Schon vor Bürens Ankunft im kaiserlichen Lager war Karl entschlossen, sofort nach seiner Vereinigung mit den langersehnten niederländischen Truppen seinerseits die Offensive zu ergreifen[258], indem er durch Besetzung der wichtigen

[258] Friedensburg, Bd. IX, S. 251, auch Anm. 2.

Festung Neuburg seine Positionen dem in Donauwörth lagernden schmalkaldischen Heere näher rückte. Freilich an ein völliges Aufgeben der bisher befolgten Taktik ist dabei nicht zu denken: lange konnte sich Karl ohnedies nicht mehr in dem von ansteckenden Krankheiten durchseuchten Ingolstadter Lager aufhalten. Die Rücksicht auf die Stimmung unter Offizieren und Mannschaften[259] gebot, den Krieg endlich in feindliches Land zu verlegen, besonders seitdem durch die Ankunft des Bürenschen Heeres der Kaiser seinen Gegnern an Streitkräften mindestens ebenbürtig war. Wollte Karl nicht die Donau, diese wichtigste Zufuhrlinie, verlassen, so war die Eroberung Neuburgs das für seine Operationen sich ergebende nächstgelegene Ziel. Daß er nicht daran gedacht hat, dem Drängen mannigfacher Kreise in seinem Heere nachzugeben, und die ungehorsamen Ketzer zu zwingen, sich seinen zum Glaubenskampf herbeigeeilten, bisher so bitter enttäuschten fremdländischen Truppen zu stellen, beweisen die vielen schon damals in bewußter Tendenz verbreiteten Nachrichten über die Uneinigkeit im feindlichen Heere, über die bereits beginnende Unzufriedenheit der Städte mit der Kriegsleitung der Bundesfürsten, sowie über die damit im engsten Zusammenhang stehende Geldknappheit bei den Schmalkaldenern. Weiß doch der päpstliche Nuntius Verallo am 15. September als des Kaisers vornehmstes taktisches Ziel zu berichten, die Feinde „auszumatten".[260]

Sobald Karl am 12. September die Gewißheit erlangt hatte[261], daß nichts mehr seine Vereinigung mit Büren zu hintertreiben vermochte, begann er die vorbereitenden Opera-

---

[259] Friedensburg, Bd. IX, S. 254.

[260] Friedensburg, Bd. IX, S. 255. — Mit diesem Schärtlinschen Ausdruck möchte ich Verallos «stancheggiare» übersetzen.

[261] Kannengießer, S. 112.

tionen zur Eroberung Neuburgs. Eine am Tag darauf unternommene Rekognoszierung Albas brachte die Gewißheit, daß man auf allzu große Schwierigkeiten nicht stoßen werde, falls es gelänge, durch die rechtzeitige Besetzung eines die Stadt überragenden Hügels eine Beschießung des Platzes zu ermöglichen.[262] Am 16. suchte der Kaiser in Begleitung Albas sich persönlich von der Lage der Stadt zu überzeugen, nachdem bereits während der Nacht ein großes Truppenkontingent[263] vorausgeschickt worden war. Ob es sich um einen Handstreich gegen die Stadt gehandelt hat, der nur durch die Wachsamkeit der Besatzung vereitelt wurde, oder ob der Kaiser auf Verrat von seiten der Bürgerschaft gehofft hat[264], läßt sich mit Bestimmtheit nicht erkennen. In allgemeinen Umrissen wird Karl die Umgebung von Neuburg bekannt gewesen sein; hatte er doch noch vor wenigen Monaten gelegentlich seiner Reise zum Regensburger Reichstag hier einen Tag geweilt.[265] Karl wagte sich bis in die unmittelbare Nähe der Stadt heran, so nahe, daß mehrere seiner Begleiter durch die Geschütze der Besatzung getroffen wurden. Ohne irgendwelche taktische Erfolge erzielt zu haben, kehrte man abends mit großer Beute an Vieh ins Lager zurück. Das Ergebnis dieser Unternehmung

[262] Demnach scheint man ursprünglich geplant zu haben, auf dem linken Donauufer gegen die Stadt vorzurücken.

[263] Nach Faictz et guerre, S. 48, waren es «mil soldartz espaignolz, cinq cens italiens aussy acquebusiez de pied, deux cens a cheval et quatre cens cheveau legiers italiens de la bande du prince de Sulmona». Der Kaiser folgte am Morgen «accompaigné daucung gentilz hommes da sa maison et de deux cens cheval des bandes du conte de Buren, . . . et aultres deux cens cheval de la compaignie du marquis de albreeth de brandenbourch, hommes d'armes» (ebenda S. 49), im ganzen also ungefähr 2500 Mann, lediglich für einen Rekognoszierungsritt gegen die schlecht besetzte Stadt ein enormes Aufgebot.

[264] Venetian. Dep., Bd. II, S. 4.

[265] Am 7. April langte er in Neuburg an, tags darauf in Ingolstadt. — Auch Mocenigo, Venetian. Dep., Bd. II, S. 4, spricht deshalb von «riveder il sito, per accamparsi».

war der noch am späten Abend gefaßte Beschluß, die Eroberung Neuburgs zu versuchen.

Man weiß bisher noch immer nicht, weshalb die Protestanten diesen wichtigen Donaupaß ohne nennenswerte Gegenwehr preisgegeben haben. Daß Neuburg wohl zu verteidigen gewesen wäre[266], beweist die Verwunderung Karls und seiner kriegserfahrenen Umgebung, als man den Platz mit so leichter Mühe zu erobern vermocht hatte. Rechnet doch der Kaiser die Preisgabe dieses Punktes durch die Schmalkaldener unter die großen Fehler, durch welche Gott seine Gegner verblendet habe.[267] Wie es scheint, hat sehr viel die Rücksicht auf Augsburg, die Hoffnung durch die Isolierung Neuburgs eine unmittelbare Bedrohung der reichen oberländischen Kommune abzuwenden, mitgesprochen. Wie die Bundeshauptleute wenige Tage später Ottheinrich versicherten, hätten sogar der Statthalter und einige der Regenten, die sich rechtzeitig auf die Aufforderung der Schmalkaldener hin mit einem Teil der Kanzlei und anderen wichtigen Schriftstücken[268] in den Schutz des protestantischen Heeres begeben hatten, von einem Marsche nach Neuburg abgeraten.[269] Die

---

[266] Über die Lage Neuburgs vergl. besonders Serristoris Bericht vom 19. September 1546 bei Friedensburg, Bd. IX, S. 597. — Eine anschauliche Ansicht der Stadt und ihrer Umgebung, von Süden aus, aus dem Jahre 1546 [mit falschem Datum, 8. statt 18. September] ist dem 63. Jahrgang des Neuburger Kollektaneenblattes [Neuburg 1899] vorgedruckt.

[267] Commentaires de Charles Quint [ed. de Lettenhove], S. 143.

[268] Darunter Ottheinrichs „buch" [wohl das Tagebuch über die Reise nach Jerusalem, jetzt im Geh. Hausarchiv zu München; vergl. Allgemeine deutsche Biographie, Bd. XXIV, S. 719; Artikel: Ottheinrich von Salzer]: „und deß ermordten Diazii schriften". Die Religionssachen waren in Neuburg geblieben. [Christoph Arnold an Ottheinrich. Ulm, 15. Oktober 1546. M. St.-A., K. schw. 543/3, fol. 429.]

[269] Rommel, Bd. III, S. 144. — Lenz: Rechenschaftsbericht, S. 9 u. S. 39. Vergl. demgegenüber die wahrscheinlicher klingende Nachricht bei Viglius, 112. Vergl. auch Druffel: Zur militärischen Würdigung, S. 380.

tatsächlichen Gründe, welche Johann Friedrich und Philipp angeben, ein zu weiter Marsch von Donauwörth aus auf dem rechten Donauufer, und die geringen Verteidigungsmaßregeln auf den die Stadt beherrschenden Höhen sind wenig stichhaltig, sie beschäftigen sich überdies nur mit den Gefahren einer späteren Entsetzung der Stadt von dem Lager bei Donauwörth aus, nicht mit der Möglichkeit der Verteidigung des Platzes selbst. Da die Brücke bei Neuburg bis zur Eroberung in der Gewalt der Verbündeten war, konnten dieselben ebensogut auf dem linken Donauufer über Marxheim vorrücken. Außerdem hätte wohl allein schon die Anwesenheit des gewaltigen, neuerdings durch die Scharen Reifenbergs und der am Rheinufer nach Bürens Abmarsch freigewordenen hessischen Obersten beträchtlich verstärkten schmalkaldischen Heeres genügt, um den Kaiser von einem Sturme auf die von den Feinden besetzten Höhen abzuhalten.

Man wird auch nicht einwenden dürfen, daß die Protestanten ihre Rückzugslinie gefährdet hätten, falls Karl nach seiner Vereinigung mit Büren die Eroberung Neuburgs durch offenen Angriff wirklich erzwungen hätte. Der Rückmarsch nach Wemding blieb für den größten Teil des Heeres jederzeit offen, und wenn man aus Rücksicht auf Herzog Ulrich von Württemberg und die Oberländer sich nicht so weit von der Donau abdrängen lassen wollte, so konnte man durch rechtzeitige Detachierung eines starken Korps nach Marxheim, wo ein hart an der Donau sich hinziehender, nach Norden sich bis Monheim, nach Westen bis Donauwörth erstreckender, ziemlich unwegsamer Wald begann [270], die Straße nach Donauwörth jederzeit freihalten. War es doch für den Kaiser unmöglich, in diesem Gelände seine überlegene Reiterei voll

[270] Avila, S. 46 f.

auszunutzen. Auch auf dem anderen Donauufer war eine Umgehung schwerlich zu befürchten, da das den Übergang über den nicht schiffbaren reißenden Lech beherrschende Rain damals noch im Besitze der Schmalkaldener war.

In erster Linie wird es also wohl der Druck gewesen sein, den Augsburg auf die Bundeshauptleute durch Schärtlin hat ausüben lassen[271], das Oberland nicht preiszugeben, weshalb man Stadt und Land des befreundeten Fürsten den wilden Horden des kaiserlichen Heeres opferte. Hinzu trat die Hoffnung, Karl durch die Aussicht, Neuburg mit leichter Mühe erobern zu können, aus seinen nachgerade unangreifbar gewordenen Ingolstädter Verschanzungen vielleicht zu einer entscheidenden Feldschlacht, deren man nach der jüngsten moralischen Niederlage, sowie wegen des immer mehr zunehmenden Geldmangels dringend bedurfte, herauszulocken.

Am 17. September verließ der Kaiser mit seinem Heere Ingolstadt, nahm die Truppenschau über das Bürensche Korps ab, und rückte auf dem rechten[272] Donauufer gegen Neuburg vor. Am folgenden Tage, nachmittags, langte er vor der Stadt an. Bereits am Morgen hatte er die Bürgerschaft auffordern lassen, ihm den Platz zu übergeben; daraufhin erschienen zwei Abgesandte zu weiterer Verhandlung. Bei der geringen Besatzung — drei Fähnlein[273] Landsknechte, jedes

---

[271] Besonders die Briefe Schärtlins aus der ersten Hälfte des September bei Herberger, S. 193 ff., geben Raum zu dieser Annahme.

[272] Das Gros des Heeres übernachtete in der Nähe von Weichering, genau in der Mitte zwischen Ingolstadt und Neuburg gelegen. [Viglius, S. 95: September 18.]

[273] Nach Faictz et guerre, S. 49, war ein Fähnlein von den Bundesfürsten, ein anderes von den Städten Augsburg, Ulm, Straßburg und Frankfurt und das dritte von der neuburgischen Regierung gestellt. Die Namen der Hauptleute bei Viglius, S. 116, Anm. 47. Nach Commentaires, S. 144, und Serristoris Bericht bei Friedensburg, Bd. IX, S. 596 f., hätten vier Fähnlein in der Stadt gelegen.

kaum 300 Mann zählend[274] — wäre der Gedanke an eine ernste Verteidigung der Stadt gegen dieses gewaltige Heer allerdings Wahnsinn gewesen, ganz abgesehen davon, daß sowohl in der Bürgerschaft als auch unter den Mannschaften wenig Neigung bestand, für diesen durch die Torheit oder vielleicht gar böse Absicht der Bundesfürsten preisgegebenen Posten Gut und Blut zu opfern.

Um einen heimlichen Ausbruch der Besatzung zu vereiteln[275], ließ Karl auf dem andern Ufer der Donau durch eine Reiterschar unter dem Kommando eines Bürenschen Offiziers einen Hinterhalt legen, mit dem Befehl, sämtliche Flüchtlinge gefangen zu nehmen, oder falls dies nicht möglich sei, niederzumachen.

Das einzige, was für die Bürgerschaft nunmehr not tat, war, die Rechte Ottheinrichs nach Möglichkeit zu wahren, da sein Schicksal mit dem ihrigen aufs engste verknüpft zu sein schien, sowie der Besatzung Straflosigkeit und ehrenvollen freien Abzug zu erwirken. Doch der Kaiser wollte von keiner anderen Bedingung als von Übergabe auf Gnade und Ungnade wissen; soviel nur gestand er zu, daß die Truppen nicht am Leben gestraft werden sollten. Nach Annahme dieser Bedingungen durch Bürgerschaft und Hauptleute wurden die Schlüssel der Stadt überliefert. Noch in derselben Nacht rückten drei Fähnlein kaiserlicher Truppen unter Marignano und Aliprando Madruzzo, dem Bruder des Kardinals von Trient, in die Donaufestung ein. Die Besatzung wurde entwaffnet

---

[274] Lenz: Rechenschaftsbericht, S. 9: „darin hat man drei fenlein knecht, doch zum schwechsten becleidt, kaumpt drei hundert personen under einem fenlein, zu einem zusatz gelassen", so wird richtiger zu interpungieren sein.

[275] Viglius, S. 120, und Friedensburg, Bd. IX, S. 597. — Offen bleibt immer noch die von Druffel a. a. O. aufgeworfene Frage, wie diese große Reiterschar über die Donau gelangt ist.

und für die nächsten Tage auf einer vom Fluß gebildeten Insel interniert, trotzdem die Hauptleute angaben, ihnen sei freier Abzug zugebilligt worden. Am folgenden Tage besuchte Karl selbst die Stadt, um die vorgefundenen reichen Vorräte zu inspizieren. Die lange Leidenszeit Neuburgs hatte begonnen.

Feste Abmachungen über die Zukunft des Landes scheinen bei den Verhandlungen wegen Übergabe der Stadt nicht getroffen worden zu sein. Da keine Regierung[276] mit genügenden Vollmachten zum Abschluß einer solchen Vereinbarung vorhanden war, betrachtete man das Land als herrenlos. Wie verlautete, beabsichtigte der Kaiser seinen Generalissimus, Herzog Alba, damit zu belehnen; doch wußte der reichstreue Kardinal von Augsburg, Otto von Truchseß-Waldburg, diesen Plan unter Hinweis auf die begründeteren Ansprüche Bayerns mit Erfolg zu widerraten.[277]

Die Besitztitel Ottheinrichs und die Erbschutzherrschaft Kurfürst Friedrichs schienen ganz vergessen zu sein. Wie in Feindesland wüteten die kaiserlichen Horden unter der armen Bevölkerung, besonders die Spanier zeigten ihren grauenvollen Glaubensfanatismus, indem sie gegen alles, was lutherisch war, in der schamlosesten Weise loszogen. Das herrliche Neuburger Schloß, in seiner künstlerischen Ausgestaltung bis zu einem gewissen Grade bereits der Vorläufer des vielgerühmten und bewunderten Ottheinrichsbaues in Heidelberg, das sich der kunstsinnige Fürst mit großem Kostenaufwande errichtet hatte, wurde von der wilden Soldateska ohne Sinn und Verstand geplündert, wohl kaum mit Genehmigung oder

---

[276] Viglius, S. 116, Anm. 47.

[277] Vannotti: Entwurf einer Geschichte der Fürsten von Waldburg. [Württemberger Jahrbücher für vaterländische Geschichte und Statistik. Jahrgang 1834, Heft 2, S. 236 f.] Vergl. auch Riezler: Die bayrische Politik, S. 232, auch Anm. 3.

gar auf Geheiß des Kaisers, dessen vornehmer Denkungsart solch rohe nutzlose Barbarei durchaus nicht entsprach.

Als gute Beute sah Karl das Neuburger Land an: der frühere Herr Ottheinrich wurde als Rebell wider den Kaiser in die Acht erklärt, sein Gebiet als erledigtes Reichslehen eingezogen[278], die Bewohner der Stadt mußten am 21. September dem Kaiser huldigen[279], und wurden daraufhin zu Gnaden angenommen, nur die Häuser der drei Haupträdelsführer, darunter der beiden Brüder Arnold, wurden von Grund aus zerstört[280], diese selbst auch ausdrücklich von der Begnadigung ausgeschlossen. Im Fürstentum selbst wurde ein kaiserlicher Statthalter eingesetzt, Georg Zorn von Bulach[281], ein Schwager des Vizekanzlers Johann von Naves. Es scheint nicht, als ob der Kaiser damit die endgültige Besitzergreifung des Landes habe andeuten wollen. Schon daß er seinen Stellvertreter aus bayrischen Diensten übernahm, läßt vermuten, daß ihm eine spätere Übertragung dieses Gebietes an Herzog Wilhelm vorgeschwebt hat.[282] Vorläufig freilich mußte dieser wichtige Donaupaß schon um der Sicherheit der Verproviantierung des kaiserlichen Heeres willen unbestritten in Karls

[278] Venetian. Dep., Bd. II, S. 12.

[279] Viglius, S. 121, Anm. 58, und Riezler: Die bayrische Politik, S. 218.

[280] Vergl. Troß: Wolrad v. Waldecks Tagebuch während des Reichstages zu Augsburg 1548, S. 10.

[281] Des neuen Statthalters Befugnisse scheinen weder den Zivilpersonen des kaiserlichen Gefolges noch dem in der Umgebung der Stadt Neuburg lagernden Kriegsvolk gegenüber anfangs genauer fixiert worden zu sein. Zunächst wurde er nur über Stadt und Schloß Neuburg gesetzt, später scheint man ihm — auf Reklamationen Bulachs hin — die Verwaltung des ganzen Fürstentums übertragen zu haben, ohne daß freilich die Machtbefugnisse gegenüber den Vertretern Karls V. in den einzelnen Städten genau bestimmt worden wären, so daß stets Reibungen entstanden. [Vergl. dazu Reichsarchiv zu München, Oberpfalz 6 (Kopialband), Missiven der kaiserlichen Regierung, 1546/47, fol. 4 und fol. 11.]

[282] Riezler: Die bayrische Politik, S. 219.

Hand bleiben. Irgendwelche tief einschneidenden Änderungen in der Religion brachte der Besitzwechsel in der ersten Zeit nicht mit sich.[283] Karl wird das Odium, welches solche Maßregeln notgedrungen hervorrufen mußten, lieber dem etwaigen zukünftigen Herrn überlassen haben, ganz abgesehen davon, daß jetzt wie auch später derartige aufreizende Maßregeln gar nicht in den Rahmen seiner vorsichtigen politischen Geschäftsführung paßten.

Trotz aller Anstrengungen von seiten des Statthalters und der Regenten ließ sich an dem Schicksale der Neuburger Landschaft nunmehr nichts mehr ändern. Wenn sie ungeachtet ihrer völligen Unfähigkeit irgendetwas zu leisten gleichwohl bei der in Ulm zusammengetretenen Bundesversammlung ihre Aufnahme in die schmalkaldische Einung betrieben[284], lediglich in der Absicht, bei einem etwaigen glücklichen Aus-

[283] Am 22. November 1546 befahl Karl allerdings seinem Statthalter, katholische Priester allerorten einzusetzen [M. St.-A., K. schw. 500/5, fol. 342], doch scheint man diesem Befehl nicht allzu eifrig nachgekommen zu sein. Vergl. Druffel: Beiträge zur Reichsgeschichte, Bd. III, S. 68, sowie S. 75, Anm. 1. — Erst im Februar 1549 ließ Zorn von Bulach Mandate über Beobachtung der katholischen Religion ausgehen. [Druffel: Beiträge zur Reichsgeschichte, Bd. I, Nr. 274, sowie ebenda, Bd. III, S. 159: Zorn von Bulach an Bischof Georg von Regensburg, 31. Januar 1549.]

[284] Über diese Bemühungen vergl. Riezler: Die bayrische Politik, S. 219. — Trotzdem Statthalter und Regenten einmal versicherten, sie seien in den schmalkaldischen Bund aufgenommen worden und stimmten bei den offiziellen Umfragen vor Württemberg [an Ottheinrich, Ulm, 15. Oktober 1546. M. St.-A., K. schw. 543/3, fol. 400], kann das eine endgültige Abmachung nicht gewesen sein. [Vergl. Statthalter und Regenten an Ottheinrich, Ulm, 25. Oktober. Zettel: „Bisher hat der Bundtnus halb nichts ausgericht werden mogen, sonder man mues merern geschefften und furnemlich der hauptsach auswarten". Ebenda, fol. 464.] Der Bundesabschied des Ulmer Tages vom 23. November 1546 ist denn auch nicht von den Vertretern Ottheinrichs mit unterzeichnet worden. — Der Kredenzbrief und die Vollmacht für Gabriel Arnold in den schmalkaldischen Bund zu treten — d. d. Lauingen, 26. September 1546, Kopie —, in M. St.-A., K. blau 105/1.

gange des Krieges eine möglichst starke Macht hinter sich zu haben zur Wiedererlangung ihres eroberten Gebietes, so war das ein ebenso unpraktisches Mittel zu ihrer Errettung, wie das andere Ziel, welches sie in den Wochen nach dem Falle Neuburgs unentwegt verfolgt haben, Kurfürst Friedrich durch fortgesetzte Schilderungen der durch die Spanier und Italiener des kaiserlichen Heeres begangenen Greueltaten zu energischem Handeln aufzureizen.[285]

Das Einzige, was damals noch der protestantischen Sache Hülfe hätte bringen können, Geld zur Fortsetzung des Krieges, vermochten Festenberg und seine Gesinnungsgenossen, die des Landes Vertriebenen, welche zeitweise fürchteten, Kurfürst Friedrich werde ihnen seinen landesherrlichen Schutz entziehen, am allerwenigsten zu leisten. Ihre guten Ratschläge, mit denen sie nicht kargten, konnten weder der schmalkaldischen noch ihrer eigenen Sache etwas nützen. So haben Festenberg und die beiden Brüder Arnold, von des Reiches Acht verfolgt, jahrelang für die Fehler ihrer Mitregenten und auch ihrer Glaubensgenossen bitter büßen müssen.[286]

---

[285] Viglius, S. 145, Anm. 11, S. 155, Anm. 40 und S. 164, Anm. 64.

[286] Im Dezember wandte sich Festenberg nach Nürnberg, wo er jedoch, um seine persönliche Sicherheit besorgt, nicht zu bleiben wagte. Ende Februar 1547 hielten er und die beiden Brüder Arnold sich in Heidelberg auf. [M. St.-A., K. schw. 543/2, fol. 64.] Im Jahre 1549 machte Festenberg bekanntlich unter harten Bedingungen seinen Frieden mit dem Kaiser [Lanz: Korrespondenz Karls V., Bd. II, S. 628 ff. Korrespondenzen über Festenbergs Aussöhnung im M. St.-A., K. blau 102/8, fol. 68 ff.]. Seit Ottheinrichs Rückkehr nach Neuburg (1552) finden wir ihn auch wieder dort in Diensten seines Herrn. Vergl. Verhandlungen des Historischen Vereins von Oberpfalz und Regensburg, Bd. XXIII: 1552 im November war er Landmarschall auf einem Ausschußtag (S. 360), wo auch Gabriel Arnold als Vertreter der Landschaft erschien; 1553 war er Pfleger und Landrichter in Burglengenfeld (ebenda, Bd. XX, S. 281); 1559 Landmarschall und Kammerrat (ebenda, Bd. XXIII, S. 361). Er starb am 19. August 1564 (ebenda, Bd. XXIV, S. 300).

Die Rückwirkung, welche der Fall der Hauptstadt auf die übrigen Gebiete Ottheinrichs naturgemäß ausüben mußte, sollte nicht lange ausbleiben. Daß sich in Monheim, und besonders in Lauingen, wo schon seit langer Zeit ein recht trotziger Geist herrschte[287], Widerstandsgelüste regten, die vorläufig nur durch die drohende Nähe des schmalkaldischen Heeres noch niedergehalten wurden, wird uns von verschiedenen Seiten[288] bezeugt.

Doch das Entscheidendste war der Abfall des größten Landkomplexes der Neuburger Gebiete, der Landschaft auf dem Nordgau. Hier scheint früher schon unter den Landsassen gegen die eigenmächtige Politik Festenbergs und seiner Genossen gewühlt worden zu sein, wie denn in der Bevölkerung und unter dem dortigen Adel wenig Neigung für die neuerdings hervorgetretene protestantische[289] und besonders antikaiserliche[290] Richtung in der Politik der Neuburger Regenten

[287] Vergl. Uißl an seinen Schwager Gabriel Arnold. Lauingen, 4. August 1546. Orig. Hat in Lauingen des Landgrafen Ankunft melden lassen, „uf das Sy verordung thun, damit er stallung und herberg kain mangel erfunden; aber sy haben sich gar unwillig mit posen worten erzaigt", den Boten geschlagen, „dan mit billigen worten abgefertigt. Sy treiben wunder, und ye lenger, ye mer buberey". [M. St.-A., K. blau 102/4.]

[288] Viglius, S. 141, Anm. 4 und S. 148, Anm. 26, sowie Mencken, 1447: „Als nun Kay. Mat. die Statt [Lauingen] auffordern lassen, haben die hauptleut den Bürgern gantz keineswegs gehelligen wöllen", sowie besonders ebenda, 1451: „es wollen ihnen nit gebüren, sich alls die cleinfügen gegen Kay. May. Hoheit zuesetzen". Vergl. auch ebenda, 1452; vergl. auch zu der Übergabe Lauingens L. J. v. Stadlinger: Geschichte des Württembergischen Kriegswesens, S. 251 f., sowie Commentaires de Charles-Quint (ed. Lettenhove), S. 155.

[289] Vergl. Ottheinrichs Aussage vom 15. November 1546: „Dann sich der unwill zwischen den landsessen im Norgkau und gemainer landtschafft Stathalter und Regenten aus der angenommenen christlichen Religion (welche sein f. g. Jr in der übergab vorbehalten) zeitlich erhoben hett, von welcher übergab sein f. g. keins wegs zu schreiten gedencken". [M. St.-A., K. schw. 543/3, fol. 529 f.]

[290] Parsberg an Ottheinrich. Amberg, 27. September 1546: „Wir haben auch nit wissen umb der Neuburgischen handlung. Hetten Sy wider

vorhanden war. Welche Ziele im speziellen verfolgt wurden, läßt sich nicht mit völliger Bestimmtheit erkennen: die Teilnahme der benachbarten Amberger Regierung sowie von kurpfälzischen Räten, wie Wolfgangs von Affenstein, an den Intriguen läßt vermuten, daß man eine Loslösung von Pfalz-Neuburg und eine engere Anlehnung an die Kurpfalz erstrebte; möglicherweise um dem Schicksal der Hauptstadt, der Besitznahme durch den Kaiser oder der Überweisung an Bayern, zu entgehen. Mitgewirkt zu haben scheint das rein persönliche Moment, daß von dem verhältnismäßig kleinen Neuburg aus alle entscheidenden Regierungsverhandlungen oft direkt gegen den Willen und, wie man überzeugt war, häufig gegen das Interesse der Landschaft auf dem Nordgau ausgingen.

Um den drohenden Plänen Karls vorzubeugen, von denen, wie es scheint, in absichtlich übertriebener Weise die im kaiserlichen Lager befindlichen kurpfälzischen Räte, Wolfgang von Affenstein und Franz Konrad von Sickingen, der Vitztum von Amberg, gleich nach dem Falle der Hauptstadt gemeldet hatten, traten Vertreter der Landschaft eiligst zusammen, um über die nächsten Schritte zu beraten.[291] Man kam überein, eine Abordnung von Vertretern des Adels und der Städte, an ihrer Spitze Haug von Parsberg[292], das einflußreichste

Ir Mt. gehandlt, davon wir nit wissen, so hetten sy uns kain gefallen gethan". [M. St.-A. a. a. O., fol. 368.]

[291] Haug von Parsberg ꝛc. an Ottheinrich [Amberg], 27. September 1546. [M. St.-A., K. schw. 543/3, fol. 395 ff.] Unterzeichnet ist der Brief außer von Parsberg von „Christ von Paulsdorf, Jost von Tambdorf, Albrecht von Kuttenau, auch Burgermaister und Rate und gemein der Stet Swandorf, Hembau und Lengfeld gesandte".

[292] Kurze Zeit vorher war Parsberg noch Feuer und Flamme für ein Zusammengehen mit den Schmalkaldenern gewesen. Vergl. einen Bericht der Neuburger Regenten [an Ottheinrich], Ulm, 19. Dezember 1546: „Und dieweil im her Haug von Parsperg unser wolmainende und gutherzige handlung ytz so ubl gefallen lasst, warum hat er dann solh mißfalln nit zur zeit, da die kriegsfursten auf Norckau gezogen und unser her Stathalter

Mitglied der dortigen Ritterschaft, ins Lager vor Neuburg zu senden, um die Unterwerfung anzuzeigen. In der ersten Audienz, in der Frühe des 21. September, ließen die Gesandten in kluger Berechnung ihre Beziehungen zu Ottheinrich gänzlich beiseite, verurteilten in schärfsten Worten das nicht mit ihrem Einverständnis erfolgte Vorgehen von Statthalter und Regenten[293], und hoben nur ihre Pflichten gegen Kurfürst Friedrich, ihren erwählten Erbschirmherrn, hervor. Wenige Stunden später, nachdem mittlerweile die Neuburger Bevölkerung dem Kaiser gehuldigt hatte, wurden auch sie in einer zweiten Audienz zu Gnaden angenommen, ohne daß sie dem Kaiser unmittelbar hätten den Treueid schwören müssen.[294]

Es war klar, das bereits seit langer Zeit hervorgetretene Bestreben, die Herrschaft Ottheinrichs endgültig abzuschütteln

zu beschutzung der armen leut gegenwurtig gewesen ist, croffent, da er sich doch des widerspils und nemlich gegen unsern g. hrn. Landgraf Philippsen von Hessen vernemen lassen hat, wo er darzu geruft were, wolt er nichts liebers weder mit diesem hauffen ziehen?" [M. St.-A., K. schw. 543/3, fol. 692.]

[293] Die Landschaft trüge wegen dieser Regierung „ain hertzlich verdrießlich beswerd und ungefallen" [Parsbergs Brief vom 27. September siehe S. 116, Anm. 291]. Dieselbe Erklärung hatte Kurfürst Friedrich bereits früher abgeben lassen, um Neuburg zu retten. [Viglius, S. 107, Anm. 33.]

[294] Ob die Landschaft auf dem Nordgau zu direkter Unterstützung des Kaisers gezwungen worden ist, vermag ich nicht zu belegen; wahrscheinlich ist es nicht. Festenberg behauptet es allerdings einmal (Viglius, S. 159, Anm. 57: „weil die landsassen, sonderlich auf dem Norgkau von uns abgefallen und dem veind zu dempfung unserer waren christlichen religion anhengig worden sind"), doch sind seine Mitteilungen über die gegnerische Seite recht oft tendenziös gefärbt. — Erst zu Beginn des Jahres 1547 verlangte der kaiserliche Statthalter Zorn von Bulach die Huldigung, mischte sich durch Ämterverleihungen, resp. Entsetzungen, in die innere Verwaltung der Landschaft auf dem Nordgau, wie aus Friedrichs Beschwerdebrief an den Kaiser [Heidelberg, 6. Februar 1547. M. St.-A., K. schw. 543/2, fol. 48 ff.] hervorgeht. Im späteren Verlauf der Verhandlungen stellte der Vizekanzler Naves die vorgenommene Huldigung als natürliche Konsequenz der Übergabe auf Gnade hin. [Ebenda, fol. 56 ff.]

und besonders seine Reformationsverordnungen rückgängig zu machen, trat jetzt, da die Not der Zeiten mehr wie sonst zu einem solchen Schritte drängte, unzweideutig zu tage. Die Anlehnung an die Kurpfalz, insbesondere an die benachbarte Oberpfalz, war nunmehr das einzige Mittel, um den drohenden Annexionsgelüsten der Münchener Regierung zu entgehen. Die Haltung Kurfürst Friedrichs, an den sich die Landschaft mit der Bitte um fernere Verhaltungsmaßregeln von Amberg aus, also wohl im Einverständnis mit der dortigen Regierung, wandte, kann man nicht anders als äußerst zweideutig nennen. Formell ging er durchaus korrekt vor, indem er bei den späteren Beratungen in Heidelberg, im November, seinen Neffen Ottheinrich stets hinzuziehen ließ.[295] In Wahrheit jedoch zielte seine ganze Politik lediglich dahin, eine Verschmelzung der Oberpfalz mit der Landschaft auf dem Nordgau herbeizuführen, selbst auf die Gefahr hin, beim Kaiser anzustoßen. So drängte man in Heidelberg auf die Absetzung des bisherigen Landrichters zu Burglengenfeld, der als ein-

[295] Vorschläge der kurfürstlichen Räte in Heidelberg [18. November 1546]: „Das ain Ausschus furgenommen, die Stend zesammen erfordern, aus inen zwen oder drey taugenlicher person erwelen, welche das landgericht zu Lengfeld und allen andern sachen mit versehung der Cantzley daselbst gewarten und ausrachtung ain zeitlang thun sollen; im fall dann beswerlichs oder wichtigs furfiel und eil halb herab nit gelangen mocht, das dann dieselbige erwelten und geordente personen derhalb beim Vitzthumb und Raten zu Amberg umb rat ansuechen und demselbigen nachgeen und volziehen thun mochten.

Oder das die erwelte gesetzte personen zu Lengfeld ider zeit alles mit rat und furwissen deß vitzthumbs und rat zu Amberg handln und volziehen, welhs doch merern costen und verzug der sachen geben mocht." Der letzte Vorschlag des Kurfürsten ging dahin: Da Christoph von Freidenberg, Landrichter zu Lengfeld, vom Kaiser zu Neuburg verpflichtet worden sei, und da die Landschaft auf dem Nordgau mit Statthalter und Regenten, „so fur echter gehalten werden", nichts zu tun haben wolle, „sey die maynung nit, gemaine landtschafft zuzertrennen, sonder ain zeitlang und aus notdurfft im Norgkau, wie furgeslagen, ain anrichtung und regiment aufzerichten". [M. St.-A., K. schw. 343/3, fol. 533 f.]

flußreichster Beamter des Landes dem Kaiser hatte huldigen müssen, und erstrebte die Geschäfte dieses bedeutsamsten Amtes einem kleinen Ausschuß zu übertragen, der in engster Fühlung mit der Regierung in Amberg vorgehen sollte; man ermißt, wie sehr einer späteren Einverleibung dadurch vorgearbeitet wurde.

Bekanntlich wurde aus diesen Plänen nichts: Kaiser Karl behielt das Land vorläufig in seinem Besitz; nach dem Passauer Vertrag wurde es seinem früheren Herrn, Pfalzgraf Ottheinrich, wieder zugestellt, und erst im Jahre 1556, nach dem Tode Kurfürst Friedrichs, trat durch die damals eingetretene Personalunion für kurze Zeit eine etwas innigere Verschmelzung mit der Kurpfalz ein.

Kapitel 9.

Friedrichs Versöhnung mit dem Kaiser.

Am 23. September brach das kaiserliche Heer von Neuburg auf, um den Feind zu einer Feldschlacht zu zwingen, wie Karl selbst später in seinen Denkwürdigkeiten[296] angegeben hat. Allzu ernst scheint es ihm jedoch mit diesem Entschluß nicht gewesen zu sein, denn auch in den nächsten Wochen behielt er unentwegt seine bisherige Taktik bei. Mochte Karl auch keine unmittelbaren Erfolge im Felde erringen, so verbesserte sich seine militärische Lage doch von Tag zu Tag. Immer mehr Städte an der Donau fielen in seine Gewalt:

[296] S. 165 [französische Ausgabe]. Vergl. damit übereinstimmend Faictz et guerre, S. 51: «pour suyvir ses ennemis et pousser son entreprinse a sa fin», im Gegensatz zu Avila, S. 46a: «hoc sperans ut data loci aequitate, occasionem aliquam dimicandi nancisceretur, quam omnibus modis quarendam sibi statuerat», dessen Angabe dem späteren Verlauf der Ereignisse mehr entspricht.

Donauwörth am 9. Oktober, Dillingen am 12., tags darauf Hochstädt, Lauingen und Gundelfingen, immer weiter rückte er mit seinem Heere vor, Schritt vor Schritt mußten seine Gegner ohne entscheidende Schlacht zurückweichen. Mitte Oktober setzten sich alsdann die Schmalkaldener in ihrem festen Lager bei Giengen fest, ihnen gegenüber der Kaiser bei Sontheim, wo sie bis gegen Ende November, bis zur Preisgabe Oberdeutschlands, geblieben sind.

a. Friedrichs vergebliche Versuche, mit dem Kaiser wieder anzuknüpfen.

Was tat während all dieser entscheidenden Wochen Kurfürst Friedrich? Wir sahen, daß ihn gleich nach Ausbruch des Krieges schon Neutralitätsanwandlungen beschlichen, daß er aber, sich gebunden fühlend an die Maulbronner Abmachungen, es doch nicht hatte wagen wollen, die versprochene Hülfsleistung den schmalkaldischen Bundesfürsten nicht zu stellen. An dem einmal begonnenen Doppelspiel hielt der Pfalzgraf fortan fest: seine Truppen ließ er, ungeachtet jenes strengen Befehles des Kaisers, nach wie vor im protestantischen Lager an den Operationen gegen das Reichsoberhaupt teilnehmen, bis zu Beginn des November die vertragsmäßig festgesetzte Zeit abgelaufen war, sich mithin ein triftiger Grund zur Rückberufung seines Kontingentes bot[297]; auch innerhalb der kurpfälzischen Gebiete selbst suchte die Heidelberger Regierung durch keine Maßregeln protestantenfreundliche Kundgebungen vorzubeugen; ungehindert wurden Schmähschriften der Schmalkaldener mit heftigen Ausfällen gegen das Reichsoberhaupt unter der wenig kaiserlich gesinnten Bevölkerung verbreitet. Und doch zur selben Zeit suchte insbesondere der Kurfürst aus allen Kräften wieder seinen Frieden mit dem Kaiser

[297] Viglius, S. 180, Anm. 10.

zu machen, anfangs ohne jeden Erfolg, da Karl sich diesen Bemühungen gegenüber um so spröder und abweisender zeigte, je mehr sich seine militärische und politische Lage verbesserte. —

Wenige Tage nach dem Abzuge der Verbündeten von Ingolstadt, am 12. September[298], langten im kaiserlichen Lager drei Abgesandte Friedrichs an, um abermals die üblichen Entschuldigungen des Kurfürsten wegen der dem Herzog von Württemberg vertragsmäßig zugesandten Hülfstruppen vorzubringen. Es waren Wolfgang von Affenstein, Franz Konrad von Sickingen, der Vitztum von Amberg, und ein pfälzischer Ritter, namens Hans Fuchs. Wohin ihre spezielle Mission[299] ging, läßt sich nicht klar erkennen. Das Schicksal Neuburgs zu überwachen und den bayerischen Bestrebungen auf dieses Land durch geeignete Vertreter an Ort und Stelle entgegenwirken zu lassen, wird nicht der geringste Anlaß zu dieser Sendung gewesen sein. So werden sie wohl auch ganz im Sinne ihrer Instruktion gehandelt haben, als sie unmittelbar nach dem Falle Neuburgs die Unterwerfung der Landschaft auf dem Nordgau unter den siegreichen Kaiser herbeiführten. Hatte doch auch Friedrich früher schon Karl

---

[298] Viglius, S. 93 und S. 107, Anm. 33. — Nach Venetian. Dep., Bd. I, S. 689 und Bd. II, S. 1, hätte Friedrich seinen Hofmeister (il mastro di casa) geschickt.

[299] Was an der Nachricht wahr ist, welche Karl dem Nuntius Verallo mitgeteilt haben soll, Friedrich habe ihm angeboten, eine Verständigung mit Johann Friedrich und einer oberländischen Kommune, wohl Augsburg, herbeizuführen, läßt sich schwer ermitteln. [Friedensburg, Bd. IX, S. 256, Anm. 3, sowie wohl auf derselben Quelle fußend, Venetian. Dep., Bd. II, S. 1 f., Mocenigos skeptisches Urteil: Der Kaiser habe diese Mitteilung dem Nuntius nur gemacht, «per intratener Sua Sta in buona speranza dell'esito di questa guerra».] Möglich, daß die Meldung sich auf Gerüchte aufbaute, wonach damals Johann Friedrich beabsichtigt habe, in sein Land heimzukehren. [Vergl. Herberger, S. 194.] Vielleicht handelt es sich aber auch nur um eine weitere Ausspannung der von Granvella dem Nuntius gemachten Mitteilungen. [Friedensburg, Bd. IX, S. 255 f.]

seine Mißbilligung über das Vorgehen Festenbergs und seiner Genossen aussprechen lassen.[300]

Lange Zeit scheint Affenstein nicht dem kaiserlichen Hoflager gefolgt zu sein. Wenigstens hören wir, daß im Oktober der Pfalzgraf durch die Vermittlung seines eben erst vom Kaiser wieder zu Gnaden angenommenen Bruders Heinrich[301], des Propstes zu Ellwangen und Bischofs zu Worms, mit Karl wieder in Verbindung zu treten versuchte, doch ohne Erfolg.[302]

Als dann wenige Wochen später, Anfang November, Friedrich abermals mit dem Kaiser Verhandlungen anzuknüpfen suchte, richtete er es in kluger Berechnung so ein, daß seine Abgesandten nicht wieder abgewiesen wurden. Durch das Vorgeben, lediglich im Interesse der Kurfürstin Dorothea wegen der dänischen Frage verhandeln zu wollen, wußten sich des Pfalzgrafen Vertreter, Friedrich von Flersheim, der Burgvogt von Alzei[303], und ein Sekretär, bei den kaiserlichen Ministern Gehör zu verschaffen. Viel Erfolg hatte freilich auch

---

[300] Viglius, S. 107, Anm. 33.

[301] Über seine Haltung während des schmalkaldischen Krieges vergl. L. Müller: Nördlingen im schmalkaldischen Kriege, S. 98, Anm. 3 und S. 133 f. — Über seine Stellung zur Reformation vergl. Friedensburg, Bd. IX, S. 475, Anm. 1. — Vergl. auch Rott, S. 39, Anm. 85.

[302] Zwei Briefe des Kammerschreibers Georg Weißbrod an Friedrich. Ellwangen, 13. Oktober 1546. [M. St.-A., K. schw. 543/3, fol. 411 und 415 f.]

[303] Widder a. a. O., Bd. III, S. 14. Er hatte dieses Amt von 1545—1554 inne. — Über Friedrich von Flersheim, den Neffen des Bischofs Philipp von Speier, vergl. O. Waltz: Die Flersheimer Chronik (Leipzig 1874), S. 107. Als Begleiter des Prinzen von Oranien hatte er lange Zeit in den Niederlanden gelebt, sich auch dort die Kenntnisse in der französischen Sprache erworben, welche ihn jetzt zur Verhandlung mit dem Kaiserhof geeignet erscheinen ließen. — Nicht verwechseln darf man ihn mit seinem Oheim gleichen Namens, den Lehrer Kurfürst Friedrichs im Französischen, den langjährigen Diener des pfälzischen Hauses, der 1558 im 87. Lebensjahre starb. Vergl. Waltz: a. a. O., S. 103 ff.

diese Mission nicht. Jedoch für Friedrich war es dringend geboten, wieder engere Fühlung mit seinem mächtigen Verwandten zu gewinnen. Infolge von vertraulichen Mitteilungen vom Kaiserhofe über den bevorstehenden Einfall Herzogs Moritz von Sachsen in die Gebiete Johann Friedrichs wußte er bestimmt, daß die völlige Auflösung des protestantischen Heeres jeden Tag zu erwarten war, ganz abgesehen davon, daß die angebliche völlige finanzielle Erschöpfung der Schmalkaldener ein längeres Zusammenhalten der Truppen in Oberdeutschland unmöglich erscheinen ließ. Daß Karl jetzt seine Armee nicht auseinandergehen lassen werde, nachdem ihm die Bundesfürsten bereits durch den indirekt kund gegebenen Wunsch nach friedlicher Verständigung unverkennbare Zeichen ihrer beginnenden Mutlosigkeit gegeben hatten, stand für den Pfalzgrafen, der des Kaisers zähe Energie zur Genüge kannte, unzweifelhaft fest. Besonders aber hatten, so weit wir bei der Dürftigkeit der Quellen erkennen können, die kaiserlich gesinnten Räte am Heidelberger Hofe und die mehr dem Katholizismus zuneigende Richtung in der inneren Politik wieder die Oberhand gewonnen. Der Kurfürst selbst wird uns auch in dieser Zeit noch als der protestantischen Sache wohlgesinnt geschildert.[304] Doch einmal stärkte seine schwere

[304] Fagius an Bucer [Heidelberg], 9. Oktober 1546. Vom Kaiser sind Nachrichten gekommen, er wolle in der Pfalz, in der Gegend von Alzei, überwintern. Er kennt Friedrichs Antwort darauf nicht: «istud quidem scio esse in aula qui cum simulent se esse Landgravianos, maxime sunt Caesariani. Cum aliquid a Landgravio et a nostris in aulam venit, facile spargunt. Cum vero a Caesare aliquid scribitur, summum est silentium, nihil hic revelatur aut temere spargitur; facile cogitare potes, qui illi sint. Optimus est princeps, sed parum potest propter nobilitates suas et consiliarios aliquos.» [Straßburger Thomasarchiv 22, 2.] Die Notiz über Friedrich ist immerhin mit Vorsicht aufzunehmen, da Fagius damals daran lag, von seiner vorgesetzten Behörde in Straßburg seinen Urlaub nach Heidelberg verlängert zu bekommen (siehe folg. Anm.).

Erkrankung[305], welche ihn gerade damals für mehrere Wochen zur Teilnahme an allen Regierungsgeschäften nahezu unfähig machte, die Position der protestantenfeindlichen Elemente in seiner Umgebung, besonders aber mußte die nicht mehr abzuweisende Erkenntnis von der Überlegenheit der einheitlichen kaiserlichen Taktik und Diplomatie über die geteilte und zerfahrene schmalkaldische Bundesleitung auch dem Kurfürsten notgedrungen die Augen öffnen über die nunmehr einzuschlagende Politik. War nicht allenthalben in Oberdeutschland der allgemeine Abfall zu gewärtigen, sobald das schmalkaldische Heer abgezogen war? Mußte nicht das Beispiel der Fürsten, welche eine Verständigung mit dem Kaiser versucht hatten, in verhängnisvoller Weise nachahmend auf die Haltung der oberdeutschen Reichsstädte wirken, welche in ihren Grundtendenzen niemals kaiserfeindliche Politik getrieben, die für ihre Selbständigkeit weit mehr von der zusehends erstarkenden Territorialmacht der Fürsten zu fürchten hatten? Für Friedrich war es nunmehr entschieden das Klügste, da der Sieg der protestantischen Sache in Oberdeutschland doch nicht zu erringen gewesen war, vor den übrigen dortigen Mächten seine Versöhnung mit dem Kaiser zu verwirklichen. Nicht wenig zu diesem rechtzeitigen

[305] Fagius an den Rat von Straßburg. Heidelberg, 6. Oktober, pr. 11. Oktober 1546. Bittet um Verlängerung seines Urlaubs um vierzehn Tage, „damit die fürgenommene Reformation durch mein gegenwertigkait deſt stattlicher möge erlendet werden. Dann söllichs bißhere etwas ist suspendiret worden von wegen das Jr Churf. g. mehr dann ain Monat lang ist schwerlich kranck und gar zu Bett gelegen. Aber gott hab lob, sich mit Iren Ch. f. g. wider gebeſſert hat". [Straßburg, Thomasarchiv 22,2.] — Über Friedrichs Erkrankung vergl. auch State papers, Bd. XI, S. 359. — Lange scheint die Besserung in Friedrichs Befinden nicht angehalten zu haben: Anfangs November kursierte das Gerücht von seinem Tode. [Frankfurter Stadtarchiv. Ratsprotokoll, 23. November 1546: Der Stadtschreiber soll sich bei seinem Schwager Seb. Heuring in Heidelberg erkundigen, ob das von Justinian v. Holzhausen aus Ulm unter dem 16. November übermittelte Gerücht wahr sei; vergl. auch Viglius, S. 180, Anm. 10, sowie State papers, Bd. XI, S. 366.]

Einlenken wird auch die Mitteilung beigetragen haben, welche Karl dem Heidelberger Hof bereits Anfang Oktober machen ließ, und welche ein späterer Brief Bürens zu bestätigen schien, er beabsichtigte, in der Kurpfalz mit seinem Heere zu überwintern.[306] Im Interesse der pfälzischen Untertanen war unter diesen Umständen ein möglichst gutes Verhältnis zum Reichsoberhaupt dringend geboten. Waren doch die spanischen und italienischen Horden in des Kaisers Heer sogar in Freundesland der Schrecken der wehrlosen Bevölkerung.

Anfang November langten die kurpfälzischen Abgesandten, Friedrich von Flersheim und ein Sekretär, durch die Vermittlung von Friedrichs Bruder Heinrich, des Propstes zu Ellwangen, im kaiserlichen Lager an.[307] Den eigentlichen Zweck, die Genehmigung Karls zu des Kurfürsten persönlichem Erscheinen[308], erreichten sie nicht: der Kaiser weigerte sich

[306] Vergl. oben, S. 123, Anm. 304. — Bürens Brief vom 26. Oktober 1546 in der Universitätsbibliothek zu Heidelberg, Cod. Palm. Germ. VIII, fol. 13 f. Büren versuchte sich vornehmlich gegen das Friedrich hinterbrachte Gerücht zu verteidigen, er habe gesagt: «qu'il ny avoit foy ny loyaulte es palatins». Das sei nicht wahr. Ebenso widerlegt er die Angebereien, wonach er es gewesen sei, der den Kaiser gegen Friedrich aufgebracht habe. — Ein fester Punkt, wo Karl mit seinem Heere überwintern werde, war damals noch nicht ins Auge gefaßt. Nach State papers, Bd. XI, S. 342, glaubte man Anfang November in Frankfurt, die Winterlager würden in die Nähe von Regensburg verlegt, da dorthin von allen Seiten Lebensmittel geschafft würden [Mundt an Heinrich VIII.: 9. November]; nach einer andern Nachricht (ebenda, S. 343) war Württemberg zu diesem Zweck in Aussicht genommen.

[307] Zu Flersheims Sendung vergl. Viglius, S. 184 f. — Venetian. Dep., Bd. II, S. 89 und S. 93. — Friedensburg, Bd. IX, S. 337, Anm. 2. — Hortleder, Bd. II (1645), S. 505 [Absatz 7, vorletzte Zeile, muß es statt „nur" „nit" heißen]. — Druffel: Beiträge zur Reichsgeschichte, Bd. I, S. 26 ff. [der Brief nach einer Kopie (Ausf.: W. St.-A., Belgica 56) falsch datiert. Das Schreiben ist aus Lauingen vom 18. November, eine Nachschrift vom 21. November 1546]. — Fuggersche tagebuchartige Aufzeichnung: M. St.-A., K. schw. 543/3, fol. 104.

[308] Vergl. Fuggersche Aufzeichnung ca. Mitte November: Des Kaisers Antwort habe gelautet, „hab er sich gehalten, wie in geburt, so dorff er

ſtandhaft, ſowohl den abtrünnigen Freund wie auch ſeine Abgeſandten zu empfangen.[309] Von Granvella und Naves, denen Flersheim die Entſchuldigungen ſeines Herrn vortrug, indem er alle Schuld auf Philipp von Heſſen, der den Pfalzgrafen betrogen habe, abzuwälzen ſuchte, bekam er nur bittere Vorwürfe zu hören. Mit Recht fragten die kaiſerlichen Miniſter, warum denn Friedrich ſeine Truppen nicht ſchleunigſt abberufen habe, nachdem er von dem wirklichen Sachverhalt unterrichtet worden ſei? Nichts habe darauf des Kurfürſten Vertreter zu erwidern vermocht. Daß Friedrich bei dieſer Lage der Dinge nicht daran denken konnte, für ſeine Glaubensgenoſſen die Gnade des Kaiſers zu erwirken, iſt ſelbſtverſtändlich. Bald nach dem 15. November verließ Flersheim Karls Lager.[310]

b. Die politiſche Lage des Kaiſers nach der Preisgabe Ober-Deutſchlands durch die Schmalkaldener.

Trotz dieſer perſönlich abweiſenden Haltung Karls blieb es für Friedrich nach wie vor geboten, möglichſt bald ſeinen Frieden mit dem ſiegreichen Reichsoberhaupt zu machen. Entgegen kamen ihm bei dieſem Beſtreben die kaiſerlichen Miniſter, Granvella und beſonders der Vizekanzler Johann von

---

nit glait; wa nit, ſo wiß er wol, was ime zu thun ſey; darauff iſt er nit erſchinen".

[309] Granvella an Königin Maria. Lauingen, 29. November 1546. Ausf. [Decifrat]. «Sad. Mate nonobstant toutes remonstrances n'a voulsu voir ne ouir les deputez du conte palatin et leur fait respondre et dire ce que contient la lettre dicelle [am 18. November, ſ. oben Anm. 307], et est fort indigne contre led. palatin et a la verite avec tres grande cause; mais comme quil en soit, il nous emporte le tout pour le tout, d'avoir plus d'amys et gaigner gens, en separant les ennemys et leur empescher les adherens.» [W. St.-A. Belgica 56.]

[310] Naves an Leodius, 16. November 1546. [Heidelberg, Univerſitätsbibliothek. Pal. Germ. Cod. 837, fol. 32.] — Naves an Kurfürſt Friedrich. Lauingen, 17. November 1546. [Ebenda, Pal. Germ. VIII, fol. 5.]

Naves. Auch dieses Mal scheint in der Umgebung Karls wieder ein heftiger Kampf stattgefunden zu haben zwischen der Militärpartei und den diplomatischen Ratgebern des Herrschers. Daß die letzteren den Sieg davongetragen haben, muß bei einer Vergegenwärtigung der damaligen politischen Gesamtlage als selbstverständlich erscheinen.

Wohl war seit dem Abzug der Verbündeten von Giengen — 22. November — kein einheitliches gegnerisches Heer mehr vorhanden, welches dem Kaiser in Oberdeutschland die Spitze hätte bieten können. Den Feldzug hatte Karl durch seine zähe Energie unzweifelhaft gewonnen, sehr fraglich war aber noch das Wichtigere, eine rasche und ausgiebige Ausbeutung des Sieges. Nur durch Verhandlungen konnte dieses Ziel erreicht werden. Granvella hatte sicher das Gesamtbild der augenblicklichen politischen Lage im Auge, wenn er Ende November in einem Schreiben an Karls Schwester, Königin Maria[311], betonte, daß das vornehmste Ziel der kaiserlichen Politik sein müsse, mehr Freunde zu haben, indem man die Feinde trenne und ihnen ihre Anhänger abspenstig mache.

Trotzdem Karl seine militärische Überlegenheit im Felde bewiesen hatte, war er noch weit davon entfernt, über seine Gegner zu triumphieren. Er durfte nicht daran denken, mit Gewalt weiter vorzurücken. Abgesehen davon, daß seine Truppen, besonders die Italiener und Spanier, infolge der Unbilden des ungewohnten nordischen Klimas gesundheitlich in schlimmer Verfassung waren, war jeden Augenblick zu befürchten, daß Papst Paul III., wie nun einmal die Beziehungen zur Kurie standen, unter Berufung auf sein verbrieftes Recht seine Mannschaften aus dem kaiserlichen Lager abberufen werde. Ein Rückschlag auf die Verhältnisse in Italien, wo die Farnesen, trotz ihres Bündnisses mit dem Reichsober-

[311] 29. November 1546; vergl. oben, S. 126, Anm. 309

haupt, gegen die spanisch-habsburgische Herrschaft in dauernder bewußter Opposition standen, konnte kaum ausbleiben, zumal wenn König Franz I. von Frankreich sich diesen Gegensatz zu nutze machte und seine niemals vergessenen und aufgegebenen Ansprüche auf das Herzogtum Mailand zu verwirklichen suchte.

An langwierige Belagerungen der zum Teil wohlbefestigten oberdeutschen Reichsstädte war schon deshalb gar nicht zu denken, weil das kaiserliche Heer, auch die deutschen Truppen, längere Zeit der Ruhe bedurften, wenn Karl in einem zweiten Feldzuge seine beiden gefährlichsten Gegner, Johann Friedrich und Philipp, in ihren entlegenen Ländern aufsuchen und endgültig niederkämpfen wollte.

Aber noch mehr sprachen die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten für eine möglichst rasche, jedoch friedliche Dämpfung des Aufstandes in Süddeutschland. Der Kaiser mußte es geradezu als ein Wunder ansehen, daß der französische König bisher selbsttätig in den Krieg nicht eingegriffen hatte.[312] Franz I., ein kranker, schwacher Mann, dem nichts von jener zähen, alles durchsetzenden Tatkraft seines gewaltigen Nebenbuhlers um die Vorherrschaft in Europa innewohnte, hatte stets auf einen entscheidenden Sieg der Schmalkaldener gewartet, anstatt daß er durch lebhafte direkte oder indirekte finanzielle Unterstützung der Protestanten die Erfüllung dieses seines Wunsches nach Kräften ermöglicht hätte.

[312] Sehr richtig charakterisiert der jüngste Biograph des Kaisers Franz' I. Haltung in diesen entscheidenden Monaten: «At each fresh success of Charles, Francis I. would sulk or storm for a day and then form a project, but projects were all that he could made, he had lost the power of resolution. He still wandered from hunt to hunt, from one woman to another. By his death alone could he injure Charles, and this he delayed until Charles was within reach of victory.» [Edward Armstrong: The Emperor Charles V., Bd. II (London 1902), S. 159.]

An diplomatischen Verhandlungen hatte er es allerdings während all der Monate nicht fehlen lassen, besonders, seitdem dem Kaiser das Kriegsglück immer mehr zulächelte. Doch seinem großen Plan[313], halb Europa gegen Karl mobil zu machen, fehlte das Notwendigste: der gute, entschlossene Wille seines Urhebers und das Vertrauen der zukünftigen Bundesgenossen in die Dauerhaftigkeit und mehr noch in die Aufrichtigkeit der französischen Politik. Gefährlich und besonders beunruhigend blieben diese Versuche gleichwohl für den Kaiser, da er inmitten der noch schwebenden Unterhandlungen das klägliche Ergebnis derselben vorläufig nicht zu übersehen vermochte.

In diesen großen Bündnisplan gegen das Reichsoberhaupt wurde auch Pfalzgraf Friedrich indirekt mit hineingezogen. Wir erwähnten bereits, daß König Franz noch vor Ausbruch des schmalkaldischen Krieges des Kurfürsten Ansprüche auf den dänischen Thron sich zu einer politischen Annäherung zu nutze gemacht hatte; diese Verbindung war während der folgenden Monate niemals ganz unterbrochen worden.

Des Pfalzgrafen Interesse an jenem nordischen Reich war in erster Linie finanzieller Natur[314]: ihm und noch mehr seinen Ratgebern kam es hauptsächlich darauf an, eine möglichst hohe Entschädigungssumme für den Verzicht auf seine vermeintlichen Rechte herauszuschlagen. Unterstützt wurde er in diesen Bestrebungen durch seine ehrgeizige Gemahlin Dorothea, welche das stolze Bewußtsein, Erbin dreier Königreiche zu sein[315], nicht leichten Kaufes fallen lassen mochte. Eifrigst

[313] Über diesen Bündnisplan und die beabsichtigten kriegerischen Unternehmungen vergl. des englischen Staatssekretärs Paget Mitteilungen an den kaiserlichen Botschafter in London. Historische Zeitschrift, Bd. 36, S. 73. [Baumgartens Aufsatz: Zur Geschichte des schmalkaldischen Krieges.]

[314] Schäfer: Geschichte Dänemarks, Bd. IV, S. 472.

[315] Vergl. Neues Archiv für Geschichte der Stadt Heidelberg, Bd. III, S. 28, auch Anm. 2: „rechts das Wappen der Kurfürstin mit D. G. K.

war sie bemüht, die Erinnerung an ihre königliche Abstammung nach außen hin in der breiten Öffentlichkeit möglichst wach zu halten; in der Pfalz nannte man sie allgemein die Königin.[316]

Die Politik der Heidelberger Räte war um so berechtigter, als Friedrichs Ehe mit Dorothea bisher kinderlos geblieben und auch kaum noch Aussicht auf Nachkommenschaft vorhanden war, seine Ansprüche also mit dem Tode seiner Gemahlin in nichts zusammenfielen. Mit Recht machten die kurpfälzischen Räte auf dieses vorübergehende, lediglich dynastische Interesse der Kurpfalz an Dänemark ihren Herrn in nachdrücklichen Worten aufmerksam[317], sogar durch die kaum mögliche Aussicht, König Christiern II. könne nach der Entlassung aus seiner Haft durch eine abermalige Verheiratung einen Sohn bekommen, suchten sie Friedrich von allzu ausgreifenden und kostspieligen Plänen abzuschrecken.[318]

Z. D. [Dorothea, geborene Königin zu Dänemark]". Vergl. ebenda, S. 27, die bekannte Inschrift aus dem Jahre 1546 am Ruprechtsbau des Heidelberger Schlosses:

„Sein Gemahell von koniglichem Stam
Fraw Dorothea ist ir nam
geporn Princessin aus Denmarkh
Norwegen, Sweden, drei Kongreich starkh".

316 Scepper an Königin Maria, 9. Dezember 1546: «la contesse palatine que lon appelle en ce pays Royne». [W. St.-A., Belgica 59.] — Vergl. auch Fagius' Brief, oben, S. 27, Anm. 70, sowie Merkle: Concilium Tridentinum, Bd. I, S. 231: D. wird bezeichnet [Sommer 1545] «giovane assai bella et di aspetto veramente regio».

317 Philipp an Johann Friedrich, undatiert, ca. 20. Dezember 1545. Zettel. Bericht über Riedesels Werbung: „Item — wilchs er (Riedesel) aber doch vertreuelich meldet — sie die pfalzischen rithen im [Friedrich] nit, sich umb Denmarck anzunemen, und do ers hett, wer es weder sein aber der pfaltz gedeien aus vilen statlichen ursachen, die er wist dorzethun". [M. A., Schmalkaldischer Bund 1545/46.] Vergl. auch folgende Anm. über Riedesels Werbung vergl. Hasenclever: Die Politik der Schmalkaldener, S. 191, bes. Anm. 21, sowie Herberger: Schertlins Briefe (Augsburg 1852), S. 34. — Zur Haltung der Räte vergl. auch Straßburg, Bd. III, S. 693.

318 Vergl. das interessante Protokoll des kurfürstlichen Rates über eine

Gekreuzt wurden Friedrichs Absichten durch seinen gefangenen Schwiegervater selbst, zu dessen ehrenvoller Befreiung sich der Pfalzgraf all die Jahre her angeblich abgemüht hatte. Christiern II. war ein gebrochener Mann, der langen Gefangenschaft müde. Seines Nebenbuhlers, Christian III., Verhältnis zu Kaiser Karl, von dem er stets Hülfe erwartet hatte, benahm ihn jeder Hoffnung auf Unterstützung von seiten seines kaiserlichen Schwagers.[319] Sein persönliches Interesse am dänischen Thron war schon seit langer Zeit nahezu geschwunden, da sein einziger Sohn Hans bereits in jungen Jahren gestorben war.[320] So leitete er denn, wie er be-

Verhandlung in der dänischen Frage. Undatiert. [Zeit: Ende Oktober oder Anfang November; kurz vor Flersheim Sendung zum Kaiser.] Heidelberg: Universitätsbibliothek. Cod. Pal. Germ. VIII, fol. 31 ff. Die Handschrift ist die gleiche wie die in dem oben, S. 19, Anm. 41, erwähnten Protokoll.

[319] Mit Karl muß Christiern nicht zum besten gestanden haben, wenigstens riet ihm Friedrich, er solle „verdacht sein, sich gegen der keiss. mt. zu demutigen, ob sie derselben in etwas zu ungefallen gewest weren, solchs fürbas von sich zu laden, auch Irer keisse. mt. ietzo zu suchen, dieselbig fruntlich und dienstlich zu biten, das Ir mt. seiner koni. wirden lang erduldte komernus und schmertzen mit christenlichen augen ansehen und als der her und schwager in diesem werck verhilflich sein. Dan sein kon. wurde wolten sich got und irer keisse. mt. aus höchster zuversicht bewolhen haben." [Memorial für Friedrichs Gesandte an König Christiern. s. d. Der ganze Ton des Aktenstückes, besonders die devoten Ausdrücke über den Kaiser verweisen dasselbe in die Zeit kurz vor oder nach der Versöhnung. Heidelberg. Universitätsbibliothek. Cod. Pal. Germ. VIII, fol. 19 f.; dasselbe Aktenstück befindet sich auch Cod. Pal. Germ. 839, fol. 408 ff.]

[320] Herzog Heinrich von Mecklenburg an Friedrich. Wharne, Freitag nach vincula Petri (= 6. August) 1546. — Heidelberg. Universitätsbibliothek. Cod. Pal. Germ. VIII, fol. 15 f. Christierns Beweggründe zum Friedensschluß: „Weil sein einiger Szoen von dieser welt erfordert und Konig Christian zu einem Konige zu Dennemarck und Norwegen erwelt worden, und er nun mit einem loblichen hohen alter beladen, darumb ime ungelegen, sich mit grosser mue und sorge zu beschweren . . . ." Christierns Sohn starb am 11. August 1532 im Alter von 14 Jahren in den Niederlanden; vergl. Schäfer: Geschichte Dänemarks, Bd. IV, S. 194. — Über Karls V. Verhältnis zu seinem Schwager Christiern II. vergl. besonders seine charakteristische Äußerung anläßlich des Todes des Prinzen Hans [nach der Kor-

teuerte[321], aus eigenem Antrieb und freiem Willen Verhandlungen mit König Christian III. ein und fand geneigtes Entgegenkommen, da für den Dänenkönig seit dem Speierer Maivertrag vom Jahre 1544 dieser Gegner kaum noch zu fürchten war, wenn er selbst nur die Bestimmungen jenes Abkommens strikte befolgte. Hatte Christian doch seit dem erlangten Einverständnis mit dem Kaiser seinem Gefangenen bereits etwas mehr Bewegungsfreiheit zugebilligt.

Über die Bedingungen scheint man schnell ein Einvernehmen erzielt zu haben[322]: Christiern II. verzichtet auf seine Ansprüche auf den dänischen Thron, erkennt damit seinen Gegner an, wird allerdings noch fernerhin in Haft gehalten, doch erlangt er die Möglichkeit zu standesgemäßem Leben. Seine Töchter werden vornehmlich durch Geldsummen, welche unter dem Namen einer Mitgift ausgezahlt werden, abgefunden. Das Abkommen soll durch Kurfürst Friedrich, als Vertreter seiner Gemahlin Dorothea, und durch die andere Tochter König Christierns, die verwitwete Herzogin Christine

---

rektur von Schäfer: Geschichte Dänemarks, Bd. IV, S. 194, Anm. 3; vergl. Lanz: Korr. Karls V., Bd. II, S. 3]: «Je crois, que vous [Königin Maria] savez, ou lon dit quil [Christiern II.] est. Si dieu nen est offence, je voudrois, quil fut au lieu de son filz, et le fils[a] bien receu au royaume.» — Über Karls Verhältnis zu Christiern II. nach dem schmalkaldischen Kriege vergl. Weiß: Papiers d'état du cardinal de Granvelle, Bd. III, S. 307 f.

[a] Fehlt bei Lanz.

[321] König Christiern II. an die Kurfürstin Dorothea. Sonderburg, 12. September 1546. Hat sich mit Christian „aller gebrechen aus freundtlichem und eigenem bewegen, freywillig und nicht aus bedrancknus, wie e. l. villeicht vormeynen, freundlichen vertragen und gentzlichen verglichen". Heidelberg. Universitätsbibliothek, Cod. Pal. Germ. VIII, fol. 23 ff., mit eigenh. Unterschrift. Ebenda derselbe Brief in französischer Kopie, vielleicht für die Herzogin Christine von Lothringen bestimmt, ohne Unterschrift; beide Male das Jahr 1547 angegeben.

[322] Die Bedingungen ergeben sich u. a. aus Karls Schreiben an Königin Maria bei Druffel: Beiträge zur Reichsgeschichte, Bd. I, S. 26.

von Lothringen, ratifiziert werden. So sah sich denn der Kurfürst auch von der anderen Seite wieder in die dänischen Streitigkeiten hineingezogen.

Vorläufig, solange das Verhältnis zum Kaiser noch ganz ungeklärt war, nahm er überhaupt keine Stellung zu der Frage, wenn er auch mit König Franz, wie erwähnt, in diplomatischer Verbindung blieb. Die Hineinbeziehung der Herzogin Christine von Lothringen gab ihm die erwünschte Veranlassung, eine endgültige Antwort, auf welche sein Schwiegervater in direkten Briefen wie durch Vermittlung anderer naturgemäß drängte, nach Möglichkeit hinauszuschieben. Erst im November, als es um die Sache der Schmalkaldener bereits schlimmer zu stehen begann, erinnerte sich Friedrich der Mahnungen seines Schwiegervaters und ließ durch seinen Abgesandten Friedrich von Flersheim die ganze Angelegenheit dem Kaiser vortragen. Damit gab er die persönliche Selbstbestimmung in dieser für ihn so wichtigen Frage aus der Hand, freilich erkaufte er sich dadurch die bisher vergeblich erstrebte unmittelbare politische Verbindung mit dem kaiserlichen Kabinett. Es war der erste Preis, welchen Friedrich für seine Versöhnung mit dem beleidigten Reichsoberhaupt zahlte, für Karl ein nicht zu unterschätzender diplomatischer Erfolg, da somit die Regelung der besonders für die wirtschaftliche Sicherheit der Niederlande so wichtigen nordischen Frage wieder ausschließlich in seine Hände gelegt wurde.

Der Kaiser[323], welcher ein Einverständnis zwischen dem Pfalzgrafen und dem König von Frankreich fürchtete, verhielt sich des Kurfürsten Anregungen gegenüber durchaus spröde, um auf diese Weise seinen alten Freund noch mehr einzuschüchtern und seine Beziehungen zu Franz I. zu lockern. Da er

[323] Vergl. zum folgenden Druffel: Beiträge zur Reichsgeschichte, Bd. I, Nr. 66.

offiziell von den Abmachungen Christierns II. mit dem Dänenkönig nicht verständigt worden sei, könne er in der Angelegenheit keine Schritte tun. Unter der Hand beauftragte er allerdings seine Schwester Maria, die Statthalterin der Niederlande, durch einen besonderen Abgesandten die Machenschaften in Dänemark scharf überwachen zu lassen, in erster Linie, um zu verhindern, daß Christian III., durch französische Umtriebe bewogen, seinen in Speier eingegangenen Verpflichtungen untreu werde.

Solche Befürchtungen Karls waren durchaus unbegründet. Auf der Grundlage des Speirer Vertrages vom 23. Mai 1544 bewegte sich Dänemarks gesamte auswärtige Politik in den Zeiten des schmalkaldischen Krieges. Man kann dieselbe nicht anders als wohlwollende Neutralität für das kaiserliche Kabinett bezeichnen.[324] Gleich zu Beginn der Rüstungen verständigte Christian die schmalkaldischen Bundesfürsten über seine Beziehungen zu ihrem Gegner. Er gab sich sogar den Anschein, Karls Versicherungen, der Krieg gelte nicht der Religion, Glauben zu schenken.[325] Soweit es in des Dänenkönigs Macht stand, schützte er des Kaisers Untertanen gegen Vergewaltigungen ihrer Gegner; ihn als seinen zuverlässigen Freund zu betrachten, bat er den Kaiser.

---

[324] Vergl. zum folgenden Christian III. an Kaiser Karl s. d. [Heidelberg. Universitätsbibliothek, Cod. Pal. Germ. VIII, fol. 31 ff.], die Antwort auf des Kaisers Schreiben aus Regensburg vom 23. Juni 1546 bei Lanz: Korrespondenz Karls V., Bd. II, S. 503 ff. — Das Schreiben kam nach Viglius, S. 54, am 14. August im kaiserlichen Hauptquartier an. Über den Inhalt waren wir im allgemeinen unterrichtet durch des Kaisers Angabe bei Druffel: Beiträge zur Reichsgeschichte, Bd. I, S. 27 (vergl. Ribier, Bd. I, S. 604, Mitteilungen du Fresses, die auch auf Karl zurückgehen), und durch Fuggers Meldung bei Viglius, S. 64, Anm. 21.

[325] „wissen E. kay. mt. der christlichen neygung und dergestalt von dem almechtigen begabt, das die dermassen der Religion halben sich nit bewegen lassen".

Dieser Richtschnur blieb Christian auch später treu: während er Karl sofort von seinem Abkommen mit König Christiern in Kenntnis setzte und ihn um seine Vermittlung bei den ferneren Verhandlungen bat, wußte er jegliche Einmischung des Königs von Frankreich in diese Beratungen in nicht mißzuverstehender Weise zurückzuweisen.[326] So scheiterte denn zu Beginn des Jahres 1547 Franz' I. großer Bund gegen Kaiser Karl vollständig an der allenthalben überlegenen politischen Position seines gewaltigen Rivalen: Heinrich VIII. versagte sich, indem er gleichzeitig die Anschläge der Franzosen dem kaiserlichen Kabinett verriet, Christian III., den die französischen Politiker in letzter Stunde durch eine Heirat zwischen seinem Sohne mit der Schottenkönigin Maria Stuart hatten ködern wollen[327], widerstand allen Verlockungen, und Schottland allein vermochte an den europäischen Verhältnissen nichts zu ändern, ganz abgesehen von der notwendigen stetigen Rücksichtnahme auf das benachbarte England, sowie auf die inneren Wirren, von welchen das Land durchtobt wurde.[328] Daß bei solchen korrekten Beziehungen zwischen Kaiser Karl und Christian III. Friedrichs Hoffnungen wenig Aussicht auf Erfüllung hatten, ist klar. Andererseits war eine gute Behandlung des Pfalzgrafen das beste Mittel, den König von Dänemark

[326] Antwort Christians III. an du Fresse. Lund, 25. September 1546. Berichtet über die einzelnen Punkte des Abkommens mit Christiern, „welliche puncten der konig von Frankreich nit sol achten, das von notten widerumb zu bewegen oder zu verhandeln". [Heidelberg. Universitätsbibliothek, Cod. Palm. Germ. 839, fol. 199 ff.]

[327] Ribier, Bd. I, S. 600. — Daß nach dem Scheitern des oberländischen Krieges Christian III. den beiden schmalkaldischen Bundeshauptleuten jegliche Unterstützung versagte, war eine Konsequenz seiner bisherigen Haltung; vergl. Christian an Johann Friedrich und Philipp, 11. Januar 1547. [W. A., Reg. J., p. 743. A. A., Nr. 9.] — Vergl. des französischen Botschafters Mesnages Mitteilung vom 16. Januar 1547, wonach Christian damals Karl abermals seiner Anhänglichkeit versicherte [Ribier, Bd. I, S. 592].

[328] Ribier, Bd. I, S. 600.

ſtrikte an die Beſtimmungen des Speirer Vertrages zu feſſeln, da alsdann Chriſtian nur um ſo mehr auf den dauernden Beſtand der kaiſerlichen Gunſt angewieſen war, er mithin um ſo ſicherer in das Fahrwaſſer der habsburgiſchen Staatskunſt hineingelenkt wurde. Denn mit einer Politik gegen Karl ließen ſich nach dem Scheitern des oberländiſchen Feldzuges für die proteſtantiſche Sache vorläufig nur höchſt zweifelhafte Erfolge erringen.

Doch der entſcheidendſte Grund für Karl, den Bitten Friedrichs um Begnadigung Gehör zu ſchenken, war die Rückſichtnahme auf die Niederlande: innere und äußere Verhältniſſe ſtanden hier in lebendigſter Wechſelwirkung.

Es iſt bekannt, welche ungeheuren Geldſummen[329] zum ſchmalkaldiſchen Kriege die Bereitwilligkeit der niederländiſchen Stände beigeſteuert hatte, wie erſt im Hinblick auf dieſe gewaltigen Unterſtützungen der Kaiſer das kühne Unternehmen hatte beginnen können. Dieſe ergiebige Quelle drohte nunmehr zu verſagen. Karls Krieg gegen die geldmächtigen oberdeutſchen Kommunen, welche in ſo lebhaften Handelsbeziehungen zu den kaiſerlichen Erblanden ſtanden, hatte bereits ſeit langer Zeit eine große Panik an dem wichtigſten Punkte des Landes, in Antwerpen, hervorgerufen.[330] Jetzt wollte der Kaiſer zu einem, wie er meinte, vernichtenden Schlage gegen die proteſtantiſche Handelswelt Deutſchlands ausholen, indem er befahl, ſämtliche in ſeinem Machtbereich befindlichen Güter derſelben mit Beſchlag zu belegen, und gegen die Untertanen der aufſtändiſchen evangeliſchen Fürſten und Städte einzuſchreiten. Während dieſes Machtgebot auf

---

[329] Vergl. Henne: Histoire du règne de Charles-Quient en Belgique, Bd. VIII, S. 273.

[330] Hiſtoriſche Zeitſchrift, Bd. XXXVI, S. 77, Anm. 1. — [Baumgartens Aufſatz zur Geſchichte des ſchmalkaldiſchen Krieges.]

spanischem Boden bereitwilligst befolgt worden war[331], versagte sich diesem gewaltsamen Vorgehen nicht nur die niederländische Regierung, sondern, was auf Karl einen noch viel tieferen Eindruck machen mußte, auch seine treueste Gehülfin in der Durchführung seiner großen Pläne, seine Schwester Maria[332], die verwitwete Königin von Ungarn, die Statthalterin der Niederlande. Sie stellte[333] ihrem kaiserlichen Bruder durch einen eigenen Abgesandten, den Staatsrat Duplicius Kornelius Scepper[334], einen erprobten Diener des habsburgischen Hauses, in dürren Worten die Kabinettsfrage: falls Karl auf seinem Befehle beharre, könne sie es mit ihrer Ehre und mit ihrem Gewissen nicht mehr vereinigen, auf dem ihr anvertrauten Posten länger zu verbleiben. Man begreift, einen wie peinlichen Eindruck dieser bündige Bescheid in diesem Augenblick auf Karl machen mußte, als Einigkeit im kaiserlichen Lager als Gegengewicht gegen das allseitige Auseinanderstreben der protestantischen Kräfte so dringend not tat.

---

[331] Egelhaaf: Deutsche Geschichte im 16. Jahrhundert, Bd. II (Stuttgart 1892), S. 475. — Vergl. Ranke: Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation, Bd. IV[6], S. 334, Anm. 1. — Nach Karls Brief an Ferdinand vom 9. November wäre die Handelssperre auch in den Niederlanden genau befolgt worden. [Druffel: Beiträge zur Reichsgeschichte, Bd. I, Nr. 63.]

[332] Über das Verhältnis zwischen Karl und Maria vergl. O. Waltz: Die Denkwürdigkeiten Karls V. (Bonn 1901), S. 13 f.

[333] Sceppers Sendung und Instruktion bereits erwähnt in Königin Marias Schreiben an Karl V., d. d. Binche, 10. Januar 1547. [Druffel: Beiträge, Nr. 77, S. 36.]

[334] Zur Literatur über Scepper vergl. Förstemann und Günther: Briefe an Desiderius Erasmus von Rotterdam [Beihefte zum Zentralblatt für Bibliothekswesen XXVII], S. 416 f.

[335] «Et quant a la royne, elle ne peult en facon nulle executer ne commander faire la confiscation ny interdiction, sans bailler terme pour eulx retirer, voiant la sehurte quelle a baillee ausd. merchands, sans trop grandement blesher sa conscience et son honneur, le que pour mourir ne vouldroit faire. Parquoy en ce cas fauldroit que sa ma[te] commist aultre et ne luy seroit honorable, apres luy estre fait ung tel deshonneur, de demourer en ceste charge.» [Sceppers Instruktion s. folg. Anm.]

Hatte schon die Statthalterin zu Beginn des Krieges gefürchtet, daß die reichsten Kaufleute Antwerpens, welche in ihrer überwiegenden Mehrzahl Deutsche waren, auf und davon gehen würden, so hätte die strikte Durchführung dieses kaiserlichen Machtgebotes solche Besorgnisse unbedingt wahr gemacht, falls nicht durch die Ereignisse auf dem Kriegsschauplatz die baldige Unterwerfung der reichen Handelsemporien unter den Willen des Kaisers zu erwarten war. Mit Recht betonte Maria[336], daß durch eine derartige Auswanderung die Niederlande ihrem vollständigen Ruin entgegengeführt würden, daß sie alsdann für Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung unter der Bevölkerung nicht mehr bürgen könne. Die vertriebenen Handelsherren würden sich mit ihrer gesamten Geldmacht in die benachbarten Konkurrenzländer, nach England, Frankreich oder gar in das protestantische Hamburg wenden.

Es war ein düsteres Bild, welches die Statthalterin ihrem kaiserlichen Bruder über die augenblicklichen und voraussichtlich zukünftigen Verhältnisse in den ihr anvertrauten Gebieten schilderte, unbestreitbar schätzte sie den Glaubensmut und die Widerstandsfähigkeit der oberdeutschen Kommunen und ihrer reichen Kaufleute gar zu hoch ein. Doch was aus ihrer beredten Darlegung der Sachlage unzweifelhaft hervorging, war

---

[336] Sceppers Instruktion vom 30. November 1546 [Ausf. W. St.-A., Belgica 59; eine moderne Kopie, Br. A., Papiers d'état et de l'audience, Nr. 70, p. 154 ff.]. Am 15. Dezember langte Scepper am kaiserlichen Hoflager an [Viglius, S. 213], also gerade in den Tagen, als man nach den Besprechungen in Ellwangen noch über den persönlichen Empfang Kurfürst Friedrichs durch Karl beriet. — Schon vorher — Ende Oktober — hatte Maria ihren Bruder auf die gefährdete wirtschaftliche Lage der Niederlande aufmerksam gemacht. «. . . . estans les affaires de la Germanie en lestat quelles sont, et voz pays tant apovries, et voz finances tant a larriere, et largent en Anvers si estroit, que a difficulte ou y scet riens tirer . . .» [Histor. Zeitschr. Bd. 36, S. 74.]

die Unlust bei Regierung und Bevölkerung, noch größere materielle Aufwendungen für die schier endlosen Kriege des Kaisers zu machen. Am Rande des Verderbens standen diese reichen Lande, wie Maria glauben machen wollte, wahrlich noch lange nicht, aber der Unwille gegen die kostspielige und im Grunde genommen die wirtschaftlichen Interessen der Niederlande eher schädigende als fördernde Politik Karls begann doch schon sich bemerkbar zu machen, vielleicht auch, daß gewisse protestantische Neigungen in der Bevölkerung diesen Widerwillen, welcher in recht materiellen Gründen seinen ersten Ursprung hatte, möglicherweise noch halb unbewußt in sympathisches Mitgefühl mit den bedrohten Glaubenskämpfern in Deutschland umprägten. Deshalb entsprach die energische Mahnung der Statthalterin zum endgültigen Frieden entweder mit den deutschen Protestanten oder mit König Franz von Frankreich, von dem man stets eines Angriffes auf die infolge der sonstigen Kriege des Kaisers von Verteidigungsmitteln zu sehr entblößte Heimat gewärtig war, der allenthalben herrschenden Stimmung. Die Gefahren, welche den Niederlanden aus einem gemeinschaftlichen Angriff von Deutschland und Frankreich aus drohten, waren allerdings nicht zu unterschätzen. Dieses Land, dessen hauptsächlichster Reichtum in seinem blühenden Handel bestand, konnte freilich am besten in friedlichen Zeiten die natürlichen Kräfte seines Wohlstandes, seine günstige Lage am Meer mit einem reichen, ausgedehnten Hinterlande, voll ausnutzen.

c. Friedrichs Reise zum Kaiser und ihre Begegnung in Schwäbisch-Hall.

Das war die gesamtpolitische Lage des Kaisers, als Kurfürst Friedrich zum drittenmal den Versuch machte, den unterbrochenen persönlichen Verkehr mit dem alten Freunde wieder

anzuknüpfen, dieses Mal nicht ohne Erfolg. Nur wenn man sich diese Schwierigkeiten vergegenwärtigt, welche sich aus Karls internationalem System in Verbindung mit seiner noch durchaus unsicheren Lage innerhalb Deutschlands erhoben, wird man erst seine nach allen Seiten hin versöhnliche Politik während der nächsten Wochen verstehen.

Ob Granvella und besonders Friedrichs eifrigster Fürsprecher am Kaiserhof, der Vizekanzler Naves, ihm durch Flersheim mündliche Ratschläge über die Art und Weise seiner Annäherung gegeben haben, wissen wir nicht. Als der Kurfürst am letzten Tage des November mit großem Gefolge[337] von Heidelberg aufbrach, und sich in langsamem Zuge dem Hauptquartier Karls näherte, wußte er noch nicht, ob er überhaupt empfangen werden würde. Peinlich mußte ihn deshalb die Möglichkeit einer Begegnung mit dem auf dem Rückzug befindlichen sächsischen Kurfürsten Johann Friedrich berühren. Persönlich scheint Friedrich ihm ausgewichen zu sein, doch konnte er nicht umgehen, ihn durch seinen Rat Heinrich Riedesel in Heilbronn begrüßen zu lassen.[338] Am Kaiserhof verbreiteten seine Gegner sofort die schlimmsten Gerüchte über

[337] Wer Friedrich begleitet hat, vermag ich nicht genau anzugeben. Nachweisbar sind sein Bruder Wolfgang [vergl. Biglius, S. 212: 9. Dezember 1546 u. S. 225, Anm. 29, sowie Scepper an Königin Maria. Hall, 21. Dezember 1546. [Ausf. W. St.-A., Belgica 56, Kopie ebenda, Kopialband 30/3], Kanzler Hartmann, Affenstein, Fleckenstein, Leodius. Helmstadts Anwesenheit schließe ich aus Egelhaaf: Deutsche Geschichte im 16. Jahrhundert, Bd. II, S. 476. Die Nachricht Egelhaafs über den Kniefall Helmstadts und Hartmanns, fußend auf Fr. Dürr: Heilbronner Chronik (Heilbronn 1896), S. 104 [vergl. auch neuerdings Widmans Chronik (Württemb. Geschichtsquellen, Bd. VI), S. 316], habe ich in den gleichzeitigen Berichten vom kaiserlichen Hoflager nirgends erwähnt gefunden. Nach Serristoris Bericht — Friedensburg, Bd. IX, S. 637 — befanden sich in Friedrichs Gefolge 200 Reiter.

[338] Johann Friedrich an Philipp. Lager zu Neckarsulm, 4. Dezember, pr. Zapfenburg, 11. Dezember 1546. Ausf. [M. A. Sachsen-Ernest. Linie, Dezember 1546.]

fröhliche Feste, welche er mit dem Landgrafen noch in Heidelberg gefeiert habe.[339] Allerdings wurde er von diesem persönlich besucht und um seine Vermittlung beim Reichsoberhaupt gebeten.[340]

Granvellas Politik bestand vornehmlich darin, den Pfalzgrafen möglichst bald zur Unterwerfung unter das Reichsoberhaupt zu bringen. Die Unterhandlungen, in denen er damals bereits mit Herzog Ulrich von Württemberg und Vertretern von Ulm stand, konnten durch die vollendete Tatsache einer Begnadigung Friedrichs nur gefördert werden. Die Bedingungen, welche er dem Pfalzgrafen aufzuerlegen beabsichtigte, waren deshalb milde genug: Anerkennung des kaiserlichen Bannes gegen Johann Friedrich und Philipp, natürlich Aufgabe jeglicher Verbindung mit seinen früheren Bundesgenossen und Unterstützung des Kaisers bei seinen ferneren Unternehmungen. Die religiöse Frage war, getreu der sonstigen vorläufigen Politik Karls, gar nicht erwähnt, zum Ent-

[339] Daß Philipp sich in Heidelberg aufgehalten hat, ist sicher [vergl. Bericht über Friedrichs Verhandlung mit dem Kaiser, 28. Dezember 1546; M. St.-A., K. schw. 543/3, fol. 750 f., sowie Druffel: Beiträge zur Reichsgeschichte, Bd. I, Nr. 70]. Brandenburg: Moritz von Sachsen, Bd. I, S. 507 f., stellt es noch als fraglich hin. In der Stimmung, fröhliche Feste zu feiern, ist der Landgraf wohl kaum gewesen nach den Ereignissen der letzten Zeit, besonders nach seinem jüngsten vergeblichen Besuch bei Herzog Ulrich. Anfang Dezember war er bereits wieder in Hessen. Die Nachrichten Mocenigos über eine Begegnung der beiden Bundeshauptleute mit Friedrich [Venetian. Dep., Bd. II, S. 113, Anm. 2, S. 114] beruhen auf ungenauer Information.

[340] Auch Ottheinrich vermied damals geflissentlich mit Johann Friedrich zusammenzutreffen, wahrscheinlich auf Weisungen seines Oheims hin. [Vergl. Johann Friedrich an Ottheinrich. Ladenburg, 7. Dezember 1546. M. St.-A., K. blau 93/9, fol. 13 ff.] Daß unter diesen Umständen Johann Friedrichs kühner Vorschlag, Lauingen wieder zu besetzen, dort Granvella und Naves „auch andere mehr trefliche leut" aufzuheben, sowie des Kaisers Geschütz wegzunehmen, bei dem Pfalzgrafen wenig Anklang fand, läßt sich begreifen. [Ebenda, fol. 14.] Schon acht Tage früher — am 30. November — hatten Statthalter und Regenten von Ulm aus bei Ottheinrich denselben Gedanken angeregt. [M. St.-A., K. blau 95/4, fol. 13.]

ſetzen des bei dieſen Verhandlungen gefliſſentlich zurückgedrängten päpſtlichen Nuntius Verallo, der gerade gegen den abtrünnigen Pfalzgrafen am liebſten ein möglichſt ſcharfes Vorgehen geſehen hätte.[341] Da Granvella befürchtete, daß ſeine alleinige Hinzuziehung zu den Beſprechungen in Friedrich unangenehme Erinnerungen wegen des Speirer Vertrages mit König Chriſtian III. von Dänemark wachrufen könne[342], und daß deshalb der Kurfürſt ihm nicht mit vollem Vertrauen entgegenkommen werde, ging er ſo weit, den Kaiſer zu bitten, den Vizekanzler Naves, der auf der gegneriſchen Seite in hoher Gunſt und großem Anſehen ſtand[343], ebenfalls zur Begegnung abzuordnen.

Hätten die kaiſerlichen Miniſter Friedrichs Stimmung gekannt, ſie würden kaum ſolch große Vorſichtsmaßregeln getroffen haben. In ſeinem unverwüſtlichen Optimismus hoffte er allein ſchon durch ſein perſönliches Erſcheinen bei Karl alles wieder ins Gleiche bringen zu können.[344] Erſt in Ellwangen, als Granvella und Naves am 10. Dezember mit ihm verhandelt hatten, wurde er ſich der großen Schwierigkeiten bewußt, welche ſeiner Verſöhnung mit dem alten Freunde noch hindernd im Wege ſtanden.[345] Nach außen hin gab man

[341] Friedensburg: Bd. IX, S. 381, Anm. 1, ſowie S. 391.

[342] Granvella an den Kaiſer. Nördlingen, 7. Dezember 1546. Ausf. z. T. Decifrat. [Br. A., Papier d'état et de l'audience liasse, Nr. 32.]

[343] Granvella an den Kaiſer. Nördlingen, 5. Dezember 1546. Ausf. z. T. Decifrat. [Br. A., ſiehe vorige Anm.]; vergl. Friedensburg, Bd. IX, S. 384, Anm. 2. Naves ſei in Ellwangen geweſen, «mandato da Sua Maestà». — Über des Reichsvizekanzlers Beziehungen zum pfälziſchen Hof vergl. Viglius van Zwichem an L. v. Score, Worms, 3. Mai 1545, in: Hoynck van Papendrecht: Analecta Belgica, Bd. II, p. 1 (Haag 1743), S. 329 und S. 331.

[344] Vergl. Leodius, S. 266, «quod [die Bitte um Verzeihung] facile factu existimabant [die Pfälzer], quia longum bellum restare videbatur Suae Maiestati».

[345] Kanzler Hartmann an Ottheinrich. Ellwangen, 13. Dezember 1546: „dann ytz hie kain ſach [über Neuburg] zuhandln, ſolang bis man beſchaid

der Begegnung das Gepräge gegenseitiger Hochachtung und Wertschätzung[346], hauptsächlich wohl, um die fremden Beobachter[347] über den wirklichen Stand der Dinge zu täuschen. In privater Unterredung dagegen hielten die kaiserlichen Minister mit ihren schweren Vorwürfen gegen die Politik der Heidelberger Regierung nicht zurück.

Die Entschuldigungen[348], welche Friedrich vorbrachte, klangen im Grunde genommen windig genug. Ein Körnchen Wahrheit war ja in seiner Behauptung enthalten, daß seine Lage gegenüber seinen zum großen Teil protestantisch gesinnten Untertanen[349] der Grund gewesen sei, weshalb er den Kaiser nicht in der gewünschten Weise unterstützt habe; und auch durch den Hinweis auf seine schwere Erkrankung während der kritischsten Monate, besonders während des Reichstages zu Regensburg, wohin zu kommen er bekanntlich fest versprochen hatte, mochten mancherlei unliebsame Vorkommnisse, die sich in der letzten Zeit in der Kurpfalz ereignet hatten, in einem milderen Lichte erscheinen. Wahr war auch, wenn Friedrich beteuerte, er sei kein Mitglied des schmalkaldischen Bundes geworden, freilich verschwieg er wohlweislich, daß diese Unterlassung nicht sein Verdienst gewesen war, sondern eigentlich

---

erlangt auf die handlung, so man hie mit der zwayen kay. Reten mit grossem ernst und vleis gepflegt, daran nit wenig gelegen, sonder vil mer und geferlicher, dann wir zuvor gedacht haben. Es sein wunderbarliche Practicen vorhanden, der Allmechtig schick alle ding zum besten." [M. St.-A., K. schw. 543/3, fol. 671.]

346 Venetian. Dep., Bd. II, S. 123.

347 Verallo sandte einen Agenten in Granvellas Begleitung nach Ellwangen. Friedensburg, Bd. IX, S. 382.

348 Vergl. zum folgenden ein undatiertes, sehr verwischtes, z. T. zerrissenes Aktenstück aus dem Br. A., Diètes et diétines, Januar-Mai 1546, mit dem Kanzleivermerk: «Sur ce que le s. de Granvelle et le vicechancellier Naves ont remonstre a monss lelecteur palatin».

349 Auch aus State papers, Bd. XI, S. 409, geht hervor, daß Friedrich die Hauptschuld auf seine Untertanen zu wälzen gesucht hat.

ganz gegen seinen Willen in der zerfahrenen Lage innerhalb der protestantischen Einung ihren vornehmsten Grund hatte. Doch ganz unglaubwürdig[350] klangen des Kurfürsten Aussagen über sein dem schmalkaldischen Heere zugesandtes Hülfskontingent: daß alles gegen seinen Befehl und ohne sein Wissen geschehen sei, daß er sogar während mehrerer Wochen gar keine Nachrichten über den Verbleib seiner Truppen erhalten habe. Auch seine Behauptungen über die passive Rolle, welche er gelegentlich des Übertritts in schmalkaldische Dienste der für seine politischen Ziele durch Christoph von Oldenburg angeworbenen Mannschaften gespielt haben wollte, liefen der Wahrheit schnurstracks zuwider. Die inständigen Bitten des Pfalzgrafen um Begnadigung, die Erwähnung seiner engen verwandtschaftlichen Beziehungen zum Kaiserhause, das Versprechen, fernerhin alles tun zu wollen, was die Pläne des Kaisers zu fördern imstande sei, die bedingungslose Annahme der von Granvella aufgestellten Forderungen, alles das wird mehr Eindruck gemacht haben als jene wenig glaubhaften Mitteilungen über seine angeblich stets kaisertreue Gesinnung.

Wie wenig freundlich die Haltung des kaiserlichen Kabinetts damals noch gegen die kurpfälzische Regierung war, zeigt Bürens Marsch durch Friedrichs Gebiet, sowie die Einnahme des Boxberges am 13. Dezember, wo Karls Feldherr zum großen Verdruß des Pfalzgrafen[351] den Ritter Albrecht von Rosenberg, den rechtmäßigen Erben des im Jahre 1523 durch den schwäbischen Bund[352] vertriebenen Johann Melchior

[350] Zur direkten Widerlegung dieser Behauptung vergl. oben, S. 91, Anm. 227.

[351] Viglius, S. 235, Anm. 58. Auf spätere Beschwerden Friedrichs entgegnete der Kaiser, alles sei ohne sein Wissen geschehen [Acta academ. Pal. vol. II (historicum), S. 58]; vergl. Leodius, S. 267.

[352] Nach der Einnahme war der Boxberg durch Kauf für 5000 Gulden in den Besitz Kurfürst Ludwigs V. von der Pfalz übergegangen [Acta academ. Pal., Bd. II, S. 57]. Erst im Jahre 1561 kam der Boxberg durch Vergleich

von Rosenberg, in die Burg seiner Väter wieder einsetzte. In Heidelberg[353], wo der Kurfürst für die Dauer seiner Abwesenheit eine Statthalterschaft unter dem Vorsitz Wolfs von Thurn zurückgelassen hatte, riefen die Nachrichten von der Annäherung Bürens große Bestürzung hervor. Man riet Ottheinrich, der durch Angebereien Dritter besonders tief in des Kaisers Ungnade stand, und für den eine Begegnung mit Büren wegen seiner vergeblichen Bemühungen im Sommer, dessen Rheinübergang zu vereiteln, auch nicht gerade erwünscht war, sich unter dem Vorwand einer Jagd zunächst nach Mannheim, und eventuell später auf das andere Rheinufer zu begeben. Selbst die Kurfürstin Dorothea, welche ihrerseits mit dem kaiserlichen Feldherrn, den sie von ihrem Aufenthalt in den Niederlanden her kannte, in brieflichen Verkehr getreten war, billigte diesen Vorschlag der ängstlichen Räte.

Das Unheil zog dieses Mal noch an Heidelberg vorüber. Büren, welcher die pfälzischen Untertanen nicht gerade glimpflich behandelt zu haben scheint[354], erhielt bald nach Friedrichs

vom 24. Juli [der agnatische Konsens der übrigen Mitglieder der Familie Rosenberg vom 25. August 1561] zwischen Kurfürst Friedrich III. und Albrecht von Rosenberg wieder in den Besitz der Kurpfalz; vergl. Weech: Pfälzische Regesten und Urkunden in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, Bd. XXIV, S. 87. Vergl. Häusser: Geschichte der rheinischen Pfalz, Bd. I, S. 15, Anm. 51. Vergl. auch Karl Hofmann: „Die Erwerbung der Herrschaft Boxberg durch die Kurpfalz", in: Neues Archiv für die Geschichte der Stadt Heidelberg. Bd. VI, Heft 2 (Heidelberg 1904), S. 78—99.

[353] Vergl. zum folgenden: „Verzaichnus, was meim g. h. hertzog Otthainrich der kriegshandlung halb in des Churf. aussein angezaigt worden ist". [M. St.-A., K. schw. 543/3, fol. 672 ff.]

[354] Karl V. an Büren. (Undatiert.) Nach 19. Dezember 1546. «... Despuis mon cousin lelecteur palatin me faict entendre, que vous esties encoires dedans son pays et pres de Heydelberg, et que vos gens traictoient ses subjects comme ennemys, me requerant vous vouloir escripre pour y remedier, esperant que quant vous entendries ma voulonte, estre que vosd. gens en usassent aultrement envers sesd. subjects» ... Friedrich hat sich inzwischen unterworfen und zu allem Guten erboten. «Je vous prie et encharge que vous tenez la main a

Versöhnung mit dem Kaiser neue Instruktionen, denen zufolge ihm gegenüber des Kurfürsten Land und Leuten schonungsvollste Behandlung anbefohlen wurde. Bald darauf verließ er die Pfalz, wandte sich gegen Darmstadt, das er am 22. Dezember eroberte, und von dort gegen Frankfurt, das sich dem siegreichen Kaiser freiwillig unterwarf. Der kurpfälzischen Räte Befürchtungen wegen Ottheinrichs persönlicher Sicherheit waren gegenstandslos geworden.

Am 11. Dezember verließen die kaiserlichen Minister Ellwangen, um ihrem Herrn die Entschuldigungen und Bitten des Kurfürsten vorzutragen, und eine persönliche Begegnung zwischen Karl und Friedrich anzubahnen. Über die Besprechungen Karls mit seinen Ministern sind wir nicht unterrichtet[355], wir können in diesem Falle auch genauere Aufzeichnungen entbehren. Auf die Dauer konnte der Kaiser dem Pfalzgrafen gar nicht versagen, was er bereit war, anderen Ständen, welche sich viel schwerer gegen ihn vergangen hatten, zuzugestehen: eine Audienz, um persönlich die Begnadigung zu erflehen. Wären nicht durch eine solche Zurückweisung Friedrichs die Ansprüche der Münchener Wittelsbacher, welche sie auf Grund des jüngst vereinbarten Regensburger Vertrages auf die pfälzische Kur erhoben, einfach anerkannt worden? Hätte es nicht alle anderen Fürsten und Städte stutzig machen

ce que vosd. gens passent par son pays a la moindre foule, que faire se pourra de sesd. subjects, empeschant tous brantschatz, pilleries et malvays traictement diceulx. Car [je veux] que sesd. subjects et pays soyent respectez et traictez, comme sa submission et debvoir envers nous le merite, estant mon cousin.» [Br. A. Papiers d'état et de l'audience. liasse 32.]

[355] Daß es noch einiger Anstrengungen bedurft hat, Karl umzustimmen, schließe ich aus Sceppers Brief an Königin Maria. Hall, 18. Dezember 46. «et presente led. Electeur faire tout ce qu'il plaira a Sa Mate, soy excusant grandement. Finallement l'Empereur a este content, quil venisse pres lui.» [W. St.-A. Kopialband 30/3.] Da Scepper früher im Dienste König Christierns II. von Dänemark gestanden hatte, verfolgte er des Pfalzgrafen Schicksal mit besonderem Interesse.

müssen, wenn Friedrich, der niemals ein Mitglied des schmalkaldischen Bundes gewesen war, der in der nächsten Umgebung Karls über die besten Verbindungen und wärmsten Fürsprecher[356] verfügte, der fast bis zum Ausbruch des Krieges als der hingebendste und oft bis zur Dummheit selbstlose Freund des Hauses Habsburg nicht nur gegolten hatte, sondern tatsächlich gewesen war, den mit dem Kaiser der besonders in den Vorstellungen der damaligen Welt so geheimnisvolle Zauber der gemeinsamen Zugehörigkeit zum Orden vom goldenen Vließ verband —, wenn dieser Fürst von der kaiserlichen Gnade ausgeschlossen wurde? Für den praktischen Politiker war ein solcher Fall undenkbar, mochte auch die persönliche Verstimmung des Kaisers gegen den alten Freund noch so groß sein. So handelte es sich denn nach den Besprechungen in Ellwangen nicht mehr darum, ob der Kurfürst von der beleidigten Majestät empfangen werden solle, sondern nur darum, wie dieser Empfang zu gestalten sei. In diesem letzteren Punkt hat Karl seinen Willen voll und ganz durchgesetzt: er hat den Pfalzgrafen bitter empfinden lassen, daß er seine vorgebrachten Entschuldigungen nicht als stichhaltig anerkennen könne, daß Friedrich eigentlich seine Gunst für immer verscherzt habe.

Am 17. Dezember langte der Kurfürst mit seinem Bruder Wolfgang in Schwäbisch-Hall[357] an, wo der Kaiser seit dem 16. in Quartier lag[358]; aber erst zwei Tage später wurde ihm die

[356] Auch der gut unterrichtete Anonymus in Faictz et guerre, S. 69, betont, daß Friedrich «par le moyen de plusieurs princes et bons seigneurs eust accès envers sa maiesté»; vergl. Avila, S. 84 b.

[357] Über den nach außen hin ehrenvollen Empfang Friedrichs berichtet Fuggers Agent Kurz bei Viglius, S. 237, Anm. 66. Vergl. dagegen des Leobius Angabe, a. a. O., S. 266: «Postquam Halam pervenimus, vix principi donatum vile et tenue hospitium, nemo illi obviam venit, a nemine exceptus est».

[358] Vergl. Karls Itinerar in den Forschungen zur deutschen Geschichte, Bd. V, S. 579.

Gnade zuteil, vor der beleidigten Majestät persönlich erscheinen zu dürfen.[359] Was diese Verzögerung herbeigeführt hat, ob Karl dadurch dem alten Freunde seines Hauses eine neue Demütigung hat zufügen wollen, oder ob nur die körperliche Gebrechlichkeit beider Fürsten daran schuld war, wissen wir nicht. Über die erste Audienz haben wir sehr viele Berichte von Augenzeugen, sowie von anderen, die durch ihre Stellung am Hofe imstande waren, Zuverlässiges zu melden.[360] Sie alle stimmen darin überein, daß Friedrich während der Begegnung eine wenig würdige Haltung bewahrt hat, daß Karl über den ersten weltlichen Kurfürsten des Reichs die ganze Schale seines Zornes ergossen hat, so sehr, daß selbst seine Umgebung das Gefühl hatte, er habe das notwendige Maß überschritten, und für den so hart angelassenen Pfalzgrafen Mitleid zu empfinden begann. Auf eine Diskussion über die schweren Vorwürfe[361] Karls ließ sich Friedrich gar nicht ein: er sei nicht gekommen, um mit Worten wider das Reichsoberhaupt zu streiten[362], sondern nur um die kaiserliche Gnade

[359] Vergl. oben, S. 85, Anm. 214.

[360] vergl. Godoi: Commentarii della guerra fatta nella Germania da Carlo Quinto Imperadore (Venedig 1548), S. 316: «il quale [Friedrich] intrò molto bene accompagnato et stette duo giorni, che non puote haver andientia».

[361] Der Kaiser zog einen Zettel hervor [nicht den Anfang September aufgefangenen Brief Friedrichs an Landgraf Philipp, wie Rott S. 79 behauptet] und las Friedrich folgende von ihm selbst redigierten Worte vor: «Mon cousin. il me deplait que vous vous estes si mal conduit envers moy en voz vieulx jours. Touttefois aiant plus de regart a la noriture et services passez que aux faultes presentes, et aiant entendu ce que avez passe avec Granvelle et Naves, jay este content que vous vous trouvissies vers moy, et espere que observerez ce que avez baille escript et que vous conduirez de sorte envers moy que me donnerez occasion a ladvenir avoir regart au bon debvoir que ferez.» [Beilage zu Scepper an Königin Maria. 21. Dezember 46. W. St.-A. Belgica 56.]

[362] Scepper an Königin Maria. Hall, 21. Dezember [W. St.-A., Belgica 56].

zu erflehen. Trotzdem der alte Kurfürst mit Tränen in den Augen, das Barett beständig in der Hand, vor dem siegreichen, um so viele Jahre jüngeren Herrscher das Knie beugte, ließ sich Karl nicht erweichen. Ohne ihm zum Zeichen der Versöhnung die Hand gereicht zu haben, entließ der Kaiser den über diese strenge Behandlung tief Gekränkten [363] in seine Herberge. Erst tags darauf empfing ihn Karl privatim in längerer Audienz und stellte äußerlich das alte Verhältnis wieder her.

Freilich damit waren noch lange nicht alle Schwierigkeiten behoben. Wie es scheint, erstreckte sich die Begnadigung zunächst lediglich auf die Person Friedrichs, die Verhandlungen mit seinen Räten über die der Heidelberger Regierung aufzuerlegenden Bedingungen gingen ungestört weiter. Wohl erreichte der Kurfürst bereits in den nächsten Tagen, daß seine Untertanen nach Möglichkeit von den in die Niederlande heimkehrenden Truppen des Grafen Büren verschont wurden. Je-

[363] «et ainsi partist led. s. [Friedrich], les larmes aux yeulx vers son logis, soy plaindant au s. de Liere de ce receuil, et fort estonne, lequel de Liere le conforta le mieulx qu'il peult, imputant le tout a la maladie de sa Mate. Lequel [der Kaiser] se trouvant le jour d'hier ung peu mieulx, fist de rechief venir vers luy led. s. Electeur et luy monstra bien bon visaige et devisa bien deux heures avec luy familierement, dont led. Electeur receut quasi la vie, et menvoya querir au seoir fort joyeulx de celle journee et disant que à tout jamais demoureroit serviteur de Sa Mate, donnant grant tort aux princes, ayans tenu le parti contraire, de maniere que tous esperent, il demourera bon et ferme pour Sa Mate et pourra faire bon service a icelle en ceste reduction des rebelles et desvoyez, et pour ce que Sad. Mate luy a requis vouloir demourer quelques jours aupres d'Elle, il est delibere envoyer le Duc Wolfging son frere avec son train vers Heydelbergh, et avec petite compaigne suyvre la cour de Sa Mate.» [Scepper an Königin Maria, s. vorige Anm.] — Über Friedrichs gehobene Stimmung nach der zweiten Audienz beim Kaiser vergl. Venetian. Dep., Bd. II, S. 127 f. Zu einem spanischen Edelmann habe er geäußert: «Jo al presente mi sento esser ringiovenito di diece anni». Sein wahres Gefühl wird da zum Ausdruck gelangt sein: sympathisch war ihm die Feindschaft mit dem Kaiser niemals gewesen.

doch nicht vermochte er das Verhängnis von den Grafen Erbach abwenden, welche in dem kurpfälzischen Kontingent mit gegen den Kaiser gefochten hatten. Die Absicht, ihre Burg zu stürmen, ließ der kaiserliche Feldherr allerdings fallen[364], doch legte er den Grafen eine schwere Kontribution von 12000 Talern auf. Ebensowenig brachte Friedrich es fertig, für die übrigen adeligen Mitglieder des kurpfälzischen Reiterfähnleins die Begnadigung Karls zu erwirken. Erst mehrere Jahre später vermochte ein großer Teil derselben seinen Frieden mit dem erzürnten Reichsoberhaupt zu machen.[365]

Nicht mehr positive Erfolge hatte des Kurfürsten Vermittlungstätigkeit für Ulrich von Württemberg: weder gelang es ihm, die persönliche Demütigung des Fußfalles vor dem Kaiser von seinem Bundesgenossen abzuwenden, noch ging das kaiserliche Kabinett auf seine Vorschläge bezüglich der Geldzahlung ein.[366] Wenn Karl den Herzog schließlich durch den Heilbronner Vertrag zu Gnaden annahm, so hatte Ulrich das nicht der Fürsprache des Pfalzgrafen zu verdanken,

[364] Die Gräfin von Erbach flüchtete sich auf die Einladung der Kurfürstin Dorothea rechtzeitig nach Heidelberg, um der wilden Soldateska zu entgehen. Mitteilungen über die Verhandlungen mit den Grafen Erbach befinden sich in dem oben, S. 145, Anm. 353, zitierten Aktenstück.

[365] Reversbriefe aus dem Jahre 1549 im W. St.-A., Reichssachen in genere fasc. 14: Heinrich Riedesel (3. Mai), Christoph v. Buches (19. Juni), Weigand von Dienheim (Mittwoch nach Trinitatis = 19. Juni), Hans von Landeck (19. Juni), Friedrich Landschad von Steinach (19. Juni), Melchior von der Leyen (19. Juni), Hans Reinhard Mosbach v. Lydenfels (19. Juni), Bernhard v. Rudisheim (19. Juni), Eberhard v. Benningen (19. Juni), Adam Weiß von Feuerbach (19. Juni) und Jorg Thomian v. Wildenstein (19. Juni).

[366] Friedrichs Vorschläge bei Sattler: Geschichte Württembergs unter den Herzogen, Bd. III, S. 274 ff. — Über geheime Abmachungen, welche sich auf die religiöse Frage bezogen hätten, berichtet Serristori bei Friedensburg, Bd. IX, S. 417, Anm. 4, sowie besonders Faictz et guerre, S. 75 f. [vergl. meine Besprechung von Faictz et guerre in: Göttingische Gel. Anzeigen 1903, S. 59 ff., S. 63]. Auch Heyd: Ulrich v. Württemberg, Bd. III, S. 468, teilt mit, daß Karl einige Bedingungen zurückgezogen habe.

sondern lediglich der kühlen Überlegung des Kaisers, daß ein Zug gegen Württemberg bei seinen internationalen Beziehungen und bei den noch ziemlich ungeklärten Verhältnissen in Deutschland ein recht gefährliches Unternehmen sei.[367]

Das gleiche Schicksal hatte Friedrichs Verhandlung[368] für seinen Neffen Ottheinrich und die Neuburger Landschaft. Der Zorn des Kaisers gegen den eifrig protestantisch gesinnten Pfalzgrafen[369] mag ja manches zu diesem gänzlichen Mißerfolg beigetragen haben. Aber ausschlaggebend war doch wohl nicht dieses persönliche Gefühl, sondern die Erwägung, daß zurzeit weder eine Stärkung der Heidelberger Regierung, noch eine direkte Verletzung der Münchener Wittelsbacher im Interesse der kaiserlichen Politik liege. Jahrelang haben sich bekanntlich diese Beratungen hingezogen, auch Herzog Wilhelm von Bayern, der sich auf Grund des Regensburger Vertrages Hoffnungen auf diese Gebiete gemacht hatte, wurde bitter enttäuscht. Erst der Aufstand Herzogs Moritz von Sachsen und der ihm folgende Passauer Vertrag setzten Ottheinrich wieder in den Besitz seines Landes.

[367] Vergl. Lanz: Bd. II, S. 524 f.

[368] Auf diese Verhandlungen näher einzugehen, gehört nicht in den Rahmen dieser Arbeit. Friedrich scheint sich zunächst der Ansprüche seines Neffen nicht allzu eifrig angenommen zu haben, wohl weil er fürchtete, dadurch seine eigene Sache zu gefährden. Erst als durch die vom Kaiser verlangte Huldigung von seiten der Landschaft auf dem Nordgau die territorialen Interessen des pfälzischen Hauses berührt wurden, sah er sich zu Beschwerden bei Karl veranlaßt [vergl. oben, S. 117, Anm. 294]. Kurz berichtet über diese Verhandlungen wegen Neuburg Riezler a. a. O., S. 233 f.

[369] Sehr wohltuend, besonders im Vergleich zu der schwächlichen Haltung Friedrichs berührt Ottheinrichs Standhaftigkeit gegenüber den ängstlichen Mahnungen der Heidelberger Räte. Während der Kurfürst alle Forderungen, kaum daß sie ausgesprochen worden sind, erfüllt, kommt sein Neffe, dessen territoriale Interessen doch weit mehr gefährdet waren, in keiner Weise dem kaiserlichen Kabinett entgegen: als wahrhaftig und standhaft kann man seine Haltung bezeichnen. Das Urteil des französischen Gesandten du Fresse über Ottheinrich bei Ribier, Bd. I, S. 605, ist völlig verkehrt.

Daß Friedrichs Vermittlungsversuch zugunsten der beiden Häupter des schmalkaldischen Bundes keinen Erfolg haben konnte, war vorauszusehen. Auf seine Verwendung erhielt er eine überaus scharfe Antwort: der Kaiser sei entschlossen, da sie ihm an seine Ehre und Reputation gegriffen, „sie zu strafen und zum Äusserſten zu verjagen“.[370]

Über die Verhandlungen der kurfürstlichen Räte mit den kaiserlichen Ministern sind wir nicht genauer unterrichtet; wir kennen auch nicht die Bedingungen[371], welche der Heidelberger Regierung im einzelnen auferlegt wurden. Daß diese Besprechungen mit solch großem Geheimnis umgeben wurden, rührt wohl in erster Linie von dem Verhältnis Karls zu Herzog Wilhelm von Bayern her. Der Schein mußte gewahrt bleiben, als ob der Pfalzgraf freiwillig, ohne jedweden Zwang sich dem Kaiser unterworfen habe, da sonst jene Bestimmungen des Regensburger Abkommens in Kraft getreten wären. Deshalb wird man wohl auch von der Auferlegung einer Strafsumme wie von einem öffentlichen Kniefall der angeblichen Hauptübeltäter abgesehen haben. Zu den von Granvella vor der Begegnung in Ellwangen aufgestellten Bedingungen kam noch die Anerkennung des in Trient tagenden Konzils[372], so-

---

[370] Zeitschrift des Berg. Geschichtsvereins, Bd. VII, S. 137. — Friedrich an Philipp. Heidelberg, 12. Januar, pr. Kassel, 18. Januar 1547. [M. A., Kurpfalz, Nr. 30.]

[371] Wie aus Venet. Dep., Bd. II, S. 312, hervorgeht, wurde Friedrich gezwungen, seine Geschütze dem Kaiser auszuliefern. Nach Fritz Beck: Die Artillerie Friedrichs des Großmütigen [Philipp der Großmütige. Beiträge zur Geschichte seines Lebens und seiner Zeit. Herausgeg. von dem Historischen Verein für das Großherzogtum Hessen. Marburg 1904], S. 432, auch Anm. 9, könnte man annehmen, daß Friedrich nur drei Geschütze abgetreten hat.

[372] Nach Venet. Dep., Bd. II, S. 319, vermute ich, daß Friedrich bezüglich des Konzils eine gleichlautende Verpflichtung übernommen hat, wie Kurfürst Joachim von Brandenburg; vergl. Druffel: Beiträge zur Reichsgeschichte, Bd. I, Nr. 101.

wie, eine Konsequenz davon, die äußere Abstellung der Reformationserlasse, die Genehmigung des öffentlichen Gottesdienstes nach altem Ritus.[373] —

Die aktive kurpfälzische Politik in den Zeiten des schmalkaldischen Krieges war damit beendigt. Mochte Friedrich auch später noch versuchen, für Johann Friedrich zu intervenieren, auf das Drängen von dessen Schwager Herzog Wilhelm von Cleve[374], praktischen Wert hatten seine Vorschläge nicht mehr: er war wieder das geworden, was er so lange Jahre gewesen war, ein Werkzeug im Dienste der skrupellosen habsburgischen Staatskunst. Wir werden es dem Biographen des Pfalzgrafen, seinem treuen Diener Hubertus Thomas Leodius[375], gerne glauben, wenn er versichert, daß das frühere Vertrauen Karls zu dem alten Freunde nicht wiedergekehrt ist, daß der nach der Schlacht bei Mühlberg und der Gefangennahme des Landgrafen zu Halle mächtiger als je zuvor dastehende Kaiser den einmal für kurze Zeit abtrünnigen Kurfürsten stets seine Überlegenheit hat fühlen lassen.[376]

[373] Allzu strenge scheint man kaiserlicherseits die Ausführung dieser Bedingungen nicht überwacht zu haben; vergl. Druffel: Beiträge, Bd. III, S. 73.

[374] Zeitschrift des Berg. Geschichtsvereins, Bd. VII, S. 137.

[375] Leodius, S. 267.

[376] Vergl. die Relation des Lorenzo Contarini über König Ferdinand in: Gachard: Rélations des ambassadeurs vénétiens etc. [Brüssel 1856], pag. 40: «Le comte palatin le [Karl V.] hait, sachant qu'il a perdu son amitié, depuis qu'il s'est fait luthérien; il se plaint aussi de ce qu'on ne tient plus de lui le compte qu'on en tenait autrefois: car, en dernier lieu, l'Empereur l'a plusieurs fois envoyé chez Granvelle pour négocier, tandis qu'auparavant, pour quelque chose que ce fût, Granvelle allait chez lui». — Über Friedrichs späteres Verhältnis zum Kaiser vergl. noch Lanz: Korrespondenz Karls V., Bd. III, S. 77 f., Druffel: Beiträge zur Reichsgeschichte, Bd. I, S. 769, sowie Ranke: Deutsche Geschichte, Bd. V^6, S. 137. —

Schluß.

Rückblick und Ausblick.

Was hat dieses gänzliche Fiasko der kurpfälzischen Politik vornehmlich verschuldet? Man muß bekennen, daß dieser Mißerfolg in erster Linie in der Persönlichkeit Friedrichs und seiner ganzen Vergangenheit begründet lag. Wir haben gesehen, die Bedingungen für einen engen Anschluß an den schmalkaldischen Bund waren in der Kurpfalz sämtlich gegeben; Adel und Untertanen hingen zum größten Teil der neuen Lehre bereits an, die Vertreter der Ritterschaft hatten den Kurfürsten sogar ermuntert, engste Anlehnung an seine Glaubensgenossen zu suchen. Selbst der mehr passive Widerstand Landgraf Philipps brauchte den Pfalzgrafen nicht vor dem entscheidenden Schritt zurückschrecken zu lassen. Doch Friedrich war eine jener Naturen, welche von guter Begabung wohl einen gefaßten Entschluß mit Feuereifer anzugreifen vermögen, die aber schnell, sobald sich unvorhergesehene Widerstände der Ausführung entgegentürmen, in ihrer Tatkraft erlahmen. Und der Widerstände waren genug vorhanden. Nicht nur sprach die ganze Vergangenheit des Kurfürsten, seine nahen verwandtschaftlichen Beziehungen zu den Habsburgern und seine mannigfachen Freunde in der Umgebung Karls gegen eine kaiserfeindliche Politik; ein noch beredterer Anwalt zur Umkehr war die Art und Weise, wie Friedrich seine erste nach außen hin offenkundige Annäherung an den schmalkaldischen Bund vollzogen hatte. Gedrängt von einigen protestantisch gesinnten Räten, nicht aus eigner freier Überzeugung, hatte er sich Ende Januar 1546 nach Frankfurt zum Bundestag begeben. Diese Abhängigkeit von fremdem Rat, die mangelnde Selbständigkeit des eigenen Willens beim Kurfürsten gibt den Schlüssel zur Haltung der kurpfälzischen Regierung in dieser

schicksalsschweren Zeit: am Heidelberger Hofe fehlte der beherrschende Kopf, das Heidelberger Schloß war der Tummelplatz aller ehrgeizigen Elemente, welche auf den liebenswürdigen, aber willensschwachen Pfalzgrafen Einfluß erstrebten und nur zu leicht erlangten. Wie die eine Partei den Kurfürsten auf die Seite der Protestanten gedrängt hatte, so erlangte die entgegengesetzte Strömung die Oberhand, als des Kaisers Glück im Steigen begriffen war.

Hätte andererseits eine konsequent durchgeführte antikaiserliche Politik von seiten der Heidelberger Regierung an dem Endergebnis des Donaukrieges irgend etwas zu ändern vermocht? Auf die Dauer wohl kaum, wird man antworten müssen. Große militärische und, worauf es den Schmalkaldenern in erster Linie ankam, finanzielle Beihülfe hätte die Kurpfalz auf keinen Fall leisten können; eine Sperrung der sämtlichen weitverzweigten pfälzischen Gebiete gegen kaiserliche Truppendurchzüge wäre bei der Geringfügigkeit der vorhandenen Verteidigungsmittel schwerlich durchzuführen gewesen. Zudem scheint man in Heidelberg der protestantischen Gesinnungen bei der Bevölkerung, besonders auch beim Adel nicht allenthalben sicher gewesen zu sein; zum Teil mit gutem Recht, wie die Ereignisse auf dem Nordgau nach dem Falle Neuburgs bewiesen haben.

Klug war gleichwohl diese Haltung Friedrichs nicht: sie war lediglich in seinem persönlichen und dynastischen Interesse begründet und lief den Empfindungen und Gefühlen des größten Teiles des Adels und seiner Untertanen schnurstracks zuwider. Wenn die ewige Schaukelpolitik des Kurfürsten seinem Lande nicht größeren direkten Schaden gebracht hat, so war das wahrlich nicht sein Verdienst, sondern fand seine Erklärung in dem internationalen System des Kaisers, sowie in seinen den deutschen Fürsten gegenüber eingegangenen Verpflichtungen.

Die kurpfälzische Politik in den Zeiten des schmalkaldischen Krieges ist kein rühmliches Blatt in der Geschichte der Kurpfalz.

Friedrich selbst, dessen Anschluß an die neue Lehre durchaus keinen tief innerlichen Regungen entsprungen war, fand keinen Anstoß daran, für seine Person den vom Kaiser befohlenen Umschwung recht gründlich zu vollziehen. Gelegentlich des Augsburger Reichstages (1547/48) nahm er an allen katholischen Zeremonien eifrigst teil[377], und veranlaßte sogar sein Gefolge, wieder zur Beichte zu gehen.[378] Für ihn schien das Jahr 1546 und seine Beziehungen zum schmalkaldischen Bunde nur eine vorübergehende Episode in seinem reich bewegten Leben gewesen zu sein.

Anders für die Kurpfalz. Die Reformationserlasse ließen sich in ihrem Kern nicht mehr rückgängig machen; der einmal gelegte Keim trieb im stillen weiter. Selbst der Kurfürst sollte das empfinden, als er sich gelegentlich der Verhandlungen über das Interim in Gemeinschaft mit Kurfürst Joachim von Brandenburg veranlaßt sah, indirekt durch die Vermittlung des Kaisers bei Papst Paul III. um Zulassung der Priesterehe und des Laienkelches vorstellig zu werden.[379] Doch mochten sich auch im Deutschen Reiche während der letzten Lebensjahre Friedrichs die Verhältnisse zugunsten der neuen Lehre ändern, er selbst wagte nach dem verunglückten Versuch von 1546 nicht mehr, offiziell die Reformation in seinen Landen ein-

---

[377] Venetian. Dep., Bd. II, S. 425.

[378] Venetian. Dep., Bd. II, S. 407. — Im Sommer 1549 mußte sogar der Rektor der Universität alle Angehörigen der Hochschule auffordern, unter Berufung auf den Beschluß des Augsburger Reichstages, sich zur Teilnahme an der Fronleichnamsprozession in der Heiliggeistkirche einzufinden. [Winkelmann: Urkundenbuch der Universität Heidelberg, Bd. I, S. 246.]

[379] Hermann: Das Interim in Hessen (Marburg 1901), S. 113. — Der Brief der beiden Kurfürsten an den Kaiser vom 15. Juni 1548 ist abgedr. bei A. v. Recum: Einzelne Betrachtungen aus der Geschichte von Deutschland (Mainz 1790), S. 150—155.

zuführen. Doch als er am 26. Februar 1556 nach Empfang des heiligen Abendmahles unter beiderlei Gestalt[380] zu Alzei starb, da war auch in der Kurpfalz der Boden bereitet, um der neuen Lehre endgültigen Eingang zu verschaffen. Sein charaktervollerer Neffe und Nachfolger, Pfalzgraf Ottheinrich, der in den langen Jahren seiner Verbannung seinen protestantischen Glauben in schönster Weise bewährt hatte, in dessen „Vergangenheit und politischen Verhältnissen es nichts gab, was ihn an den Kaiser, an das Haus Österreich und an die katholischen Stände hätte fesseln können[381], nahm bald nach seinem Regierungsantritt das vor nahezu zehn Jahren unterbrochene Werk wieder auf und führte es mit der ihm eigenen Energie durch.

[380] Die kurfürstlichen Räte an Ottheinrich. Alzei, 23. Februar 1556. Zeitschrift für Geschichte des Oberrheins, Bd. XXV, S. 253. — Vergl. auch Rott, S. 121, Anm. 293.

[381] Ritter: Deutsche Geschichte im Zeitalter der Gegenreformation, Bd. I, S. 126.

Beilagen.

Nr. I.

Liſte der zur Heidelberger Tagung eingeladenen Grafen und Ritter.

— K. A.: Nr. 381, fol. 97 f. —

„Graff Philips von Naſſau zu Weilburg.
Philips graff zu Hanau und her zu Liechtenberg.
Graf Philips von Solms zu Braunfels.
Graf Jorg oder Graff Ebert von Erpach.
Graff Philipps von Rineck.
Philips Frantzs, wilt und reingraf.
Graf von Yſenburg, der am hoff iſt.
Der landtvogt zu Hagnau.

Affenſtein, wo er keme.
Bettendorff, hushofmeiſter.
Hardtmann von Kronberg.
Friedrich von Dalburg.
[Dienheim amptman zu Kreutznach.] [1]
Khun Eckbrecht von Durckheim, Ambtman zu Lauttern.
Friedrich von Fleckenſtein der elter.
Bechtoldt von Flersheim.
Flehinger, meiner gſten frauen hoffmaiſter.
Wolf von Gemmingen.

---

[1] Durchſtrichen mit der Notiz: „muß bi dem hofgericht zu Kreuznach ſein“.

Bernhardt Göler der Jung.
Hans von Hirschhorn.
Hans von Habern.
Philipps von Helmstat.
Adam von Helmstatt.
Dem von Hendschusheim.
Her Johan Hilchen.
Knebel, Amptman zu Oppenheim.
Philips Kistner.
Landschad, vogt zu Mosbach.
[Friedrich von Lewenstein, Ambtman zu Deidesheim.][2]
Camermeister Wolflager.
Endres von der Leyen.
Hardtmann von Neipperg.
Hans vom Stain Muntheim.
Engelhardt von Rodenstein.
Balthasar von Rosenberg.
Hans von Sickingen.
Peter von Mentzingen.

Friderich Sturmfeder.
Asmus von Venningen.
Philips Ulner von Dieppurg.
[Adam Weiß von Feurbach.][3]
Hans von Welbron zu Ernsthofen.
Wolf Wamolt.

No. Doctor Wolff von Dhurn.
No. ob der tag uf dinstag nach letare zu bestimmen.

Ob man etlich us den stedten, insonderheit hernach erfordern wolt, so wern zu nemen die zur Khur gehörig, Heidlberg, Alzei, Bachrach, Nustadt." —

---

[2] Durchstrichen, ohne erklärende Randbemerkung.
[3] Durchstrichen, ohne erklärende Randbemerkung.

Nr. II.

„Pfaltzgraf Friderichen Churfurstens etc. erstes furhallten seiner Churf. G. Landtsessen an Graven, herrn und vom Adl der Religion halben den 7 Aprillis Anno etc. 46 zu Haidlberg beschehen."

Karlsruhe. Generallandesarchiv, Nr. 381, fol. 113 ff.; erster Entwurf mit Korrekturen ebenda, fol. 102 ff. — Kopie: M. St.-A., K. schw. 543/3, fol. 122 ff.

Vermergkte bewegnussen, warumb durch uns Pfaltzgrafe Friderichen Churfursten etc. die erschinen Graven, herrn und vom Adl hieher beschriben [und den 7. Aprillis Ao 46 hie zu Haidlberg ankommen][4] seien.

Nemlich trugen Sy samentlich wissens, wie vor zwaintzig oder mer jarn her im Reich Teutscher Nation ausgeschollen, als sollt aus sonder gotlichen gnaden und verordnunge die gehaimnus der will und bevelh gottes durch sein heiliges wort und Evangelium, welhes hievor ettlich hundert jar durch Menschen satzungen und mißbreuche underdrugkt, verborgen und schier gar verlorn gewesen etc., in Teutscher Nation von got gelerten mennern und Predicanten lauter und rain, auch der recht gebrauche der Sacramenten an tag kommen sein.

Daraus und das man dasselbig rain wort gottes auch rechte ubung der Sacramenten von Menschen satzungen abgesondert, es die new religion; was aber hievor von Menschen dawider gesetzt und durch mißbreuch eingefurt, die allte religion genannt, allso dadurch ain grosse zwyspaltung auch das sorgtlich und gefarlich mißvertrauen zwischen heuptern und Stenden sambt gemainer Teutscher Nation erwachssen."

Die Bemühungen, durch Reichsabschiede die neue Lehre zu unterdrücken, haben keinen Erfolg gehabt, „sonder dahin geraten, das disе religion aus dem wort und bevelh des herrn gepflanzt ye lenger, ye mer bey hohen und nidern Stenden zuegenomen und gefruchtet". Die Spaltung könne nur durch ein gemeines, freies christliches, unparteiisches Konzil oder Nationalversammlung in deutscher Nation beigelegt werden.

[4] Fehlt in K. A.

„Under deß seien auch herfur an tag kommen die Beswerden und mißbreuch, damit die welltlichen Stende von den geistlichen in vil weg und jar belaidigt und betrangt gewesen alles im schein, als sollt das Regiment und gewallt, so sy die geistlichen inner und ausser der kirchen geubt und gefuert, die recht Religion sein, auch von den welltlichen unangeruert bleiben."

Da weder das Konzil noch die Nationalversammlung irgendwelchen Fortgang genommen hat, „so seien etlich aus den Reichsstenden nit unzeitlich bewegt worden, hierin bey Irn kirchen und underthanen Reformation und ordnung dem wort gottes gemes furzunemen, auch darob zehalten etc. Daraus aber erfolgt ist das gefarlich mißtrauen zwischen gemainen Stenden, so bisher in beden geistlichen und welltlichen Regimenten teutscher Nation vil guts verhindert und ubls verursacht, darzue bey den underthanen, die wider Irn willen die streittigen Religion nach Irer oberkeit gefallen anzunemen oder zuelassen bisher bedrungen etc., ergernus gebracht.

Welhs im Anfang weilend den Hochgebornen Fursten, unserm freuntlichen lieben bruder Pfaltzgraf Ludwigen Churfursten etc. seliger gedechtnus und uns bewegt hat, den zeiten und leuffen zuezusehen, uns in der streittigen Religion sachen unpartheyisch zehallten, als auch derhalb zwischen etlichen Stenden sich emporung und unrue ereuget, dieselben stillen, fridlich anstand machen hellfen und auf etlichen reichstagen underhendler gewest, dardurch in teutscher Nation grosser unrate verkommen, wie solhes alles offenbar und die andern Reichs Stend bekennen muessen.

So aber diser religion streit auf disen tag dahin geraten, das kain mittl noch vergleichung zuverhoffen, sonder darob kriege, blutvergiessen und zerstorunge des Reichs teutscher Nation wie vor augen zu besorgen, auch alle andere sachen dermaß daran hangen, das ye ain Stand mit dem andern Religionsfreundt oder feindt sein mues, und kain mittl oder neutralitet stat haben will; doch meniglich bekennen mues, das die eher gottes und sein heiliges wort, darauf unser Christlicher religion glaub und rechte religion, auch unser aller Seelen hail gegrundet, den gottlosen mißbreuchen furgesetzt werden soll, daraus alles welltlich regiment sein benebeiung und wolfart nimbt und one das wir sonst anders nichts dann zeitlichs

und ewigs verderben und verfluchung [es erschein unser thun und lassen vor der wellt, wie es wolle] gewißlich zugewarten haben,

darumb wir ytzt regierender Churfurst als der von Anfang bisher fast bey allen oberzellten Reichshandlungen und Religionssachen auch sovil an uns gewest, die gern verglichen gesehen hetten, und daran kain muglichen fleiß gespart, etc., verursacht worden, darzue als aine Christliche Oberkait vor Gott und der Wellt unserm Churfurstlichen Stand und Ampte nach schuldig erkennt, uns selbs, unsere underthan und angehörigen in unsern Furstenthumb aus der zwiespallt, so der Religion halb wie obgemellt eingefurt, zusetzen und zu der rechten christlichen waaren erkanntnus gottes wort und bevelhs zubegeben, auch demselben gemeß alle rechte gottes dinst allenthalb in unsern furstenthumben wie dann schon zum teil beschehen, anstellen und furnemen zelassen, in hoffnung, das solhs dem Allmechtigen gefellig und angenem, auch dardurch dz reich seines geliebten Sons unsers herrn Jesu Christi gemert und viler Seelen ewige seligkeit auch in den zeitlichen alle wolfart erlangt werden soll. Ist solhes also aus gutherzigem gewissen und gotsforcht von uns bedacht und gar nit der maynung durch dise annemung der rechten Christlichen Religion uns von schuldiger gehorsam kay. und ko. mt., auch von andern gemainen Reichs Stenden in dem, was nach gottes Eere zu erhaltung fridens und Rechtens im heiligen reich teutscher Nation furdern mage, abzuziehen, sonder wie sichs gezimbt uns darzue erboten haben wollen, wie sichs auch im wergk bescheinen, der zuversicht, wir sambt unserm underthan und verwandten sollen unbeswerdt fridlich und ruewig dabey gelassen werden.

Aus dem auch erfolgt ist, nachdem wir unsern Ambtleuten bevelhen lassen, bey pfarrern und predicanten in unsern Oberkaiten fursehung zethun, den underthanen dz wort gottes lauter zuverkunden, die Sacramenta nach der einsatzung Christi zuraichen, die Tauff auch etlich gesang und Psalmen bey den kirchen in teutscher sprach dem gemainen volgk verstendig zuuben, daneben bey den kirchen dinern sovil muglich ergernus zuverhueten, ain solhs an der protestierenden Stende verordneten, so jungst zu Frankfurt beyeinander versamlet gewest, gelangt, das Sy Ire gesandte zu uns geschigkt

mit werbung wie Sy ſolh unſer vorhaben fur chriſtlich mit freuden verſtanden, diſe religion zubekhennen und darin zuverharrn uns vermanet, mit weiter anhangenden bit, uns zu Inen in ain[5] Chriſtliche verſtendtnus zubegeben.

Gegen denen wir uns erklert, aus was gewiſſen und verurſachung (als dasſelb obvermeldt iſt) wir bewegt ſein worden, uns aus der zwyſpallt zu rechter Chriſtlicher religion der Augspurgiſchen Konfeſſion gemes zubegeben, zu Gott hoffend und bittend, er wurde uns und unſer underthan Seeln zu haile dabey gnediglich erhallten etc., ſunſt mit Dankſagung Ires erſuechens, die ſachen zum ſelben mal dabey bewenden laſſen.

Haben doch ſolhes unſers notwendigen furnemens uns gegen der kaiſerlichen mt. durch deren rate und vice Kantzler den von Navis mit erzelung unſers gethanen bevelhs in die Ambte wie ytzt vermeldet underthenigklich auch erclert und vernemen laſſen, der underthenigen zuverſicht, Ir mt. ſoll unſers gewiſſens und notdurft halb darab kein mißfallen empfahen.[6]

So wir aber dannocht betrachten, wie bisher diſer Religion kain beſtendigere friden erlangt werden mogen, ſich etliche darwider geſetzt, die von den heuptern zu nit geringer diſer religionsverwandten Stende gefahr den Rucken gehabt und noch, konden wir wol bedencken, weil wir die Konfeſſion waarer Chriſtlicher Religion angenommen, was uns auch begegnen durch etlicher widerwertigen anſtifftung, uns bey kay. und ko. mt. auch etlich geiſtlichen Stenden des Reichs den unwillen zuerwecken und furgeben werden mochte, als ſollt uns geburt haben, des beſlus des Trientiſchen Concilii oder zum wenigiſten ytzt angeendts Regenspurgiſchen reichstags und daſelbſt angeſtellten Colloquii zuerwarten, darauf uns wol (zu ainer prob) verfolgung und widerwertigkait under augen wachſſen, wie dann ains Chriſtlichen lebens in diſer wellt art und Natur iſt, ſonderlich auch aus dißen ſorglichen geſwinden leuffen und practicis erſcheint, als es bisher die erfarung geben, das von denen, ſo diſer religion zuwider oder nit anhengig, kain hertzlich vertrauen, ſonder haimlich und offen-

[5] K. A.: „Ire".

[6] Dieſer Abſatz im erſten Entwurf [fol. 105] von derſelben Hand am Rande beigefügt.

liche verſagung, boſe ſtuck und dugk zueſchub uberfals und alles nachtails zugewarten. Was auch darän abgeet, der gnaden gottes zuezeſchreiben. Alſo iſt in der Menſchen hertzen gegen einander wurgken die falſche und rechte religion, wie man auch pflegt neben wege und andere verbluemung furzugeben, als ob man auch Chriſten ſey und die recht Religion lieb habe, dem aber nit zuvertrauen, dann ſo man den vortail erraicht, ſein die thaten anders geſtalltet. Wie uns dann angelangt und wir inſonderhait von etlichen diſer Chriſtlichen Religion verwandten vertreulich verſtendigt und erſuecht worden, was trefflicher practicen in Italia und ander orten vor augen unſer vatterland die Teutſche Nation zu vermainender ausreuttung der waarn Chriſtlichen Religion zubeſwern und entlich umb lang hergebrachte libertet zubringen, das wir derhalb das vaterland vor unrat und verderben zuerhalten wollten furdern helffen.

Aus dem auch verner erwachſſen, das der hochgeborn furſt unſer freuntlicher lieber vetter der Landtgrave zu Heſſen und wir uns perſonlich zeſammen gein Frankfort verfuegt, freuntlich underredt, wie bey kaiſerlicher Mt. und ſonſt zefurdern, das unſer vatterland die Teutſche Nation vor ſolhen beſwerden mechte verhuett, bey allten freyhaiten libertet rue und friden erhallten werden.

Als auch dieweil ſonderlich aus dem, das etlich von der Cleriſey zu Coln von wegen Ires ertzbiſchoffs Chriſtlicher furgenomener Reformation, die Sy nicht leiden mogen, zu Rome und am kaiſerlichen hofe wider denſelben Ertzbiſchof Irn Herrn geſwinde proceß furgenommen, ain anfang des unrats beſorgt werden etc., ain underthänige ſchickung zu der key. mt. verordet worden iſt, in hoffnung dadurch ſovil ee den friden zu erhalten, und dieweil dann daſelbſt zu Franckfort diſe Religionsſtende durch etlich aus Inen uns abermals bittlich angelangt, in bekannter Religion beſtendig zu verharrn, dieſelb auf kunftigen Regenspurgiſchen reichstage auch zubekennen, allda ſolher religion den gewiſſen beſtendigen friden und dem heiligen reich Teutſcher Nation ain unpartheiiſch recht erlangen zuhelffen, welhs wir bey uns nit allein fur zimlich, ſonder hoch notdurftig angeſehen, auch bewegen, wie gefarlich das Trientiſch Concilium den reichsabſchieden ungemes angefangen, und allein dahin ge-

richtet, was daselbst villeicht[7] dem Evangelio zugegen decernirt, das es durch kay. mt. folgendts sollte exequirt und also die teutsch Nation wider under des Babsts verderblich[8] religionsjoch gefurt werden.

Damit nun ain solhs sovil muglich verhuett, unser vaterland nit wider von rechter Christlicher religion und allen seinen freihaiten in die abgottisch dinstbarkeit und verderben gedrungen, welhes doch on zuvor blutvergiessen, auch schendung weib und kinder, als fremder Nation art ist, neben verlust aller habe und gutter nit zergeen mocht. Und dann auch wir etliche besondere sachen diser zeit haben, daran uns unsern furstenthumben und den unsern nit wenig gelegen, in denen zuversichtlich im schein der Religion uns sovil mer untreulich mochte zugesetzt werden.

So ist bey uns erwegen, das von notten, auch nit wider got sein solle, auf beschehen ersuechen ain verainigunge und verstandt mit andern der rechten Religion verwendtn zemachen, uns und die unsern sovil mer wider die verfolger des wort gottes zubeschutzen, damit auch furdrung zethun, unser vatterland bey dem wort gottes und seiner libertet zuerhalten, sonderlich damit wir nit beschuldigt werden mochten, als ob wir uber die warnungen und vermanungen der christlichen Religion, auch der freyhait des vatterlands unser geburlich schuldige hilff und beystand entzogen, uns alle und unser underthanen in gfahr und verderben gesetzt hetten, welhs der Almechtig gnedig abwenden wolle.

Und dieweil wir nun vermergkt, das etliche Chur und Fursten sambt andern Stenden und Steten nit allain von protestirenden, sondern die der Augspurgischen Confession verwandt und seidher die religion angenommen haben, ain gemaine Christliche religionsverainigung furzenemen willens, ainig zu furderung des wort gottes und erhaltung Teutscher Nation libertet, die allso zu erhalltung gemeines fridens dinen und dem landsfriden nit entgegen sein mochte, auf das dann wir sambt unsern verwandten und underthanen inbedencken, wie der ander tail nun verner gegen uns gesind sein mochte, auch die Neutrales der Religion im

[7] In Entwurf A. [fol. 107] am Rande beigefügt.
[8] In Entwurf A. [fol. 107] am Rande beigefügt.

romiſchen reich ſich vaſt verlieren und zu partheien machen thun etc., nit alſo blos oder hilfflos ſitzen dorffen.

Oder da ein krieg diſer oder ander ſachen halben einfallen, ſo wir ainig ſtunden, uns deſto ehe uberzugs oder beſwerliche durchzuge uns und den unſern zu merglichem vorderben zu beſaren haben und villeicht gedulden mueſſen, das auch bey gemainem Manne, ſo man hilfflos funden und darob ſchaden nennen, daraus noch beſwerlichers erfolgen mochte.[9]

Wie dann unſer freuntlicher lieber vetter hertzog Otthainrich volgends auch[10] die Neuburgiſche Landtſchafft, die in unſerm Erbſchirm ſind, vor guter zeit, als auch unſer ſelbs landtſchaft zu Baiern die[11] chriſtlich religion angenommen, fur ain notburfft bedacht und angeſuecht haben, ain rucken zeſuechen. Der nun unſers erachtens diſer ſach nit bequemer noch beſſer dann bey obgemellter chriſtlicher veraine, ſo dannocht in nit ringer, ſonder vermuglichſter anzal der Reichsſtende ſeien[12], zefinden.

Derhalben ſo wollen wir gunſtig gnedig gebetten haben, Sy die erſchinen Graven, herren und vom Adl, als die ſonder zweifl numer diſer chriſtlichen Religion geneigt und angenommen haben und noch annemen mochten, die auch[13] zu uns und unſern Furſtenthumb[14] der Pfaltz ſonderlich gewandt, zu denen wir auch ain gunſtig gnedig vertrauen und zuverſicht truegen, das Sy nit minder, dann Ire voreltern yderzeit gethan, zu der Pfaltz treulich auch ſetzen und beyſtendig ſein werden[15], wollten demnach diſe hochwichtige ſachen mit ernſt und vleis bey in bedencken, beratſlagen und uns Irn getreuen rath mittailen,

Da wir auf leidliche tregliche maß und mittl in ſolche Chriſtliche verſtendtnus kommen wurden, was troſt und hilff wir uns

---

[9] In Entwurf A. [fol. 108] am Rande beigefügt.

[10] In Entwurf A. [fol. 109] ſtatt deſſen: „unſer landtſchaft zu bairn ſampt".

[11] K. A.: „dieſe".

[12] In Entwurf A. [fol. 108] am Rande eingeſchaltet.

[13] In Entwurf A. [fol. 108] am Rande eingeſchaltet.

[14] K. A.: „Churfurſtenthumb".

[15] In Entwurf A. [fol. 108] am Rande eingeſchaltet.

zu Inen verſehen ſollen, ſonderlich nachdem ſolche verſtendtnus mit angehengter[16] hilff im fall zuetragender notdurfften ainen coſten mitbringen, aber unſere Furſtenthumb durch allerhand zuegeſtandne unfel bisher one das nit wenig beſwerdt und wo durch dieſelben hilfflaiſtungen noch mer beſweret werden ſollten, ſo uns letzlich nit wol erſwinglich fallen mochten.

Wie demſelben dannocht mittl und rathe zufinden, auf das durch mangl oder abgang zeitlicher underhalltung die beſchutzung angenomner religion, auch erhalltung teutſcher Nation freyhait, rue fridens und ains yden ſelbs weib, kinder und zeitlicher narung wolfart nit dorffe oder mueſſt in hohe gefar geſetzt werden, darinne wir nicht zweifln wollten, Sy als die gutherzigen, die Chriſtlicher Religion dem friden und unſerm vatterland genaigt, werden demnach auf wege gedencken, ſich entſlieſſen und bewilligen neben und mit andern der Pfalltze zuegewandten allen diſen notdurfften mit gutem rathe und beyſtand zuverhelffen[17], wie Ire voreltern aus unverbuntlichem gutem willen alweg loblich gethan, alſo auch treulich zu uns unſern landen und leuten zeſetzen: das weren wir mit allem gunſtigem willen und gnaden zubedencken und in gutem nit zuvergeſſen genaigt.

Und wir wollten, ſo wir Irn getreuen rate bedencken und muette vernommen, warin alsdann von notten, Inen weittere gelegenhaiten auch zuerkennen geben laſſen."

Nr. III.

„Der Graven, hern und riterſchaft antwort meinem gſten hern geben durch hern Wolfen von Affenſtein, riter. 7 Aprilis A° 46."

K. A.: Nr. 381. In drei Exemplaren überliefert: A., fol. 82 ff., Niederſchrift des Sekretärs gleich während der Rede. B.: fol. 136 ff., Konzept mit Korrekturen. C.: fol. 140 ff., Reinſchrift mit ganz geringfügigen, nicht ſachlichen Korrekturen.

„Durchluchtigſter hochgeborner Churfurſt, gſter her. Es haben auf euer Churf. g. bevelh die wolgebornen edlen ernveſten „Entſchuldigung deßjenigen, ſo vor der beſchriebſnen wegen reden ſollen."

[16] K. A.: „anhangender".

[17] Urſprünglich: „und zuſatzes zuſtewren".

Graven hern und von der ritterschaft, was möntlich und in schriften zuberatslagen Ine in bevelh geben, dem undertenig nachkomen, darauf Ir undertenig bedencken und wolmeynung, eurn churf. g. in antwurt furzubringen mir aufgelegt; dwil ich aber der geschicklichkeit nit, wie es beratslagt, also statlich furzubragen, so hab Ire gnaden und sie ich underdienstlich fruntlich ersucht und gebetten, mich des schweren lasts zuerlassen, einen der geschickter zu diesem hohen werck zunemen, dwil mirs aber daruber noch malen bevilhen, so bit ich undertenigst, mein verdrossen rede aus furstlicher milte und tugent gnedigst anzunemen, und was nit gschicklich furbracht wurt, mich gnedigst entschuldigt zu haben.

„Pfaltz vorhaben von den beschrieb'nen commendirt."

Und haben die graven hern und vom Adel, so eurn Churf. g. zu underteniger wilfarung gehorsamlich erschienen, hut, wie gehört, aus möntlich und schriftlichem furbringen nach genugsamer erklerung eingenomen, aus was christlichem, vaterlichem treuen gemut eur Churf. g. als der treu vatter des vaterlands zu rug und fridden die voraugen schweren zeiten leuffe und hien und widder empörungen zustillen, die sachen dahien zurichten, gnedig trachten, damit eur churf. g., deren lande und leut und zugewandten in rue und friden vor aufrur, empörung, sedition, blutvergiessen, verderben landt und leut verhut, bi angenomner religion erhalten werden mögen, derhalb guthertziger, gnedigster vertrauter wolmeynung eur churf. g. bedencken Inen anzuzaigen unbeschwerdt gewest. Des bedancken die graven, hern und ritterschaft sich in höchster undertenigkeit, Sie sein auch mit gutem undertenigem willen eur Churf. g. zu wilfarung erschienen, darumb an not gewest wer, Ires underthenigen erscheinens danck zusagen, dan sie des sins und gemuts, sich jederzeit so undertenig und gehorsam zu erzaigen, das Eur Churf. g. Irn undertenigen willen spuren sollen.

„Beschrieben bedanken sich P. wolmeinender anzeig mit diesem anhang, die Pfältzisch Dankfagung unnötig gewest und erpieten sich."

So haben Ire gnaden und gunsten in verleßner schrifft nach erinderung und gnedigster anzaig, was eur churf. g. zu diesem furnemen bewegt, nach lengs angehört, befinden, das eur Churf. g. als hochlöblicher Churfurst al Ir gedencken, willen und meynung dahien gestelt, damit eur churf. g. deren zugewandten und undertanen christliche wolfart und begertes endt der selen seligkeiten zuerlangen, das könne niemant misfallen. wunschen von dem al-

„Antwort und bedencken der beschriebnen personen uf die inen zugestellte schrifft."

mechtigen eur churf. g., der eur churf. g. herzs und gemute von oben herab erleucht, darin gnedig zuerhalten. und nach dieser Zeit das imerwerendt reich, auch hiezwuschen aller wolfart rug und einigkeit merung zuverleihen.

Und dwil dan der ratslag uf drei puncten gestelt, der fast uf zwayen berugen ist:

Nemlich hab eur Churf. g. vor der keiss. mt. und meniglichen die Christenlich religion got lob bekant und die angenomen, gedencken der Augspurgischen Confession anhengig zu sein, auch das Ihene, so daran hange und cristlicher religion gemeß sey, zubeharren, derhalb eur churf. g. bedacht, ob nit in der kirchen christliche reformation der ceremonien zuverordnen. Eur churf. g. sey auch verflicht, keiss. mt. und dem heilligen riche zugethon, als der oberst weltlich churfurst im riche recht und friden zu erhalten helfen; welchs aber an der religion hange und es sey dan, das man das recht habe, neben vergleichung einhelliger religion[18], sey sunst der friden nit wol zu erhalten. Dadurch eur Churf. g. bewegt worden, nachzugedencken, wie neben dem, so die sele antreff, das ander auch zuvolziehen, wie dan eur churf. g. von unserm g. hern von hessen und den Protestirenden stenden zu Franckfurt ersucht worden, die sachen dahien zurichten helffen, das im reiche ein gleich recht aufgericht, fridt und einigkeit erhalten mög werden.

Derhalb eur Churf. g. bedencken wer, in ein verstandt und eynung zu begeben, dadurch die religion erhalten, auch der landtfridt volzogen, ein gleich recht uffgericht werd[19] werde. Nun so eur Churf. g. die religion angenomen, die vor goth und der weltt bekent, also darus folge, die abgöttische ceremonias abzuthun, die rechten von der kirchen eingesetzte und von den alt vätern gebrauchte ceremonias anzuschicken, die notturfft erfordere, darumb graven, hern und ritterschaft denselben gleichen nachzukomen[20] undertenig gebeten woln haben, und lassen sich bedunken, (das) leichtlich[21] zuthun, das solich kirchen-

[18] Am Rande von anderer Hand zugefügt.
[19] Am Rande von anderer Hand zugefügt.
[20] Am Rande von anderer Hand beigefügt.
[21] Ursprünglich: „entlich".

ordnung den alten von Christlicher kirche angenomenen Concilio und heilliger vatter decreta (gemes) durch evangelischer schrifft gelerte und erfarne geistliche oder weltlichs standts leudt ins werck und druck gebracht werde[22], dadurch eur churf. g. in iren gebieten rechte cristlich religion und ceremonias erlangen und Ire undertanen darzue befurdern mögen, das werden zweifls on die graven, hern und ritterschafft mit freuden gern sehen.

Eynung halb: Sein vor zeiten vil einung hien und widder gewest; besser man hets underlassen, und wern graven hern und riterschafft genaigt mit Irm undertenigen rate alles das helfen zuraten, das eur churf. g. gegen got und der wellt zu gut komen möcht. Haben auch sonder gern vernomen, das eur churf. g. der des gnedigen gemuts, sie bei Irn lang herbrachten freyheiten unverletzt und unbeschwerdt bleiben zu lassen, als eur churf. g. voreltern auch löblich gethon. Dwil dan eur Churf. g. gemut nit ist, in aynung die keiss. und ko. mt. dem landtfrieden oder jemandt zugegen oder nachteill, sonder zu erhaltung warer religion sich zu begeben;

dweil nun dis ein gleiche aynung sol sein, das hoch und nidder jeder dem andern, der der religion halb uberfallen wolt werden, treuen beistandt thun, also fridt erhalten und nichts anders darin gesucht werde, dan was die religion belange: wo aber dem also, so haben graven, hern und ritterschafft einhelliglich und durch das mer geschlossen, nit zuwiderraten sein, diese ainung zu erhaltung rug und fridens, damit nit eyner oder mer religionsverwanten angegriffen, in verderplichen schaden on der andern zu thun (?) gebrocht, aber durch diesen einemutigen verstant[23] ein schwerdt das ander in der schaiden behalten mög, anzunemen. So achten Ire gnaden und

[22] Statt dieses ganzen Passus stand ursprünglich hier: „den alten Kanones darauf die Concilia fundirt gemes, daruber eur Churf. g. orden, die durch gelerte leut besichtigen, in ordnung zu bringen und in truck usgeen lassen".[a]

[23] Am Rande von anderer Hand eingeschaltet. Ursprünglicher Text: „damit nit der religion halb einer oder zwen angegriffen werden, des man sunst im sin hett, sonder".

[a] steht nur im ersten Konzept.

gunſten, die keiſſ. mt. werden auf dem ſie ſich gegen eur Churf. g. und den zwayen weltlichen Churfurſten vernemen laſſen, gnedigiſt bleiben.

Aber nit weniger, wo jemant eur Churf. g. oder die Iren derhalb, auch alternative der religion verwante, angreiffen wolt [dwil eur churf. g. und Ire g. und gunſten in einer religion ſeint, ain Ceremonias haben], ſo woln Ire gnaden und gunſten Ir leib, gut und blutt zu eurn Churf. g. ſetzen, und der mas undertenig erzaigen und beweiſen, das eur Churf. g. Ir gehorſam gemut ſpuren ſollen.

Und es ſey vor anzaigt, das dis eynung nichts ſey, dan ainem wie dem andern, was einer eim andern laiſt, das es Im auch alſo geſchehen ſol, und das ſolichs allain ein puntnus der religion ſey und nit des gemuts, darus reich zu werden. achten Ire g. und gunſten eur churf. g. ſey keines andern gemuts, dagegen ſyen Ir g. und gunſten des underthenigen erbietens wie gehörtt.“ [24]

Nr. IV.

„Meins gſten hern gegen Antwurt den graven, hern und riterſchaft beſchlußlich geben.“

— K. A., Nr. 381, fol. 85 f. —

„Sein Churf. g. haben gehört, was ſie uf die ubergeben ſchriften ſich underredt und einer antwurt entſchloſſen, wie ſie die jetzt furdragen laſſen.

Erſtlich vernemen ſein Churf. g. das ſie ſich bedancken, das ſein Churf. g. ſie laſſen erfordern, dieſe ſachen zu beratſlagen, darin Irn rate und gutbedunken zuvernemen.

Darauf laſſen ſein Churf. g. anzaigen, nachdem ſie und Ire voreltern ſich bisher gegen Irn churf. g. und deren voreltern ſeliger dechtnus jederzeit ſo löblich und wol gehalten haben, ſein Ir churf. g. darumb geurſacht worden, ſie in dieſer ſachen zu beſchreiben, wiſſen auch nit anders rate zuſuchen, dan bi Inen,

[24] Im urſprünglichen Konzept ſteht hier noch [fol. 84]: „die Neuburgiſchen geben Ir antwort ſchriftlich“.

und finden das sie es treulich, erlich und gut gemaynen und gegen sein churf. g. nit weniger genaigt syen, dan Ire voreltern gethon; dagegen erkennen sein churf. g. sich schuldig, auch willig, sie bi altem Irem herkomen und fryheiten bleiben zulassen.

Der religion halb haben sie nach der leng befunden, wie die sachen bi seinen churf. g. bedacht gewest, und het vor der zeit sein churf. g. nicht liebers gesehen, dan ein vergleichung darin het funden, das mißtrauen und zwispalt mögen abgelegt werden, darzue sein churf. g. auf vilen reichstagen allen fleis muhe und arbeit furgewendet, auch sich selbs und Ire undertanen auf eine solche hofnung bis daher in der religion nit on beschwerdtnus aufgehalten, darumb sein churf. g. nun lenger nit haben umbgeen könden, die religion anzunemen, gedencken also der nachzusetzen und ordnung furzunemen, wie zum teil beschehen, so dem wort gotes gemes und dem nit zuwidder sein solle, wie es dan von Inen auch gemelt worden.

So viel dan die einung belangt, haben sie zum teil aus der schrift vernomen, wie es damit geschaffen, Irn churf. g. sey der religion halb ein aynung angeboten, allain dahien gericht, das sie zu beschutzung der religion, dieselb und das zeitlich zuerhalten, auf den landtfriden und gleiches billich recht gegrundet, der keiss. und kon. mt. gar nit zuwidder. Wo nun sein churf. g. die gelegenheit finden und solich aynung auf dregliche weg annemen möchten, die der pfalzs Irn zugewandten und undertanen zugutem könt komen, das stehe noch alles zu weyterem bedencken, und sein churf. g. haben vernomen, wo sein churf. g. von der religion wegen solte angriffen werden, das sie bei Irn churf. g. Ir leib und gut zusetzen woln, dergleich woln sein churf. g. sich hingegen auch erpotten haben, und hoffen sein churf. g., sie haben bisher nit anders gespurt, dan das sein churf. g. eim jeden das sein gelassen, das Im zustedt, wolten nit gern ainem das sein nemen, und woln sein churf. g. sich also Ires trewen undertenigen rats und erpietens gunstig und gnedig bedanckt haben, wo sein churf. g. Inen hingegen wissen gunstigen gnedigen wiln zuerzaigen, des woln sein churf. g. genaigt sein. — Und sein churf. g. woln den Neuburgisch gesanten auf Ir schriftlich furbracht bedencken dergleich antwurt auch geben haben."

Nr. V.

„Musterung der Pfaltz reuter auf den II. tag Septembris angangen, den andern monat."

M. St.-A., K. schw. 543/3, fol. 573 f.

Item Heinrich Riedesl hauptman, 9 pferd gerusst, zwen trumetter, zwen furir.

Item Bernhardt Göler der jünger, 3 pferd, item ain trosser, zwen wegen.

Item Philips von Gemmingen, 8 pferd, ain trosser, ain wagen. Summa: 26 pferd, 3 wägen: tut den ganzen Monat, den trommettern und furirern doppel solb gerechnet, 432 fl., und auf hauptmans person 100 fl. hauptmanbesoldung.

Item graf Philips von Rinegk 22 pferd gerusst, item 2 trosser, 2 wegen und 4 trabanten: tut den monat 368 fl.

Item graf Geörg von Erbbach 13 gerusster pferd, 1 trosser, 2 wegen, 4 trabanten: tut ain monat 272 fl.

Item graf Eberhardt von Erppach 15 pferd gerusst, 1 trosser, 2 wegen, 4 trabanten: tut ain monat 272 fl.

Item graf Veltin von Erbbach 6 gerusster pferd, 1 trosser, 1 wagen, 2 trabanten: tut 124 fl.

Graf Anthoni von Eisenberg der junger: 14 schutzen, 1 trosser, 1 wagen und 4 trabanten.

Item Philips Haberkorn 3 pferdspiesser: tut 284 fl.

Item graf Carl von Gleich 6 pferd, darunder 3 schutzen, 1 trosser, 1 wagen und 2 trabanten: tut 136 fl.

Item Graf Friderich von Casstl 6 pferd, 2 trabanten: tut 100 fl.

Item graf Philips von Westerberg 12 pferd, 1 trosser, 1 wagen, 2 trabanten: tut 208 fl.

Item Hannss vom Hirschhorn 11 pferd, 1 trosser, 1 wagen: tut 168 fl.

Item Hannss Reinhardt Mosbach 6 pferd.

Item Melhior von der Leyen, 6 pferd, item 1 trosser, 1 wagen, tut 180 fl. und dann auf Mosbachen als fenderich 25 fl.

Item Philips von Fleckennstain 6 pferd,

Item Pleigker von Gemmingen 5 fferd,

Item Jorg von Schonberg 3 pferd; ist ime ain pferd zuegangen; item 1 trosser, 1 wagen: tut 204 fl.

Item Dietherich von Sleinitz 4 pferd,

Item Weigand von Dienhaim 5 pferd,

Item Fritz von Schonberg 3 pferd, item 1 trosser, 1 wagen: tut 180 fl.

Item Fritz von Eichtelsheim 6 pferd,

Item Götz von Berliching 5 pferd,

Item Alexander von Helmstet 4 pferd, item 1 trosser, 1 wagen: tut 216 fl.

Item Philips Prenndl 9 pferd.

Item N. Quodt 8 pferd; item 1 trosser, 1 wegen: tut 264 fl.

Item Forst 11 gerusster pferd, 1 trosser, 1 wagen: tut 168 fl.

Item Reipoltskirchen gesandten 6 gerusster pferd und 1 wagen: tut 84 fl.

Item Wildenstainer 5 pferd,

Item Publius vom Stain 4 pferd,

Item N. Bögklin 3 pferd, item 1 trosser, 1 wagen: tut 180 fl.

Item Eber von Venningen 4 pferd,

Item Friderich Lanndschad 4 pferd,

Item Hanns von Helmstet 4 pferd, item 1 trosser, 1 wagen: tut 180 fl.

Item Adam Wais 13 schutzen, 1 trosser, 1 wagen: tut 192 fl.

Item Philips von Noe 11 schutzen, 1 trosser, 1 wagen: tut 168 fl.

Item Eidl von Kartii 7 schutzen und 1 wagen: tut 96 fl.

Item 6 ainspenning knecht mit spiessen, 1 trosser: tut 84 fl.

Item Johann von Elsingen 2 spiesser,

Item Tronus von Osbergk 6 pferd-spiesser,

Item N. von N. 6 schutzen, item 1 wagen und 1 trosser: tut 204 fl.

Item Hannſs vom Habern 4 pferd,

Item Gothardt von Obentraut 5 pferd,

Item Anthoni vom Stain 4 pferd,

Item Marx von Rudigkheim 4 pferd, item 2 droſſer, 1 wagen: tut 252 fl.

Item Wilhelm von Stogkheim 6 pferdſchutzen,

Item Jörg Murr 4 pferd,

Item Niclas Nothaft 4 pferd,

Item Joachim von Schönfels 3 pferd, item 2 troſſer, 1 wagen: tut 252 fl.

Item Bernhardt von Rudigkheim 2 ſchutzen pferd.

Item 5 ainſpenning edlleut ſchutzen; iſt Endris von Loneis knecht Philips darein gerechnet.

Item 2 knecht, ſo auf die warten.

Item 5 ainſpenning knecht ſchutzen.

Item Hanns von Lannbegk 2 pferd ſchutzen.

Item Chriſtofl Buchs 3 pferd,

Item 2 droſſer, 1 wagen: tut 288 fl.

Item Felix Baumann von Waltzheim 2 pferd,

Item Adam von Haidlberg, beide Feldſcherer, 2 pferd: tut 48 fl.

Summarum aller reuter vorgemelts regiſters laut partes iſt 379 ſambt den troſſern und wägen 29, der trabanten 24.

Tut an gelt ain monat 5699 fl.

Tut der halb monat $2849^1/_2$ fl.

Nr. VI.

Heinrich Riedeſels Quittung.

„Urkund mein Hainrichen Riedeſels Handſchrift underſchriben.“

M. St.-A., K. ſchw. 543/3, fol. 575 [Copie].

„Ich Hainrich Riedeſl, der Pfallzgreviſchen hauptman uber die raiſigen, bekenn offentlich mit dem brief, das ich auf meine reuter, pferd und droſſer von den edln und ernveſten Balthaſar von Gultlingen und Sebaſtian Beſſern, der chriſtlichen verain pfenningmaiſter, eingenommen und empfangen hab:

Nemlich auf 379 reuter ſambt den troſſern, item auf 29 wegen und dann auf 24 trabanten, tut 2849 fl. 30 kr. als fur den andern erſten halben monats beſoldung, welhe auf den neunten Septembris angefangen und widerumb auf den 23. gemelts monats enden tut. Hierumb zel, loſſ und ſag ich hochgedachte ſtende der chriſtlichen verain, auch derſelbigen pfeningmaiſter obgemelt und all ir nachkommen und wer derhalben quittirns notdurftig iſt, ytz bezalts halbs monatſolds fur mich und meine reiter, ſo ich under mir hab, vermög des muſterregiſters, quit, ledig und los, in craft dits briefs.

Zu urkund hab ich mein petſchaft hiefur gedruckt und mit aigner hand underſchriben, auf den N. tag anno XLVI.

Nr. VII.

Johann von Naves' Inſtruktion gelegentlich ſeiner Sendung zu Kurfürſt Friedrich von der Pfalz. Regensburg, 15. Juni 1546.

Br.-A. Papiers d'état et de l'audience No. 70. — Moderne Kopie nach dem W. St.-A.

Premiers apres luy avoir presente noz lettres de credence[25] et fait les salutations acoustumees, luy direz quil sceit l'amour, affection et inclination que tousjours luy avons porte, comme aussi l'avons assiste, soustenu et favorise d'autant que nous a este possible en tous ses affaires et meismement du vivant de son feu frere signamment ad ce que paisiblement il soit parvenu a sa dignite electorialle, en quoy comme il sceit ne fust este pour nostre respect, on luy eust voluntiers fait empeschement et que encoires en y a qui y aspirent et en font presentement tres grande instance.

Que aussi luy avons tousiours confie et declare nos affaires et l'employe en iceulx mesmement pour laffaire de la concorde en la relligion, constitution de paix et justice en l'empire, nation

[25] Liegen bei (undatiert) an Kurfürſt Friedrich und an Kurfürſtin Dorothea. Beide ohne weſentlichen Inhalt. In dem Schreiben an ſeine Nichte beruft ſich Karl auf die «parfaicte et plus que paternelle amytie que vous ay tousiours porte et a mon d. cousin».

germanicque et que luy meismes, comme celluy, qui y a este employe de par nous, sceit les paynes et diligence, que avons fait et use tout le passe, pour parvenir a ceste fin et que jamais navons eu autre volunte, ny de mettre trouble ou division en lempire, ains au contraire de garder et preserver chacun estat d'oppression et violence, comme encoires sommes de present de ceste meisme intention. Et que de son costel il nous avoit reciprocquement tousiours asseure, de demeurer avec nous en nostre ancienne relligion jusques ad ce que par ung concille general national ou par nous et communs estatz en fust autrement ordonne, en quoy signamment nous pensions ayder de luy, comme luy dismes et luy fismes dire derrainement a Speyer, et a ceste fin le requismes instamment vouloir comparoir en cestuy journee, ce quil nous accorda. Oultre ce se peult recorder, comme souvent il nous a promis, que laydant a lelectorie et succession de son frere il demoureroit tousjours constant envers nous et ne demanderoit plus rien et se demonstreroit a nostre endroit pour tousjours, cognoissant l'amitie que luy avions porte.

De quoy nous estions entierement confie de luy, veu la consanguinite affinite et alliance, quil a avec nous comme nostre parent et nepveur, aussi lobligation quil nous doit comme prince electeur et n^re^ vassal et du s^t^ empire et comme confrere de n^re^ ordre.

Que ce non obstant sommes adverti que depuis peu de temps et mesmes des nostre derrenier partement de Speire il a fait innovation en la relligion que avons trouve fort estrange signamment quil doit avoir en particulieres communications et practicques avec aucuns chieffez des protestans et meismes ceulx qui sont cause des troubles et divisions estant presentement en la germanie qui ne cerchent sinon empescher la concorde et pacification dicelle et mectre le tout en trouble, qui occupent par force les eveschies, prelatures et biens des gens deglise, aussi des princes, barons et nobles dud. s^t^ empire et les assoubiectent a eulx au prejudice et diminution de n^re^ droit. Et par tous moyens semploient pour enerver n^re^ auctorite imperialle, afin que de tant plus ilz puissent tiranniser a leur volunte, comme

aussi a ceste fin ilz sefforcent de mectre une justice particuliere et partiale en ceste germanie contre les catholicques et empeschent aultres de non eulx renger en equite et raison et meismes que sommes adverti de France que, combien ilz ont envoie leurs commis en ceste diette, que toutesfois ils ont coniure de non y venir en personne ny consentir a chose que lon y conclura et traictera, et par ce moyen dressent toute rebellion et a suppediter n^re^ auctorite oppresser et tiranniser ceste germanie a leur appetist, comme dit est, et que plus et pis est, menassent les catholicques mesmement ecclesiasticques ouvertement, de proceder par force allencontre deulx, ny scaurions plus endurer ny comporter, sans laisser ruyner entierement toute lad. germanie.

Oultre ce luy direz, que nous avons aussi trouve estrange que es propositions faites a ses subjects et en aultres parolles tenues, il a fait entendre, il se vouloit colliger avec les protestans pour deffendre la liberte de la germanie contre les estrangiers qui la vouldriont invahir et que ces motz sont este dis de sorte que generalement ceulx qui les ont oy et lont entendu, depuis dient, que ce a este fait pour nous rebuter, et mesmes avec parolles quil a tenu souvent de mescontentement de nous jaçois que ne luy ayons baille cause quelconque.

Et pour ce que encoires luy pourtous singuliere affection et desirons son bien et honneur et de madame n^re^ niepce sa compaigne et eviter son plus grant dommaige et garder son pays et soubiectz dentiere destruction et ruyne, vous avons voluntiers envoye devers luy pour ladvertir des choses susd. et le requerir dy vouloir penser et non soy laisser persuader ny seduire par autres (qui en ce ne cerchent lhonneur de dieu ny la reduction et reformation de leglise ains seulement leur particulier), de soy desjoindre de nous, mais que comme du passe il se veuille unir et conjoindre avec nous et nous assister en noz entreprinses qui ne regardent sinon a lhonneur de dieu et pour garder lauctorite imp^le^ et la paix et justice a quoy il est tenu comme electeur et que de ce puissions estre certains et ausseurez de luy, lasseurant que de n^re^ costel ferons office de bon et chrestien empereur et tiendrons la main ad ce que par effect ce soit remedie et fait une bonne chrestienne et pa-

cificque intelligence en la relligion, aussi constitue bonne et egale justice. Et quil peult penser, sil se deust plus avant joindre ou allier avec les dessus d. contre nous et passer oultre es choses concernant la relligion et estatz dicelluy soient ecclesiasticques ou seculiers, le prejudice tort et dommaige quil feroit a soy mesmes. Et que soy delaissant de ce et joindant avec nous et conduisant comme debvons esperer, il nous trouvera son bon oncle et aussi bon ami que jamais luy avons este et aussi le roy mons^{r} n^{re} frere a ceste mesme volunte.

Fait a regensbourg le XVe du juing 1546. —

Vous requerrez aussi n^{re} d. cousin quil veulle laisser passer par ses terres sans aucun empeschement ceulx qui viendront pratiquer sur ce a leffect susd, et leur faire administrer vivres a raisonable pris.

Si toutesfois apres toutes admonicions il se voulloit excuser de non se declerer de n^{re} coustel fut a loccasion des confederacions particulierers quil pourroit avoir ou pour autre cause ou quil se retint en parolles generales, vous luy direz lors que nous ne nous scaurions contenter de luy actendu les trop evidentes raisons que nous avons de faire ceste emprinse et lobligation quil a de nous adherer pour son devoir tant comme electeur que prince du s^{t} empire devers nous et n^{re} auctorite et pour le chastoy de ceulx qui tant y ont mesfait et mesfont journellement et qui sont tant pernicieulx au bien publique et commun de ceste germanie. Et que sil les assiste directement ou indirectement comme quil fut, nous serions contrainct toutesfois a n^{re} grant regret, dy pourveoir et obvier adjoustant comme le propoz sadonnera quil veulle avoir consideration des honneurs et bien que la maison palatine a receuz destre unie et adherant aux empereurs et a la maison d'austriche et le dommaige et inconveniente au contraire.

C. F. Winter'sche Buchdruckerei.